



HESSISCHER LANDTAG

16. 02. 2000

29. Sitzung

Wiesbaden, den 16. Februar 2000

	Seite		Seite
Amtliche Mitteilungen	1793	Clemens Reif	1810
<i>Entgegengenommen</i>	1793	Michael Denzin	1812
Präsident Klaus Peter Möller	1793	Alexander Müller	1812
Vizepräsidentin Veronika Winterstein	1830	Minister Dieter Posch	1813
		Vizepräsidentin Veronika Winterstein	1814
2. Regierungserklärung des Ministers für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung betreffend “Transparenz und faires Verfahren zum Ausbau des Flughafens Frankfurt nach Übergabe des Mediationsberichts“	1793	8. Dritte Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zu dem Vierten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Vierter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)	
<i>Entgegengenommen und besprochen</i>	1809	- Drucks. 15/996 zu Drucks. 15/950 und zu Drucks. 15/511 -	1814
13. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Konsequenzen aus dem so genannten Mediationsverfahren zum Flughafen Frankfurt - Drucks. 15/989 -	1793	<i>In dritter Lesung angenommen:</i>	
<i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen</i>	1809	<i>Gesetz beschlossen</i>	1825
27. Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und der F.D.P. betreffend Frankfurter Flughafen - Drucks. 15/1019 -	1793	11. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Protokollerklärung zum Jugendschutz im Vierten Rundfunkänderungsstaatsvertrag - Drucks. 15/987 -	1814
<i>Angenommen</i>	1809	<i>Abgelehnt</i>	1825
Minister Dieter Posch	1793	Priska Hinz	1814
Harald Polster	1796	Alexander Müller	1814, 1823
Clemens Reif	1798	Volker Hoff	1816, 1824
Gerhard Bökel	1799	Hildegard Klär	1817, 1824
Frank-Peter Kaufmann	1802	Jörg-Uwe Hahn	1819
Michael Denzin	1806	Minister Dr. Franz Josef Jung	1821
Michael Boddenberg	1808	Vizepräsidentin Veronika Winterstein	1825
Vizepräsidentin Veronika Winterstein	1809	12. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Personalkostenberichterstattung an den Landtag - Drucks. 15/988 -	1825
Stefan Grüttner	1809	<i>Dem Haushaltsausschuss (federführend) und dem Hauptausschuss (beteiligt) überwiesen</i>	1830
Rupert von Plottnitz	1809	Alexander Müller	1825
7. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz über die Zustimmung zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Hessen und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Zugehörigkeit der Wirtschaftsprüfer und der vereidigten Buchprüfer des Landes Hessen zum Versorgungswerk der Wirtschaftsprüfer und der vereidigten Buchprüfer im Lande Nordrhein-Westfalen - Drucks. 15/1026 zu Drucks. 15/944 -	1810	Armin Klein	1826, 1827
<i>In zweiter Lesung angenommen:</i>		Heinrich Haupt	1826
<i>Gesetz beschlossen</i>	1814	Roland von Hunnius	1828
Rupert von Plottnitz	1810, 1811	Minister Karlheinz Weimar	1829
Hans Michael Maus	1810, 1813	Vizepräsidentin Veronika Winterstein	1830
		16. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Integration von Nichtdeutschen und Aussiedlern in Hessen - Drucks. 15/1008 -	1830
		<i>Dem Sozialpolitischen Ausschuss (federführend), dem Kulturpolitischen Ausschuss und dem Unter-</i>	

	Seite		Seite
<i>ausschuss Heimatvertriebene, Aussiedler, Flüchtlinge und Wiedergutmachung (beteiligt) überwiesen</i>	1844	15. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Gefährdung einer humanen Drogenpolitik durch die Hessische Landesregierung	
Priska Hinz	1830	- Drucks. 15/1007 -	1851
Birgit Zeimetz-Lorz	1833	<i>Dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen</i> ...	1859
Jörg-Uwe Hahn	1835	22. Antrag der Fraktion der SPD betreffend Drogenkonsumräume	
Judith Pauly-Bender	1838	- Drucks. 15/1014 -	1851
Günther Becker (Gießen)	1840	<i>Dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen</i> ...	1859
Ministerin Marlies Mosiek-Urbahn	1841	Evelin Schönhut-Keil	1851
Ministerin Karin Wolff	1842	Alfons Gerling	1853
Präsident Klaus Peter Möller	1844	Günther Becker (Gießen)	1854
14. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Dienstkleidung und Dienstrangabzeichen bei der Polizei		Barbara Bergelt	1855, 1859
- Drucks. 15/1006 -	1844	Dorothea Henzler	1857
<i>Dem Innenausschuss überwiesen</i>	1851	Priska Hinz	1857
Tarek Al-Wazir	1844, 1849	Ministerin Marlies Mosiek-Urbahn	1858
Armin Klein	1845	Vizepräsidentin Veronika Winterstein	1859
Dieter Franz	1847	31. Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen	
Jörg-Uwe Hahn	1848	- Drucks. 15/980 -	1859
Minister Volker Bouffier	1849	<i>Beschlussempfehlungen angenommen</i>	1859
Alexander Müller	1850	Vizepräsidentin Veronika Winterstein	1859
Vizepräsidentin Veronika Winterstein	1851		

Im Präsidium:

Präsident Klaus Peter Möller
Vizepräsidentin Veronika Winterstein

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch
Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei Dr. Franz Josef Jung
Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier
Minister der Finanzen Karlheinz Weimar
Minister der Justiz Dr. Christean Wagner
Kultusministerin Karin Wolff
Ministerin für Wissenschaft und Kunst Ruth Wagner
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dieter Posch
Minister für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten Wilhelm Dietzel
Sozialministerin Marlies Mosiek-Urbahn
Staatssekretär Dirk Metz
MinDirig von Hoerschelmann
Staatssekretär Jochen Riebel
MinDirig Dr. Schultze
Staatssekretär Dr. Hartmut Müller-Kinet
Staatssekretär Dr. Herbert Hirschler
Staatssekretärin Dr. Herlind Gundelach
Staatssekretär Ulrich Thurmann
Staatssekretär Karl-Winfried Seif

(Beginn: 9.05 Uhr)

Präsident Klaus Peter Möller:

Meine Damen, meine Herren! Ich eröffne die heutige 29. Plenarsitzung des Landesparlaments und stelle fest: Das Haus ist beschlussfähig.

Wir haben von unserer Tagesordnung die Punkte 1 sowie 3 bis 6 erledigt.

Wir tagen heute vereinbarungsgemäß bis 18 Uhr mit einer Mittagspause von zwei Stunden.

Wir beginnen mit Tagesordnungspunkt 2, mit der Regierungserklärung des Ministers für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung betreffend "Transparenz und faires Verfahren zum Ausbau des Flughafens Frankfurt nach Übergabe des Mediationsberichts". Das soll gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 13 und Tagesordnungspunkt 27 aufgerufen werden.

Ich weise besonders darauf hin, dass wir zu Beginn der Mittagspause, also voraussichtlich um 13 Uhr, im Umgang des Plenarsaals eine Ausstellung eröffnen, die den Titel hat: "Volk auf dem Weg - Schicksalsweg der Deutschen in Russland".

Meine Damen und Herren, wir können damit entsprechend der Tagesordnung beginnen. Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Regierungserklärung des Ministers für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung betreffend "Transparenz und faires Verfahren zum Ausbau des Flughafens Frankfurt nach Übergabe des Mediationsberichts"

gemeinsam mit **Tagesordnungspunkt 13:**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Konsequenzen aus dem so genannten Mediationsverfahren zum Flughafen Frankfurt - Drucks. 15/989 -

und **Tagesordnungspunkt 27:**

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und der F.D.P. betreffend Frankfurter Flughafen - Drucks. 15/1019 -

Die Redezeit beträgt 30 Minuten je Fraktion. Herr Staatsminister Posch, ich gehe davon aus, dass Sie jetzt zu uns sprechen werden. Sie haben das Wort.

(Norbert Schmitt (SPD): Wo ist eigentlich der Ministerpräsident bei einer so wichtigen Debatte? - Gegenruf des Abg. Stefan Grüttner (CDU): Herr Schmitt, lassen Sie das doch!)

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit der Übergabe des Mediationsberichts am 1. Februar dieses Jahres hat das Mediationsverfahren zum Frankfurter Flughafen seinen Abschluss gefunden. Im Laufe dieses Verfahrens wurden 20 Gutachten eingeholt, 15 Expertenhearings und Fachgespräche durchgeführt und insgesamt 130 Experten zurate gezogen. Zur Erledigung des Auftrags wurden drei Arbeitskreise und mehrere Untearbeitsgruppen gebildet, die sich in einer Vielzahl von Sitzungen mit dem umfangreichen Stoff auseinandergesetzt haben.

Nicht nur die drei Mediatoren und die Mediatorengruppe, sondern mehr als 200 Vertreter der Kommunen, der Wirtschaft, der Gewerkschaften und der Politik der Region haben viel Zeit und Engagement aufgebracht und zu dem vorliegenden Ergebnis beigetragen. Sie haben Pionierarbeit für unser Land und für die Zukunft der Rhein-Main-Region geleistet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Dafür gebührt den Mediatoren und der Gruppe unser ausdrücklicher Dank. Ich meine, dieser Dank gebührt ihnen von uns allen.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Umfangreiches Datenmaterial, zahlreiche Ergebnisprotokolle, Gutachten und Stellungnahmen in- und ausländischer Experten und anderer Verfahrensbeteiligter liegen uns jetzt vor. Der Mediationsbericht enthält die Ergebnisse und Schlussfolgerungen aus dieser Arbeit in komprimierter Form. Das Mediationsverfahren hat gezeigt, dass eine sorgfältige und transparente wissenschaftliche Untersuchung aller relevanten Fragestellungen entscheidend für eine rationale Abwägung der maßgeblichen Sachverhalte ist. Schließlich hat die Mediation auch Techniken zur Entscheidungsfindung entwickelt, wie die so genannte Szenario-Technik oder die Methode der Qualitätssicherung von Gutachten, die vielleicht auch für die anstehenden planungsrechtlichen Verwaltungsverfahren wegweisend sein könnte.

Nach Abschluss dieser Verfahren wird auch darüber zu diskutieren sein, ob bzw. wie die Mediation künftig in großen Verfahren eingesetzt werden kann. Dabei muss darüber diskutiert werden, ob das kumulativ oder alternativ der Fall sein könnte.

Der Mediationsbericht enthält Empfehlungen für die Zukunft des Frankfurter Flughafens, auf denen die nun einsetzende politische Debatte aufbauen und an denen der gesetzliche Prüfungs- und Entscheidungsprozess anknüpfen kann.

Ich füge an dieser Stelle auch hinzu: Wir wissen, dass das Mediationsverfahren von der Vorgängerregierung eingeleitet worden ist. Die Landesregierung hat sich zu dieser Mediation bekannt und sie konsequent fortgesetzt. Insofern gilt mein Dank auch denjenigen, die seinerzeit die Mediation begonnen haben. Ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD und der F.D.P.)

Die Mediationsgruppe war sich darin einig, dass die folgenden Komponenten als ein untrennbares Paket miteinander verbunden sind. Dies sind die Optimierung des vorhandenen Systems, die Kapazitätserweiterung durch Ausbau, das Nachtflugverbot, der Anti-Lärm-Pakt und das regionale Dialogforum. Zwei der fünf Punkte des Mediationspaketes, das Nachtflugverbot und der Anti-Lärm-Pakt, beziehen sich unmittelbar auf die Frage der Lärmbelastung für die Region. Wir nehmen dies sehr ernst.

Mir liegt daran, deutlich zu machen, dass wir den Interessen der von Lärm betroffenen Bevölkerung gegenüber den sicherlich ebenfalls wichtigen Interessen des Wirtschaftsstandortes besondere Bedeutung zumessen werden. Es ist mir ein wichtiges Anliegen, dass die Belastung der Bevölkerung durch Fluglärm das unbedingt Unvermeidbare nicht übersteigt.

Die Empfehlungen der Mediationsgruppe zur Zukunft des Frankfurter Flughafens sind aus der Sicht der Mediation

als Gesamtpaket zu verstehen und als solches einmütig erfolgt. Dies haben die drei Mediatoren Prof. Hänsch, Dr. Niethammer und Prof. Oeser am letzten Mittwoch vor dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr nochmals ausdrücklich bestätigt. Das ist ein Ergebnis der Mediation, das wir nicht leichtfertig zerreden lassen dürfen.

Aber natürlich sind diese Empfehlungen noch nicht das Ende der Diskussion und des notwendigen Entscheidungsprozesses, sondern ein Ausgangspunkt, ein Ausgangspunkt sowohl für eine breit angelegte politische Diskussion als auch für die Einleitung der gesetzlich vorgesehenen Planverfahren. Die Mediation ist angesichts der Größenordnung und der wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Bedeutung des infrage stehenden Projektes ohne Beispiel in Deutschland. Für Hessen und insbesondere für die Rhein-Main-Region hat das Mediationsverfahren einen erheblichen Beitrag zur Versachlichung der öffentlichen Debatte und zur Vertrauensbildung zwischen den Akteuren der Region geleistet.

Dies wiegt umso mehr, als die Vorgänge beim Bau der Startbahn West eine Vorbelastung bedeuten, die die Diskussion zur Flughafenerweiterung noch immer mehr als in jeder anderen vergleichbaren europäischen Region prägt. Ein Verfahren in dieser Region ist nicht vergleichbar mit Ausbauprojekten anderenorts in Europa. Es besteht noch immer ein tiefes Misstrauen über vermeintliche Vorfestlegungen.

Vielfach sind Empfindlichkeiten und alte Wunden vorhanden, die auch gegen Ende des Mediationsverfahrens nach Vorlage der Mediationsempfehlungen vereinzelt wieder erkennbar geworden sind. Deshalb aber gleich von einem Scheitern der Mediation zu sprechen oder, wie es in dem vorliegenden Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geschieht, das Mediationsverfahren zum "so genannten Mediationsverfahren" abzuqualifizieren diskreditiert nicht nur die Beteiligten, die viel Zeit und Engagement eingebracht haben. Es ist auch in hohem Maße unverantwortlich und widerspricht den Tatsachen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt aber nicht!)

Richtig ist stattdessen, dass es durch die Mediation gelungen ist, einen Weg aus der Vergangenheit des Startbahn-West-Konfliktes aufzuzeigen, einen Weg, der auf Einbeziehung aller Beteiligten, auf Transparenz und Interessenausgleich gerichtet ist. Lassen Sie mich das so sagen: Die Mediation hat eine Brücke geschlagen aus Zeiten einer für die Region selbstzerstörerischen Schwarz-Weiß-Debatte und Eskalation hin zu einem offenen, alle Gesichtspunkte einbeziehenden und letztlich vielleicht sogar für die Region identitätsstiftenden Entscheidungsprozess. Diese Brücke wird nur dann tragen können, wenn wir den eingeschlagenen Weg weiter beschreiten. Dazu bin ich fest entschlossen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Den eingeschlagenen Weg des Dialogs zwischen Flughafen und Region, zwischen allen Beteiligten und Betroffenen werden wir fortsetzen. Dem Landtag liegt ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und der F.D.P. vor, der zur Vorbereitung einer breit abgestützten Entscheidungsfindung die Einberufung eines Hearings vorsieht. Dort sollen die Ergebnisse des Mediationsverfahrens näher betrachtet, die Positionen der Städte und Gemeinden, der örtlichen Bürgerinitiativen und weitere relevante Stellungnahmen gehört und erörtert werden.

Im hessischen Parlament, das bislang abgewartet hat, um dem Ergebnis der Mediation nicht vorzugreifen, wird dies

Gelegenheit geben, die Ausbaufrage parlamentarisch zu behandeln und zu einer politischen Meinungsbildung zu kommen. Eine politische Meinungsbildung des Hessischen Landtags halte ich für wichtig und im Hinblick auf die Größe und die besondere Bedeutung des Projektes auch für notwendig. Dennoch will ich als für die Planfeststellung und die Genehmigung der Flughafenerweiterung zuständiger Minister deutlich machen, dass weder das Mediationsverfahren noch die Entscheidung des Landtags der rechtlich gebotenen Prüfung und Entscheidung über einen Ausbauantrag vorgreifen kann bzw. diese präjudizieren kann. Die Entscheidung über den Ausbau obliegt letztlich mehreren - dies will ich betonen - nach strengen rechtsstaatlichen Grundsätzen zu führenden Verwaltungsverfahren.

(Beifall der Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.) und Armin Clauss (SPD))

Selbstverständlich - ich will davor die Augen nicht verschließen - werden die erforderlichen Verwaltungsverfahren nicht im luftleeren Raum geführt werden. Die Erkenntnisse und Ergebnisse der Mediation werden dort, wo sie rechtlich relevant sind, genauso in die rechtliche Bewertung Eingang finden, wie die politische Meinungsbildung des Landtags Auswirkungen auf den gesetzlich vorgeschriebenen Abwägungsprozess und die so genannte Planrechtfertigung in der Planfeststellung haben wird. Rechtlich bindend und damit auch gerichtlich überprüfbar sind aber allein die Ergebnisse der rechtsförmlichen Verfahren.

Ob dies zu einem späteren Zeitpunkt einmal anders sein wird, wird unter anderem davon abhängen, welche politische Willensbildung im Hinblick auf die Zukunft der Mediation stattfindet und inwieweit das künftig im Genehmigungsverfahren integriert werden kann. Weder das Mediationsverfahren noch der Hessische Landtag kann die in einem rechtsstaatlichen Verfahren zu treffenden Plan- und Genehmigungsentscheidungen ersetzen und vorweg bestimmen.

Mir liegt auch deshalb daran, diese rechtlichen Gegebenheiten ausdrücklich darzustellen, weil in der Öffentlichkeit, aber auch im Parlament gelegentlich unzutreffende Vorstellungen über die Voraussetzungen einer Ausbauentscheidung bestehen. Ich kann Ihnen zusichern, dass wir ein Gesprächspartner in diesem Verfahren für Sie jederzeit sein wollen.

Der Gesetzgeber sieht für den Ausbau eines Flughafens ein in verschiedenen Bundes- bzw. Landesgesetzen detailliert geregeltes rechtsförmliches Verfahren vor, dessen abschließende Entscheidung der zuständigen luftverkehrsrechtlichen Aufsichts- und Genehmigungsbehörde vorbehalten ist. Die zuständige Behörde für den Frankfurter Flughafen ist das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung. Meinem Haus kommt deshalb eine große Verantwortung zu, die wir als neutraler Sachwalter wahrnehmen wollen und werden.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Als zuständige Planfeststellungsbehörde sind wir durch das Gesetz gehalten, alle von dem Ausbauprojekt betroffenen öffentlichen und privaten Belange einschließlich der Umweltverträglichkeit gegeneinander abzuwägen und in der Entscheidung über die Planfeststellung zu berücksichtigen. Ich sehe meine Aufgabe deshalb vor allem darin, ein offenes, faires und transparentes Verfahren zu gewährleisten. Ich glaube, nur wenn wir dies tun, können wir sicherstellen, dass ein ordnungsgemäßes Verfahren gewährleistet ist. Dies ist Grundvoraussetzung, um Vertrauen zurückzugewinnen bzw. zu erlangen.

Die am Ende des Verfahrens zu treffende Entscheidung wird umso besser abgesichert sein, je breiter das Vorhaben in allen seinen Facetten in der Öffentlichkeit und im Parlament des Landes Hessen untersucht und erörtert wurde. Das bedeutet aber auch, dass die rechtsstaatlichen Verfahren nicht durch politische Vorgaben belastet werden sollten, die den rechtlichen Entscheidungsspielraum einengen. Jede voreilige Festlegung in Einzelfragen verhindert möglicherweise eine abgewogene Gesamtschau am Ende des vor uns liegenden Prozesses. Ich weiß, dass das vor dem Hintergrund insbesondere der regionalen Betroffenheit nicht immer einfach sein wird. Es muss aber der Öffentlichkeit klar gesagt werden, um Missverständnisse hinsichtlich der Verfahren zu vermeiden.

Die Mediation hat durch Offenheit Vertrauen aufgebaut. Wir wollen als zuständige Genehmigungsbehörde diesen Weg fortsetzen, um für die betroffenen Menschen, die Kommunen und die Vorhabensträgerin, die Flughafen Frankfurt Main AG, ein faires und transparentes Vorgehen zu gewährleisten. Dazu gehört, dass wir die Öffentlichkeit regelmäßig über Stand und Fortgang der Verfahren informieren werden. Ich habe unmittelbar nach der Veröffentlichung des Berichts mit einer ersten Pressekonferenz damit begonnen, und wir werden das fortsetzen. Es gibt in diesem Verfahren nichts zu verheimlichen. Transparenz ist das Gebot.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Bevor ich zu den voraussichtlich durchzuführenden Hauptverfahren Stellung nehme, möchte ich ein paar Worte zu den Grundsätzen sagen, nach denen wir vorgehen werden. Oberste Priorität hat für uns das Ziel, rechtmäßige Entscheidungen unter Wahrung aller Verfahrensrechte zu treffen. Wichtig ist auch, die Verfahren zügig durchzuführen. Dies bedeutet aber nicht, dass für uns Eile vor Gründlichkeit geht. Der Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung ist oberstes Prinzip und kann nicht aus Gründen der Eilbedürftigkeit infrage gestellt werden.

Ich will auch darauf hinweisen, dass die Einleitung und der Gegenstand der Verfahren von den Anträgen der Vorhabensträgerin, der FAG, bestimmt werden. Die verfahrensführenden Stellen werden sich ausschließlich mit diesen Anträgen befassen und darüber befinden müssen. Ich bin mir darüber im Klaren, dass immer wieder versucht werden wird, uns zur Eile zu drängen. Aber dieser Grundsatz, den ich eben formuliert habe, muss für die gesamten Verfahren Gültigkeit haben.

Am letzten Donnerstag ist in meinem Hause eine erste, noch unverbindliche Plananzeige der FAG eingegangen. Die FAG bezieht sich dort auf die Ausbauempfehlung der Mediationsgruppe und bringt ihre Auffassung zum Ausdruck, dass die prognostizierte Entwicklung des Luftverkehrs eine Erweiterung der Kapazität des Frankfurter Flughafens auf mindestens 120 Bewegungen pro Stunde notwendig macht. Die FAG hat sich in ihrer Plananzeige noch nicht auf eine konkrete Ausbauvariante festgelegt. Sie weist auch hier auf die Erkenntnisse der Mediation und die Erklärung der drei Mediatoren, die drei Ausbauvarianten als denkbar erachten: eine neue Landebahn im Kelsterbacher oder im Schwanheimer Wald oder eine Start- und Landebahn südlich des jetzigen Flughafengeländes.

Meine Damen und Herren, wie geht es nach dem Eingang der Plananzeige nun weiter? Die Entscheidung für eine konkrete Ausbauvariante setzt weitere Untersuchungen voraus, die im Rahmen des Mediationsverfahrens nicht in der erforderlichen Genauigkeit und Tiefe durchgeführt wer-

den konnten. Manche hatten den Eindruck, als sei alles gutachterlich bereits bewerkstelligt. Dies ist nicht der Fall. Die Mediatoren haben hierauf ausdrücklich hingewiesen.

Die Auswirkungen der infrage stehenden Ausbauvarianten auf die Umwelt genau zu kennen ist aber für die zu treffende Entscheidung von großer Bedeutung. Deshalb erwarten wir von der FAG, dass sie für alle Varianten bereits vor Antragstellung umfassende Umweltverträglichkeitsuntersuchungen durchführt. Die FAG ist deshalb zurzeit dabei, sich mit den Eigentümern der Grundstücke im Umfeld der möglichen Ausbauvarianten in Verbindung zu setzen.

Wir gehen davon aus, dass die FAG das erforderliche Einverständnis der Grundstückseigentümer erhält, um die erforderlichen Untersuchungen mit der gebotenen Gründlichkeit durchführen zu können. Sollte dies nicht der Fall sein, hat die FAG die Möglichkeit, durch einen Antrag nach § 7 Luftverkehrsgesetz die Erlaubnis zum Betreten einzelner Grundstücke zu erhalten, sofern die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür vorliegen.

Eventuelle Entscheidungen, die das Betretungsrecht behördlicherseits ermöglichen, sind kein Beginn des Genehmigungsverfahrens, sondern dienen dem Zweck, die Voraussetzungen für die Umweltverträglichkeitsprüfung zu schaffen. Ich lege auf diesen Sachverhalt deswegen besonderen Wert, weil in der Öffentlichkeit nicht der Eindruck entstehen sollte, dass mit der Betretungserlaubnis bereits Genehmigungsverfahren eingeleitet sind. Das ist nicht der Fall, sondern es sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, um insbesondere die Umweltverträglichkeitsprüfungen durchzuführen. Ich bitte nachdrücklich, dies zur Kenntnis zu nehmen, weil es äußerst wichtig ist - dass nicht der Eindruck entsteht, mit diesem Verfahren würden bereits Fakten geschaffen.

Während der Phase der Datenerhebung, die mit Sicherheit bis ins nächste Jahr hinein andauern wird, muss die FAG die notwendigen Planunterlagen erstellen, die für das anschließend durchzuführende Raumordnungsverfahren benötigt werden. Über die Erforderlichkeit des Raumordnungsverfahrens sowie die Vollständigkeit der Planunterlagen entscheidet das Regierungspräsidium in Darmstadt, das auch für die Durchführung dieses Verfahrens zuständig ist. Im Raumordnungsverfahren wird die Raumverträglichkeit der fraglichen Varianten zu untersuchen sein, und zu diesem Zweck wird auch eine qualifizierte Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt werden. In diesem Zusammenhang wird auch die Frage zu entscheiden sein, in welcher Weise bzw. ob die Regionalversammlung zu beteiligen ist.

Nach Abschluss des Raumordnungsverfahrens kann der Antrag auf Durchführung des Planfeststellungsverfahrens für eine der untersuchten Varianten gestellt werden, wenn im Raumordnungsverfahren ihre Raumverträglichkeit festgestellt werden konnte. Im Rahmen der Planfeststellung werden alle Behörden, deren Aufgaben- und Zuständigkeitsbereich durch das Vorhaben berührt wird, zur Stellungnahme aufgefordert werden. Die Planunterlagen werden in allen Gemeinden, in denen Auswirkungen durch das Vorhaben zu erwarten sind, öffentlich auszulegen sein. Die betroffenen Bürger werden innerhalb der gesetzlichen Frist ihre Einwendungen geltend machen können.

Anschließend wird ein Anhörungsverfahren mit einem Erörterungstermin stattfinden, um die Einwendungen zu behandeln. Die Stellungnahmen der beteiligten Behörden sowie das Ergebnis dieser Anhörung werden dann meinem Haus zugeleitet, und auf der Grundlage aller während der verschiedenen Verfahrensschritte gewonnenen Erkennt-

nisse wird eine breite abschließende Abwägung stattfinden und der Planfeststellungsbeschluss zu erarbeiten sein.

Meine Damen und Herren, dies ist mehr, als üblicherweise im Planfeststellungsverfahren abgearbeitet wird, weil es selbstverständlich ist, dass die Belange, die auch in der Mediation eine besondere Rolle gespielt haben, in diese Verfahren Eingang finden werden. Deswegen wird es das umfassendste Genehmigungsverfahren sein, das wir, glaube ich, jemals in Hessen gehabt haben.

Der Abschluss des Mediationsverfahrens Ende Januar ist auch für uns ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg der Entscheidungsfindung. Die Mediation hat nicht nur viel zur Versachlichung und Entschärfung der Diskussion beigetragen, sie hat ohne Zweifel auch Weichen gestellt.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Ihre Empfehlungen sind ein erstes, aber wichtiges Zwischenergebnis. Darauf können wir aufbauen. Hessen und die Rhein-Main-Region haben durch die Mediation mehr bekommen als die Ergebnisse des Mediationsberichts. Die Region ist auch ein gutes Stück reifer geworden im Umgang mit unvermeidlichen Interessengegensätzen. Meine Damen und Herren, ich wünsche mir, dass wir das Gleiche am Ende des Weges sagen können, den wir jetzt beginnen. Unser Ziel muss es sein, die Rhein-Main-Region und das gesamte Land Hessen auf einen erfolgsversprechenden Weg in das beginnende Jahrhundert zu führen. Die Frage der weiteren Entwicklung des Flughafens Frankfurt, die Beteiligung der Menschen an dieser Entwicklung und der nötige Interessenausgleich in der Region werden ein Schlüssel für ihre Zukunftschancen sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin mir der Tragweite der in Zukunft zu treffenden Entscheidungen sehr bewusst. Ich würde mich freuen, wenn die Diskussion zwischen uns kooperativ und im Willen zum Konsens geführt werden könnte. - Vielen herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P. sowie Beifall der Abg. Armin Clauss und Gerhard Bökel (SPD))

Präsident Klaus Peter Möller:

Ich bedanke mich und erteile Herrn Abg. Polster für die SPD-Fraktion das Wort.

Harald Polster (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine Regierungserklärung zur Zukunft des Frankfurter Flughafens nach der Vorlage des Mediationsergebnisses ist angemessen, denn der politische Entscheidungsprozess wird in jedem Fall Auswirkungen auf die gesamte Region und das Land Hessen haben. Herr Minister, gestatten Sie mir vorab aber die Bemerkung: Ob die Regierungserklärung ihren Zweck soeben erfüllt hat - dass nämlich die Regierenden den Menschen im Lande sagen, wie sie denn gedenken mit den anstehenden Prozessen konkret umzugehen -, das scheint mir nicht so ganz klar zu sein.

(Beifall bei der SPD - Michael Denzin (F.D.P.): Oh!)

Denn wenn Sie hier richtigerweise ein Verfahren schildern, das vor uns liegt, nämlich ein Verwaltungsverfahren, und wenn Sie hier schildern, dass Sie den Auftrag zur sachlichen Neutralität haben, dann ist das eine Selbstverständlichkeit. Das erwarten die Menschen von Ihnen - und nicht

nur wie üblicherweise in einem Verwaltungsverfahren, sondern gerade eben, weil das Mediationsverfahren vorgelauften ist, und gerade deshalb, weil das Mediationsverfahren ein Mittel zur öffentlichen Wahrnehmbarkeit war.

Die ganz konkrete Frage ist jetzt, wie es weitergeht. Wir haben nichts über das inhaltliche Gesamtpaket gehört, das die Mediatoren Ihnen und uns allen vorgelegt haben. Wir haben auch nichts zur weiteren zeitlichen Achse gehört. Also inhaltlich und zeitlich - nichts. Das vorab.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Ministerpräsident Hans Eichel hat den richtigen Weg vorgegeben. Wer über die Zukunft des Flughafens entscheidet, entscheidet über einen wesentlichen Teil der Zukunftsfähigkeit des Landes. Bürgerkriegsähnliche Zustände wie die Auseinandersetzungen um die 18 West sind schädlich für den Standort, gefährden die Demokratie; und niemand will solche Dinge haben.

(Beifall des Abg. Armin Clauss (SPD))

In einem auch international einzigartigen Prozess der öffentlichen Auseinandersetzung, dem Mediationsverfahren, wurde viel mehr erreicht, als ursprünglich erwartet werden konnte und erwartet wurde. Auch die Auswahl der Mediatoren - und dies sei heute vor diesem Hause in der hessischen Öffentlichkeit auch einmal deutlich gesagt - hat mit Klaus Hänsch, Frank Niethammer und Kurt Oeser drei Persönlichkeiten gefunden, die ihre Aufgabe unter größten Belastungen in anerkannter Art und Weise durchgeführt haben.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der F.D.P.)

Die Mediation hat alle relevanten Fragen gestellt und angepackt. Es sind grundsätzliche Dinge erarbeitet worden. Zum Beispiel sind die Strategien der internationalen Luftfahrt oder die Kausalität bestehender Berechnungsgrundlagen des Fluglärms ebenso diskutiert und aufgearbeitet worden wie sehr pragmatische Fragestellungen der Entwicklung von Arbeitsplätzen im und um den Flughafen herum oder die konkrete Betroffenheit von Siedlungsgebieten, je nach Ausbauvariante.

Das Verfahren war öffentlich, und die Informationen sind jedem zugänglich. Hans Eichel hat bewusst auf offenen Dialog und Sachkompetenz gesetzt, und er hat recht getan.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich will nicht verhehlen, dass es mich als Abgeordneten, der auch in diesen verkehrspolitischen Dingen sehr engagiert ist, etwas gestört hat, dass wir als Abgeordnete in diesem Mediationsprozess nicht die Chance hatten, uns direkt einzubringen, direkt unsere Fragen, die auch wir haben, zu stellen. Das war in der Sache nicht angelegt, sondern der Prozess war politikfern organisiert.

Ich sage jetzt: Was im letzten Jahr für uns ein Erschweris war - zu unseren Informationen zu kommen, unsere Fragen zu stellen und nachzuarbeiten -, das gestaltet sich jetzt allerdings etwas als Vorteil. Denn wir kommen jetzt in eine Argumentations- und Diskussionsphase hinein, die uns auch den notwendigen Abstand zu Fachlobbyismus und - ich sage auch - zu allzu viel Lokalpatriotismus herstellt. Das ist jetzt durchaus ein Vorteil, den man wahrnehmen muss.

Meine Damen und Herren, der Prozess der Mediation hat stark zur Versachlichung der Argumente geführt. Plausibilitätsüberprüfungen haben zusätzlich ein Höchstmaß an

Glaubwürdigkeit hergestellt. Allein die vorgelegten Ergebnisse der fachlichen Arbeit rechtfertigen im Nachhinein diese Mediation. Folgen für die Gesetzgebung des Bundes und der Länder - Beispiel Fluglärngesetz - sind absehbar. Auch die Erkenntnis aller Beteiligten, dass ökonomische und ökologische Entwicklungen global betrachtet werden müssen, jedoch unausweichlich regional zu managen sind, ist hilfreich für die anstehende Diskussion im politischen Raum.

Selbst diejenigen, die eigentlich von Anfang an die Mediation deshalb nicht haben wollten, weil sie vorfestgelegt waren - das waren nun einmal die GRÜNEN -, müssten eigentlich heute eingestehen, dass diese Mediation für Erkenntnisse gesorgt hat, alle Beteiligten wechselseitig sensibilisiert hat und Stoff für verantwortungsvolle Zukunftsszenarien hergestellt hat. Das Ergebnis der Mediation offenbart dies.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb sage ich an dieser Stelle ausdrücklich, die Position dieses Hauses in weiten Mehrheiten, gerade für die SPD, war richtig: dieses Mediationsverfahren, so wie es geschehen ist, durchzuführen.

Meine Damen und Herren, aus all diesen Gründen ist es mehr als wichtig, dass eine verantwortungsbewusste Landesregierung dieses Kapital der Mediation nicht verspielt. Dies gilt für das weitere Verfahren genauso wie für die inhaltlichen Erkenntnisse. Wenn sich auch nur ansatzweise in der Öffentlichkeit der Eindruck aufbaut, die Mediation sei ein Akt der Beruhigung und ein Tummelplatz für Aktivisten gewesen und jetzt gehe man wieder zur Tagesordnung über, dann wird die Glaubwürdigkeit einen weiteren Tiefschlag erleiden. Dies im Zusammenhang mit der jetzigen Lage im Land betrachtet würde Sprengstoff für die Demokratie bedeuten.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb will ich hier auch auf Folgendes aufmerksam machen: Ihre Verantwortung in dieser Angelegenheit ist doppelt groß. Herr Koch und Frau Wagner, leider haben wir vor dem Hintergrund Ihrer Skandale erhebliche Zweifel, ob Sie überhaupt in der Lage sind, solche Aufgaben mit dem erforderlichen Augenmaß zu bewältigen.

(Beifall bei der SPD - Michael Boddenberg (CDU):
Da bin ich aber sehr sicher, Herr Polster!)

- Ja, jetzt bleiben wir doch einmal ruhig. - Die Begriffe in der Überschrift "Transparenz und faires Verfahren" sind derzeit in der Öffentlichkeit stark befrachtet. Das ist so. Sie haben die Überschrift für diese Regierungserklärung gewählt, haben aber mitnichten einen ersten Beitrag zur Transparenz geleistet und zu dem Empfehlungspaket der Mediatoren überhaupt nichts gesagt. Vielmehr ist der Eindruck entstanden, dass Sie sich von dem Mediationsergebnis ein bisschen entfernen wollten. Das aber stellt eine Gefahr für den weiteren Prozess dar.

(Norbert Kartmann (CDU): Die SPD ist die Spekulantenteilnehmer Deutschlands!)

- Ich komme gleich darauf. Wir spekulieren nicht, wir befassen uns mit Fakten, hören Sie zu.

Meine Damen und Herren, die Diskussion in der Bevölkerung vollzieht sich erkennbar nach einem relativ klaren Muster. Je weiter vom Flughafen weg, desto gelassener die Meinung. Zieht man eine überschaubare Zahl von Fundamentalablehnern ab, ergibt sich die Stärke des Ablehnungs-

engagements aus dem Ausmaß der Lärmbetroffenheit. Sobald Entscheidungen über Ausbauvarianten absehbar sind, relativiert sich auch dort je nach Betroffenheit das Verhalten. Inzwischen gibt es im südhessischen Raum Scharen von Bürgermeistern, die zu Verhandlungen unterwegs sind, um immer für jeweils andere Betroffenheit zu verhandeln. Für alle anderen, die in der Region ein bisschen weiter weg wohnen, ist zwischenzeitlich vollkommen klar, dass der Flughafen ausgebaut werden muss - ohne Wenn und Aber. Der Streit um die Fleischstöcke hat bereits begonnen. Diese Diskussion geht quer durch die Bevölkerung und quer durch die politischen Parteien. Auch wir sind nicht frei von dieser Diskussion. So erhält derzeit jeder von uns eine täglich ansteigende Zahl von Eingaben, die genau diese Methodik "Jeder greife sich ein Kästchen" dokumentiert.

Dieser Prozess findet leider in breiten Teilen so statt. Deshalb haben wir, um dies weiter zu versachlichen - d. h. eine ordentliche Informationsrunde und einen Austausch der Argumentationen zu organisieren -, einen gemeinsamen Antrag eingebracht, den wir jetzt zügig auf den Weg bringen wollen, um das Verfahren voranzubringen. Aber der Abklärungsprozess mit der Öffentlichkeit und mit den Betroffenen ist für uns unabwendbare Voraussetzung, um zu weiteren Entscheidungsfindungen zu kommen.

Verantwortungsbewusste Landespolitik muss allerdings erreichen, dass die Entscheidungsfindung in jeder Hinsicht Chancen für die Zukunft insgesamt entfaltet. Dies kann dann am besten gelingen, wenn man sich zunächst mit den Empfehlungen der Mediatoren auseinandersetzt. Denn die Mediatoren sind tatsächlich bis zum Schluss konsequent geblieben. Es wäre wenig glaubwürdig gewesen, wenn ein Jahr lang fachlich gearbeitet würde und die Beauftragten selbst nicht in der Lage wären, Empfehlungen auszusprechen. Die Art und Weise dieser Vorgehensweise und die Einstimmigkeit der drei Mediatoren macht deutlich, dass zukunftsweisende Prozesse auch durch realistische Entscheidungen abgeschlossen werden können. Es ist inzwischen klar geworden, dass die Frage des Ob eigentlich nur noch eine theoretische Betrachtungsweise ist.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Widerspruch, Herr Kollege!)

Die Mediatoren haben ein Gesamtpaket empfohlen, welches wirtschaftliches Wachstum unter Wahrung ökologischer und politischer Verantwortung für die betroffene Bevölkerung ermöglicht. Alle empfohlenen Maßnahmen sind machbar. Es würde keine Verlierer nach der Mediation geben. Die SPD Hessen hat in den zurückliegenden Wochen Kriterien erarbeitet und veröffentlicht, welche den Empfehlungen der Mediatoren sehr nahe kommen. Die Optimierung des gesamten Systems und Kapazitätserweiterungen durch Ausbau sind untrennbar mit Lärminderungen, hauptsächlich nachts, mit einem Anti-Lärm-Pakt, einem regionalen Dialogforum und - dies ist unsere Position - mit einem Bündel an Maßnahmen für die Partizipation der Region am Wirtschaftswachstum verbunden.

(Beifall bei der SPD)

Regionalentwicklung in Hessen und die Entwicklung des Flughafens gehören zusammen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Minister, Sie sprechen davon, dass Ihrem Haus die Rolle des neutralen Sachwalters zufällt. Alle Beteiligten müssen davon ausgehen, dass es gegen jedwede Ausbauvariante Widerstand gibt, und zwar mit allen rechtlich denkbaren Varianten. Irgendjemand hat einmal in einer öffentli-

chen Diskussion unlängst angekündigt, dass nicht mehr unter Einsatz von Kanonen, Steinen und Transparenten, also mit schweren Säbeln à la 18 West, gearbeitet wird, sondern mit gekonnter Taktik und leichtem Florett. Das Umweltrecht und die Diskussion um Verfassungsrechte im europäischen Raum sind fortgeschritten. Auch hierbei sind nicht alle Untiefen vorhersehbar.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Umso wichtiger ist aus unserer Sicht, dass der politische Wille am Anfang steht und die Politik, in diesem Fall die Landesregierung, konkret sagt, welchen Weg sie aufbauend auf dem Mediationsergebnis weitergehen will und mit welchen rechtlichen Instrumenten sie diese politische Arbeit durchzusetzen gedenkt.

(Beifall bei der SPD)

Der neutrale Sachwalter, so glaube ich, wird in diesem Prozess wenig hilfreich sein und vor allem wenig an Überzeugungskraft gewinnen. Denn im Zweifelsfall wird es Ihnen ohnehin zum Schluss niemand glauben. Deshalb sage ich: Auch zur Eigentümerstellung in der Frage des Flughafens haben wir in der gesamten Regierungserklärung nichts gehört. Es ist nach der Mediation mehr als deutlich geworden, dass gerade wegen der vielfältigen Auswirkungen auch in Zukunft das öffentliche Interesse an diesem Unternehmen groß ist. Selbstverständlich wissen wir, dass Kapitalbeschaffung neue Partnerschaften erfordert. Dies ist unter Beteiligung gerade auch der Arbeitnehmerschaft durchaus möglich.

Wir haben hierzu in Ihrer Regierungserklärung nichts vernommen. Die SPD hat zur weiteren Entscheidungsfindung bereits umfangreiche Positionen erarbeitet und ist in der Lage, damit politisch umzugehen. Wir erwarten von Ihnen, verehrte Landesregierung, dass nicht endlose Zustandsbeschreibungen, sondern klare Antworten gegeben werden. Eine erste Einschätzung zu den Empfehlungen der Mediatoren wäre hierbei heute das Mindeste gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Wir erwarten auch, dass ab sofort regelmäßig das Parlament informell mit in das laufende Verwaltungsverfahren eingebunden wird, um ähnlich wie in der Mediation ein Höchstmaß an Transparenz zu gewährleisten. Es geht im weiteren Verfahren ganz viel um die Zukunft unseres Landes. Es geht aber mindestens genauso viel um die Funktionsfähigkeit unserer Demokratie. Der Prozess, der vor uns liegt, ist gleichermaßen Chance und Gefahr. Wir sind dafür, dass wir die Chancen nutzen. Die SPD stellt sich mit ihrer Gestaltungskraft diesem Prozess, denn eine gute Zukunft für unser Land ist unser Ziel und unsere Aufgabe. - Ich bedanke mich.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Herr Abg. Reif für die Fraktion der CDU.

Clemens Reif (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist wohl der Bedeutung des Themas angemessen, wenn trotz der harten parlamentarischen Auseinandersetzung in diesen Tagen die drei Parteien CDU, SPD und F.D.P. ihre Unterschrift unter einen gemeinsamen Antrag setzen und bei dem größten Infrastrukturprojekt des Landes Hessen, wohl auch der Bundesrepublik Deutschland, bei der Betei-

ligung der Menschen und bei der Frage, wie Antworten gegeben werden und wie Betroffene in den Diskussionsprozess einbezogen werden, an einem Strang ziehen.

Wir, die CDU, möchten bei dieser Gelegenheit am Ende des Mediationsverfahrens und bei Vorlage des Mediationsberichts den drei Mediatoren und der Mediationsgruppe danken.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir danken dabei dem SPD-Europaabgeordneten Prof. Dr. Klaus Hänsch. Wir danken dem Präsidenten der Industrie- und Handelskammer Frankfurt, Herrn Dr. Frank Niethammer. Und wir danken Prof. Dr. Kurt Oeser, dem ehemaligen Umweltbeauftragten der evangelischen Kirche, der im Prozess des Ausbaus und der Entwicklung des Frankfurter Flughafens 36 Jahre diesen Flughafen in unterschiedlichster Form, aber auch in unterschiedlichster Position begleitet hat.

Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit, weil Sie, Herr Polster, Staatsminister Posch hier kritisiert haben, diese Kritik doch zurückweisen. Ich meine, dass Dieter Posch in dieser Regierungserklärung ausgesprochen sachlich argumentiert, ein ausgewogenes und angemessenes Urteil gefällt

(Armin Clauss (SPD): Er hat nur darauf hingewiesen, was gefehlt hat! Sonst gar nichts!)

und vor allem keine Vorfestlegungen in einer Regierungserklärung zu einem so schwierigen Thema getroffen hat.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Ich glaube auch, dass das, was Dieter Posch gemacht hat, richtig ist. Denn bei der Durchsetzung eines solchen Themas und eines solchen Projektes sind die alten Rituale von Politikern, dass auf eine Frage auch sofort eine Antwort zu erfolgen hat, nicht zeitgemäß, wenn wir es mit der Einbindung vieler Betroffener, der Kommunalpolitiker, aber auch insbesondere der betroffenen Menschen, die in der Region Rhein-Main leben und wohnen und von dem Fluglärm und den vielfältigen Bewegungen des Frankfurter Flughafens betroffen sind, ernst meinen.

(Armin Clauss (SPD): Vor dem Hintergrund dessen lesen Sie einmal die Reden von vor zwei Jahren nach!)

Herr Kollege Clauss, wenn wir es anders machen wollen als Anfang der Achtzigerjahre beim Ausbau der Startbahn 18 West, bei der zuerst die Vorfestlegungen der Landesregierung getroffen wurden und nachher der Landtag diese begrüßt hat, dass diese Startbahn ausgebaut wird,

(Beifall des Abg. Rudolf Haselbach (CDU))

wenn wir das alles nicht wollen und wenn wir diese Mediation ernst nehmen wollen,

(Armin Clauss (SPD): Auch da müssen Sie in der Geschichte ein bisschen nachlesen!)

dann dürfen am Anfang durch Regierungshandeln und Regierungserklärungen auch keine Vorfestlegungen getroffen werden.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einmal zur Mediation zurückkommen. Sie ist aus unserer Sicht eine einzigartige Leistung mit wohl weltweiter Bedeutung.

(Armin Clauss (SPD): Das haben Sie vor zwei Jahren noch anders gesehen! - Norbert Kartmann (CDU): Könnt ihr mal ruhig sein? Das ist ja fürchterlich!)

Nirgendwo ist ein Infrastrukturprojekt so umfassend und so gründlich vorbereitet worden. Es wird somit zu einem Beispiel, wo gegensätzliche Interessen auf einem gemeinsamen Nenner gebündelt werden.

(Armin Clauss (SPD): Der soll einmal seine alten Reden lesen! - Zuruf des Abg. Norbert Kartmann (CDU) - Gegenruf des Abg. Armin Clauss (SPD): Was bist du so aufgeregt?)

- Herr Kollege Clauss, Sie können sich darauf verlassen, dass dieser Mediationsprozess selbstverständlich anfänglich mit sehr großer Skepsis, insbesondere in der damaligen Oppositionsfraktion der CDU, betrachtet wurde.

(Armin Clauss (SPD): Sie haben den Vorgang vornehm umschrieben, mein Lieber! - Zuruf des Abg. Gerold Reichenbach (SPD))

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege Reif, lassen Sie eine Frage von Herrn Kollegen Bökel zu?

(Clemens Reif (CDU): Bitte schön!)

- Herr Kollege Bökel.

Gerhard Bökel (SPD):

Herr Kollege Reif, erinnern Sie sich ebenso wie ich, dass Sie damals im Hessischen Landtag dem Ministerpräsidenten Eichel sinngemäß vorgeworfen haben, er drücke sich mit der Einleitung des Mediationsverfahrens vor einer eigenen politischen Entscheidung?

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört! - Armin Clauss (SPD): Sie als Person haben das gesagt!)

Clemens Reif (CDU):

Herr Kollege Bökel, ich habe gesagt, dass wir als CDU-Landtagsfraktion

(Armin Clauss (SPD): Sie als Person haben das gesagt!)

sicherlich anfänglich diesen Mediationsprozess mit sehr großer Skepsis betrachtet haben, insbesondere deshalb,

(Armin Clauss (SPD): Dann steh doch auch dazu! Kreide fressen!)

weil Sie als damalige Regierungsfraktion es nicht verstanden haben, mit Ihrem Koalitionspartner, den GRÜNEN, die ökologischen Gruppen in diesen Mediationsprozess einzubeziehen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es war Ihnen auch am Ende des Mediationsprozesses eben nicht gelungen, Ihren damaligen Koalitionspartner so einzubinden, dass er sich hinter die Ergebnisse der Mediation stellen kann, obwohl ein großer Teil der Dinge, die von Ihrem damaligen Koalitionspartner immer wieder angemahnt wurden, heute Bestandteil einer Mediation und des Berichts sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD) - Armin Clauss (SPD): Das reicht nicht aus!)

- Herr Clauss, jetzt seien Sie einmal ein bisschen ruhig. Ihre Zeit ist eh vorbei.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zurufe der Abg. Armin Clauss und Norbert Schmitt (SPD))

Meine Damen und Herren, Politik hätte das nicht leisten können, was die Mediatoren und die Mediationsgruppe in den vergangenen zwei Jahren hier vorgelegt haben. Politik hätte das nicht geleistet und nicht leisten können, weil die Fraktionen sich schon anfänglich mit widerstrebenden Interessen so zerstritten hätten, dass ein solches Ergebnis überhaupt nicht möglich gewesen wäre.

Hier gibt es nun ein voruntersuchtes und gründlich ausgearbeitetes Paket, keine Synopse, keine Aneinanderreihung von Tatbeständen und Sachverhalten, sondern ein Paket von voruntersuchten und gründlichen Vorschlägen. Dieses Paket ist in sich geschlossen. Es beinhaltet die fünf Punkte: die Optimierung des vorhandenen Systems, die Kapazitätserweiterung durch den Ausbau, das Nachtflugverbot, den Anti-Lärm-Pakt und das regionale Dialogforum. Alle fünf sind in sich geschlossen in einem System zueinander geführt. Jeder einzelne bedingt die vier anderen und ist ohne die vier anderen nicht diskutierbar und für die Mediatoren nicht auflösbar. Es ist damit der richtige Ansatz, nicht nur für Gespräche, sondern auch für die Entscheidung, die wir im Hessischen Landtag zu treffen haben. Lassen Sie mich das so sagen: Es ist auch raffiniert aufgebaut. Denn wenn wir als Politiker versuchen, dieses Gesamtpaket aufzuschürfen, werden wir es nicht mehr so zusammen bekommen, wie es die Mediatoren zusammengefügt haben.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Armin Clauss (SPD): "Raffiniert aufgebaut", das macht deutlich, was Sie für ein Denken haben! Das ist ja unerträglich!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist gleichsam ein ordentlich zusammengesetztes Paket einer Handlungsanleitung und ein Paket für die Politik, um entscheiden zu können. Es ist ökonomisch sinnvoll. Es ist ökologisch vertretbar und es ist sozial ausgewogen.

(Norbert Schmitt (SPD): "Ökonomisch sinnvoll"! Als Schatzmeister der CDU Hessen, der falsche Rechenschaftsberichte mit trägt, sagen Sie etwas zur Ökonomie!)

- Herr Schmitt, ich weiß ja, dass Sie ein schier endloses Bedürfnis haben, hier andere Themen zu diskutieren. Nun sind wir bei dem Bericht der Mediatoren.

(Norbert Schmitt (SPD): "Ökonomischer Sachverstand"!)

Sie müssen sich damit abfinden, dass wir hier jetzt in den nächsten zwei Stunden über den Frankfurter Flughafen diskutieren werden.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Es mag ja für Sie ein Schock sein, dass Sachpolitik für Sie keine Rolle mehr spielt. Sachpolitik ist bei der Frage des größten Infrastrukturprojekts innerhalb der Bundesrepublik Deutschland aber angemessen und gefragt, und nicht Ihre Schreierei.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Norbert Schmitt (SPD): Wir beurteilen nur Ihre Glaubwürdigkeit! - Michael Denzin (F.D.P.): Mit Sachverstand argumentiert!)

Meine Damen und Herren, für uns sind deshalb die Ergebnisse der Mediation ein großer Erfolg. Von Scheitern, wie

die GRÜNEN es nennen, kann überhaupt keine Rede sein. Wir weisen deshalb die Kritik der GRÜNEN an dem Ergebnis der Mediation zurück und halten es für schädlich, für überzogen, ja für ungezogen,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na!)

wie diese Kritik, Herr Kollege Kaufmann, in den letzten Tagen positioniert wurde. Sie versuchen allerorten, dieses Ergebnis schlecht zu reden, herabzuwürdigen und Stimmung dagegen vorzubereiten.

(Zuruf der Abg. Barbara Weitzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, was ist denn die Ausgangslage? - Die Ausgangslage, vor der wir stehen, ist, dass sich der Flugverkehr in den nächsten 15 Jahren weltweit mehr als verdoppeln wird. Auch das haben die Mediatoren in ihrem Bericht als Ausgangsposition beschrieben. Das heißt, die Zuwächse werden jährlich, je nach Standort und nach Lage, zwischen 3 und 5 % liegen. Der Flugverkehr gehört damit neben der Biotechnologie und den Informationstechnologien zu den am schnellsten wachsenden Branchen weltweit. Wir müssen an diesem Wachstum teilnehmen, wenn wir nicht weltweit zurückfallen wollen, und wir werden an diesem Wachstum teilnehmen.

Was bedeutet das für Deutschland, für Hessen und die Rhein-Main-Region? Das bedeutet: Wir zählen zurzeit in der Bundesrepublik Deutschland rund 120 Millionen Flugpassagiere. Etwa ein Drittel dieser 120 Millionen Flugpassagiere in der Bundesrepublik Deutschland fliegt über den Flughafen Frankfurt. Das heißt, wir nehmen die Prognose dieser Mediationsgruppe ernst. Das Wachstum wird sich auch in unserem Land in den nächsten 15 Jahren in etwa verdoppeln.

Wo sind unsere Wettbewerber bei dem Flugverkehr? Unsere Wettbewerber sind nicht zu finden in München, sie sind nicht zu finden in Hamburg, in Berlin oder in Düsseldorf und Köln. Nein, unsere Wettbewerber für die Rhein-Main-Region sind zu finden in der Region London, mit den Flughäfen Heathrow, Gatwick und Stansted. Sie sind zu finden in dem Großraum Paris mit Charles de Gaulle und dem Flughafen Orly. Sie sind zu finden in der Großregion um Amsterdam und in der Region Mailand/Turin mit drei Flughäfen. Das sind die Wettbewerber für das Rhein-Main-Gebiet, und das sind die Wettbewerber, wenn es darum geht, weltweit im Flugverkehr eine Rolle zu spielen und weltweit am gigantischen Wachstum der nächsten 15 Jahre teilzunehmen. Die eben genannten Regionen sind gleichzeitig Europas Wachstumsregionen mit überproportionalen Zuwächsen auf allen Ebenen, insbesondere bei den Arbeitsplätzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Mediatoren gehen auch ganz klar und deutlich davon aus, dass sie dieses Wachstum, das weltweite Wachstum im Flugverkehr, in ihre Empfehlungen und ihren Bericht einbauen. Sie sagen, wenn wir daran teilnehmen wollen, gründlich teilnehmen wollen, dann bedeutet das, dass der Flughafen in der Rhein-Main-Region wachsen muss: auf 120 Flugbewegungen pro Stunde, auf 660.000 Flugbewegungen bei 5.500 Stunden im Jahr, auf rund 72 Millionen Passagiere bis zum Jahre 2015 und auf etwa 3,6 Millionen t abgewickelter Luftfracht im Jahr.

Das ist, so wie sie es nennen, eine recht konservative, eine vorsichtige Prognose über das, was sein wird, wenn vorsichtigerweise und konservativ die Entwicklung des

Wachstums im Rhein-Main-Gebiet und des weltweiten Flugverkehrs in unserer Region, in Hessen, im Rhein-Main-Gebiet, eingearbeitet werden soll.

Was bedeutet das für die Systeme? Die Frage, die sich stellt, ist ja: Sind die derzeitigen Systeme optimierbar? Gibt es technische Optimierungsmöglichkeiten, die einen Ausbau des Frankfurter Flughafens verhindern? Auch hierzu antworten die Mediatoren sehr klar. Sie kommen nämlich zu dem Ergebnis: Ja, es gibt technische Optimierungen. Aber: Diese technischen Optimierungen und Verfahren ermöglichen selbst bei Weiterentwicklung des technischen Standards nicht, das ehrgeizige Ziel, am weltweiten Wachstum des Flugverkehrs teilzunehmen, zu erreichen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist falsch!)

Nein, sie sind nur in der Lage, allenfalls etwa 20% des Ziels zu erreichen, das wir uns gesetzt haben, auch durch Optimierung und engere Kooperation von Flugsicherung, Airlines und anderen.

Sie haben weiter gefragt: Gibt es denn neben der technischen Optimierung, der Kooperation von Flugsicherung und Airlines auch noch Optimierungen zu und mit anderen Verkehrsträgern? Und wie wirken sich diese Optimierungen der anderen Verkehrsträger dann aus, also Straße, Schiene, Flughafen Hahn, Kooperationsmöglichkeiten mit anderen deutschen Flughäfen? Sie kommen zu dem Ergebnis, auch dies reicht nicht aus. Selbst Fracht- und Charterverlagerungen würden allenfalls rechtfertigen, 30.000 Flugbewegungen pro Jahr auf die Schiene, auf die Bahn, auf Hahn, auf andere Verkehrsträger zu verlagern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sie haben auch klar gefragt: Wie schaut es denn aus mit dem Wachstum des Flugverkehrs und der Frage des Wachstums an Beschäftigung? Das ist ja die zentrale Frage, die die politischen Entscheidungsträger und auch die vor Ort Verantwortlichen immer wieder bewegt. Ist es denn das Wachstum, das auch zu direkten Arbeitsplatzeffekten führt? Kann man denn sagen, dass Wachstum des Flugverkehrs gleichzeitig dazu führt, dass Arbeitsplätze geschaffen werden, und zwar auf einem Niveau der Arbeitskräfte, die in unserer Gesellschaft nicht so einfach vermittelbar sind? Auch dazu sagt der Mediationsbericht ein eindeutiges Ja. Er sagt, Wachstum des Flugverkehrs und Wachstum der Beschäftigung hängen kausal zusammen.

Sie kommen zu der Begründung, dass bei dem weltweiten Wachstum der Flugbewegungen zwischen 65 und 95%, der Anzahl der Passagiere um 95 bis 130% in den nächsten 15 Jahren und der Verkehrsleistungen insgesamt von 170% dieser Kausalzusammenhang auch im Rhein-Main-Gebiet zu einer unübersehbaren Folge von Arbeitsplatz- und Beschäftigungsentwicklung führen wird.

Wir kommen heute bei rund 62.000 direkt Beschäftigten am Flughafen und 80.000 indirekt Beschäftigten auf einen Arbeitsplatzeffekt von über 142.000 Beschäftigten, die durch den Flughafen in Frankfurt, im Rhein-Main-Gebiet und in der Bundesrepublik Deutschland geschaffen wurden und vorhanden sind. Es geht uns in erster Linie darum, dass wir diese Arbeitsplätze für die Zukunft absichern.

Aber wir bekommen von den Mediatoren auch mitgeteilt, dass selbst die Absicherung beim Status quo nicht sicher ist. Das heißt, wenn wir nichts tun, wenn wir auf dem Status quo verbleiben, wenn wir nicht in der Lage sind, den Flughafen auszubauen, dann können wir auch nicht damit rechnen, dass uns diese Beschäftigung, nämlich 142.000,

die durch den Frankfurter Flughafen in den letzten Jahren generiert wurde und stark wuchs, erhalten bleibt,

(Beifall des Abg. Rudolf Haselbach (CDU))

sondern sie sagen uns ganz deutlich: Wenn wir nicht weiter wachsen und teilnehmen wollen an dem weltweiten Wachstum des Flugverkehrs, wird diese Zahl der direkt und indirekt Beschäftigten in Zukunft sinken.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist falsch!)

Ich denke, das wollen wir alle nicht. Deshalb ist die Zukunft des Flughafens auch eine Zukunft der Arbeitsplätze für uns in diesem Lande Hessen.

(Beifall bei der CDU - Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Trotzdem ist das, was Sie erzählen, falsch!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir schließen uns dem konservativsten Szenarium der Mediatoren an, die sagen: Wenn wir dieses Fünf-Punkte-Paket, das wir den Politikern zur Entscheidung vorschlagen, umsetzen, dann kommen wir zu einem Wachstum von Beschäftigung, das in den nächsten Jahren konservativ gerechnet bei 57.000 Beschäftigten liegt. Ich denke, es ist des Schweißes der Edlen wert, für die nächsten 15 Jahre an einem interessanten Standort in der Bundesrepublik Deutschland, in der am schnellsten wachsenden Industrie- und Dienstleistungsregion 57.000 Arbeitsplätze zu schaffen.

Wir als CDU-Landtagsfraktion sind jedenfalls der Auffassung, dass diese Chance, die immense, die gigantische Chance, nicht vertan werden darf, sondern wir diese ergreifen müssen, für unsere Bevölkerung und für zukünftige Generationen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich auch etwas sagen zu dem, was die Mediatoren in ihrem Bericht in Bezug auf die ökologische und die soziale Situation beim Thema Fluglärm und Nachtflugverbot niedergelegt haben.

Fluglärm wirkt auf vielfältige Weise negativ auf die Menschen, durch Schlafstörungen und auch durch die Qualität des Schlafs. Die Qualität des Schlafs, so hat Herr Prof. Oeser sehr eindrucksvoll in verschiedenen Präsentationen als Mediator dargelegt, führt sehr oft zu hormonell vegetativen Veränderungen des Nervensystems und der Menschen selbst.

Das ist auch gerade das, was bei der letzten Auseinandersetzung um den Ausbau des Frankfurter Flughafens zu den gesellschaftlichen Verwerfungen in dieser Region geführt hat, bei denen dann auch Tote - bei Polizisten und Demonstranten -, viele körperlich Verletzte und unzählige seelische Verletzungen zu beklagen waren.

Wir sind der Auffassung, dass durch diesen Mediationsbericht und durch die Tätigkeit der Mediatoren ein Großteil auch dieser seelischen Verletzungen, zu denen der letzte Ausbau geführt hat, vermieden werden kann, wenn wir ein deutliches und ein ordentliches Signal geben hinsichtlich der Belastungen derer, die im unmittelbaren Umfeld leben.

Beim Thema Nachtflugverbot ist interessant zu untersuchen: Wer fliegt denn nachts? Das ist die erste Frage. Die sich daran anschließende Frage ist: Wer muss nachts fliegen? Ich möchte die vier großen Blöcke derer, die zwischen 23 Uhr abends und 5 Uhr morgens fliegen, einmal nennen. Es sind die Urlaubsflüge zu den Mittelmeerländern und den Kanaren.

(Norbert Schmitt (SPD): Müssen fliegen?)

Es ist der Poststern. Es sind die so genannten Intercargos, die Kurierexpresspaketdienste, und es ist Lufthansa-Cargo.

(Gerhard Bökel (SPD): Warum müssen die zu den Kanaren fliegen?)

- Ich führe ja nur auf, Herr Kollege. - Wenn wir die Frage stellen, wer nachts fliegt und wer nachts fliegen muss,

(Armin Clauss (SPD): Die fliegen auch tagsüber; darüber brauchen Sie sich keine Gedanken zu machen!)

und wenn wir uns diese vier Segmente einmal anschauen, dann meine ich, dass wir gut beraten sind, gründlich darüber nachzudenken, ob die vier Genannten denn in Gänze oder in Teilen in der Zeit zwischen 23 Uhr und 5 Uhr überhaupt fliegen müssen.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe meine Vorstellung, und ich denke, die deckt sich mit allen in diesem Hause,

(Armin Clauss (SPD): Ich habe das von Ihnen auch schon anders gehört!)

dass wir uns schnell darüber einig sind, dass Mittelmeerflüge oder Charterflüge nach den Kanaren nicht unbedingt in der Zeit von 23 bis 5 Uhr stattfinden müssen.

(Beifall bei der CDU - Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ganz neu von Ihnen!)

- Liebe Frau Hinz, es besteht doch überhaupt kein Anlass, sich hier so aufzuregen.

(Armin Clauss (SPD): Sie halten hier schon eine eigenartige Rede, und das zu Ihrer Biografie!)

- Hören Sie einmal, wenn ich mir Ihre Biografie und Ihre Reden anschau, dann komme ich aber zu ganz anderen Ergebnissen, Herr Postsekretär. - Wenn ich mir die Kurierdienste anschau, dann stelle ich fest,

(Armin Clauss (SPD): Ausgerechnet so einen Schwätzer schickt ihr rein!)

dass Kurier-, Express-, Paketdienste zu den am schnellsten wachsenden Dienstleistungsbereichen in dem derzeitigen Transportgeschehen gehören. Wenn ich dann zu dem Ergebnis komme, dass diese am schnellsten wachsenden Dienstleistungsbereiche im Transportgeschehen derzeit überhaupt nicht am Nachtflugdienst des Frankfurter Flughafens teilnehmen, dann ist das schon einmal eine positive Auskunft, die wir erhalten. Dann muss das sicherlich auch in Zukunft nicht unbedingt der Fall sein.

Wenn ich bedenke, dass wir bei dem Poststern, der vor sechs, sieben Jahren wenigstens uns Politikern als etwas dargestellt wurde, was für den Frankfurter Flughafen unverzichtbar ist - unverzichtbar für die Community, für die Bankenwelt -,

(Armin Clauss (SPD): Das haben Sie doch damals zusätzlich bestärkt! Also wirklich!)

technische Neuerungen und moderne Informationstechnologien zur Kenntnis zu nehmen haben, die man sich damals noch nicht vorstellen konnte, wie sie im Jahre 2000 laufen, wenn man dieses alles einrechnet und die technische Entwicklung weiter fortsetzt, dann kann ich mir vorstellen, dass man im Interesse einer nachflugfreien Zeit für den Frankfurter Flughafen zunehmend auch darauf verzichten kann,

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

wenn man andere Dinge an anderen Standorten, die sich der Frankfurter Flughafen durch den Flughafen Hahn angeeignet hat, mit in Betracht zieht. Ich will sagen, wir müssen den Vorschlag des Nachtflugverbotes, den uns die Mediatoren mit in den Bericht hineingeschrieben haben, unvoreingenommen auf den Prüfstand stellen, wenn Politik glaubwürdig sein will.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Michael Denzin (F.D.P.))

Und darauf setze ich, denn wir sagen Ja, dass die Entscheidung, wie sie als Paketlösung vorgetragen wurde, eine Entscheidung ist, die von den Politikern so auch getroffen werden kann, wenn sie es denn wollen.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Ich hoffe, wir können am Ende der Diskussion eine Entscheidung treffen, die höchst einvernehmlich in diesem Hause getroffen werden kann - unter den Parteien, die auch in der Lage waren, die Unterschrift unter diesen Antrag zu setzen. Da wir uns der Tragweite der Entscheidung für Hessen bewusst sind, suchen wenigstens wir als CDU-Landtagsfraktion einen möglichst breiten Konsens mit anderen Parteien,

(Armin Clauss (SPD): Den Eindruck habe ich bei Ihrer Rede nicht!)

mit Verbänden, vor allem auch Umweltverbänden, mit Naturschutzgruppen, mit Gewerkschaften, mit Kirchen, mit Vereinen und anderen gesellschaftlichen Organisationen und Gruppierungen. Wir sind der Überzeugung, dass sich möglichst viele ihrer Verantwortung für das Zukunftsprojekt Frankfurter Flughafen stellen sollen.

Die CDU-Landtagsfraktion steht für die positiven Zukunftsperspektiven in unserem Lande und wird weiter hart dafür arbeiten, dass wir hier in Hessen an der Spitze Deutschlands bleiben und zu einer führenden Wirtschafts- und Dienstleistungsregion werden, die nicht nur in Europa, sondern weltweit Geltung hat.

(Armin Clauss (SPD): Das sind wir bereits, Herr Kollege! Ich weiß nicht, ob Sie das schon gemerkt haben!)

Die Entscheidung für die Erweiterung des Frankfurter Flughafens ist ein zentraler Schritt dafür. Ich lade alle ein, in Sachlichkeit an dieser Diskussion so teilzunehmen, dass wir in diesem Landesparlament noch in diesem Jahr vor der Sommerpause zu einem Ergebnis kommen, das die Chancen für die Zukunft in unserer Region eröffnet und die Türen weit aufstößt.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Armin Clauss (SPD): Sie haben mit Ihrer Rede heute eine Chance vertan!)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Herr Abg. Kaufmann für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Minister Dr. Franz Josef Jung: Aha, die Opposition spricht!)

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nur einen Satz zum verehrten Kollegen Reif: Das, was Sie hier gerade am Schluss Ihrer Rede vorgetragen haben, stand in sehr krassem Gegensatz zu dem, was Sie über Sachlichkeit meinten ausführen zu müssen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

“Transparenz und faires Verfahren zum Ausbau des Flughafen Frankfurt nach Übergabe des Mediationsberichts“ - unter diesem Titel ist die Regierungserklärung in der Tagesordnung angekündigt. Schon dieser Titel enthält einen Widerspruch in sich.

Es war und es ist kein faires Verfahren um die Frage des Ausbaus des Flughafen, wenn, wie in der Vergangenheit von uns mehrfach in diesem Hause deutlich kritisiert, die Entscheidung für einen Ausbau in Wahrheit schon lange zementiert ist. Es ist kein faires Verfahren, wenn so getan wird, als ob es eine Einigkeit in der Mediationsrunde gegeben habe, dass ein Ausbau notwendig sei, und wenn sich heute der Verkehrsminister hier hinstellt und uns, den GRÜNEN, Unverantwortlichkeit vorwirft, weil wir das Mediationsverfahren als gescheitert bezeichnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, sechs kommunale Vertreter in der Mediationsrunde haben zu Protokoll gegeben, dass sie keinen Ausbau durch eine neue Bahn wollen. Das waren neben einer grünen Stadträtin drei Bürgermeister, die der SPD angehören, und zwei von der CDU. Sie gaben zu Protokoll:

Die Mediationsgruppe hat sich intensiv mit den Varianten Reduktion und Nichtausbau befasst. Es hat eine ausführliche Abwägung aller Varianten stattgefunden. Die genannten kommunalen Vertreter der Mediationsgruppe sind danach zu der Auffassung gekommen, dass zu einer Kapazitätserweiterung kein Ausbau erfolgen soll.

Ich habe mich ausdrücklich versichert und bei den Autoren dieses Minderheitenvotums nachgefragt, ob dies eine Distanzierung von dem Neubau einer Landebahn sei. Gestern Abend noch unterrichtete mich die Stadt Neu-Isenburg, dass das Votum ihres Bürgermeisters genau so und nicht anders zu verstehen sei.

(Armin Clauss (SPD): Ein legitimer Vorgang! Die sind aber in der Minderheit! Das muss man zur Kenntnis nehmen!)

Es ist in hohem Maße unverantwortlich, wenn mit der Diskussion und den Ergebnissen der Mediationsrunde nicht richtig umgegangen wird. Was die Bürgerinnen und Bürger zumal in diesen Zeiten überhaupt nicht vertragen können, ist, wenn man versucht, sie hinters Licht zu führen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das nämlich beleidigt die Mitglieder der Mediationsrunde in Wahrheit, disqualifiziert ihre engagierte Arbeit und ist keine sachbezogene Kritik ihrer Ergebnisse, wie wir sie zu leisten versuchen.

Es ist notwendig, kurz einen Blick zurück zu werfen. Die Mediationsrunde wurde unter Rot-Grün beschlossen und einberufen. Dabei war ausdrücklich festgehalten worden, dass das Verfahren ergebnisoffen sein müsse, d.h. dass auch und gerade die Frage des Ob eines Neubaus einer Landebahn für den Flughafen Frankfurt nicht entschieden ist.

Wir erinnern uns noch sehr genau, wie die damalige Opposition und heutige Landtagsmehrheit gegen das Verfahren polemisierte und sich schon sehr frühzeitig auf einen Ausbau durch eine neue Betonpiste festlegte - auf Nachfragen

unterstrichen und durch Zwischenrufe insbesondere vom Kollegen Hahn mehrfach bestätigt.

Man wollte zwar zu keinem Zeitpunkt sagen, wo - ich erinnere an die Beschlüsse der Frankfurter F.D.P. zur virtuellen Landebahn -, dass es aber nötig sei, wurde ungeprüft immer wieder betont. Vor diesem Hintergrund ist es doch nur zu verständlich, dass sich die Naturschutzverbände und Bürgerinitiativen am Verfahren nicht beteiligt haben,

(Armin Clauss (SPD): Es ist völlig unverständlich, warum sie es nicht gemacht haben!)

da ihnen keine adäquaten Bedingungen der Mitwirkung geboten wurden. Dies haben wir in diesem Hause auch bereits diskutiert, weil wir GRÜNE es sehr bedauert haben, dass es nicht gelungen ist, eine wirklich funktionsfähige Mediation mit allen Beteiligten durchzuführen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Armin Clauss (SPD): Das ist doch das Problem der Naturschutzverbände, und nicht das Verfahren!)

Ein Verfahren, das wesentliche Beteiligte nicht einbezieht und das im Ergebnis, wie ich Ihnen dargestellt habe, keinen Konsens findet, kann man nur als gescheitert bezeichnen. Dies allein ist fair, weil es nämlich auch eine ehrliche Feststellung ist.

Meine Damen und Herren, wenn der Verkehrsminister hier hervorhebt, die Mediation habe eine Brücke geschlagen zwischen einer, so nannte er es, selbstzerstörerischen Schwarz-Weiß-Debatte und der Eskalation der Vergangenheit hin zu Neuem, und wenn er sagt, vielleicht könnten sogar identitätsstiftende Entscheidungsprozesse damit eingeleitet werden, dann irrt er leider. Denn genau dieses Ziel, das wir im Übrigen teilen, wurde leider nicht erreicht. Bislang ist nämlich überhaupt nicht erkennbar, wie die zahlreichen, aus dem Verfahren gewonnenen Erkenntnisse im Interesse der Bevölkerung in wirksame Maßnahmen umgesetzt werden. Dabei wäre genau das der Punkt, der in der Tat nicht nur identitätsstiftend, sondern auch vertrauensbildend wirken könnte.

Die erste, wichtigste und von wirklich keiner Seite bestrittene Erkenntnis aus dem Verfahren ist die Feststellung, dass wir dringend eine Reduzierung der Lärmbelastung für die Menschen im Rhein-Main-Gebiet brauchen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Noch wichtiger ist: Dies ist entgegen den bislang von der FAG immer wieder aufgestellten Behauptungen auch möglich, die besagen, man täte schon alles Mögliche. Jahrzehntlang wurde das als unmöglich verweigert. Jetzt wird plötzlich eingeräumt, es sei erreichbar: eine Nachtruhe für wenigstens sechs Stunden. Es soll eine Nachtruhe geben, in der nicht mehr, wie bisher, 100 oder 150 Flugzeuge, die über das Dach hinweg fliegen, den Schlaf stören. Der Mediationsrunde gebührt nicht nur für ihre beachtliche Arbeit insgesamt, sondern vor allem für diese Feststellung ausdrücklicher Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Heike Habermann und Jürgen May (SPD))

Der Schutz der Menschen vor vermeidbaren gesundheitlichen Belastungen ist eine Aufgabe, der sich der Staat nicht verschließen kann. Deshalb muss als Ergebnis des Verfahrens rasch ein Nachtflugverbot eingeführt und der im Bericht beschriebene Anti-Lärm-Pakt realisiert werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Wer dies mit anderen Forderungen verbindet und es damit auf die lange Bank schiebt, versündigt sich an den Bürgerinnen und Bürgern hessischer Städte wie Raunheim, Neu-Isenburg, Offenbach und Rüsselsheim. Ich habe damit nur einige Städte genannt. Wir sagen hier und heute ganz klar: Mit den gegenwärtigen Belastungen ist das erträgliche Maß überschritten. Sie zu reduzieren ist als Allererstes zu machen und das Wichtigste.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Heike Habermann und Jürgen May (SPD))

Leider haben wir aber zur Kenntnis nehmen müssen, dass genau diese Notwendigkeit von denjenigen massiv bestritten wird, die nicht den Menschen im Rhein-Main-Gebiet, sondern den pekuniären Interessen ihrer Anteilseigner besondere Aufmerksamkeit widmen.

(Armin Clauss (SPD): Was Sie hier reden, ist doch Unsinn!)

Die Vertreter der Politik - das sind wir, die Mitglieder des Hessischen Landtags - sind deshalb aufgerufen, eine klare Aussage zu treffen, und zwar genau so, wie wir es in Punkt V und VI unseres Antrages gefordert haben. Wir halten das Bisherige nicht für akzeptabel. Es ist auch schon überfällig, um die vom Verkehrsminister angesprochene unselige Vergangenheit des Startbahn-West-Konfliktes zu überwinden, jetzt auf jeden Fall diesen Schritt zu tun und endlich das lang Versäumte nachzuholen.

Ein zweites, wichtiges Ergebnis des Verfahrens ist, dass uns allen der Blick dafür geöffnet wird, dass viele von uns im Begriff sind, sich zu verrennen.

(Armin Clauss (SPD): Herr Kollege, dazu gehören Sie! - Gegenruf der Abg. Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dazu gehören wir nicht!)

In den Empfehlungen des Berichtes ist das leider ein bisschen verborgen niedergeschrieben. Es ist das "No-regret"-Prinzip. Es erfordert, dass Entscheidungen erst getroffen werden, wenn ihre Folgen hinreichend bekannt sind, und nicht vorher. Wenn sie nicht bekannt ist, kann es nämlich passieren, dass man sie später bedauern muss. Für die interessierten Zuhörerinnen und Zuhörer sage ich: Lesen Sie das bitte auf Seite 144 des Berichtes nach.

Die gesamte Diskussion um den Ausbau ist unter Anwendung dieses Prinzips zu überprüfen. Man kommt dann zu überraschenden Ergebnissen.

Der erste Punkt ist, dass die von der FAG geforderte Kapazität von 120 Flugbewegungen pro Stunde als so genannter Koordinationseckwert ein Wunsch ist, aber keineswegs eine nachgewiesene Notwendigkeit. Dies hat auch die Erörterung in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses in der vergangenen Woche gezeigt. Auch die Ausführungen des Herrn Kollegen Reif, die er hier gerade gemacht hat, haben das, glaube ich, unterstrichen. Aus seiner Sicht ist es ein politischer Wunsch, der aber nicht durch Notwendigkeiten begründet ist. Dieser Wunsch ist ausschließlich aus der Konkurrenzangst vor anderen europäischen Flughäfen bzw. Flughafensystemen geboren. Er wird noch durch die Ihnen allen aus der Presse bekannten Drohgebärden der Luft Hansa gestützt. Beides sind allerdings keine rational nachvollziehbaren Argumente.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Richtig!)

Wenn wir uns nämlich die Prognosen des internationalen Flugverkehrs ansehen, dann stellen wir fest, dass mit

Wachstum in erheblicher Größenordnung zu rechnen ist. Ich sage das hier ganz offen. Wir GRÜNEN hätten es lieber, wenn die Wachstumsraten kleiner oder sogar vielleicht rückläufig wären. Aber wir geben uns nicht der Illusion hin, dass wir dies z. B. durch Parteitagsbeschlüsse der GRÜNEN weltweit erreichen könnten. Wir müssen uns also der Realität stellen und feststellen, dass erhebliche Wachstumsraten anzunehmen sind. Man darf dann aber nicht nur an diesem Punkt den Einschätzungen der Experten folgen, die übereinstimmend abgegeben wurden, sondern man muss auch erkennen, was sie zu den Trends dieses Wachstums gesagt haben.

Meine Damen und Herren, Sie werden sich vielleicht an die auch öffentlich geführte Debatte über die Strategiediskussion der Luftverkehrsbranche des letzten Sommers erinnern. Die öffentliche Diskussion sollte unbedingt unterbunden werden. Denn die Einschätzung der Experten sollte nach Möglichkeit nicht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Da wurde nämlich sehr deutlich, dass sich die Philosophie bezüglich der Logistik des Flugverkehrs gerade wegen des weiteren Wachstums in einem dramatischen Wandel befindet. Die zentralen Luftdrehkreuze, neuerdings auch im Deutschen "Hubs" genannt, gelten als überholt. Sie werden auf absehbare Zeit durch die so genannten Dedicated Hubs ersetzt werden. Dies sind Knotenpunkte mit spezifischen Aufgaben. Gleichzeitig wird die Zahl der Direktflüge überproportional zunehmen.

Ich möchte jenseits dieser Expertenrunde Stehende nennen. Ich möchte hierzu den Chef der Lufthansa anführen, der laut "Spiegel" festgestellt hat, der Trend gehe momentan zu den Direktflügen von A nach B. Ich möchte hierzu auch den Vize-Marketing-Chef von Boeing anführen. Dies ist ein Mensch, der es wissen müsste. Er sagte:

Der Markt hat sich gedreht. Außerdem sind es die Passagiere leid, jede Menge Zeit zu verlieren, weil sie auf überfüllten Hubs umsteigen müssen.

Meine Damen und Herren, es ist vollkommen logisch, dass jeder einen Direktflug einer Verbindung mit Umsteigen vorziehen wird. Denn sie ist schneller und bequemer, als es die beste Verbindung über einen Hub sein kann. Bitte erinnern Sie sich daran, wie viele Male schon der Bau des Super-Airbus A 3XX zurückgestellt wurde, weil ihn niemand bestellen will. Wir sollten schließlich auch nicht die aufwendigen Planungen zum Umbau und dann den Umbau am Terminal 2 des Frankfurter Flughafens vergessen. Dieses Terminal war für diese supergroßen Flugzeuge geplant, die es aber nicht gibt.

Nach all dem, was man weiß und wir, so denke ich, alle auch erkennen können, ist ein zentrales Luftdrehkreuz schon jetzt ein Dinosaurier des 21. Jahrhunderts. Das heißt, es ist zum Untergang verurteilt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Forderung zum Ausbau des Frankfurter Flughafens wird aber genau mit dieser Funktion begründet. Dies ist eine Funktion, die es schon bei der Inbetriebnahme einer Landebahn nicht mehr gäbe, wenn deren Neubau stattfinden würde. Der Neubau einer weiteren Landebahn ist deshalb schon aus Gründen falsch, die der internationale Markt des Luftverkehrs liefert. Wer diesen dennoch durchdrücken will, verfolgt die Philosophie von gestern und wird am Ende eine Fehlinvestition zu verantworten haben.

Dass der Bau einer weiteren Landebahn am Frankfurter Flughafen auch mit erheblichen negativen Folgen für die Menschen und die Umwelt verbunden sein würde, ist Ihnen

sicherlich bewusst. Das ist auch angesprochen worden. Unabhängig davon, welche der nach dem Bericht der Mediatoren empfohlenen Variante Sie wählen wollen, müssen dann mindestens weitere 120.000 Menschen im Rhein-Main-Gebiet zusätzlich unter dauernder Beschallung leben. Dies ist unverantwortlich,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

das sagen Ihnen unisono Wissenschaftler der unterschiedlichsten Fachgebiete.

Sie können heute in der Presse nachlesen, dass auch die Landesärztekammer eindringlich davor warnt. Ich glaube nicht, dass jemand in diesem Saal meint, die Landesärztekammer sei eine Vorfeld-Organisation vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Meine Damen und Herren, der Bau einer weiteren Landebahn wird auch erneut den Verlust mehrerer 100 ha Wald in der Region des Flughafens bedeuten. Ich wollte damit nur noch eine weitere negative Folge benennen. Ein Waldverlust in dieser Dimension wäre ein dauerhafter, nicht mehr gutzumachender Schaden für die Ökologie dieser Region.

(Beifall der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Nicht ohne Grund sind die meisten Waldflächen rund um den Flughafen schon vor Jahren zum Bannwald erklärt worden. Meine Damen und Herren, Sie müssen sich das genau ansehen. Damit haben sowohl die Region mit ihrem Entscheidungsgremium als auch der Staat, das Land Hessen, festgestellt, dass der Wald an dieser Stelle unverzichtbar und dauerhaft zu erhalten ist für die Lebensmöglichkeiten im Rhein-Main-Gebiet insgesamt. Mit dieser Feststellung hat er sich auch darauf festgelegt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Jürgen May (SPD))

Das einzig sinnvolle politische Signal am Ende des Mediationsverfahrens kann nur sein, dass die Verantwortlichen in der Landespolitik klar erklären, dass der Bau einer neuen Landebahn abgelehnt wird. Dies besagt Punkt IV unseres Antrags.

Entgegen immer wieder gern geäußerten Vorwürfe sind uns GRÜNEN die Entwicklungsmöglichkeiten des Flughafens als wichtigste hessische Arbeitsstätte keineswegs egal.

Selbstverständlich hat für uns die Sicherung und Gewinnung von Arbeitsplätzen hohe Priorität. Doch genau zu dieser Frage ist der von der Mediationsrunde vorgelegte Bericht leider etwas unvollständig und mangelhaft. Schon die Darstellungsform ist kritikwürdig, da nicht alle angegebenen Daten sich auf die gleiche Grundlage beziehen, sondern mit Arbeitsplatzverlusten - gemessen an einer fiktiven Zahl - argumentiert wird, statt die verschiedenen positiven Entwicklungschancen vom heutigen Stand aus darzustellen.

Flughafenbetrieb ist ein Beschäftigungsfaktor. Demzufolge bringt mehr Flughafenbetrieb auch mehr Beschäftigung. Allerdings sind die bisherigen Parameter, mit denen sich die FAG brüstete, von den Gutachtern als weit überholt erkannt worden. Wenn Sie an die Entwicklungstrends der Luftverkehrslogistik denken, die ich Ihnen dargelegt habe, ist darüber hinaus von einer Abkopplung mindestens der so genannten induzierten Arbeitsplätze von der Entwicklung der Flugbewegungen auszugehen. Mehr Direktflüge statt Umsteigebeziehungen werden die Zahl der Flugbewegungen eher drosseln, die Erreichbarkeit und internationale

Anbindung des Standorts aber nicht verschlechtern, sondern eindeutig verbessern und damit die Attraktivität des Rhein-Main-Gebietes für andere wirtschaftliche Aktivitäten für sich allemal positiv entwickeln lassen.

Betrachten wir die direkt am Flughafen befindlichen Arbeitsplätze, so ist hier aufgrund von Rationalisierungsmaßnahmen der Zuwachs eher rückläufig. Im vergangenen Jahr gab es einen leichten Rückgang der Zahl der Beschäftigten der FAG, was ich hier jetzt nicht überbewerten will, was aber ein klarer Hinweis darauf ist, dass die Bäume nun keineswegs in den Himmel wachsen. Betrachten wir schließlich die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen im Bereich der Cargo City Süd, dann sehen wir, dass nur 13% der Arbeitsplätze neu geschaffen wurden, aber 87% lediglich verlagert worden sind.

Die Jobmaschine Flughafen ist eine Fiktion. Zu größten Teilen ist der Flughafen allenfalls ein Jobmagnet, der Arbeitsplätze konzentriert, anzieht und sie damit an anderer Stelle wegfallen lässt. Bei diesen Feststellungen beziehe ich mich übrigens nicht auf irgendwelche Daten, die in grünen Köpfen erfunden wurden, sondern auf die Daten im Mediationsbericht und in der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage meiner Kollegin Hammann vom letzten Jahr zum Thema Cargo City. Deshalb, meine ich, sollten auch diejenigen, die jetzt dem Ausbau das Wort reden, sich diese Zahlen und Daten noch einmal sehr genau anschauen.

Eine deutliche Kritik an den Aussagen des Berichts zur Arbeitsplatzfrage ist allerdings zusätzlich noch anzubringen, weil versäumt wurde, die negativen Arbeitsplatzeffekte, die ein Flughafen ausbau ebenfalls hätte, zu berücksichtigen. Wenn durch den Ausbau schon mehr als 120.000 Menschen zusätzlich in die Lärmzone geraten, so sagt diese Zahl noch nichts darüber aus, dass außerdem erhebliche Mengen von derzeit nicht besiedelten Flächen, die die Gemeinden für ihre Entwicklung jeweils verplanen wollen, zukünftig genau diesen Planungsmöglichkeiten entzogen sind. Wo weder Wohn- noch Gewerbeansiedlung mehr möglich ist, da kann auch nicht gewirtschaftet oder gebaut, noch können Dienstleistungen angeboten werden. Deshalb werden auch Arbeitsplätze, die sonst geschaffen werden könnten, unmöglich gemacht.

Es ist dringend notwendig, diesen Mangel des Berichts auszuräumen und die notwendigen Untersuchungen in diesem Bereich alsbald zu ergänzen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hinzu kommt, dass wir nach dem Bericht noch viel zu wenig über die Folgen eines möglichen Ausbaues für den Immobilienmarkt wissen, allgemein wie auch - das ist noch wesentlich wichtiger - für die Sozialstruktur in den betroffenen Siedlungsräumen. Da nehme ich nur die Diskussionen der Stadt Offenbach als Beispiel. Diejenigen, die sich in der Region auskennen, wissen, was ich damit meine. Bei genauer Analyse sind hier ebenfalls negative Folgen für die Beschäftigung sicher. Allein ihre Größenordnung können wir zurzeit noch nicht einmal abschätzen.

Dies sind einige Gründe dafür, warum der vorliegende Bericht - bei aller Würdigung seiner positiven Beiträge - sich auch deutliche Kritik gefallen lassen muss. Es sind auch Gründe, warum das empfohlene regionale Dialogforum unverzüglich eingerichtet werden sollte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf diesem Wege sind nicht nur die Maßnahmen zur Lärmbekämpfung und ihre Wirksamkeit zu kontrollieren. Es ist

auch geboten, an zusätzlichen Erkenntnissen über die Folgen der Flughafenentwicklung mitzuarbeiten. In Punkt VII unseres Antrages fordern wir deshalb die Landesregierung auf, die Einrichtung des Dialogforums umgehend in die Wege zu leiten und die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, eine Aufforderung, denke ich, der vernünftigerweise hier eigentlich niemand widersprechen kann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir die Arbeitsplatzentwicklung auch skeptischer einschätzen als manche Euphoriker in den Reihen der Ausbaubefürworter, so sehen und wollen wir auch eine Entwicklungsperspektive für den Flughafen Frankfurt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hierzu gibt ebenfalls der Bericht der Mediationsrunde den richtigen Ansatz. Eine Erweiterung der Kapazität durch Optimierung der vorhandenen Systeme kann einen Zuwachs von gut 20% auf insgesamt bis zu 500.000 Flugbewegungen jährlich sicherstellen. Über diese Frage scheinen nicht einmal Herr Kollege Reif und ich miteinander zu streiten, was sehr selten vorkommt.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Dafür, meine Damen und Herren und Herr Kollege Boddenberg, sollten Sie sich das Bild 4.2.2 im Bericht sehr genau anschauen, diese Steigerung der Flugbewegungen bei gleichzeitiger deutlicher Reduzierung der Lärmbelastung in der Region.

Nimmt man noch hinzu, dass durch die Verlagerung des Kurzstreckenflugverkehrs auf die Schiene ein weiterer Kapazitätsgewinn von 5% und ein ebensolcher durch eine verstärkte und intelligente Kooperation mit den Flughäfen z. B. Köln/Bonn und Hahn möglich ist, so ergibt das Optimierungsszenario insgesamt einen Wert von rund 550.000 Flugbewegungen - ich sage jetzt bewusst: Äquivalente - im Jahr. Sie würden sicher einwenden, dass Flüge, die durch Schienenverkehr ersetzt sind, vielleicht nicht mehr Flüge genannt werden sollten, aber es sind 550.000 Flugbewegungsäquivalente. Dies ist eine Steigerung von rund einem Drittel gegenüber dem gegenwärtigen Stand.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Im Rahmen dieser Möglichkeiten sind ausgezeichnete Chancen, Herr Kollege Reif, für den Flughafen gegeben, den Prozess des Strukturwandels, den ich schon angesprochen habe, exzellent zu bestehen und sich als modern ausgelegter, weil vernetzter, intermodal vernetzter internationaler Flughafen auch in Zukunft präsentieren zu können und dabei eine führende Rolle zu spielen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da dabei gleichzeitig die Belastungen reduziert werden, wird eine solche Entwicklung auch die Zustimmung und die Unterstützung der Region finden, genau in dem Sinne, wie es die schon genannten Kommunalvertreter in der Mediationsrunde gefordert haben. Übrigens, ein solches Optimierungsprogramm schafft zusätzliche Arbeitsplätze. Herr Reif, lassen Sie sich das auch gesagt sein: Seriöse Kalkulationen, die analog den Verfahren im Bericht angewendet sind, ergeben einen Wert von etwa 25.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen im Rahmen der Vollausschöpfung des Optimierungsprogramms, so, wie ich es gerade dargestellt habe. Die Zahl der vom Fluglärm betroffenen Menschen kann gegenüber dem Iststand um rund 100.000 verringert werden. Das ist ein Ergebnis, das in der Tat alle Beteiligten zu Gewinnern macht. Wir sollten hier und heute den Mut ha-

ben, unseren politischen Willen zu formulieren, dass wir dies für die Region und den Flughafen wollen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Auseinandersetzungen um den Flughafen sind auch schon immer ein massives Problem der Glaubwürdigkeit der Politik gewesen. Sie alle wissen, dass der Planfeststellungsbeschluss zum Bau der Startbahn 18 West das schriftlich gegebene Versprechen enthält, dass eine weitere Bahn auf keinen Fall genehmigt wird.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist das!)

Gerade in diesen Zeiten des rapiden Glaubwürdigkeitsverlustes von Politikern wäre es ein weiteres katastrophales Signal, Herr Kollege Grüttner, wenn dieses Versprechen zur Makulatur würde. Wenn das, was der Verkehrsminister vorhin gerade angesprochen hat, erreicht werden soll, nämlich für die Region einen identitätsstiftenden Entscheidungsprozess, dann muss er frei sein von Tricksereien, von falschen Behauptungen und von gebrochenen Versprechen. Denn nach all dem, was die Menschen in der Region um den Flughafen in den letzten zwei Jahrzehnten immer wieder an Enttäuschungen hinnehmen mussten, muss Glaubwürdigkeit bei den Handelnden an allererster Stelle stehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist in Tagen und Wochen, wo in der Landesregierung Hessens sich kaum noch eine Person befindet, deren Glaubwürdigkeit nicht angekratzt ist, von Personen, langsam die Mehrheit bereits, die der Trickserei, der Lügen, der Unwahrheiten und des Betruges überführt zu sein scheinen, in der Tat ein Problem. Da stellt sich die Frage: Kann diese Landesregierung dieses Projekt überhaupt mit Glaubwürdigkeit betreiben und eine sachgerechte Entscheidung treffen? Dass unsere Einschätzung dazu ein klares Nein ist, Herr Kollege Boddenberg, das wird Sie nicht überraschen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Frage der Glaubwürdigkeit trifft aber auch die FAG. Denn die hat in den letzten Jahren auch unendlich viel Vertrauenskapital verspielt, indem immer wieder Beschwerden als nichtig zurückgewiesen wurden und dann auf Umwegen stückchenweise die Wahrheit herauskam, dass natürlich in der Tat die Lärmbelastung schleichend zugenommen hat, Flugrouten verändert wurden, andere Personen betroffen waren und vieles andere mehr, was immer gern verschleiert werden sollte.

Meine Damen und Herren, die FAG hat aber ein weiteres Vertrauensproblem. Sie hat nämlich einen Aufsichtsratsvorsitzenden, der in seiner eigenen Firma - wenn ich die CDU so nennen darf - durch rückdatierte Schreiben so etwas wie Bilanzfälschung begangen hat.

(Stefan Grüttner (CDU): Das wird auch nicht dadurch wahrer, dass Sie es ständig wiederholen! - Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da stöhnen Sie, aber es stimmt trotzdem!)

Dies ist gewiss kein guter Ausweis für den Aufsichtsratsvorsitzenden einer Gesellschaft, die jetzt - das haben wir vom Verkehrsminister gehört -

(Stefan Grüttner (CDU): Wir wollen zitieren, was im Protokoll steht, Herr Kaufmann!)

mit Offenheit und Ehrlichkeit entgegneten will.

(Stefan Grüttner (CDU): Wir wissen, was jetzt kommt, und es wird dadurch auch nicht besser!)

Meine Damen und Herren - das sage ich auch Ihnen, Herr Kollege Grüttner -, es wäre der beste Beitrag, den der Ministerpräsident zu einer positiven Entwicklung Hessens und zu einer positiven Zukunft des Frankfurter Flughafens leisten könnte, wenn er nicht nur als Regierungschef, sondern auch als Aufsichtsratsvorsitzender der Flughafen AG sofort zurückträte. - Danke schön.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Stefan Grüttner (CDU): Da klatscht noch nicht einmal die SPD!)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Herr Abg. Denzin für die Fraktion der F.D.P.

Michael Denzin (F.D.P.):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Verehrter Herr Kollege Kaufmann, es war einmal mehr ein mühsames Ringen, das grundsätzliche und offensichtlich unverrückbare Nein der GRÜNEN gegen jeglichen Ausbau des Frankfurter Flughafens

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch unwahr, Sie haben nicht zugehört! Gegen den Neubau einer Bahn sind wir, Herr Kollege! - Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben wiederholt nicht zugehört!)

in ein vermeintlich eigenes verkehrspolitisches Konzept zu gießen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn er Unwahrheiten erzählt, dann muss man eben eingreifen!)

Ihr Konzept trägt nämlich nicht.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Ich will Ihnen das an einem Beispiel aufzeigen. Sie haben bis vor kurzem behauptet, der Luftverkehr werde sich nicht annähernd so entwickeln wie vorausgeschätzt. Alle Schätzungen sind tatsächlich übertroffen worden. Heute haben Sie anerkannt, dass es auch eine weitere positive Entwicklung - ob sie positiv ist, mag man unterschiedlich beurteilen -, auf jeden Fall aber weitere Steigerungen geben wird. Jetzt kommen Sie und sagen: Diese Drehkreuzfunktionen werden sich überholen. Man wird über Direktverbindungen anfliegen. - Hier widersprechen Ihnen auch die Entwicklung des Luftverkehrs in der jüngsten Vergangenheit und die Planung für die nächste Zeit. Dem widerspricht für meine Begriffe auch die Logik.

Auf jeden Fall ist es so, dass wir eine für dieses Land, für das Rhein-Main-Gebiet und darüber hinaus so wichtige Entscheidung nicht davon abhängig machen können, mit welchen Spekulationen Sie ein in Ihrer Position ohnehin unverrückbares Nein hier begründen. Deshalb können wir die Akten zumachen, was Ihren Beitrag angeht.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben keine Argumente, das ist Ihr Problem! - Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Augen zu und durch!)

Meine Damen und Herren, ich bin dankbar, dass der Wirtschafts- und Verkehrsminister Dieter Posch eine durch so viel Verantwortung geprägte Regierungserklärung abgegeben hat.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Ich bin deshalb dankbar, weil genau das, was der Kollege Polster angemahnt hatte, hätte sein können - aber es durfte auf keinen Fall so sein, denn der Minister ist in allen anstehenden Verfahren zuständig. Er darf nicht im Mindesten den Eindruck erwecken, nicht objektiv zu sein. Alle geforderten Festlegungen von Herrn Polster hätten genau dazu geführt. Dass der Minister dieser Gefahr nicht erlegen ist, ist sehr anerkennenswert. Ich bin sicher, dass das Verfahren genau so ablaufen wird, wie er es hier vorgetragen hat.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Im Übrigen, Herr Polster, hat er es hier sehr detailliert vorgetragen. Herr Polster, ich will auch noch vor einem warnen. Sie haben gesagt, das Parlament soll informell ins laufende Verwaltungsverfahren eingebunden werden. Um Gottes willen, meine Damen und Herren. Soweit es Informationen betrifft: Ja. Unterrichtet werden: Ja. Aber bitte keinen Schritt darüber hinaus, denn das sind zwei Paar Schuhe.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Rechtsstaatliche Verfahren sind im Luftgenehmigungsverfahren vorgeschrieben ebenso wie alles, was dem vorauszugehen hat, einschließlich der Umweltverträglichkeitsprüfung, die jetzt an allen potenziellen Standorten beginnen sollte mit der Beobachtung der Vegetationsphase bis hin zu einem endgültigen Bescheid. Das bedarf einer absoluten Unabhängigkeit aller, die damit zu tun haben - beim RP ist das selbstverständlich, aber auch bei dem politisch gestellten Minister im Wirtschaftsministerium. Ferner - das setzt heute mit der Diskussion ein - geht es um die politische Meinungsbildung dazu, die zwar nicht überall isoliert nebenher läuft, aber die nicht in das Verfahren eingreifen darf. Natürlich können wir uns nicht zurückziehen und sagen: Es ist damit getan, wenn die FAG in dieser oder jener Form einen Antrag stellt, der wird geprüft und genehmigt. Dafür ist die Maßnahme viel zu bedeutend und zu groß. Sie braucht auch politische Begleitung und Absicherung.

Der Bericht der Mediatoren liefert uns eine hervorragende Grundlage für den Ausgangspunkt dieser Diskussion, und zwar sowohl, wobei ich das aufgreife, was Minister Posch gesagt hat, im Hinblick auf die Entwicklung der Methodik - wie sind die Mediatoren, die mitgearbeitet haben, darangegangen? - als auch auf die Materialaufarbeitung und das Paket aus fünf Bausteinen mit Empfehlungen, was meiner Meinung nach auch sehr wichtig ist. Wir werden heute diese fünf Empfehlungen sicherlich nicht abschließend im Einzelnen kommentieren können.

Aber es ist eine hervorragende Grundlage, die wir in dem beantragten Hearing vertiefen müssen. Ich will hier deutlich machen, dass ich froh bin, dass dieser Antrag auf Abhaltung des Hearings von CDU, SPD und unserer Fraktion gemeinsam unterschrieben wurde. Das ist ein guter Ansatz. Herr Clauss, umso weniger verstehe ich Ihre Zwischenrufe.

(Armin Clauss (SPD): Welche?)

Die von Herrn Schmitt muss man nicht kommentieren, das lohnt sich nicht. Ich wundere mich darüber, dass Sie vorhin den Eindruck erweckt haben, als der Kollege Reif hier sprach,

(Armin Clauss (SPD): Er soll doch in seinen alten Reden nachgucken!)

dass Sie sich darüber aufregen, dass sich hier eine breite Übereinstimmung in vielen sehr wichtigen und sensiblen Fragen andeutet.

(Armin Clauss (SPD): Das ist nicht das Thema!)

Sie sollten froh darüber sein und nicht künstlich versuchen, Störmanöver hereinzubringen, da wir uns in der Sache sicherlich nahe sind.

(Armin Clauss (SPD): Es geht um Glaubwürdigkeit, Herr Kollege! Die ist wohltuend Ihrer Rede zu entnehmen, nicht dem, was Herr Reif gesagt hat!)

- Herr Clauss, was heißt denn Glaubwürdigkeit? Wenn Sie von Glaubwürdigkeit sprechen, meinen Sie etwas anderes.

(Armin Clauss (SPD): Nein!)

Informationsprozesse sind immer Überdenkungsprozesse und führen schließlich zu Entscheidungen. Wenn ein Politiker nicht festgelegt und vernagelt ist - was ich gerade Herrn Kaufmann vorgeworfen habe -, dann muss er doch auch in der Lage sein zu sagen: Ich gewichte das jetzt anders, als ich es vor fünf Jahren gewichtet habe.

(Armin Clauss (SPD): Herr Reif ist aber vernagelt, das ist der Unterschied!)

Das erkenne ich an. Herr Clauss, ich bin dankbar, wann immer Sie etwas dazulernen. Das ärgert mich nicht, sondern es freut mich.

(Stefan Grüttner (CDU): In diesem hohen Alter noch etwas dazulernen ist doch sagenhaft!)

Ich würde mir wünschen, Sie gäben mir viel mehr Anlass zur Freude.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Armin Clauss (SPD): Ich lerne jeden Tag, im Gegensatz zu Herrn Reif! Das ist sein Problem!)

Meine Damen und Herren, natürlich dankt die F.D.P.-Fraktion den drei Mediatoren genauso, wie die anderen Fraktionen das richtigerweise getan haben. Ich bin froh, dass Herr Kaufmann trotz all seiner sonstigen Meckerei an dem Verfahren das ebenfalls getan hat. Es ist eine Arbeit, die sicherlich wegweisend für andere große Planverfahren in der Vorbereitung ist. Ich bin auch froh, dass die GRÜNEN nicht versucht haben, die Arbeit und die Leistung, die aus dem Bericht hervorgehen, in dem Maße durch nicht zutreffende Einwände über irgendwelche Verfahrensabläufe oder Abstimmungen herunterzuziehen, wie es im Vorfeld teilweise in schriftlichen Veröffentlichungen, aber auch in Kommentierungen geschehen ist.

Alle, die im Wirtschaftsausschuss waren, können oder müssen sich daran erinnern, dass ich diesen Punkt dezidiert nachgefragt habe und dass die drei Mediatoren übereinstimmend geantwortet haben: In der Abstimmung über das Paket war das ein einhelliges, ein einstimmiges Abstimmungsergebnis. Dann gab es diejenigen, und zwar nicht als Personen, sondern als Bürgermeister - das sage ich jetzt dazu, das haben die Mediatoren nicht gesagt -, die gezwungenermaßen aus der Position Neu-Isenburgs und anderer betroffener Städte und Gemeinden diese Protokollnotizen formuliert haben. Im Grunde genommen ändert das überhaupt nichts an den ansonsten einvernehmlichen Feststellungen.

Ich freue mich auf das Hearing. Dort haben wir Gelegenheit, das eine oder andere in der Sache noch zu vertiefen. Wir werden auch Wert darauf legen, dass die Gemeinden - und gerade die Gemeinden, die unmittelbar betroffen sind - dort Gelegenheit erhalten, ihre Positionen darzulegen, ebenso die Bürgerinitiativen, aber sicherlich auch noch eine Reihe von anderen Sachkennern, die uns bei der endgültigen Formulierung unserer Position helfen können.

Meine Damen und Herren, ich will noch einmal der Reihe nach auf die Vorschläge, die in dem Paket zusammengeschnürt sind, eingehen.

Optimierung des bestehenden Systems - das ist unstrittig, ich stelle fest: bis einschließlich in die Reihen der GRÜNEN.

Kapazitätserweiterung durch Ausbau - ja, wir diskutieren nicht mehr über das Ob, sondern wir diskutieren das Wie.

(Beifall des Abg. Heinrich Heidel (F.D.P.))

In dieser Diskussion stehen wir in einem Spannungsbogen, den es aufzulösen gilt, zwischen der notwendigen Erweiterung wegen weiterer wirtschaftlicher Entwicklungs- und damit Arbeitsplatzchancen einerseits und andererseits - und das sage ich hier sehr bewusst und ganz deutlich für meine Fraktion - auch den Grenzen der Belastbarkeit und den Grenzen der zumutbaren individuellen Belastung im Nahbereich des Flughafens. Umso mehr bleiben bei der Auflösung dieses Spannungsbogens die Fragen: Wie gehe ich mit den Belastungsparametern um, und wie gehe ich mit der zusätzlichen Belastung um?

Hier ist ein durchaus zu erörternder Vorschlag das Nachtflugverbot. Der Kollege Reif hat schon im Einzelnen hier die möglichen Auswirkungen analysiert und das Aufkommen differenziert dargelegt. Ich bin fast davon überzeugt, dass wir bei weiterem Verfolg dieses Punktes durchaus Lösungswege finden können.

Der zweite Umweltpunkt, der Anti-Lärm-Pakt - ja. Meine Damen und Herren, hier sage ich, die FAG sollte nicht warten, bis sie durch irgendeine Genehmigung mit Auflagen vorgeschrieben bekommt, was zu machen ist, sondern ich fordere die FAG auf, jetzt schon von sich aus in die Offensive zu gehen, in die Gespräche, in die Verhandlungen, und schon eine Vorleistung zu erbringen, die uns im Sinne einer vernünftigen friedlichen weiteren Debatte weiterhelfen wird.

Nach unserer Auffassung kann es nicht sein, dass man Ausgleichsmaßnahmen, passive und aktive Lärmschutzvorkehrungen erst dann trifft, wenn man dazu verurteilt ist. Für den Zusammenhalt in der Region, für das, was Dieter Posch vorhin richtigerweise die Chance zu einer neuen Identifikationsbildung in der Region nannte, fände ich es sehr wichtig und gut, wenn die FAG von sich aus hier nach vorne gehen und offensiv werden würde.

Meine Damen und Herren, es gibt die Chance für die Region über all das hinaus, was notwendigerweise zur wirtschaftlichen Entwicklung gesagt wurde. Es gibt die Chance auch für einen qualitativ neuen Identifikationsprozess, aber nur dann, wenn wir diese Region nicht definieren als Flughafen und die betroffenen Anrainergemeinden, sondern wenn wir auch in der Belastungsverteilung diese Region weit größer zuschneiden, sodass sie nolens volens über Hessen hinausgeht: Mainz und Aschaffenburg sind nämlich genauso betroffen - unabhängig davon, wie nachher die Feinsteuerung und die Optimierung der Pläne aussieht und was immer beantragt werden wird. Die Rhein-Main-Region, über die wir auch in anderem Zusammenhang sehr viel reden, muss in der regionalen Diskussion um die Flughafenerweiterung so gesehen werden, und wir müssen die Belastungsverteilung einmal ganz anders definieren, bis hin dazu - welche Mechanismen wir dafür auch immer finden werden -, dass das seinen Niederschlag in einem finanziellen Strukturausgleich finden wird, sei es über den Finanzausgleich oder wie auch immer. Ich meine, es kann nicht sein, dass in der unmittelbaren Nähe eines Flughafens die

Belastung abgeladen wird, während darüber hinaus alle anderen die Erfolge und die positiven Ergebnisse haben, ohne dass man hier zu weiteren Ausgleichsmodi kommt.

(Beifall bei der F.D.P.)

Über die einzelnen Fakten ist von meinen drei Vorrednern so viel vorgetragen worden, dass ich darauf gar nicht mehr einzugehen brauche. In diesem Sinne ein letzter Satz von mir: Wir müssen bei dieser Aufgabe sehr sorgsam darauf achten, dass wir nicht - es wurde vorhin schon die Diskussion um die Startbahn West zitiert - definieren, mit dieser Maßnahme ist ein für alle Mal die Kapazitätsfrage erledigt, und in zehn Jahren müssen wir eine erneute Diskussion über den Ausbau führen. Die Überschrift über diese Debatte, wie ich sie gehört und aufgenommen habe, ist das Aufeinander-Zugehen. In diesem Sinne sollten wir - wie das der Kollege Reif und auch der Kollege Polster schon dargestellt haben - jetzt eine Lösung anstreben, die uns nicht zwingt, das Thema in zehn Jahren erneut aufzugreifen - wie auch immer diese Lösung technisch aussieht. Wir sind heute alle überfordert, dazu etwas Genaueres zu sagen. Da werden wir noch sehr viel aufarbeiten müssen. Aber ich hoffe, dass wir uns in diesem Sinne in einem breiten Konsens in dieser Frage weiter einem Ergebnis nähern. - Danke schön.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat jetzt der Kollege Boddenberg für die Fraktion der CDU. Die Redezeit beträgt aufgerundet drei Minuten.

Michael Boddenberg (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir alle sind uns mittlerweile bewusst, welche Tragweite diese Entscheidung für die Region bedeutet. Auch hier im Raum gibt es eine ganze Reihe von betroffenen Abgeordneten. Ich möchte das wirklich einmal ein wenig aus der Parteidiskussion herausführen. Herr Posch, Sie haben das sehr richtig gesagt: je weiter weg vom Standort Rhein-Main, desto gelassener kann man natürlich auf diese Entscheidung blicken.

Aber vielleicht stehe ich hier stellvertretend für die Abgeordneten - und das ist eine ganze Reihe -, die unabhängig von ihrer politischen Zugehörigkeit dieses Thema nicht erst seit gestern, seit letzter Woche, seit der Eröffnung des Mediationsverfahrens verfolgen, sondern die unter anderem auch schon im Landtagswahlkampf damit zu tun hatten. Ich glaube, wir sollten in den nächsten Tagen auch im Ausschuss darüber reden, wie wir uns verhalten, um - das hat Herr Denzin zu Recht angesprochen - gemeinsam zu einer für die Region notwendigen, aber sehr mehrheitlichen Entscheidung zu kommen.

Ich selber habe im Frankfurter Stadtwald mit Herrn Koenigs gestanden, dem damaligen Landesvorsitzenden der GRÜNEN, mit meiner Gegenkandidatin, die anschließend plakatiert hat: "Flughafen ja, Landebahn nein". Ich habe einmal versucht, das gedanklich logisch fortzusetzen, und bin zu dem Ergebnis gekommen, das hieß: einmal Starten auf Nimmerwiedersehen, und wir haben das Problem nicht mehr. Aber ich glaube, so leicht können wir es uns nicht machen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht so ganz, Herr Kollege! Sie hätten meiner Rede zuhören sollen, dann wüssten Sie, wie!)

So leicht können wir es uns im Landtagswahlkampf nicht machen, und ich habe es mir auch nicht so leicht gemacht. Ich sage Folgendes: Ich gehöre zu denjenigen - und das war insgesamt der Tenor in unserer Fraktion -, die gesagt haben, wenn es am Ende so ist, dass die Notwendigkeit des Ausbaus festgestellt wird, dann werden wir zu dieser Empfehlung stehen - aber natürlich unter der Voraussetzung, dass diese Empfehlung, diese Entscheidung auch ökologisch tragbar ist, am Ende auch mit Blick auf die Belastung der Bürger.

(Armin Clauss (SPD): Und Ihr Wahlkreis nicht betroffen ist, Herr Kollege!)

Herr Posch, ich bin Ihnen deswegen dafür dankbar, dass Sie diesen Konsens suchen. - Ich möchte Sie einfach bitten, dass wir aufhören, jetzt Klein-klein zu kritisieren. Ich fand das völlig in Ordnung, was der Minister Posch heute angesprochen hat, indem er sich sehr zurückgehalten hat,

(Beifall bei der CDU)

auch bei der Bewertung der Empfehlungen und der Erklärung der Mediatoren. Alles andere wäre mit Blick auf die Glaubwürdigkeit ein völlig falsches Signal gewesen, wie Sie sie in dieser Frage zu Recht anmahnen.

Wenn Herr Hahn schon vor Monaten geäußert hat: "Ich sehe, dass wir nicht mehr über das Ob, sondern nur noch über das Wie reden", dann hat er möglicherweise etwas früher als ich es mir zugemutet habe, die Ergebnisse der Mediation und das, was man zwischenzeitlich aus der Mediation erfahren konnte, für sich bewertet. Er hat auch betont, dass das seine persönliche Meinung ist. Herr Posch, insofern glaube ich, dass wir aufhören sollten, Vergangenheitsbewältigung zu betreiben.

(Manfred Schaub (SPD): Polster heißt er, nicht Posch!)

- Entschuldigung, Herr Polster.

Zu den GRÜNEN muss man einen Satz sagen. Da steht in dem Antrag: Es gibt andere Wege, um die Kapazität zu erweitern. - Auch dazu habe ich Ihren früheren Landesvorsitzenden gefragt, und ich frage heute Sie: Wie können Sie sich überall hinstellen, die Themen Lärmbelastung, Schadstoffbelastung usw. mit Blick auf weite Teile der Bevölkerung thematisieren, die natürlich zu Recht die Befürchtung hat, dass sich das nicht positiv auswirken wird, auf der anderen Seite aber selbst ständig sagen, der Kapazitätsausbau sei auch ohne Ausbau einer Landebahn möglich? Das haben Sie in Ihrem Antrag drin. Dort sagen Sie, wir könnten 20% wachsen, ohne auszubauen. Das heißt, auch Sie stehen am Ende - und sagen Sie das bitte immer zuerst - für den Ausbau des Frankfurter Flughafens, wenn gleich Sie sagen, Sie wollen keine neue Landebahn.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Für die Reduzierung der Belastungen, Herr Kollege! Das ist der Punkt!)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist deutlich überschritten. Würden Sie bitte ganz schnell zum Schluss kommen?

Michael Boddenberg (CDU):

Im Ausschuss habe ich gesagt, uns wäre es vielleicht am liebsten, wenn wir am Ende zu einer mathematischen Lösung kommen würden. Herr Reif sagt zu Recht, es gibt

diese Synopse nicht, bei der wir am Ende eine Punktzahl haben und sagen können, das sei die mathematisch herbeigeführte Entscheidung. Am Ende werden wir alle den Mut haben müssen, zu sagen, ob wir bereit sind - und da sehe ich insbesondere in die Reihen der SPD und all derjenigen, die vor Ort betroffen sind -, diese Entscheidung mit Blick auf die Zukunftsfähigkeit unserer Region zu treffen.

Frau Präsidentin, ein letzter Satz: Ich gehe davon aus, dass dem Antrag von CDU, SPD und F.D.P. zugestimmt werden wird. Ich möchte den Präsidenten bitten, sich dieses Votums anzunehmen und die Vorbereitungen des Hearings unverzüglich einzuleiten. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen und schließe die Aussprache. Ich stelle fest, dass die Regierungserklärung gegeben und besprochen wurde.

Der Antrag unter Tagesordnungspunkt 13 soll an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen werden. - Dem wird nicht widersprochen.

Der Antrag unter Tagesordnungspunkt 27 soll sofort abgestimmt werden. Dann darf ich diejenigen, die diesem Antrag zustimmen möchten, um ihr Handzeichen bitten. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist der Antrag mit den Stimmen von CDU, SPD und F.D.P. bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen worden.

Ich gehe davon aus, dass die Vorbereitung der Anhörung auch hier im Plenum besprochen oder diskutiert werden soll. So wurde es mir jedenfalls signalisiert. - Herr Kollege Grüttner.

Stefan Grüttner (CDU):

Frau Vizepräsidentin, Herr Boddenberg hat eben gesagt - und ich glaube, das ist Konsens unter den antragstellenden Fraktionen -, dass wir den Präsidenten bitten, die Vorbereitungen entsprechend zu treffen. Ich denke, dass wir dann über den Ältestenrat wieder in das Plenum hineingeben, in welcher Art und Weise wir damit umgehen.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Ich sehe Nicken. Dann scheint Einverständnis zu herrschen.

Herr Kollege von Plottnitz, Sie möchten nach § 88 der Geschäftsordnung eine Erklärung zur Abstimmung abgeben.

Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ein kurzes Wort der Erläuterung zu unserem Abstimmungsverhalten soeben. Je gewichtiger die Konsequenzen einer politischen Entscheidung, desto notwendiger natürlich Sach- und Fachverstand auch aufseiten des Hessischen Landtages und desto wichtiger auch Anhörungen zu dem infrage stehenden Thema. Wenn wir uns dennoch enthalten haben, dann nicht deswegen, weil wir das anders sehen als der Rest des Hauses. Wir haben uns für die Enthaltung aus einem ganz anderen Grunde entschieden. Wir glauben nicht, dass der Hessische Landtag und die Fraktionen im Hessischen Landtag im Zeichen einer Regierungskrise, wie sie Hessen

noch nie zuvor in dieser Form erlebt hat, und im Zeichen schwerer Legitimationsmängel in der Zusammensetzung des Hessischen Landtages,

(Michael Denzin (F.D.P.): Ach nein! - Anhaltende Zurufe von der CDU und der F.D.P.)

zumindest vor einer Entscheidung des Wahlprüfungsgremiums gut beraten ist, in einer so schicksalsträchtigen Frage eine wie auch immer geartete Entscheidung, und sei es auch nur eine Entscheidung zum Verfahren, zu treffen. Deswegen haben wir für Enthaltung votiert, und wir glauben, dass wir da gut beraten waren. - Danke schön.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz über die Zustimmung zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Hessen und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Zugehörigkeit der Wirtschaftsprüfer und der vereidigten Buchprüfer des Landes Hessen zum Versorgungswerk der Wirtschaftsprüfer und der vereidigten Buchprüfer im Lande Nordrhein-Westfalen - Drucks. 15/1026 zu Drucks. 15/944 -

Berichtersteller ist Herr Kollege von Plottnitz.

(Zuruf von der CDU: Jetzt können Sie einmal etwas Gescheites sagen!)

Rupert von Plottnitz, Berichtersteller:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zum Bericht.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf anzunehmen. Der Gesetzentwurf war dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr in der 27. Plenarsitzung am 26. Januar 2000 überwiesen worden. Der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 9. Februar 2000 beraten und mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen der SPD beschlossen, dem Plenum die Annahme des Gesetzentwurfes zu empfehlen. - Danke schön.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das war die Berichterstattung durch Herrn Kollegen von Plottnitz. Ich eröffne die Aussprache. Fünf Minuten Redezeit. Das Wort hat Herr Kollege Maus für die SPD-Fraktion.

Hans Michael Maus (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem Staatsvertrag wird der Versuch unternommen, ein eigenständiges Versorgungswerk auch für Wirtschaftsprüfer entsprechend den Regelungen für Rechtsanwälte, Ärzte und dergleichen aufzubauen. Wir sind der Auffassung, eine Grundversorgung zur gesetzlichen Altersversorgung kann ohne weiteres auch von den Steuerprüfern und Wirtschaftsprüfern dadurch erzielt werden, dass sie in die Bundesversicherungsanstalt für Arbeit einzahlen,

(Beifall bei der SPD)

in der sie auch vorher in einem abhängig beschäftigten Verhältnis Mitglied waren. Wenn der Wunsch darüber hinaus

besteht, weil diese Versorgung aus ihrer Sicht nicht ausreichend ist, bleibt es ihnen unbenommen, eine Zusatzversorgung ihrerseits aufzubauen.

Ich will dies auch in einigen Punkten begründen. Die Versorgung der Bundesversicherungsanstalt birgt, was die Alterssicherung anbetrifft, auch für uns einen Generationenvertrag in sich. Das heißt, all diejenigen, die heute im Arbeitsleben stehen und in die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte oder in die LVAs einzahlen, zahlen damit in einen Generationenvertrag ein, dem wir uns in dieser Gesellschaft verpflichtet fühlen, um die Menschen, die in der Vergangenheit die wirtschaftlichen Voraussetzungen geschaffen haben, unter denen wir leben, auch im Alter entsprechend abzusichern.

(Beifall bei der SPD)

Das lenkt mich überhaupt nicht ab, weil ich zu dieser gesellschaftlichen Verpflichtung einer Versorgung im Generationenvertrag stehe.

(Beifall bei der SPD)

Ich wünsche mir, dass alle in dieser Gesellschaft in diesen Generationenvertrag eingebunden wären,

(Petra Fuhrmann (SPD): Zum Beispiel wir!)

beispielsweise auch Beamte und Abgeordnete, sodass dieser Generationenvertrag auch in Zukunft trägt. Was dann jemand darüber hinaus zur Zusatzversorgung macht, bleibt ihm überlassen.

Meine Damen und Herren, diesem Generationenvertrag wurden auch in der Vergangenheit durch politische Entscheidung - die ich an dieser Stelle nicht kritisieren möchte, aber ich will sie beispielhaft aufzählen - Aussiedler, Künstler und Zwangsarbeiter zugeordnet. Ich will das nicht kritisieren. Wenn man dies aber durch politische Entscheidung macht, dann darf man auf der anderen Seite diese Grundversorgung durch politische Entscheidung nicht dadurch aushöhlen, dass man einzelnen Personengruppen, wie Gutverdienenden, die Möglichkeit gibt, sich aus diesem Generationenvertrag zu entsolidarisieren. Das geht nicht.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb wird es in der Grundsatzüberlegung auch nach Auffassung der Sozialdemokratischen Partei in Zukunft darum gehen - der Partei, ich mache da erhebliche Unterschiede, weil wir mit den Fraktionen noch nicht so weit sind, auch in Bonn oder jetzt Berlin -, dafür Sorge zu tragen, dass diese Solidargemeinschaft gestärkt und nicht geschwächt wird. Dazu werden wir die politischen Diskussionen führen, um noch möglichst viele entsprechend einzubinden

(Beifall des Abg. Armin Clauss (SPD))

und diese Solidargemeinschaft nicht durch Nebenversorgungswerke aushöhlen zu lassen. Deshalb wird die sozialdemokratische Fraktion, Frau Kollegin, diesem Gesetzesvorhaben an dieser Stelle nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege Reif, Sie haben das Wort für die CDU-Fraktion.

Clemens Reif (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es handelt sich bei dem hier vorgelegten Gesetzentwurf

nicht um ein Zauberwerk. Es handelt sich auch nicht um ein Werk, das die Solidargemeinschaft der Versicherten stören soll. Es soll nicht die Starken stärken oder die Schwachen schwächen, sondern es soll dem Wunsch nachkommen, einer bedeutenden Gruppe freier Berufe ihren Wunsch zu erfüllen. Das Land Nordrhein-Westfalen stellt zurzeit etwa ein Drittel der 14.000 Wirtschaftsprüfer und vereidigten Buchprüfer in der Bundesrepublik Deutschland. Deshalb hat das Land Nordrhein-Westfalen den Wunsch dieses Berufsstandes aufgegriffen und 1993 ein Versorgungswerk beschlossen. Daraufhin hat dieses Versorgungswerk zum 1. Januar 1994 seinen Geschäftsbetrieb aufgenommen. - So weit die Initiative eines damals wie heute durch absolute Mehrheit der SPD regierten Bundeslandes.

Die etwa 1.600 Wirtschaftsprüfer und vereidigten Buchprüfer im Lande Hessen, also rund ein Zehntel der Gesamtzahl der in Deutschland tätigen Wirtschaftsprüfer, haben sich inzwischen an das Land Hessen gewandt und gebeten, ob sie diesem Versorgungswerk beitreten können. Dies ist nur möglich in Form eines Staatsvertrages. Ich bin der Auffassung, dass es Sinn macht, diesem Wunsch der Wirtschaftsprüfer und vereidigten Buchprüfer nachzukommen, weil es inzwischen keine Einzelaktion der Wirtschaftsprüfer und vereidigten Buchprüfer in Hessen mehr ist, sondern eine ganze Reihe von Mitgliedschaften im Versorgungswerk in anderen Ländern geschaffen wurden. Mittlerweile haben z.B. die Länder Baden-Württemberg, Bremen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Berlin, Brandenburg, Thüringen und Sachsen Staatsverträge geschlossen.

Herr Maus, wie ich mir habe berichten lassen, wurde in diesen Ländern der Abschluss des Staatsvertrages weitestgehend mehrheitlich in den Parlamenten beschlossen. Ich bin der Auffassung, wenn mehr als die Hälfte der Bundesländer dem dringenden Wunsch von freien Berufen, die mit hohem Ansehen in unserer Gesellschaft ausgestattet sind, nachkommt, bedarf es nicht des emotionalen politischen Streites, um auch hier im Lande Hessen diesem Wunsch nachkommen zu können.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich meine, dass Ausdrücke wie "Entsolidarisierung von Berufsgruppen" und anderes nicht die angemessene Wortwahl bei der Einrichtung des Versorgungswerkes von diesen etwa 1.600 Wirtschaftsprüfern und vereidigten Buchprüfern im Lande Hessen sind, sondern dass es der pragmatische Wille des Gesetzgebers sein muss, auch in diesem starken Bundesland Hessen, das von seiner Bedeutung für diese Berufsgruppe nicht zu unterschätzen ist, dem Wunsch nachzukommen. Wir jedenfalls, als CDU-Landtagsfraktion, und ich denke auch als Regierungskoalition, werden diesem Wunsch nachkommen. Wir empfehlen den Abschluss des Staatsvertrages mit Nordrhein-Westfalen, so wie das auch unser Nachbarland Rheinland-Pfalz zurzeit in Vorbereitung hat, um damit dem Wunsch der Wirtschaftsprüfer und vereidigten Buchprüfer nachzukommen. Ich bitte Sie sehr herzlich um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Herr Kollege von Plottnitz für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wer sich an das Ende der Achtzigerjahre erinnert, der wird sich auch

darin erinnern, dass seinerzeit der Hessische Landtag die Einrichtung eines Versorgungswerks für Rechtsanwälte diskutiert hat. Er gehörte auch zu den ersten Landtagen der alten Bundesrepublik, die sich dieses Themas angenommen haben.

(Zustimmung des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.))

Damals haben wir exakt mit den Begründungen, die Kollege Maus heute für seine Fraktion hier erläutert hat, seit an Seit mit der damaligen Oppositionspartei SPD dem damaligen Gesetzentwurf der schwarz-gelben Koalition widersprochen

(Michael Denzin (F.D.P.): Interessenkollision!)

und diesen Gesetzentwurf abgelehnt - exakt mit den Begründungen, die Herr Maus heute präsentiert hat.

(Michael Denzin (F.D.P.): Sie wollen doch nicht sagen, Sie seien stehen geblieben! - Heiterkeit)

Inzwischen sind wir aber leider Gottes zehn Jahre weiter, Herr Kollege Maus, und die Verhältnisse haben sich gewaltig verändert.

(Clemens Reif (CDU): Gott sei Dank!)

Warum haben sie sich verändert? Zum einen leben wir nicht mehr in der Arbeitsgesellschaft, wie sie sich noch zu Ende der Achtzigerjahre präsentiert hat.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das stimmt leider!)

Wir leben in einer Zeit, in der auch die rot-grüne Bundesregierung in Berlin fieberhaft darüber nachdenkt, wie sie die Rentenversicherungssysteme der Republik vor Überdehnung, Überlastung oder gar vor dem Exitus bewahren kann. Es sind auch viele Mitglieder der Fraktion der SPD in Berlin, nicht nur GRÜNE, die darüber nachdenken, wie man durch so genannte private Säulen dieses Risiko minimieren oder gar ausschließen kann.

(Erika Fleuren (SPD): Zusätzlich, Herr von Plottnitz! - Petra Fuhrmann (SPD): Zusätzlich! Das ist etwas anderes!)

- Entschuldigen Sie, bitte schön, wenn der Zwischenruf kommt "zusätzlich": Es geht doch um die Frage, ob es nicht klug ist, dort, wo sich bestimmte Berufsgruppen in der Bevölkerung aus eigener Kraft zu helfen wissen, zum Schutz der Versicherungssysteme tätig zu werden und ihnen das zu gestatten. Ende der Achtzigerjahre gab es zu Recht noch die Befürchtung, das könnte zulasten der öffentlichen Versicherungssysteme gehen. Es könnten sich die Wohlhabenden gleichsam zulasten der Solidarität auf eigene Kosten freikaufen.

Aber das ist nicht mehr das Problem unserer Zeit. Das Problem ist jetzt: Wie schützen wir die öffentlichen Sozial- und Rentenversicherungssysteme vor Überdehnung? Deswegen, meinen wir, muss es sinnvoll sein, Berufsgruppen wie den Wirtschaftsprüfern zu gestatten, eigene Versorgungswerke aus der Taufe zu heben und sich an ihnen zu beteiligen. Es sind im Übrigen Rechtsanwälte, Ärzte, Architekten; insofern ist die Entwicklung etwas über unseren Standpunkt vom Ende der Achtzigerjahre hinweggegangen.

Herr Maus, ich finde, darüber sollten wir uns unterhalten. Die Bündnisgrünen wären die Letzten, die etwas dagegen hätten, wenn sich in der Bundesrepublik parlamentarische Mehrheiten für das Prinzip finden ließen, dass auch Selbstständige einen Solidarbeitrag, wie das in der Schweiz der Fall ist, zugunsten öffentlicher Renten- und Sozialversicherungssysteme leisten sollten. Das ist ein Punkt, über den

wir uns unterhalten müssten. Aber dazu brauchten wir Mehrheiten, auch und gerade in Berlin, wo eine rot-grüne Regierung im Amt ist, auch und gerade bei uns selber. Dann brauchten wir auch gegenüber denjenigen, die meinen, das könnte standortwidrig sein, entsprechende Überzeugungskraft.

Das wäre mein Vorschlag: nicht Sturm laufen gegen Versorgungswerke, wie wir es jetzt im Fall der Wirtschaftsprüfer erleben, sondern akzeptieren im Sinne einer Schutzregelung zugunsten der öffentlichen Systeme. Aber das reicht nicht, das gebe ich zu. Wir brauchen zusätzlich Solidarbeiträge zugunsten dieser Systeme von denjenigen - vom Beamten bis zum Rechtsanwalt -, die sie bisher nicht leisten.

Ansonsten gestatten Sie mir noch am Ende der fünf Minuten, die mir zustehen, einen Hinweis, den ich für geboten erachte, meine Damen und Herren. Ich fürchte, die Wirtschaftsprüfer haben zurzeit in der Republik andere Sorgen - und wir selbst, was die Wirtschaftsprüfer angeht, auch - als die Frage ihrer Versorgung. Die Wirtschaftsprüfer haben z. B. das Problem, dass sie gelegentlich in die Gefahr geraten, Berichte, die sie selbst für bestimmte politische Parteien in Hessen erstellt haben, als Wirtschaftsprüfer zu testieren. Es gibt große standesrechtliche Probleme, ob das überhaupt zulässig ist.

Und ein anderes Problem haben die Wirtschaftsprüfer: Was macht eigentlich ein Wirtschaftsprüfer, was ist sein Berufsrisiko, wenn eine bestimmte Partei ihm sagt, sie habe ein Darlehen aufgenommen, von dem die Partei weiß, dass es gar kein Darlehen war? Der Wirtschaftsprüfer weiß es auch nicht, testiert aber ein solches Darlehen. Das sind hoch spannende Fragen, die uns morgen sicherlich noch beschäftigen werden. - Danke schön.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Nächster Redner ist Herr Kollege Denzin für die F.D.P.-Fraktion.

Michael Denzin (F.D.P.):

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr von Plottnitz, es gibt manchmal eine pfiffige Idee, und dann wirkt die auch. Aber wenn man eine Sache fünfmal aufkocht und dann noch krampfhaft in einem Tagesordnungspunkt unterzubringen sucht,

(Petra Fuhrmann (SPD): Das passte gerade sehr gut!)

dann wird es wirklich lähmend, und wir sollten es uns bei den nächsten Beiträgen ersparen.

(Beifall bei der CDU - Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kollege, da irren Sie sich gewaltig! Kennen Sie Karthago?)

Im Ergebnis, Herr von Plottnitz, stimmen wir ja in dem Sachpunkt überein, zumindest dann, wenn Sie hier so abstimmen wie im Ausschuss. Gleichwohl muss ich Ihnen sagen, Ihre Position hat sich mir jetzt bei Ihren Darlegungen überhaupt nicht erschlossen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann hätten Sie zuhören müssen, Herr Kollege!)

- Nein, das war irgendwo ein argumentativer Kreislauf, wo sich die Katze in den Schwanz beißt. Aber das macht

nichts. Wenn Sie im Ergebnis mitmachen, ist das sehr schön, das begrüße ich.

Für Liberale, meine Damen und Herren, ist die Position relativ einfach. Wir sind nicht dafür, dass man ein in vielen Bereichen marodes Zwangsversicherungssystem durch Aufrechterhaltung von Zwangsmitgliedschaften im Selbstständigengbereich weiterhin absichern will.

(Beifall des Abg. Clemens Reif (CDU))

Wir müssen tief gehende Reformen in der Rentenversicherung als Solidarsystem - das sage ich auch für meine Fraktion - machen, aber wir können dieses marode System absehbar so nicht aufrechterhalten. Es ist nicht dadurch zu retten - da sind wir eben unterschiedlicher Meinung und auch mit Zwischenfragen werden Sie das nicht überbrücken -, dass wir Leute, die von ihrer Stellung, von der Vergleichbarkeit der Tätigkeit wie andere einen Anspruch hätten, Eigenversorgung aufzubauen, auch über ein berufsständisches Versorgungswerk, zwangsweise darin halten.

Deshalb begrüßt die F.D.P.-Landtagsfraktion die Möglichkeit der Entlassung aus der Zwangsversicherung. Dass das jetzt in Nordrhein-Westfalen über das Versorgungswerk geht, zeigt doch, dass das nicht nur eine Frage der Grundsätze oder der Ideologien der Parteien ist. Denn unter den 16 Bundesländern ist Hessen in der Tat einer der wenigen weißen Flecken, der immer hinterher hinkend geöffnet hat. Das war bei den Anwälten schon so, das war bei den Architekten so, das ist jetzt bei den Wirtschaftsprüfern so, und es wird, wenn wir demnächst darüber beraten, bei den Ingenieuren genauso sein.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, es gibt den Wunsch nach zwei Zwischenfragen von Herrn Kollegen Müller und Herrn Kollegen Maus. Lassen Sie die zu?

Michael Denzin (F.D.P.):

Ich komme gerade zum Schluss, und dann können wir die Fragen anhängen. - Meine Damen und Herren, ich habe gesagt, das ist offensichtlich in anderen Ländern und Parlamenten keine ideologische Frage. Denn in den meisten Ländern, in denen diese Versorgungswerke sind, ist die SPD mit in der Verantwortung, hat es auf jeden Fall mit beschlossen.

Meine lieber Herr Maus, ich sehe ja, dass es in der SPD auch unterschiedliche Strömungen gibt, dass es die sehr konservativ Gewerkschaftsorientierten, Systemorientierten gibt, wie Hans Maus einer ist,

(Petra Fuhrmann (SPD): Gott sei Dank!)

dass es aber auch offensichtlich Leute wie Clement gibt, die diese Sachen ganz anders bewerten.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es gibt noch Menschen mit Werten!)

Das ist mir aber egal.

Abschließend, bevor die zwei Fragen kommen: Ich bin froh, dass wir so weit sind, und kündige an, demnächst, bei den Ingenieuren, gehen wir noch einen Schritt weiter. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege Müller.

Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich habe eine kleine Doppelfrage, Herr Kollege Denzin. Kann ich Ihrer Aussage, dass es sich bei der Rentenversicherung um ein marodes Zwangsversicherungssystem handelt, entnehmen, dass all die Versäumnisse, die es in den letzten 16 Jahren gegeben hat, von Ihnen jetzt anerkannt werden und Sie sagen, wir müssen wirklich die Rentenversicherung grundlegend reformieren?

Zweitens. Wie stellen Sie sich denn zu dem Thema Zwangsversicherung bei dem Gesetz, das im Augenblick beraten wird? Das ist auch keine freiwillige Veranstaltung, sondern es gibt einen Zwang.

Michael Denzin (F.D.P.):

Lieber Herr Müller, ich danke für die Nachfrage; dann kann ich es noch einmal klarmachen.

Damit wir uns nicht missverstehen: Natürlich wird es weiterhin einen Solidarpakt geben müssen, der auch zwangsweise eingerichtet ist. Das ist überhaupt keine Frage. Hier haben wir einmal die Abgrenzung der Beschäftigungssituation selbstständig/nicht selbstständig. Zum Zweiten bin ich sehr zufrieden, dass in diesem verrückten Berlin wenigstens eines im Moment läuft, nämlich Sachgespräche in Sachen Rentenreform.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagen Sie nichts gegen Berlin! Das akzeptiere ich nicht, da bin ich geboren!)

Was die Ausgangsfrage angeht, bin ich Ihnen noch dankbarer.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht so viel, Herr Kollege!)

Sie geben mir laufend Flanken, Herr Müller. Wenn es in Deutschland eine Partei gibt, die sehr früh darauf hingewiesen hat, dass dieses Rentensystem so nicht mehr lange tragfähig ist, dann war es die F.D.P.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. - Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn wir eine Partei nicht brauchen, dann ist es die F.D.P.!)

- Ich kann Ihnen das schriftlich geben. Otto Graf Lambsdorff hat 1982 einen viel zitierten Brief geschrieben. Da ist es einer der Punkte - 1982.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 16 Jahre mitregiert und nichts ist passiert!)

Als der von Ihnen nicht immer geliebte Rexrodt, von uns auch nicht immer geliebte Rexrodt - das gilt aktuell besonders -,

(Beifall bei der F.D.P. - Heiterkeit bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mitte der Achtzigerjahre darauf hinwies, wurden er und die F.D.P. von allen Seiten geschlagen, so nach dem Motto: "Wir rühren an irgendetwas Unantastbarem".

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und jetzt schlagen Sie den Rexrodt!)

Es hat weitere zehn Jahre gebraucht. Das ging auch in der CDU so. Herr Blüm hatte auch sehr lange geglaubt, er könne das mit kleinen Reformschritten irgendwie hinkriegen. - Unsinn. Heute haben alle eingesehen, dass wir seit

Anfang der Achtzigerjahre diese Sache richtig analysiert haben, und wir hätten, wären Sie damals der F.D.P. gefolgt, schon viel weiter sein können.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, jetzt kommt noch Herr Maus. Aber bitte kurz, weil die Redezeit eigentlich schon längst abgelaufen ist.

Hans Michael Maus (SPD):

Herr Kollege Denzin, würden Sie mir zustimmen? Ich habe von einem Generationenvertrag gesprochen. Von denjenigen, die jetzt einzahlen - den Einzahlern -, wird die derzeitige Rente derer bezahlt, die nach dem Zweiten Weltkrieg, wo nichts mehr da war, dieses Land aufgebaut und die Voraussetzungen geschaffen haben, in denen wir wirtschaftlich stehen. Es geht darum, diese im Generationenvertrag verankerte Solidarität gegenüber den jetzigen Rentenbeziehern entsprechend zu wahren und dafür den Beitrag zu leisten.

Würden Sie mir zweitens zustimmen? Da bin ich beispielsweise mit Herrn Biedenkopf einer Meinung, dass im Grunde genommen über eine Grundversorgung aus diesem Generationenvertrag gesprochen werden muss, denn wir bauen für die Zukunft mit diesen Beiträgen nicht eine Eigenversorgung für das Jahr 2010 oder 2020 auf, sondern wir leisten mit unseren Beiträgen im Generationenvertrag das ab, wozu wir verpflichtet sind.

Michael Denzin (F.D.P.):

Lieber Hans Maus, zum Zweiten: Beides insistiert, nicht nur die eine Seite. Aber übrigens werden die, die aufgebaut und eingezahlt haben, ihre Rente kriegen. Ihr habt nun einige Verdrückungen und Verrückungen gemacht, die überhaupt nicht ins System passen. In einem sind wir uns doch einig - die Rente muss sicher gewährleistet sein.

Nur, wie das System in die Zukunft hinein halten soll, wie es bei der veränderten Bevölkerungsentwicklung halten soll, wo die Pyramide - wie wir alle wissen - auf den Kopf gestellt ist, und wie es im Jahre 2015, 2020 aussehen soll, wenn wir außer Diensten und Rentenempfänger sind, das war meine Frage.

Das hat nichts damit zu tun, wenn auch wir jetzt selbstständige Gruppen, wie das fast alle anderen Bundesländer schon gemacht haben, aus ihrer Pflicht entlassen. Wir müssen ganz anders an diese Rentensystematik heran. Ich hoffe, dass die aktuellen Verhandlungen in Berlin wirklich zu einer Grundlage führen, auf der man dann neu aufbauen kann. Immerhin ist das System, über das wir heute reden, 100 Jahre alt, wie wir wissen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Machen Sie Schluss!)

Ich danke der Frau Vizepräsidentin für ihre große Geduld mit den Zwischenfragern.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Minister Posch hat das Wort.

Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will die Diskussion nicht unnötig verlängern, zumal ich

bei der Einbringung des Gesetzentwurfes auf die wichtigsten Dinge hingewiesen habe.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ist alles gesagt!)

Allerdings möchte ich doch zwei Bemerkungen machen. Der Diskussionsbeitrag der Sozialdemokraten ist schon grotesk. Ich möchte darauf hinweisen, dass die rot-grüne Koalition in der vergangenen Legislaturperiode durchaus bereit war, den hessischen Wirtschaftsprüfern die Möglichkeit einzuräumen, Mitglieder im Versorgungswerk der Wirtschaftsprüfer im Lande Nordrhein-Westfalen zu werden. Seinerzeit hat das Kabinett das beschlossen. Der Wirtschaftsminister hatte die Kabinettsvorlage fertig. Die Sozialministerin war damit einverstanden. Mich wundert schon, dass diese Erkenntnis der rot-grünen Koalition heute keine Gültigkeit mehr haben soll.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das gebe ich mit Interesse zur Kenntnis. Seinerzeit wird wohl die Überlegung gewesen sein, dass man nicht hinnehmen kann, eine solche Insellage für sage und schreibe 1.600 Wirtschaftsprüfer in Hessen zuzulassen. Das war unter anderem ein Grund - neben den grundsätzlichen Bemerkungen, die eben in der Diskussion eine Rolle gespielt haben, dass wir gesagt haben, wir wollen den Wirtschaftsprüfern die Möglichkeit geben und die rechtlichen Voraussetzungen schaffen, sich an dem Versorgungswerk in Nordrhein-Westfalen zu beteiligen. Man sieht, Herr Clement, der heute dieser Auffassung ist, hat seinerzeit - in der vorherigen Koalition - durchaus schon Leute in der rot-grünen Koalition gehabt, die ähnlich gedacht haben.

Das Zweite, worauf ich noch einmal hinweisen möchte, weil das Problem nicht von der Hand zu weisen ist, ist das, was Sie angesprochen haben, Herr Maus: 1995 ist die Friedensgrenze neu definiert worden. Damals hat man im Hinblick auf die geringe Zahl der Wirtschaftsprüfer neben den anderen freien Berufen mit einbezogen, denen schon zu einem früheren Zeitpunkt die Möglichkeit gegeben worden ist, entweder selbst Versorgungswerke zu bilden oder sich anderen Versorgungswerken anzuschließen. Insofern ist es gerechtfertigt, dass wir den Wirtschaftsprüfern jetzt auch diese Möglichkeit geben, wie der Staatsvertrag das vorsieht. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Ich schließe die Aussprache und komme zur Abstimmung. Wer in zweiter Lesung dem Gesetzentwurf wie in der Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist der vorliegende Gesetzentwurf mit den Stimmen von CDU, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der SPD-Fraktion angenommen und damit zum Gesetz erhoben.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

Dritte Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zu dem Vierten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Vierter Rundfunkänderungsstaatsvertrag) - Drucks. 15/996 zur Drucks. 15/950 und zu Drucks. 15/511 -

Berichterstattung: Frau Kollegin Hinz. - Sie haben das Wort.

Priska Hinz, Berichterstatterin:

Meine Damen und Herren, der Hauptausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf in dritter Lesung unverändert anzunehmen. Der Gesetzentwurf war dem Hauptausschuss in der 27. Plenarsitzung am 26. Januar 2000 zur Vorbereitung der dritten Lesung überwiesen worden. Der Hauptausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 2. Februar 2000 erneut beraten und die Empfehlung mit den Stimmen von CDU und F.D.P. gegen die SPD bei Enthaltung des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN beschlossen.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 mit auf:

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Protokollerklärung zum Jugendschutz im Vierten Rundfunkänderungsstaatsvertrag - Drucks. 15/987 -

Die Redezeit beträgt zehn Minuten pro Fraktion. Das Wort hat Herr Kollege Müller für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben im Hauptausschuss und auch hier im Plenum schon ausführlich über das Problem diskutiert, wie Jugendschutz im Rundfunk, wie Jugendschutz in den Medien insgesamt sichergestellt werden kann. Meine Fraktion hat Ihnen heute eine Erklärung zur Abstimmung vorgelegt, die als politische Absichtserklärung, als Protokollerklärung an den Rundfunkänderungsstaatsvertrag angehängt werden soll, weil wir glauben, dass wir mit einer solchen Protokollerklärung die öffentliche Debatte über die Zukunft des Jugendschutzes in den Medien vorantreiben können.

Wir glauben, dass wir nach den aus der Anhörung im Hauptausschuss gewonnenen Erfahrungen verpflichtet sind zu handeln. Ich bin der Auffassung - das sage ich auch ganz direkt allen Kolleginnen und Kollegen im Hessischen Landtag -, dass sich der Hessische Landtag nicht nur zur Zustimmungsmaschine zu Staatsverträgen aller Art weiterentwickeln sollte, sondern wir sollten auch versuchen, Handlungsmöglichkeiten für den Hessischen Landtag insgesamt auszuweiten.

Ich glaube, die Abgabe einer Protokollerklärung würde die Ausweitung der Handlungsmöglichkeiten des Hessischen Landtags insgesamt bedeuten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alle Experten waren sich, unabhängig von der Lösung, die sie vorgeschlagen haben, darin einig, dass wir beim Jugendschutz in den Medien neue Wege werden gehen müssen und dass es zukünftig nicht ausreichen wird, rechtliche, technische oder organisatorische Regelungen vorzunehmen. Zukünftig wird es darauf ankommen, die Medienkompetenz der Eltern, die dabei eine große Verantwortung haben, und der Jugendlichen selbst zu erhöhen. Unsere Debatte heute sollte sich um die Frage drehen: Wie können wir als Landesgesetzgeber dazu beitragen, diese Medienkompetenz stärker zu verankern? Wie können wir Möglichkeiten in einer sich rasant veränderten Informationsgesellschaft bieten, mit denen Eltern, Kinder und Jugendliche etwa vor dem Einfluss von Gewalt in den Medien besser geschützt werden?

Beim Wühlen im Archiv habe ich etwas gefunden, was zeigt, dass wir eine starke Unterstützung bei dieser Auffassung erhalten haben. Denn in einer Presseerklärung vom 8. Dezember 1999 hat die Hessische Kultusministerin gemeinsam mit ihrer bayerischen Kollegin uns allen mitgeteilt - ich zitiere -:

Kultusministerinnen gegen Gewalt in den Medien

Das ist nun erst einmal nichts Neues. Aber jetzt steht da:

Die Kultusministerinnen von Hessen und Bayern, Karin Wolff und Monika Hohlmeier, wollen sich auf politischer Ebene dafür einsetzen, dass der Jugendschutz endlich auch beim Film- und Fernsehkonsum der Jugendlichen durchgesetzt werde.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Das heißt, die Kultusministerinnen sagen uns: Es ist nichts durchgesetzt; es gibt aber ein großes Gefahrenpotenzial. - Ich bin gerne bereit, den Kollegen von den Regierungsfractionen eine Kopie der Presseerklärung zukommen zu lassen. Sie sagen weiterhin: Wir müssen aufpassen, dass sich Schülerinnen und Schüler nicht wehrlos und ohnmächtig fühlen, wenn sie bestimmte Fernsehprogramme verfolgen. - Ich sage da, Recht haben die beiden. Gleichwohl schlagen sie überhaupt keine Lösungsmöglichkeit vor.

Im Gegenteil, wir wissen, Hessen ist in einem Punkt wirklich "vorne". Hier wurden die letzten Mittel für Medienpädagogik aus dem Haushalt herausgestrichen. Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen haben das Kunststück fertig gebracht, die letzten 450.000 DM zu streichen, die im Haushalt zuvor für Medienpädagogik veranschlagt waren. Es wurde auch überhaupt kein Konzept vorgelegt, wie die Medienpädagogik finanziert und die Erlangung der Medienkompetenz in Hessen zukünftig unterstützt werden soll. Es gibt allerlei nebulöse Absichtserklärungen. So wird z. B. gesagt, die Landesmedienanstalt könne irgendetwas tun. Ich glaube nicht, dass es auch nur den Hauch einer Vorstellung davon gibt, wie das wirklich umgesetzt werden kann. Deswegen machen wir, auch an Sie, den Herrn Minister in der Staatskanzlei, das Angebot: Nehmen Sie die Protokollerklärung ernst. Das wäre vielleicht auch ein schöner Abschluss dieser Regierungstätigkeit.

(Beifall der Abg. Priska Hinz und Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wenn wir eine Protokollerklärung annehmen würden, würden wir damit zeigen, dass es neue Handlungsmöglichkeiten gibt. Sie würden dann diese Erklärung, abgegeben vom Hessischen Landtag, für das Land Hessen dem Staatsvertrag anhängen. Ich kann für unsere Fraktion sagen, dass wir dann dem Staatsvertrag zustimmen könnten. Leider geht es nicht anders. Wir können den Staatsvertrag nur ohne Bedingungen annehmen oder ihn begründet ablehnen. Allerdings gibt es die Möglichkeit, unsere Position durch eine Protokollerklärung deutlich zum Ausdruck zu bringen.

Herr Kollege Hahn, ich hatte Sie schon das letzte Mal dazu gefragt. Die F.D.P. hatte es als einen ziemlich großen Sieg gefeiert, dass es eine Protokollerklärung zu den PCs mit Internet-Zugang gibt, die Rundfunkprogramme empfangen können. Nichts anderes schlage ich vor.

(Volker Hoff (CDU): Das war ein anderer Zeitpunkt!)

- Natürlich war das ein anderer Zeitpunkt. Das weiß auch ich. Das war vor einigen Monaten. Aber vom Prinzip her

sind wir als Hessischer Landtag in der Lage, ebenso eine solche Protokollerklärung abzugeben und sie dem Rundfunkänderungsstaatsvertrag anzuhängen.

Im Übrigen habe ich mir den Rundfunkänderungsstaatsvertrag noch einmal angeguckt, weil es eine Debatte über die Frage gegeben hat, ob dies möglich ist. Dieser Vertrag zerfällt in drei Teile. Erstens gibt es da das Gesetz, das veröffentlicht wird. Dann gibt es eine ziemlich wirre Liste von Unterschriften der Ministerpräsidenten. Dazu will ich gleich noch etwas sagen. Dem folgt die Begründung. Wir verlangen nichts anderes, als dass in einer Protokollerklärung, die nach den Unterschriften unter das Gesetz und vor der Begründung eingefügt würde, diese Protokollnotiz des Landes Hessen aufgenommen wird.

Ich will jetzt auf die ziemlich wirre Liste der Unterschriften zurückkommen. Ich meine, so etwas schaut sich kaum jemand richtig an. Aber die Hälfte der Ministerpräsidenten dieser Bundesrepublik Deutschland hat falsch unterschrieben. Die einen haben den Ort, an dem sie unterschrieben haben, in die für die Unterschrift vorgesehene Zeile eingetragen. Für das Land Berlin steht dort: Berlin, den 24.08. - Irgendwo anders kommt dann wieder eine Unterschrift. Für das Land Hessen steht dort: Roland Koch, den 16.08.

(Heiterkeit der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

So geht das munter durcheinander. Es ist also ein Dokument der föderalen Vielfalt, wie man sehr freundschaftlich sagen könnte. Das ist mir beim Überprüfen dieses Vertrages noch einmal aufgefallen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich meine insbesondere die der Regierungskoalition, geben Sie sich einen Ruck, stimmen Sie dieser Protokollerklärung zu. Damit können wir als Hessischer Landtag zeigen, dass wir in der Tat in der Lage sind, so grundlegende Veränderungen, wie sie im Augenblick in der Medienlandschaft vorstatten gehen, politisch wirklich positiv zu beeinflussen. Wir könnten damit zeigen, dass wir den Jugendschutz nicht nur als Thema einer Sonntagsrede ansehen.

Wenn Sie sagen: "Wir wollen das alles nur beobachten", dann kann ich Ihnen den Vorwurf nicht ersparen, dass Sie die in der Vergangenheit begangenen Fehler wiederholen werden. Wir alle wissen: Über Jugendschutz wurde in der Vergangenheit immer nur dann geredet, wenn es darum ging, neue Technologien durchzusetzen. - Ich habe nichts gegen neue Technologien.

(Zuruf: Das ist etwas ganz Neues!)

Aber der Jugendschutz darf dabei nicht auf der Strecke bleiben. Über Jugendschutz wurde immer nur dann geredet, wenn es um Standortinteressen ging. Danach wurde es um den Jugendschutz wieder ganz still, und niemand hat mehr darüber geredet. Die "Helden" dieser Regierungskoalition haben anschließend sogar noch die letzten Mittel für die Medienpädagogik gestrichen. Diesen Weg können und dürfen wir nicht mehr weitergehen. Die Presseerklärung der Kultusministerin ist ein Beleg dafür. Ein Beleg dafür ist im Übrigen aber auch das, was in den Fachzeitschriften seit langer Zeit dazu ausgeführt wird. Dort steht nämlich, dass dieser neue Rundfunkänderungsstaatsvertrag den Rückzug des Gesetzgebers aus der Verantwortung für den Jugendschutz bedeutet, ohne dass er neue Regelungsmechanismen vorschlägt, wie man den Jugendschutz in der Gesellschaft wirklich verankern kann.

Wir schlagen Folgendes vor. Finanziert von den privaten Rundfunkanbietern, die mit den Filmen viel Geld verdienen

wollen, die jugendgefährdend sein können, und finanziert aus den Gebühren - gerne ergänzt auch durch Landesmittel -, sollte eine neue Institution geschaffen werden, die als unabhängige Institution für den Jugendschutz in den Medien die in der Bundesrepublik vorhandenen Angebote vernetzt und versucht, die Ansätze miteinander in Verbindung zu bringen, die es überall gibt. Sie sollte dann auch für die Finanzierung des Jugendschutzes in den Medien zuständig sein.

Ich würde mir wünschen, dass eine solche Institution eng mit den Anbietern im Medienbereich zusammenarbeitet. Ich halte in diesem Sektor übrigens auch sehr viel von Selbstverpflichtung. Allerdings glaube ich, dass man nicht nur auf organisatorische Regelung und Selbstverpflichtung setzen kann. Vielmehr brauchen wir ganz massiv Angebote für Kinder, Jugendliche und insbesondere auch für deren Eltern, damit sie lernen, mit der Vielfalt in den neuen Medien umzugehen. Wir brauchen dafür Hilfe in den Schulen. Wir brauchen dafür Hilfe in den Kindergärten. Kinder sollten in die Lage versetzt werden, ihren eigenen Medienkonsum zu steuern. Denn die Untersuchungen, die ich dazu in der letzten Zeit gelesen haben, spiegeln ein schreckliches Bild wider. Wenn man sich anschaut, wie viele Kinder und Jugendliche ein eigenes Fernsehgerät besitzen und wie viele Kinder und Jugendliche davon abends nach 22 Uhr oder 23 Uhr noch Fernsehen gucken, wenn man weiß, dass Kinder häufig eine höhere Kompetenz in technologischen Dingen als ihre Eltern haben und eher in der Lage sind, die vorgeschriebenen Vorsperren technischer Art zu umgehen, als ihre Eltern in der Lage sind, diese Vorsperren einzurichten, dann weiß man auch, dass man hier vor einer Veränderung steht, auf die wir als Gesetzgeber reagieren müssen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich setze in diesem Fall nicht darauf, dass wir neue Gesetze erlassen. Vielmehr setze ich darauf, dass wir einen Regelmechanismus institutionalisieren, mit dem die Medienpädagogik und die Medienkompetenz der Betroffenen insgesamt gestärkt werden. Ich weiß - das will ich auch ganz deutlich sagen -, dass die Problematik der Gewalt in den Medien und die Veränderung unserer Gesellschaft durch Gewalt in den Medien durch eine solche Institution letztlich nicht gelöst werden können. Vielmehr können wir nur Hilfestellung geben. Diese Hilfestellung wollen wir geben. Im Übrigen glaube ich auch, dass wir bei der Verantwortung der Betreiber und Anbieter der Rundfunkprogramme stärker ansetzen müssen. Deswegen sage ich: Ich möchte, dass diejenigen, die damit Geld verdienen, dass sie solche Sendungen zeigen, einen Obolus entrichten, mit dem der Erwerb der Medienkompetenz und die Medienpädagogik finanziert werden. Ich halte es für falsch, dass die Medienpädagogik in Zukunft nur von den Gebührenzahlern finanziert werden soll. Auch die Überlegung, aus den Mitteln in Höhe von 2%, die den Landesmedienanstalten zur Verfügung stehen, die Medienpädagogik zu finanzieren, ist halberzig. Denn das würde bedeuten, dass der Jugendschutz in den Medien nur aus den Gebühren finanziert werden würde. Wir müssen auch an diejenigen heran, die über große Werbeeinnahmen ihr Geld verdienen. Das sei ihnen gegönnt. Sie müssen aber auch finanziell in die Verpflichtung genommen werden, damit der Jugendschutz in den Medien insgesamt betrieben werden kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will zum Schluss meiner Rede kommen. Die heute anstehende Entscheidung ist insbesondere für die Vertreterinnen und Vertreter der Regierungskoalition relativ einfach. Ich frage:

Sind Sie bereit, neue Wege für den Jugendschutz zu gehen? Sind Sie bereit, auch dem Hessischen Landtag neue Wege zu eröffnen, indem Sie der Abgabe einer Protokollerklärung zustimmen? Oder wollen Sie Ihr übliches Geschäft machen, nach dem Sie sagen: "Ja, Jugendschutz ist wichtig", es dann aber bedingungslos der technologisch und wirtschaftlichen Weiterentwicklung unterordnen? - Diese Entscheidung haben Sie heute zu treffen. Wir haben uns klar entschieden. Wir würden den Gesetzentwurf zu diesem Rundfunkänderungsstaatsvertrag mittragen, wenn es eine Ergänzung im Sinne der von uns vorgeschlagenen Protokollerklärung geben würde. Wenn es diese Ergänzung nicht gibt und Sie sich dem Jugendschutz in den Medien verweigern, dann werden wir den Gesetzentwurf zum Staatsvertrag ablehnen müssen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Herr Kollege Hoff für die CDU-Fraktion.

Volker Hoff (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Müller, um mit dem Letzten anzufangen, sage ich für die CDU-Fraktion: Wir hätten uns schon gewünscht, dass diese Protokollerklärung, die Sie heute hier vorgestellt haben, in der Sitzung des Hauptausschusses, in der wir die dritte Lesung vorbereitet haben, vorgelegen hätte, damit wir auch die Gelegenheit gehabt hätten, uns inhaltlich darüber zu unterhalten.

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das zeigt so ein bisschen, dass Herr Kollege Müller auf der einen Seite hier mit sehr viel Herzblut am Rednerpult steht und dem Thema Jugendschutz breiten Raum gibt, dass er auf der anderen Seite das Abstimmungsverhalten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN davon abhängig macht, ob wir der Protokollnotiz, die hier vorliegt, zustimmen oder nicht zustimmen. Aber umgekehrt muss ich heute für die CDU-Fraktion feststellen, dass Sie uns eine Diskussion über den Inhalt Ihrer Protokollnotiz im Hauptausschuss dadurch verweigert haben, dass Sie nicht in der Lage waren, zu diesem Zeitpunkt die Protokollnotiz vorzulegen.

(Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Frau Hinz, stellen Sie doch bitte einmal für einen Augenblick den Lautsprecher ab. Wir haben dem Kollegen Müller sehr aufmerksam zugehört. Es muss doch an irgendeiner Stelle eine Möglichkeit geben, dass man in eine sachliche Diskussion einsteigt. Nachdem Sie die Protokollerklärung in der vorbereitenden Ausschusssitzung nicht vorlegen konnten und sie mangels Masse inhaltlich nicht diskutiert werden konnte, müssen wir sie jetzt inhaltlich diskutieren. Deshalb möchte ich Sie, Frau Kollegin Hinz, bitten, dass Sie sich der Mühe, auch der persönlichen Mühe unterziehen, einen Moment zuzuhören.

(Beifall bei der CDU)

Ich will nichts über die Frage der rechtlichen Qualität sagen, wobei Sie, Herr Kollege Müller, wissen: Eine Protokollnotiz ist unterzeichnet von der Hessischen Landesregierung zu der Frage der Gebührenbefreiung für PCs, die per Internet empfangbare Radio- und Fernsehprogramme wiedergeben können. Sie wissen, dass diese Protokollerklärung zu einem ganz anderen Stadium der Verhandlungen eingeführt wurde.

Ich möchte zu der juristischen Frage dieser Protokollnotiz an dieser Stelle nicht Stellung nehmen, zumal ich auch kein Jurist bin. Ich möchte aber etwas zu dem Inhalt der Protokollnotiz sagen. Sie haben - darüber haben wir auch Einigkeit erzielt - in der ersten Lesung dieses Gesetzentwurfs beklagt, dass der Hessische Landtag zu einer Abstimmungsmaschinerie zu diesem Staatsvertrag wie bei allen Staatsverträgen verkommen muss, weil wir in der Situation sind, dass wir nur Ja oder Nein sagen können und dass wir eigentlich keine Einflussmöglichkeiten haben. Ich habe für die CDU-Fraktion vorgeschlagen - das haben Sie in Ihrer Rede nicht erwähnt; deshalb möchte ich es an dieser Stelle wiederholen, weil wir dem Jugendschutz wirklich ein hohes Gewicht beimessen -, in der vorbereitenden Sitzung des Hauptausschusses zu vereinbaren - das haben wir sowohl zur zweiten Lesung getan als auch wiederholt zur dritten Lesung -, dass wir, wenn der Erfahrungsbericht über die Frage des technischen Jugendschutzes vorliegt, was eine neue Komponente in diesem Bereich ist, im Hauptausschuss eine weitere Anhörung durchführen wollen, um dann zu einem relativ frühen Zeitpunkt mit Blick auf die nächsten Rundfunkänderungsstaatsverträge Initiativen als Landesparlament starten zu können, die unsere Meinung an dieser Stelle beschreiben und dies der Landesregierung mit auf den Weg geben.

Nur, es bleibt das Problem, dass wir formal bei der Beschlussfassung über Staatsverträge nur Ja oder Nein sagen können. Ich teile die Auffassung, dass das problematisch ist.

(Zuruf des Abg. Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Deshalb habe ich sehr aufmerksam gelesen, Herr Kollege Müller, dass Sie sich in Ihrer Protokollnotiz dafür einsetzen, dass es so eine Art Bundesstiftung geben soll. Nur, da sind wir doch an der gleichen Problematik, dass wir eben auch wieder nur Ja oder Nein sagen können. Herr Kollege Müller, den Vorwurf kann ich Ihnen nicht ersparen: Wir verabschieden uns natürlich auch ein Stück weit aus unserer originären Verantwortung.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Ach du lieber Gott!)

Herr Kollege Müller, Medienpädagogik und Medienkompetenz sind natürlich eine Frage, die auch im Lande Hessen geregelt werden muss. Da hilft es überhaupt nichts, diese Verantwortung an eine nationale Stiftung abgeben zu wollen, sondern wir müssen uns hier im Hessischen Landtag um diese Sache kümmern. Wir, das ist die CDU-Fraktion, sind auch bereit dazu, das zu tun. Wir sehen keine Veranlassung, dass wir das an irgendwelche Stiftungen abgeben müssen. Wir werden hier im Hessischen Landtag über diese Sachfrage sprechen.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege Hoff, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Volker Hoff (CDU):

Nein, ich möchte das fertig vortragen. - Deshalb, Herr Kollege Müller, kommen wir im Ergebnis dazu, dass wir völlig unabhängig von der Frage, wie wir die Einfügung einer Protokollnotiz juristisch beurteilen, auf jeden Fall inhaltlich dieser Protokollnotiz keine Zustimmung geben können, einfach deshalb, weil sie in die falsche Richtung geht.

Ich finde, es wäre schon wert gewesen, das auch im Hauptausschuss zu diskutieren. Ich wiederhole: Da gab es Ihren

Text noch nicht, sodass wir überhaupt nicht die Möglichkeit hatten, diese Diskussion aufzunehmen.

Im Ergebnis: Wir bedauern, dass die GRÜNEN jetzt in die Situation kommen, dass sie dem Rundfunkänderungsstaatsvertrag nicht zustimmen werden. Aber auch damit, Herr Kollege Müller, können wir leben. Die CDU-Fraktion des Hessischen Landtags wird selbstverständlich dem Rundfunkstaatsvertrag zustimmen. Wir glauben, dass es ein wichtiges Werk ist. Es ist doch nicht so, dass mit diesem Rundfunkstaatsvertrag der Jugendschutz abgeschafft wird - ganz im Gegenteil. Es ist auch Ergebnis der Anhörung, die wir im Hauptausschuss hatten, dass es an vielen Punkten sehr gute Regelungen gibt, die zu einer Verstärkung des Jugendschutzes führen. Das ist in Ihrem Redebeitrag ein bisschen untergegangen. Deshalb will ich das der Vollständigkeit halber noch einmal anfügen.

Wir werden dem Rundfunkstaatsvertrag zustimmen. Wir werden - das möchte ich hier noch einmal ausdrücklich sagen -, wenn der Erfahrungsbericht zum Thema technischer Jugendschutz vorliegt, eine weitere Anhörung durchführen, um uns mit dieser Problematik intensiv auseinander zu setzen. Wer der Anhörung im Hauptausschuss aufmerksam gefolgt ist, der muss auch feststellen, dass das der richtige Weg ist, weil wir dann mit Fachleuten beraten können, was die Konsequenzen dieses neuen Mediums technischer Jugendschutz sein können.

Wir werden in dritter Lesung diesem Gesetzentwurf zustimmen. Wir werden beantragen, dass wir heute über den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Abgabe einer Protokollerklärung sofort abstimmen. Wir werden - nicht aus juristischen Gründen; da sehe ich auch sehr viele Probleme - insbesondere aus inhaltlichen Gründen Ihrer Protokollnotiz nicht zustimmen. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Nächste Wortmeldung, Frau Kollegin Klär für die SPD-Fraktion.

Hildegard Klär (SPD):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Hoff, ich habe den Eindruck, Sie haben an einer anderen Anhörung zum Thema Jugendmedienschutz teilgenommen als an derjenigen, bei der ich war. Wenn Sie wirklich genau zugehört hätten, dann hätten Sie wohl bemerkt, dass alle die Experten und Fachleute, die zu diesem Thema geredet haben, einmütig festgestellt haben, dass natürlich technischer Jugendmedienschutz eine wichtige Sache ist, dass natürlich der ordnungsrechtliche Rahmen mit der Festlegung von bestimmten Sendezeiten für jugendgefährdende Sendungen einzuhalten ist. Aber es wurde auch eindeutig festgestellt, dass die dritte Säule, nämlich der präventive Jugendschutz - Herr Hahn schüttelt den Kopf - überhaupt nicht in dem Sinne zum Tragen gekommen ist, wie er es eigentlich hätte kommen müssen.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Aus anderen Gründen!)

Deswegen ist zu Recht der Antrag von den GRÜNEN gekommen, dass wir eine Stärkung des präventiven Jugendschutzes in den Medien brauchen. Von daher werden wir selbstverständlich diesem Antrag der GRÜNEN zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte dennoch einmal mehr die Skepsis vortragen, die wir mit der vierten Änderung des Rundfunkstaatsvertrages insgesamt an den Tag legen. Ich möchte nicht unbedingt auf das eingehen, was ich in der ersten Lesung zu den 2%-Mitteln der Rundfunkgebühren gesagt habe, bei denen es Veränderungen zulasten des Hessischen Rundfunks geben wird und wir damit auch feststellen werden, dass bestimmte kulturelle Veranstaltungen wie Hessentag, wie Kasseler Musiktage, wie Rheingau-Musik-Festival, wie wunderbare Veranstaltungen in Form von Kammerkonzerten im Land den Bach hinuntergehen werden. Ich werde auch nichts mehr zu den Geldern sagen, die in das unglückselige DAB-Projekt einfließen werden, weil das überhaupt noch nicht ausgereift ist.

Ich möchte an dieser Stelle etwas zu dem Thema Werbung sagen. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal sehr deutlich machen, dass in diesem Änderungsstaatsvertrag vor allen Dingen den Privatrundfunkern im Bereich der Werbung sehr weit entgegengekommen worden ist, z. B. bei der Festlegung des Bruttoprinzips, die die EU-Richtlinie zwar zulässt. Dennoch hätte man auch sehr gut das Nettoprinzip zugrunde legen können und nicht auf die Bruttoregelung zugunsten der Privatrundfunke zurückgreifen müssen. Immerhin gibt es eine Einnahmeerhöhung von rund 500 Millionen DM. Auf der anderen Seite sagt dieser Rundfunkänderungsstaatsvertrag überhaupt nichts zum Thema Werbung und Sponsoring bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten.

Ich meine, dass es an dieser Stelle sehr wohl dazu gehört hätte, in dem Änderungsstaatsvertrag zu diesem Thema Stellung zu nehmen. Damit ist Verhandlungsmasse vergeben worden. Ich befürchte, dass für die Öffentlich-Rechtlichen im Bereich Werbung und Sponsoring in Zukunft nichts mehr oder sehr viel weniger zu erreichen sein wird.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weiterhin ist man - das wird juristisch sehr umstritten werden - bei der Gestattung der virtuellen Werbung und der Zulassung des geteilten Bildschirms den Privaten sehr weit entgegengekommen. Die EU-Richtlinie verlangt dies überhaupt nicht. Ich denke, es gibt in Zukunft durchaus juristische Auseinandersetzungen. Medienrechtler behaupten, dass sogar ein Gesetzesverstoß vorliegen könnte, und zwar auf europäischer Ebene, weil die EU-Richtlinie den Mitgliedsländern zwar schärfere Regelungen erlaubt, nicht aber großzügigere.

Auf ein besonderes Schankerl bin ich bei der Vorbereitung dieser dritten Lesung gestoßen. Es hat etwas damit zu tun, dass der Landtag bei Staatsverträgen wirklich nur eine Abstimmungsmaschine ist. Wenn Sie sich § 45 Abs. 2 der vorliegenden Novelle angucken, dann lesen Sie dort:

Der Anteil an Sendezeit für Werbespots und Tele-shopping-Spots innerhalb einer Stunde, gerechnet ab einer vollen Stunde, darf 20 vom Hundert nicht überschreiten.

Richtig, Herr Hahn, Sie nicken mit dem Kopf. - Das ist aber die deutsche Version der EU-Richtlinie. Jetzt schauen wir uns einmal an, was da auf Englisch steht. Dort steht etwas ganz anderes. Da ist die Rede von der so genannten "given hour". Das bedeutet, dass diese zwölf Minuten nicht zur vollen Stunde anzusetzen sind, sondern dass man die Sendung zu irgendeiner Minute beginnen kann und dadurch bei den Privaten durchaus günstigere Sendezeiten für bestimmte Filme ausgewählt werden können, als wenn man sie zur festen Stunde festlegen müsste.

(Beifall des Abg. Michael Siebel (SPD))

Meine Damen und Herren, hier haben wir das Problem, dass es in der Europäischen Union keine dominierende Sprache gibt. Das heißt, wir als Landtag werden abstimmen über eine Version, über die deutsche Version, die überhaupt nicht zum Tragen kommen wird. Denn auch die rheinland-pfälzische Staatskanzlei geht davon aus, dass die Landesmedienanstalten in ihre Werberichtlinien zu diesem Punkt nichts aufnehmen werden, sodass in jedem Fall die günstigere englische Version für die Privatrundfunkanstalten zum Tragen kommen wird.

Das heißt, wir stimmen über etwas ab, was überhaupt keine Geltung haben wird, weil es schlichtweg nicht angewendet wird und die privaten Rundfunksender ganz legal dagegen verstoßen können. Ich denke, hier wird die Rolle des Landtags absolut ad absurdum geführt. Das Wort von der Zu- oder Abstimmungsmaschinerie des Landtags bei Staatsverträgen kommt hier in einer besonderen Weise zum Tragen. Es ist schon ein ziemlicher Treppwitz.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Im Übrigen sagen Medienrechtler voraus, dass es hier zu juristischen Auseinandersetzungen kommen wird, ähnlich wie es jahrelange Auseinandersetzungen zum Brutto- und Nettoprinzip gegeben hat.

Meine Damen und Herren, ich denke, hier wird deutlich, wie unscharf und wie teilweise unausgegoren sich diese vierte Änderung des Rundfunkstaatsvertrags darstellt. Für uns ist das schon ein Grund, diesen Staatsvertrag abzulehnen.

Jetzt komme ich kurz zum Jugendmedienschutz. Meine Damen und Herren, ich sage es noch einmal: Das wichtigste Ergebnis der Anhörung war für uns, dass technischer und ordnungsrechtlicher Jugendschutz, egal ob umstritten oder nicht, keinesfalls ausreichen. Jugendschutz in den Medien allein mit optischen oder akustischen Ankündigungen oder mit senderseitigen Vorsperren beim Pay-TV vorzusehen, Sanktionen hineinzuschreiben oder die Verlegung von Sendungen vom Nachmittag weg - all dies kann im Grunde genommen wenig erreichen, wenn Eltern, die die eigentlichen Verantwortlichen sind, sich verantwortungslos verhalten und sich um das, was Kinder und Jugendliche sehen können, nicht kümmern.

Daher ist es zunächst einmal ganz wichtig, dass es den Praxistest gibt. Es ist richtig, es wird einen zweijährigen Praxistest zur technischen Vorsperre geben. In der Anhörung haben wir aber erfahren, dass es nicht nur darum geht, diese Technik zu prüfen, um zu sehen, ob sie trägt, sondern dass auch untersucht wird - ich halte das für vernünftig -, wie Fernseherziehung geleistet werden kann. Damit wird auch deutlich - ich sage das auch in Richtung von Herrn Hoff -, dass Jugendmedienschutz ohne präventive Maßnahmen nicht funktionieren wird und wir von daher wirklich eine Verantwortung haben, in diesem Land tätig zu werden.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt genügend Modelle. Hier muss man das Rad nicht immer neu erfinden, aber wir brauchen Vernetzungen, Koordinierungen und das Poolen von Ressourcen. Es ist daher richtig, zu fordern, wie die GRÜNEN es in ihrem Antrag gemacht haben, dass die Länder, die Landesmedienanstalten und auch die Sender gemeinsame Sache machen müssen. Denn gerade die Sender verfügen über Kompetenz und

Erfahrung in der Aufgabe des präventiven Jugendschutzes, weil sie sich bei ihrer täglichen Arbeit mit diesen Fragen auseinander zu setzen haben.

Gestatten Sie mir zum Schluss noch eine Anmerkung, die in Ihren Augen vielleicht nicht unmittelbar mit diesem Thema zu tun hat, die dennoch mit Schutz vor jugendgefährdenden Sendungen zu tun hat. Ich spreche an dieser Stelle von dem 1997 eingeführten Kinderkanal von ARD und ZDF. Er verzeichnet, seitdem er auf Sendung ist, ständig steigende Marktanteile, vor allem weil Eltern wissen, dass dieser Kanal ein gutes, unterhaltsames, aber auch pädagogische Maßstäbe berücksichtigendes Fernsehen für 3- bis 13-Jährige bietet, ohne Werbung und ohne Gewalt. Der Kinderkanal ist so gut angenommen worden, dass sein kommerzielles Pendant, Nickelodeon, inzwischen vom Bildschirm verschwunden ist.

Ich möchte daher an dieser Stelle auf die Idee des Intendanten des Hessischen Rundfunks, Prof. Berg, zurückkommen, der einen ähnlichen Kanal der Öffentlich-Rechtlichen für Jugendliche vorgeschlagen hat. Er sollte für die Altersgruppe der bis zu 19-Jährigen ein ihnen gemäßes, informatives und unterhaltsames Programm bieten, bei dem auf Sendungen zurückgegriffen wird, die für Jugendliche geeignet sind. Ich denke, das ist Jugendmedienschutz par excellence, das ist Jugendmedienschutz in seiner besten Art.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich halte diesen Jugendkanal im öffentlich-rechtlichen Fernsehen für dringend erforderlich. Wenn heute die jungen Leute ARD und ZDF teilweise weglaufen, dann hat das nichts damit zu tun, dass ARD und ZDF ein schlechtes Programm machten, sondern die Jugendlichen nehmen das Image der Öffentlich-Rechtlichen als eines wahr, das ihnen vielleicht nicht entgegenkommt. Wenn wir einen Jugendkanal erreichen, der die Farbe, die Anmutung, den Geschmack und den Stil der jungen Leute trifft - ich bin sicher, das wird gelingen -, dann ist dieser Jugendkanal wirklich eine geeignete Idee, um jungen Leuten entgegenzukommen, der im Übrigen auch dem Programmauftrag der Öffentlich-Rechtlichen, nämlich für Kultur, Bildung und Unterhaltung, aber auch Information für alle zu sorgen, entgegenkommt. Ich halte das für eine sehr vernünftige Idee. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege Hahn für die F.D.P.-Fraktion.

Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben uns als Hessenparlament sehr viel Mühe mit dem Vierten Rundfunkänderungsstaatsvertrag gegeben, in dritter Lesung heute und in zweimaliger ausführlicher - das zweite Mal nicht mehr so ganz - Diskussion im Hauptausschuss. Ich glaube, es ist auch gut so, dass wir uns mit dem Thema so intensiv beschäftigt haben und dass gemeinsame Schlüsse aus der Anhörung gezogen werden, wenn auch ganz offensichtlich die Wege zwischen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einerseits und den Regierungsfractionen von F.D.P. und CDU andererseits ganz unterschiedlich sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will noch einmal darauf hinweisen - weil ich immer wieder über-

rascht bin, dass die Sozialdemokraten in Hessen sich von diesem Staatsvertrag vollkommen entfernen -, dass es nun einmal ein ausgehandeltes Objekt der Ministerpräsidenten der Bundesländer ist

(Armin Clauss (SPD): Herr Kollege, Sie sind gerade dabei, wieder eine Lüge zu sagen! Ich habe es Ihnen schon dreimal erklärt!)

und dass dies alles unter dem Ministerpräsidenten und Ihrem Parteigenossen Kurt Beck aus Mainz durchgeführt wurde. Die Hessen scheinen ganz offensichtlich eine besondere, nämlich eine andere Linie als die Bundes-SPD zu fahren, wenn Sie sich so geben.

(Armin Clauss (SPD): Das haben wir immer erlaubt, wie Sie es sich zurzeit innerhalb des Verbandes der F.D.P. auch erlauben!)

- Herr Clauss, Sie können nachher hierher kommen und begründen, warum Sie meinen, dass Sie in diesem Geschäft klüger sind als Kurt Beck, der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz. Das können Sie hier gerne tun.

(Armin Clauss (SPD): Das habe ich schon mehrfach erklärt!)

Aber es ist mein Recht, darauf hinzuweisen, dass Armin Clauss eine andere Auffassung zum Thema Staatsvertrag hat als alle Ministerpräsidenten der Sozialdemokraten, dass hier also eine Sonderrolle gefahren wird. Ob das alles so sachbezogen-argumentativ ist, das wage ich zu bezweifeln, Herr Kollege Clauss.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit "Sonderrolle" wäre ich sehr vorsichtig, Herr Kollege, wenn ich mir die F.D.P. und ihre Sonderrolle angucke!)

Der Kollege Müller hat mit Recht darauf hingewiesen - ich habe hier sein Exemplar vorliegen -, dass es schon ein bisschen lustig aussieht, wie denn die Staatsführer des Föderalismus mit Unterschriftsmappen umgehen. Ich will nur sagen, mir fällt es insbesondere auf, dass vier Ministerpräsidenten die Zeilen total durcheinander gebracht haben - das waren die Ministerpräsidenten von Berlin, Brandenburg, Bremen und Hamburg. Die haben ganz offensichtlich nicht gewusst, wo sie unterschreiben mussten.

(Zuruf des Abg. Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Dass die Unterschrift des Ministerpräsidenten eines Bundeslandes nicht lesbar ist - nämlich die baden-württembergische -, das mag an der Kapielage liegen. Dass der Ministerpräsident des Landes Hessen aber richtig dort unterschrieben hat, wo zu unterschreiben ist, und dort ein Datum eingesetzt hat, wo es hingehört, das spricht dafür, dass er, gemeinsam mit Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, auf alle Fälle besser als andere in der Lage ist, ein Protokoll auszuführen. Das soll aber nur am Rande notiert sein.

Für die F.D.P.-Fraktion möchte ich zum Thema Jugendschutz noch einmal Folgendes festhalten. Wir sind der Auffassung, dass die Bedenken, die in der Anhörung geäußert worden sind - querbeet zwischen den einzelnen Angehörten, das will ich überhaupt nicht differenzieren -, aufgenommen werden müssen. Wir sind der festen Überzeugung, dass dies insbesondere im Bereich der Medienpädagogik in Hessen geschehen soll. Wir Liberale gehen davon aus, dass es der sinnvollste Lösungsvorschlag ist, Herr Kollege Müller, dies über die Rundfunkanstalt in Kassel zu organisie-

ren. Sie ist dafür da, in Hessen Medienpädagogik zu organisieren und weiterzubringen. Deshalb werden wir als Liberale auch den Vorschlag unterbreiten, dass im Rahmen der Neuverteilung der 2%-Marge ein gewisser Betrag an die Landesanstalt nach Kassel überwiesen wird - aber mit der zwingenden Aufgabenbeschreibung, Medienpädagogik durchzuführen. Das ist keine Aufgabe des Hessischen Rundfunks.

Es ist auch nicht gut, wie wir das bisher in Hessen organisiert haben. Sie haben das Streichen von 300.000 DM angesprochen.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 450.000 DM!)

- 450.000 DM. Es gab zwei Haushaltsstellen, und addiert sind Sie bei 450.000 DM, das ist richtig. Ich meinte aber insbesondere die Frage des Landesfilmdienstes, der ja nun wirklich eine altmodische Einrichtung von Medienpädagogik in diesem Lande ist.

(Zurufe von der SPD und des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Liebe Kolleginnen und Kollegen, die eben hier reingefahren haben, das sagen ja nun wirklich alle Beteiligten, dass das so ist.

(Dieter Nolte (SPD): Nicht alle Beteiligten!)

Auf diesem Niveau sollen wir uns nun wirklich nicht unterhalten. Das ist Medienpädagogik von Anfang der Siebziger- und Ende der Sechzigerjahre, was der Landesfilmdienst macht. Das hat überhaupt nichts damit zu tun, den Umgang mit den neuen Techniken zu lernen, wie das zu Beginn des Jahres 2000 der Fall sein muss.

(Dieter Nolte und Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Ahnungslos, völlig ahnungslos!)

Darüber sind sich jedenfalls die Fachleute einig. Offensichtlich gehören die Zwischenrufer nicht dazu.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage Ihnen, wenn die Landesmedienanstalt in Kassel Medienpädagogik in unserem Land organisiert und die dafür notwendigen Finanzmittel zur Verfügung gestellt bekommt, dann ist es nicht notwendig, dass wir - und jetzt komme ich zum Inhalt des Antrags - wieder eine neue Institution schaffen. Ich störe mich nicht so sehr an der inhaltlichen Argumentation, wie sie der Kollege Volker Hoff vorgetragen hat. Ich störe mich aber daran, dass wiederum eine neue Einrichtung geschaffen werden muss - obwohl wir doch im Bereich der Medien wahrlich schon zu viele Einrichtungen haben.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zu viele?)

Eigentlich ist es doch eine Krux, dass wir fast in jedem Bundesland eine Landesmedienanstalt haben.

(Zuruf der Abg. Hildegard Klär (SPD))

Es wäre doch viel sinnvoller, wenn wir diese zusammenfassen würden. Dann hätten wir in diesem Punkt einen konzentrierten Föderalismus und keinen kleinkarierten Föderalismus. Jetzt soll eine neue Stiftung in diesem Bereich errichtet werden - das kann doch alles keinen Sinn haben.

Aus diesem Grunde wird die F.D.P.-Fraktion den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ablehnen. Wir wollen keine neue Einrichtung, sondern eine Konzentration der Einrichtungen, die wir bereits in diesem Bereich haben. Das sind die Landesmedienanstalten. Ich sage noch einmal:

Eigentlich wäre es viel sinnvoller, wenn wir bei den Landesmedienanstalten von der Kleinstaatserei Abstand nehmen und eine Konzentration, eine Macht des Föderalismus organisieren würden.

Zur Frage der formalen Erläuterung, dass man eine Protokollnotiz macht. Herr Kollege Müller, Sie haben es selbst eingeräumt, obwohl Sie nicht ganz so ehrlich waren, das dann hier auch auszusprechen. Wenn man im Verfahren eine Protokollnotiz macht - und wir haben ja einige davon in diesem Papier drin -, dann gehört sie zu diesem Staatsvertrag. Sie macht deutlich, dass es die Auffassung eines Bundeslandes ist, die im Abstimmungsverfahren aller anderen Landtage und der Bürgerschaften Beachtung findet. Wenn wir jetzt eine Protokollnotiz machen, nachdem das gesamte Verfahren abgeschlossen ist, ist sie - ich bitte um Entschuldigung - das Papier nicht wert, auf dem sie gedruckt ist.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Einspruch!)

Denn niemand nimmt das zur Kenntnis, es sei denn - und das würde sicherlich der Chef der Staatskanzlei tun -, die Staatskanzlei würde ein Fax in die anderen Länder schicken mit dem Inhalt: Schaut einmal, der Hessische Landtag hat so etwas noch als Protokollnotiz geschrieben. - Ansonsten nimmt davon niemand mehr Kenntnis, weil das Verfahren der Aushandlung und der Zusammenfassung des Staatsvertrags nun einmal bereits im August abgeschlossen wurde.

(Armin Clauss (SPD): Der Erfinder war doch der Vorsitzende des Hauptausschusses!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin ganz dankbar, dass Frau Kollegin Klär auf einen Punkt eingegangen ist, der bei mir in den letzten Tagen zu einer Verärgerung geführt hat. Sicherlich haben es auch einige der Kollegen zur Kenntnis genommen, dass der "Evangelische Pressedienst - Medien" in seiner Ausgabe 10 vom 9. Februar 2000 auf Seite 6 auf eine Situation hingewiesen hat, die ich eigentlich als unerträglich empfinde. Frau Kollegin Klär hat das eben bereits vorgetragen, ich will es noch einmal etwas polemisiert darstellen.

Hier wird ein Medienstaatsvertrag zwischen den Bundesländern ausgehandelt und - ich schätze einmal - auch so verabschiedet. Darin ist das so genannte Bruttoprinzip enthalten, nach dem stets zur vollen Stunde abgerechnet wird, also beginnend mit der Minute 00 und endend mit der Minute 59. Es kann doch wohl nicht wahr sein, was ich hier dem "epd" entnehme - und ich schätze, Frau Kollegin Klär hat eben dieselbe Quelle hochgehalten -, dass die Medienreferenten der Staatskanzleien bereits ausgemacht haben, dass das alles Schnee von gestern sei, man bei dem "Nettoprinzip" bleiben werde und dass alles das, was die Landtage zu diesem Punkt hier beschließen, Makulatur sei. Das möchte ich mir als Hessischer Landtag eigentlich nicht gefallen lassen, und ich glaube, darüber sind wir uns auch alle einig.

(Allgemeiner Beifall - Armin Clauss (SPD): Jetzt können Sie sehen, wie Staatsverträge zustande kommen!)

Wenn eine derartige Vereinbarung beschlossen wird, dann ist sie letztlich auch Gesetz bzw. im Rahmen des Staatsvertrages verbindliche Norm, die in den Bundesländern aufrechterhalten werden muss. Ich bin der festen Überzeugung - und Frau Kollegin Klär hat das eben auch gesagt -, dass es schon eine besondere Hilfskrücke ist, wenn man

meint, über die EU-Fernsehrichtlinie einen Staatsvertrag auf Bundesländerebene aushebeln zu können. Ich meine, der Weg ist ein anderer. Wenn wir hier eine Regelung haben - und das ist die volle Stunde -, die gegen die EU-Fernsehrichtlinien verstößt, was ich bezweifle, so steht denen, die dieser Meinung sind, der juristische Weg offen, und sie können diesen Staatsvertrag beklagen. Das ist eine rechtsstaatliche Lösung dieses Problems. Deshalb bin ich der festen Überzeugung, dass sich die Hessische Staatskanzlei und die in unserem Lande zuständigen Gremien nicht an dieser Hinterrücksänderung des Staatsvertrags beteiligen.

Die F.D.P.-Fraktion hat bereits in der ersten und zweiten Lesung darauf aufmerksam gemacht, dass wir es für eine schlechte Sache halten, wenn wir als Parlament im Prinzip nur die Notare bei der Verabschiedung von Staatsverträgen sind. Wir haben einen Weg empfohlen, der uns hoffentlich bei der Vorbereitung des bereits in der Pipeline befindlichen Fünften Rundfunkänderungsstaatsvertrages mehr Mitwirkungsmöglichkeiten gibt, nämlich nicht nur eine vorherige Information - die war hervorragend von Herrn Suchan und von Herrn Dr. Jung -, sondern die uns eine vorherige auch inhaltliche Beteiligung an diesen Fragen einräumt, so dass wir beim Fünften Rundfunkänderungsstaatsvertrag nicht wieder hier stehen und sagen: Manches finden wir nicht besonders glücklich, aber zustimmen müssen wir trotzdem. - Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Herr Staatsminister Dr. Jung.

Dr. Franz Josef Jung, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich im Rahmen dieser dritten Lesung

(Norbert Schmitt (SPD): Jungs Abschiedsrede!)

noch einmal die wichtigen Punkte darstellen, um die es eigentlich geht und warum ich darum bitte, dass das Parlament in seiner Gesamtheit diesem Rundfunkstaatsvertrag zustimmt.

Meine Damen und Herren von der Opposition, ich kann das nicht so ganz nachvollziehen. Ich kam am 15. April in der Ministerpräsidentenkonferenz in die Verhandlungen.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dann gings bergab!)

Dort war bereits ein Großteil von der Vorgängerregierung mit verhandelt. Wir haben diese Verhandlungen in Kontinuität fortgeführt. Die Kollegen haben darauf hingewiesen, dass selbstverständlich auch die SPD-Ministerpräsidenten dem Staatsvertrag zugestimmt haben. Deshalb kann ich die teilweise kritischen Anmerkungen und das, was hier auch ablehnend vorgetragen worden ist, nicht nachvollziehen.

Meine Damen und Herren, deshalb möchte ich das vor diesem Parlament noch einmal sagen: Wer diesem Staatsvertrag nicht zustimmt, der muss auch wissen, was er damit konkret tut. Er stimmt damit nämlich nicht zu, dass alle Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, sportliche Großereignisse auch im Fernsehen zu sehen.

(Armin Clauss (SPD): Quatsch! Sie sagen schon wieder die Unwahrheit! - Manfred Schaub (SPD):

Blödsinn! - Zuruf des Abg. Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

In diesem Staatsvertrag ist geregelt, dass sportliche Großereignisse wie die Olympischen Sommer- und Winterspiele - -

(Zuruf des Abg. Manfred Schaub (SPD))

- Herr Kollege Schaub, dass Ihnen das wehtut, kann ich verstehen. Aber das ist die Wahrheit, und deshalb sage ich Ihnen das so.

(Armin Clauss (SPD): Das ist doch Unsinn, was Sie erzählen!)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Minister, gestatten Sie Zwischenfragen? Herr Clauss möchte Ihnen eine stellen.

Dr. Franz Josef Jung, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei:

Ich möchte den Gedanken gern erst einmal zu Ende führen. Dann kann Herr Clauss eine Zwischenfrage stellen.

(Armin Clauss (SPD): Er traut sich nicht! Ihnen glaubt doch überhaupt niemand mehr!)

Hier geht es darum, dass die Olympischen Sommer- und Winterspiele von allen Bürgerinnen und Bürgern gesehen werden können. Hier geht es darum, dass die Fußball-europapa- und -weltmeisterschaften von den Bürgerinnen und Bürgern gesehen werden können.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die fallen dann aus, wenn wir nicht zustimmen!)

Hier geht es darum, dass die Spiele der deutschen Fußballnationalmannschaft gesehen werden können. Wer dagegen stimmt, der lehnt dies ab.

(Armin Clauss (SPD): Das ist doch Unsinn!)

Deshalb werbe ich dafür, dass dieses Parlament diesem Staatsvertrag zustimmt.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Armin Clauss (SPD): Mit der Methode sind Sie auch mit der Kasse in der CDU umgegangen! Wo Sie gelandet sind, haben Sie doch gesehen!)

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Clauss, es ist selbstverständlich, dass auch die Frage der Werbung und des Teleshopping entsprechend der EU-Fernsehrichtlinie geregelt wird. Ich will Ihnen dies hier zu dieser Diskussion noch einmal sagen, die auch gerade Herr Kollege Hahn angesprochen hat: Es ist für diese Landesregierung völlig klar, dass das, was im Staatsvertrag geregelt ist, auch entsprechend gilt. Ich habe mit unserem Medienreferenten gerade eben noch einmal telefoniert, der mir dies ebenfalls so bestätigt hat. Es ist völlig eindeutig, dass für die Hessische Staatskanzlei und für die Hessische Landesregierung die Dinge gelten, die in diesem Staatsvertrag vereinbart werden und für die ich werbe, dass dieses Parlament ihnen zustimmt.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was heißt das denn?)

- Das bedeutet das Bruttoprinzip in der Werbung, Herr Kollege Müller - nur damit Sie wissen, worüber wir reden.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es hat doch schon eine andere Verständigung gegeben!)

Der nächste Punkt ist die Frage der Ermächtigung für die digitalen Programmbudgets für ARD und ZDF. Wer dagegen stimmt, stimmt dem nicht zu. Das, was hier an entsprechenden Positionen im Zusammenhang mit der Frage Entwicklungsgarantie oder Bestandsgarantie im Hinblick auf das öffentlich-rechtliche Fernsehen vorgetragen worden ist, muss man schon verinnerlichen.

(Armin Clauss (SPD): Herr Kollege, Sie wissen, dass das Unsinn ist!)

- Herr Kollege Clauss, dass Ihnen das nicht schmeckt, kann ich verstehen. Aber Sie müssen wissen, wogegen Sie votieren, wenn Sie dagegen votieren. Das ist die Regelung des Rundfunkstaatsvertrages.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zuruf des Abg. Armin Clauss (SPD))

Das gilt auch für die Erweiterungen im Bereich des Jugendschutzes. Wenn Sie dem nicht zustimmen, Herr Kollege Clauss, stimmen Sie dagegen, dass hier ein generelles Ausstrahlungsverbot für indizierte Filme vorgesehen wird.

(Armin Clauss (SPD): Sie bauen schon wieder Lügen auf für Ihre Flugblätter! Das brauchen Sie für den "Hessen-Kurier" als Lüge!)

Sie stimmen dagegen, dass jetzt eine akustische oder optische Kennzeichnungspflicht für jugendgefährdende Sendungen vorgesehen wird und dass die Frage der Begrenzung der Nachmittags-Talkshows behandelt wird. Das halte ich für einen ganz entscheidenden Punkt. Dieser Staatsvertrag regelt das. Ich möchte nur an die Diskussion zu dem Thema "Big Brother" erinnern, in deren Zusammenhang die Frage des Verbots von Sendungen, die die Menschenwürde verletzen, formuliert ist. Das ist in diesem Staatsvertrag ebenfalls vorgesehen.

(Zuruf von der SPD: Es wird aber jetzt gesendet!)

Man muss es sich schon sehr gut überlegen, wenn man dann einem solchen Staatsvertrag seine Zustimmung verweigert, Herr Kollege Clauss.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Armin Clauss (SPD): Warum lassen Sie keine Zwischenfrage zu?)

Meine Damen und Herren, hier geht es um die Frage des Vorsperrens von Sendungen. Hier geht es darum, dass die Strafvorschriften dazu erheblich verschärft werden. Wenn wir über Medienpädagogik und Medienkompetenz sprechen,

(Armin Clauss (SPD): Ja! Da habt ihr gerade alle Mittel gestrichen!)

dann ist genau der Punkt des 2%-Anteils zu nennen, der bewirkt, dass man hier mehrere zusätzliche Möglichkeiten hat.

(Armin Clauss (SPD): In erster Linie Staatsaufgabe!)

Ich bin gespannt, was Sie dann dazu sagen, wenn hier gegebenenfalls entsprechende Änderungen im Rahmen eines neuen Gesetzes vorgenommen werden, was wir vorhaben.

(Zuruf des Abg. Armin Clauss (SPD))

Ich bin gespannt, ob Sie dann Ihren Worten noch vertrauen und dementsprechend zustimmen.

Zur Frage der Protokollerklärung, Herr Kollege Müller,

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja!)

muss ich Ihnen nur noch einmal Folgendes sagen: Ich finde, dass der Antrag hier ins Leere geht. Das ist leider offensichtlich ein Punkt, an dem Sie - ich habe es Ihnen schon einmal vorgetragen - die Dinge entweder noch nicht verstanden haben oder noch nicht verstehen wollen.

(Armin Clauss (SPD): Erklären Sie das einmal dem Vorsitzenden des Hauptausschusses! Er hat es als Erster vorgeschlagen!)

Es tut mir Leid, ich will Ihnen klar und deutlich sagen, dass solche Erklärungen nur bis zum Abschluss des Staatsvertrages und nicht nach der Unterzeichnung möglich sind. Die Landesregierungen haben das entsprechend unterzeichnet, und die Sache ist abgeschlossen.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Protokollerklärungen sind nicht unterzeichnet!)

Jede Protokollerklärung, die jetzt noch erfolgt, geht ins Leere. Herr Kollege Hahn hat aus meiner Sicht zu Recht darauf hingewiesen.

Jetzt lassen Sie mich noch kurz zu dem anderen Inhalt Ihres Antrages einen Satz sagen. Wissen Sie, wir haben uns in der Enquetekommission dieses Parlamentes, die jetzt fortgesetzt wird, in der letzten Legislaturperiode verschiedentlich zu Recht Gedanken über die Stärkung der Kompetenzen der Länderparlamente und der Länder gemacht. Unsere Kompetenzen liegen im Wesentlichen in der Schul- und Bildungspolitik, sie liegen aber auch in der Rundfunkpolitik und Rundfunkkompetenz. Deshalb finde ich, es ist unsere Verpflichtung, diese Verantwortung im Bereich der Medienpädagogik und Medienkompetenz wahrzunehmen und sie nicht auf eine ländergemeinsame Stiftung zu übertragen, die schon einmal in der vorangegangenen Entwicklung zu keinen positiven Ergebnissen geführt hat.

(Norbert Schmitt (SPD): Bei Stiftungen werden Sie jetzt nervös! Da lassen Sie jetzt die Finger davon!)

Die Chefs der Staatskanzleien haben dazu folgende Beschlüsse gefasst. Ich kann Ihnen das gern vortragen. Die Chefs der Staatskanzleien der Länder haben den Bericht zum Jugendschutz, zur Medienerziehung und zur Medienkompetenz zur Kenntnis genommen. Sie begrüßen die Vielzahl von Einrichtungen in den Ländern. Und sie sind der Auffassung, dass ein intensiverer Austausch der Erfahrungen notwendig ist. Im Klartext heißt das: Wir sind der Meinung, dass diese Frage auch in Zukunft in unserer Kompetenz bleiben sollte und dass wir sie nicht auf eine andere Ebene übertragen sollten, sondern wir sollten diese Verantwortung wahrnehmen. Dazu werden wir auch entsprechende Vorschläge unterbreiten. Auch im Zusammenhang mit der Änderung des Privatrundfunkgesetzes werden wir genau dazu einen Akzent setzen. Ich bin gespannt, ob Sie dann gegebenenfalls bereit sind, dort entsprechend zuzustimmen.

(Norbert Schmitt (SPD): Wahrscheinlich mag er keine Stiftungen mehr!)

Dieser Rundfunkstaatsvertrag ist aus meiner Sicht ein Schritt in die richtige Richtung - im Hinblick auf die Verstärkung für den Jugendschutz, die Beachtung der Menschenwürde, aber auch im Hinblick auf sportliche Großereignisse, damit die Bürgerinnen und Bürger diese Ereignisse entsprechend der freien Zugänglichkeit sehen können. Deshalb bitte ich Sie, diesem Staatsvertrag zuzustimmen. - Besten Dank.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Herr Kollege Müller für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. - Sie haben fünf Minuten Redezeit.

Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das war Franz Josef, wie wir ihn kennen:

(Demonstrativer Beifall bei der CDU - Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Das ist doch schön!)

Sachverhalte so lange zu vernebeln, bis man nicht mehr klar erkennen kann, worum es geht, und dann vollkommen falsche Schlüsse zu ziehen und anderen zu drohen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Das ist gemein!)

Es hat nur noch gefehlt, dass sich dieser Minister hier hinstellt und sagt: Wenn ihr unserer Gesetzesvorlage nicht zustimmt, dann fällt die Fußballweltmeisterschaft aus. Das liegt dann in der Verantwortung der Opposition.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Zurufe von der CDU)

Aber diesen Schritt hat er sich wegen seines hohen Amtes als Minister im Augenblick nicht zu tun getraut. Demnächst in der Fraktion wird er das wieder tun.

(Zuruf des Abg. Armin Claus (SPD))

Ich habe mich noch einmal gemeldet, um zu zwei Punkten zu sprechen.

Erstens. Es hat niemand davon gesprochen, dass das Land Hessen zukünftig seiner Verantwortung im Bereich Jugendschutz nicht mehr nachkommen soll. Wir haben nur gefordert, dass diejenigen, die an Filmen Geld verdienen, die jugendgefährdend sein können, auch eine finanzielle Verantwortung für Jugendschutz mit übernehmen. Was ist denn überhaupt dagegen zu sagen, dass die privaten Anbieter von Rundfunk auch einen Obolus zahlen, um den Jugendschutz zu stärken? Darauf sind Sie überhaupt nicht eingegangen. Stattdessen haben Sie immer nebenbei versucht, zu sagen: Wir finanzieren das, aber nur aus den Gebühren. - Das halte ich für vollkommen falsch. Die gesamte Belastung wird den Gebührenzahlern auferlegt, und die Privaten dürfen Gewinn damit machen. Das ist eine Ungleichbehandlung, und die bin ich nicht bereit hinzunehmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Im Übrigen muss man ganz deutlich sagen, dass mit diesem Rundfunkänderungsstaatsvertrag ein zweijähriges Experiment vorgeschlagen wird. Niemand weiß, wie sich die neuen Regelungen auf Jugendliche auswirken. Aber es wird einmal zwei Jahre lang gemacht, und im Rahmen einer Begleitforschung - auch da bin ich dafür, dass wir das sehr genau beobachten - wird erst einmal Tür und Tor geöffnet. Zur Wahrheit dieser Debatte gehört doch auch, dass es auch im Rundfunk neue Angebote gibt, wie zum Beispiel Video on Demand und Pay per View, die von all diesen Regelungen nicht erfasst werden. Da ist es dringend erforderlich, den Jugendschutz zu stärken.

Von daher sage ich: Wir als GRÜNE hätten keine Probleme, diesem Rundfunkänderungsstaatsvertrag zuzustimmen, wenn Sie bereit wären, ernsthaft den Jugendschutz

zu verbessern. Diese Ernsthaftigkeit dokumentiert sich in der Zustimmung zu unserem Antrag. Das Gegenteil haben Sie in der Vergangenheit gemacht. All die Reden vonseiten der Regierungskoalition haben gezeigt, dass Sie letztendlich kein Interesse daran haben.

Mein zweiter Punkt. Da bin ich jetzt doch sehr überrascht, sehr geehrter Herr Minister Jung, dass Sie sagen, das Land Hessen werde den Rundfunkänderungsstaatsvertrag, was die Werbezeit angeht, auf die volle Stunde beziehen.

Ich glaube überhaupt nicht, dass Sie das machen können. Da bitte ich doch wirklich noch einmal um eine Erläuterung, wie Sie das vornehmen wollen. Wenn es richtig ist, dass die EU-Richtlinie aufgrund unterschiedlicher Übersetzungen verschiedene Möglichkeiten der Berechnung für Werbezeiten - zur vollen Stunden oder zur gegebenen Stunde, zur given Hour - zulässt, dann werden Sie mit Ihrem Rundfunkreferenten, so sehr er sich auch anstrengen mag, dies überhaupt nicht verhindern können. Dazu hat doch die Staatskanzlei in Rheinland-Pfalz gesagt, und das wurde von den Direktoren der Landesmedienanstalten bestätigt, aufgrund der rechtlichen Gegebenheiten sehen sie keine Möglichkeit, den Rundfunkänderungsstaatsvertrag nach dem Wortlaut des Gesetzes anzuwenden, weil, weswegen auch immer, eine andere Interpretation der EU-Richtlinie möglich ist.

Jetzt möchte ich von Ihnen wissen, auf welcher rechtlichen Grundlage Sie in Hessen eine andere Auffassung, eine andere Aufsicht durchsetzen wollen, wenn aufgrund der EU-Richtlinie - und die gilt auch hier - von der Staatskanzlei in Rheinland-Pfalz und von den Direktoren der Landesmedienanstalten gesagt worden ist, sie sehen keine Möglichkeit mehr. Der "Evangelische Pressedienst" sagt das:

Wie aus Kreisen der Landesmedienanstalten verlautete, wird es nach dieser Rechtsauskunft der rheinland-pfälzischen Staatskanzlei kaum noch möglich sein, in den Werberichtlinien die volle Stunde zu verankern.

Das heißt, entweder haben Sie hier versucht, uns Sand in die Augen zu streuen, oder aber Sie wissen nicht, worüber Sie reden. Darüber bin ich sehr verärgert. Es ist schon schlimm genug, dass dieser Rundfunkänderungsstaatsvertrag so unterschiedliche Auslegungen zulässt. Daran mögen Sie auch gar nicht schuld sein, sondern das ist vielleicht schon viel früher oder an anderer Stelle versaubert worden. Aber es geht nicht, dass hier wieder so eine schnelle Erklärung kommt: "Wir wenden das anders an", und nach einem halben Jahr stellen wir fest, es geht alles nicht, das war wieder einmal so ein Spruch, der einfach ins Parlament hinein getan worden ist.

Da müssen Sie schon springen, müssen hierher gehen und sagen: Auf dieser Rechtsgrundlage machen wir das, das haben wir mit der Landesmedienanstalt abgestimmt, und die Rechtsauskunft aus Rheinland-Pfalz ist falsch. - Entweder - oder. Aber was nicht geht, ist dieses jungsche Durchschlingeln zwischen allen Paragraphen hindurch und anschließend zu sagen: Ich weiß gar nicht, was ich so genau gesagt habe.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Kommen Sie noch einmal hierher, und erklären Sie uns, wie die rechtliche Situation ist. Sagen Sie auch, ob das mit der Landesmedienanstalt abgestimmt ist oder ob das nur mal so einfach ins Parlament hineingerufen worden ist. Also zwei Aufgaben für die Regierungskoalition. Zum

einen: Stimmen Sie unserem Antrag zu - das geht relativ einfach. Zum anderen an die Regierung: einmal eine klare Rechtsauskunft und nicht immer so Wischiwaschi. - Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Das ist gemein!)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Nächster Redner, Herr Kollege Hoff für die CDU-Fraktion. Ebenfalls fünf Minuten Redezeit.

Volker Hoff (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde die fünf Minuten nicht brauchen.

Herr Kollege Müller, Herr Staatsminister Dr. Jung hat zu der Frage, die hier aufgetaucht ist, eine Erklärung abgegeben. Deshalb gibt es keine Notwendigkeit, da noch einmal nachzukarten. Aber zu dem Popanz, den Sie hier mit Ihrer Protokollnotiz aufbauen: Das werden wir Ihnen so nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei der CDU)

Ich wiederhole noch einmal: Wir diskutieren diesen Rundfunkstaatsvertrag seit über drei Monaten im Hessischen Landtag. Regelmäßig kündigt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an, sie wolle zu dem Thema eine Protokollklärung vorlegen.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihr habt sie doch!)

Dann ist sie bis zu der Sitzung des Hauptausschusses, in der die dritte Lesung dieses Gesetzentwurfs vorbereitet wurde, nicht in der Lage gewesen, eine Formulierung vorzulegen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Müller, dann legen Sie eine Formulierung vor, die an Seichtigkeit kaum zu überbieten ist.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann macht doch eine bessere!)

Von all dem, was Sie hier gesagt haben, ist in der Protokollnotiz an keiner Stelle auch nur ein Satz zu finden, sondern Ihre Protokollnotiz erschöpft sich in Folgendem. Ich lese sie jetzt wörtlich vor, weil ich vermute, dass sie Ihnen gar nicht präsent ist.

(Stefan Grüttner (CDU): Da hat er ein Problem! - Armin Clauss (SPD): Was soll denn diese Überheblichkeit?)

Dort heißt es:

Zu diesem Zweck ist es aus Sicht des Landes Hessen erforderlich, die vorhandenen Angebote im Bereich Medienpädagogik und Medienkompetenz auszubauen und zu vernetzen.

(Demonstrativer Beifall des Abg. Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Klatschen Sie nicht zu früh. - Jetzt kommt der entscheidende Satz:

Zur finanziellen Absicherung eines ausreichenden Angebots wird sich das Land Hessen deshalb dafür einsetzen, dass die Anbieter von Rundfunkprogram-

men ... eine Stiftung Medienpädagogik und Medienkompetenz einrichten, die sowohl der Vernetzung wie auch der finanziellen Unterstützung der bestehenden Aktivitäten dient.

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wunderbar!)

Herr Müller, Sie haben nichts Besseres zu tun - ich weiß nicht, ob Sie sich nicht zutrauen, die Fragen im Hessischen Landtag zu diskutieren und zu lösen -, als diese Verantwortung an eine nationale Stiftung abtreten zu wollen.

(Stefan Grüttner (CDU): Typisch Müller!)

Wir gehen hier einen anderen Weg. Wir werden unsere Verantwortung in diesem Bereich wahrnehmen. Deshalb werden wir nicht nur dem Rundfunkstaatsvertrag zustimmen, sondern auch dafür sorgen, dass insbesondere das Thema Jugendschutz auf der Tagesordnung bleibt, und wir werden dazu konkrete Vorschläge machen. Dazu brauchen wir keine nationale Stiftung.

Die GRÜNEN möchte ich herzlich einladen: Wenn Sie das nächste Mal wieder so viel Herzblut vergießen, dann sollten Sie wenigstens sicherstellen, dass es in den Beratungen frühzeitig die Möglichkeit gibt, sachlich darüber zu diskutieren, und uns die Diskussion nicht dadurch vorenthalten, dass Sie nicht einmal in der Lage sind, einen Text vorzulegen. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Nächste Rednerin, Frau Kollegin Klär für die SPD-Fraktion.

Hildegard Klär (SPD):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bin noch einmal ganz kurz hierher gekommen, weil ich deutlich machen möchte, dass der Herr Minister hier mit großer Gebärde einen Riesenpopanz aufbaut, nämlich den, dass, wenn dieser Rundfunkstaatsvertrag nicht verabschiedet wird, man in Zukunft keine Fußball-europa- und -weltmeisterschaftsspiele, keine Olympischen Spiele mehr sehen könnte.

(Clemens Reif (CDU): Das wäre traurig! Und keine Eintracht-Spiele!)

Herr Minister, man kann hier sehr wohl zur Kenntnis nehmen, dass der nächste Änderungsstaatsvertrag bereits in der Pipeline steckt. Es wäre nichts leichter, als dann eine neue große Liste über sportliche und sonstige Ereignisse zu verabschieden, zumal man dann endlich auch dazu kommen wird, über die Finanzierung dieser Großereignisse zu sprechen. Das ist doch der Punkt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie wissen genau, dass diese Großereignisse, seien sie sportlicher oder unterhaltsamer Art, inzwischen so teuer geworden sind, weil der Preis für den Erwerb von Rechten und Lizenzen inzwischen so in die Höhe gestiegen ist, dass die Öffentlich-Rechtlichen sehr überlegen müssen, ob sie sich solche Dinge überhaupt noch leisten können. Wenn Sie sich einmal die wirtschaftlichen Ergebnisse der Privatrundfunkveranstalter anschauen, dann sehen Sie, dass auch die weiß Gott nicht so prall sind, dass sie sich alle Großereignisse noch leisten können. Das bedeutet, mehr und

mehr werden solche Veranstaltungen zu den Pay-TV-Sendern, sprich: Kirch und Murdoch, abwandern, und dann sind sie eben nicht mehr im Free-TV zu sehen. Von daher kann man in einem Fünften Rundfunkänderungsstaatsvertrag wesentlich anständiger mit diesem Thema der Liste der Großereignisse umgehen.

Noch eine kurze Anmerkung zu dem Thema Werbung und volle Stunde, wie sie im Rundfunkstaatsvertrag niedergelegt worden ist. Sie haben als Land überhaupt keinen Zugriff mehr darauf; denn die Landesmedienanstalten werden in ihrer Gesamtheit darüber zu entscheiden haben, wie die Werberichtlinie aufgestellt und ausgestaltet wird oder vielleicht auch gar nicht ausgestaltet wird und dann natürlich jeder Klage den Weg frei macht. Insofern ist Ihre Bemerkung: "Wir werden das so regeln, dass es auf der Grundlage des deutschen Textes gestaltet werden wird", so nicht stimmig. Denn hier sind Ihnen die Instrumente längst aus der Hand genommen worden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat gebeten, zuerst über den Antrag Drucks. 15/987 unter Tagesordnungspunkt 11 abzustimmen. Wer diesem Antrag der GRÜNEN zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist der vorliegende Antrag mit den Stimmen von CDU und F.D.P. gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung in dritter Lesung über den Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz zu dem Vierten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge.

(Zurufe von der SPD: Die Landesregierung ist zurückgetreten!)

- Wir sind in der Abstimmung, meine Damen und Herren. - Wer diesem Staatsvertrag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist der vorliegende Staatsvertrag mit den Stimmen von CDU und F.D.P. gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in dritter Lesung angenommen und damit zum Gesetz erhoben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Ich rufe jetzt noch **Tagesordnungspunkt 12** auf:

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Personalkostenberichterstattung an den Landtag - Drucks. 15/988 -

Hierzu soll die Redezeit auf fünf Minuten verkürzt werden. Das Wort zur Begründung des Antrags hat Herr Kollege Müller für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! In der hessischen Landesverwaltung gibt es eine intensive Debatte über die Einführung so genannter neuer Steuerungsinstrumente, mit denen die Effizienz und Effektivität des Haushaltswesens des Landes Hessen verbessert werden

sollen. Es gibt parteiübergreifend Konsens, dass wir insbesondere bei knappen Mitteln dazu kommen müssen, die uns anvertrauten Steuermittel besser zu verwenden. Von daher gibt es auch breiten Konsens über die Frage, wie wir das Haushaltsrecht und den Haushaltsvollzug insgesamt modernisieren wollen und müssen.

Ich möchte am Anfang ganz deutlich sagen, dass wir als GRÜNE uneingeschränkt zur Modernisierung der Haushaltsinstrumente stehen. Nicht zuletzt durch die Aktivitäten, die das damals grün geführte Umweltministerium entfaltet hat, hat es in Hessen eine Reihe von Vorarbeiten gegeben. Wir sind froh, dass die Vorarbeiten aufgenommen und weiterentwickelt werden.

Es gibt allerdings einen Punkt bei dieser Modernisierung der Haushaltsinstrumente, bei dem der gesamte Hessische Landtag aufpassen muss, dass sich nicht nur die Landesverwaltung modernisiert, sondern wir müssen es auch schaffen, dass die Kontrollmöglichkeiten und die Gestaltungsmöglichkeiten des Hessischen Landtags insgesamt verbessert werden.

Was ich nicht möchte - um das ganz deutlich zu sagen -, ist, dass wir wohlwollend begleiten, wie die Landesregierung die Instrumente modernisiert, der Landtag aber mit seinen Kontroll- und Steuerungsinstrumenten auf der Strecke bleibt, weil wir entweder uns selbst nicht modernisiert haben oder weil wir es versäumt haben, für unsere Kontrollaufgaben die geeigneten Instrumente einzuführen.

Deswegen hat unsere Fraktion einen Antrag eingebracht, der die Landesregierung auffordert, zukünftig Quartalsberichte über die Personalkosten vorzulegen, Quartalsberichte, die nach einem bestimmten Zeitpunkt - wir haben sechs Wochen nach Ende des Quartals vorgeschlagen - den Landtag, d. h. den zuständigen Haushaltsausschuss, darüber informieren, in welcher Höhe die Personalkosten verausgabt worden sind, welche Einsparungen vorgenommen worden sind, und die gleichzeitig eine Perspektive geben, ob die vom Haushaltsgesetzgeber vorgegebenen Zielkorridore bei den Personalkosten eingehalten werden können.

Ich sage an dieser Stelle ganz deutlich, ich weiß, dass dies für die Landesregierung, für die Landesverwaltung nicht einfach werden wird. Deswegen sage ich ebenso offen, ich bin gern bereit, im Haushaltsausschuss über die Frage zu diskutieren, ob wir die Einführung eines solchen Berichtswesens als Stufenplan vornehmen können, d. h. nach der Einführung entsprechender EDV-Systeme - das ist ja im Augenblick in der Mache - diese Quartalsberichte vervollständigen.

Wir drängen aber darauf, dass schon heute damit begonnen wird, den Haushaltsgesetzgeber auch mit neuen Informationen zu versorgen. Es kann nicht angehen, dass wir zum einen darüber reden, es wird neu gesteuert, dass wir zum anderen aber nach Verabschiedung des Haushalts eineinhalb Jahre brauchen, bis der Haushaltsgesetzgeber die Haushaltsrechnung bekommt und erst dann nachvollziehen kann, ob die Ziele, die wir vorgegeben haben, überhaupt eingehalten werden können.

Wir wollen auch in Zukunft - dies ist in einer Übergangszeit erforderlich - ein so genanntes Mischkonzept der Steuerung haben. Zum einen wird noch über Stellen gesteuert werden - die Stellenpläne sind Bestandteil des Haushalts -, zum anderen wird immer stärker über Geld bzw. über die Einsparungen im Personalkosten Sektor gesteuert werden. Wir werden dieses Mischkonzept auch zukünftig brauchen. Wir werden deshalb in einer Berichterstattung

zumindest in den ersten Stufen sowohl auf die finanzielle Seite als auch auf die Seite der Stellenpläne eingehen müssen und brauchen dazu Informationen.

Ich bin gern bereit, das sage ich ganz offen, wenn es Vorschläge anderer Fraktionen gibt, wie man unseren Antrag noch verbessern kann, wie man die Quartalsberichte verändern kann, diese Vorschläge im Haushaltsausschuss zu diskutieren. Ich würde auch die Landesregierung bitten, eigene Vorschläge über die Machbarkeit der Quartalsberichte in den Haushaltsausschuss einzubringen.

Was nicht geht, will ich ebenfalls ganz deutlich sagen: viele Schwierigkeiten zu benennen, ohne anschließend zu sagen, wie wir als Haushaltsgesetzgeber überhaupt in die Kontrolle des Haushalts verstärkt einsteigen können.

Deswegen das Angebot an die Kolleginnen und Kollegen - mit fünf Minuten Redezeit kann man hier ohnehin nicht sehr viel begründen -: Lasst uns im Haushaltsausschuss darüber reden, wie wir Quartalsberichterstattung einführen, nicht, ob wir Quartalsberichterstattung einführen. Ich glaube auch, dass wir gut beraten sind, die Berichterstattungsinstrumente, die es etwa im Bereich der Privatwirtschaft gibt, zum Teil für die Landesverwaltung zu übernehmen. Lassen Sie uns darüber reden, wie wir im Rahmen eines Stufenplans diese Berichte einführen können. Und lassen Sie uns vor allem darüber reden, wie es gelingt, den Landtag in seinen verfassungsmäßigen Rechten weiterhin zu stärken und gleichzeitig die Modernisierung des Haushaltsgesetzgebers durchzuführen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen nämlich aufpassen, dass wir als Hessischer Landtag nicht einen Fehler machen, dass wir nicht als Haushaltsgesetzgeber einige Millionen Mark zur Modernisierung der Landesverwaltung im Bereich Rechnungswesen verausgaben, es aber gleichzeitig versäumen oder aber auf die lange Bank schieben, den Landtag selbst zu modernisieren. Mir scheint im Augenblick die Schere immer weiter auseinander zu gehen zwischen den Möglichkeiten, die die Landesregierung auch finanziell im Bereich der Modernisierung hat, und den Möglichkeiten, die wir selbst als Hessischer Landtag haben. Da müssen wir aufpassen, dass die Einführung neuer Steuerungsinstrumente nicht zu einem Nachteil für den Landtag wird, sondern wir sollten es miteinander verbinden.

Ich werbe über alle Parteigrenzen hinweg dafür, dass wir den Aufbau einer Berichterstattung, eines Berichtswesens so miteinander in Angriff nehmen, dass wir sukzessive das von uns gewünschte Ziel erreichen, dass wir gleichzeitig aber auch aufpassen, dass wir nicht zu lange brauchen, bis der Landtag die notwendigen Informationen erhält.

Von daher lassen Sie uns im Ausschuss darüber reden, wie wir diesen Antrag noch so verändern können, dass er gemeinsam verabschiedet werden kann. Meines Erachtens geht es hier um die Frage, ob der Landtag insgesamt zukünftig besser in die Lage versetzt wird, die Regierung - welche Farbe sie auch immer haben mag - zu kontrollieren, und dass wir auch in die Lage versetzt werden, das vielfältige Verwaltungshandeln aufgrund von vorgelegten Quartalsberichten nachzuvollziehen.

Ich halte dies für einen wesentlichen, ja, unabdingbaren Schritt, der eine Ergänzung zu der bisher vorgelegten Modernisierung der Landesverwaltung darstellt. Wenn der Haushaltsgesetzgeber sich selbst nicht ebenso modernisiert, wird er dem Tempo, das wir innerhalb der Landesverwaltung wollen, nicht folgen können. Von daher liegt es letzt-

endlich nur an uns, ob wir es wollen und ob wir uns selbst auch die nötige Kompetenz zugestehen, dass wir diese Dinge auch umsetzen können. An den GRÜNEN soll es nicht scheitern. Wir wollen die Modernisierung der Landesverwaltung, wir wollen aber auch, dass der Landtag sich selbst modernisiert.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Eine Frage noch? - Herr Klein.

Armin Klein (CDU):

Herr Müller, gestehen Sie mir zu, dass diese Landesregierung, was die Berichterstattung, aber auch die inhaltlichen Fortschritte anbelangt, wesentlich besser ist als die alte Landesregierung? Wenn Sie schon so sachlich sind, bestätigen Sie mir das doch wenigstens.

(Armin Clauss (SPD): Rechenschaftsbericht!)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Kurz bitte, Herr Kollege.

Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich wundere mich, wie Sie in einer Zeit, in der überall, wie wir gestern gehört haben, von Alaska bis Zimbabwe, darüber geredet wird, dass man sich auf die Berichte dieser Landesregierung überhaupt nicht verlassen kann, ausgerechnet mir von der Opposition eine solche Frage stellen.

(Armin Klein (CDU): Berichte der CDU! Bitte, Herr Kollege, nicht alle in einen Sack! - Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Was für Berichte der Landesregierung?)

- Aber natürlich, der Ministerpräsident hält in seiner Dienstvilla die Pressekonferenzen ab.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Was für Berichte der Landesregierung? Das ist eine Frechheit, was Sie sagen! - Gegenruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD): Bei Ihnen liegen aber auch die Nerven blank!)

- Aber natürlich, der Ministerpräsident hat in seiner Dienstvilla diese Berichte vorgestellt. Von daher möchte ich Sie doch bitten, nicht in die alten Grabenkriege zurückzugehen, sondern einfach das Thema als solches einmal aufzunehmen und nicht immer - das habe ich gestern schon gesagt - bei jeder sich bietenden Gelegenheit Weihrauch auf die Landesregierung zu schwenken. Wir können sehr genau beurteilen, was diese Regierung macht, und vor allem auch, was sie nicht macht. - Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Nächster Redner ist Herr Kollege Haupt für die SPD-Fraktion.

Heinrich Haupt (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geforderte Personalkostenberichterstattung in Form von Quartals- und Jahresberichten mit jeweiligen Lageberichten der

Landesregierung für die Landesverwaltung halten wir von der SPD-Fraktion nicht nur für sinnvoll, sondern für dringend notwendig.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Armin Klein (CDU): Warum haben Sie es denn nie gemacht?)

- Warten Sie ab, es kommt noch besser. - Zeitnahe Informationen über die Landesausgaben, vor allem über den größten Block, die Personalausgaben, sind unabdingbar, damit Parlament und Haushaltsausschuss ihre verfassungsmäßigen Aufgaben der Kontrolle der Regierung und deren Finanzgebaren angemessen und wirkungsvoll vornehmen können. Eine effektive, kostengünstige und bürgernahe Verwaltung erfordert Flexibilität durch neue Strukturen und Steuerungsmodelle mit weitestgehender Delegation der Aufgaben bis hin zu einer dezentralen Budgetierung.

Infolgedessen werden die Haushaltspläne der Zukunft anders aussehen als die derzeitigen. Sie werden durch die Budgetierung von Aufgabenbereichen nicht mehr wie zurzeit eine riesige Zahl von Ausgabenpositionen enthalten, deren Einhaltung der parlamentarischen Kontrolle unterliegt. Das Parlament gibt dadurch gewisse Rechte und Kontrollmöglichkeiten ab. Die Verantwortung liegt damit zukünftig stärker bei den Ressorts und koordinierend beim Finanzminister.

Im Interesse der Erhaltung und Stärkung der parlamentarischen Demokratie und ihrer Kontrolle gegenüber Regierung und Verwaltung ist ein Ausgleich in Anbetracht dieser Veränderungen notwendig. Der Landtag und vor allem der Haushaltsausschuss müssen zeitnahen Zugriff auf die Ausgabendaten und die Entwicklung der Einnahmen bekommen, um politisch agieren und reagieren zu können, und dies nicht irgendwann im Laufe des nächsten Haushaltsjahres, sondern zeitnah.

(Beifall bei der SPD)

Gerade bei dem großen Block der Personalausgaben ist dies von besonderer Wichtigkeit. Die Quartalsberichte und der Personalkostenbericht müssen aussagekräftig abgefasst sein, wofür im vorliegenden Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sinnvolle Vorgaben gemacht wurden, über die in den Beratungen des Ausschusses oder der Ausschüsse noch näher gesprochen werden kann.

(Clemens Reif (CDU): Für wen sprechen Sie?)

Für das Parlament und vor allem für die Mitglieder des Haushaltsausschusses müssen im Zuge der Verwaltungsmodernisierung neue Informationssysteme geschaffen werden, die den problemlosen Zugriff auf die notwendigen Daten und Informationen ermöglichen, damit der Informationsvorsprung der Regierung vor dem Parlament nicht immer größer wird. Erfreut habe ich in dieser Angelegenheit im Haushaltsausschuss die kooperative Haltung von Finanzminister Weimar zur Kenntnis genommen

(Zuruf von der CDU)

- sehen Sie, ich habe gesagt, es kommt noch besser -, der aus seiner eigenen Zeit als Abgeordneter in der Opposition diesen Informationsbedarf der Parlamentarier, der dem Antrag zugrunde liegt, dem Grunde nach voll anerkannt hat. Ich hoffe und wünsche, dass die gleiche positive Einstellung - der Minister ist ja nur der eine Teil - auch in seiner Verwaltung, in seinem Ministerium entsprechend Platz greifen wird und dass man dort begreift, dass der Landtag das oberste Organ ist und nicht die Verwaltung.

Die SPD-Fraktion - Herr Kollege Reif, jetzt wissen Sie, für wen ich spreche - stimmt für den vorliegenden Antrag sowie seine Überweisung an den Haushaltsausschuss und beantragt zusätzlich auch die Beratung im Hauptausschuss. Ich hoffe auf konstruktive Beratungen, auch getreu dem Motto: Die Opposition von heute kann die Regierung von morgen sein, und umgekehrt. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Nächster Redner, Herr Kollege Klein für die CDU-Fraktion.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht sind Sie schon von gestern und haben es noch nicht gemerkt!)

Armin Klein (CDU):

Das glauben nur Sie. - Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sowohl der Antrag der GRÜNEN als auch Ihre Stellungnahme. Herr Haupt, gibt mir die Gelegenheit, auch hier wieder einmal eine erste Bilanz zu ziehen. Gestern war es die Sicherheitspolitik, heute dies hier.

(Armin Clauss (SPD): Herr Kollege, gucken Sie einmal auf die Regierungsbank!)

- Ja, es sind nur fünf Minuten. Lassen Sie mich einmal, Verehrter mit dem guten Vornamen. - Was haben wir bei der Regierungsübernahme vorgefunden, und was hat die neue Regierung seit Antritt geleistet?

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir alle wissen, dass die Löhne und Gehälter - jetzt hören Sie doch einmal zu - der über 160.000 Angestellten und Beamten, der Landesbediensteten, mit weitem Abstand der größte Ausgabeblock in unserem Haushalt sind, bereinigt 14 Milliarden DM, also fast jede zweite Mark geht dort hinein.

(Armin Clauss (SPD): Frau Präsidentin, klingeln Sie doch einmal, damit die Landesregierung reagieren kann!)

Ihr Antrag spricht nur von der Berichterstattung. Ich will schon einmal über die Inhalte, über die berichtet werden soll, sprechen, denn unter Ihrer Verantwortung von Rot-Grün sind die Personalausgaben in den letzten acht Jahren weit überdurchschnittlich gestiegen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was erzählen Sie da für ein Zeug!)

Im Vergleich mit den übrigen Flächenländern steht Hessen leider nach wie vor seit Jahren unangefochten auf Platz eins.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kollege, sind Sie sicher, dass Sie zum richtigen Tagesordnungspunkt sprechen?)

Mit 47,1% sind wir Spitzenreiter, ein trauriger Rekord in dieser Republik. Das Wachstum der Personalausgaben lag in den letzten Jahren in Hessen mit 15 bis 20% über dem Bundesschnitt. Da haben Sie Ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Da haben Sie miserabel gewirtschaftet. Das muss hier festgestellt werden.

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Im Antrag geht es um etwas anderes!)

- Es geht natürlich in der Beratung darüber auch darum. - Wenn Sie Ihre Politik hätten fortführen können, wären wir in kurzer Zeit politisch handlungsunfähig geworden. Das hat der Suchan-Bericht - und das war das einzig Gute - auch gezeigt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Widerspruch und Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wer ist denn hier unfähig?)

Das heißt, und da stimmen wir jetzt überein, die Reduzierung der Personalausgaben ist unabdingbar. Dass wir als Parlament selbstverständlich nicht nur Kontrollmöglichkeiten, sondern auch die Kontrollpflicht haben, unabhängig davon, ob wir in der Koalition oder in der Opposition sind, ist unbestritten. Ich habe mich damals als Oppositionsabgeordneter als Kontrolleur der Landesregierung verstanden, genauso heute. Deswegen befürworte ich Ihr Anliegen, hier zu ordentlicher kurzfristiger Berichterstattung zu kommen.

Damit können wir als Politik der Fraktionen auch während des Jahres nachsteuern. Deswegen ist das neue Verfahren sicherlich auch sinnvoll. Man muss aber ein Berichtsverfahren auch aufbauen. Das hatten Sie nicht. Als ich in diesem Hause angefangen und die Verwaltung gefragt habe, wie hoch die Personalkosten sind, wusste man das nicht einmal.

(Widerspruch bei der SPD)

Was hatten Sie denn da für eine Schlampererei, für eine Schlamperwirtschaft?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Petra Fuhrmann (SPD): Das ist jetzt wieder ein Ding! - Lachen der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Es ist so. Glauben Sie es mir. Die einzelnen Ministerien wussten noch nicht einmal, welche Personalkosten anfallen. Deswegen ist es hervorragend, dass diese Koalition, diese Regierung die Ressortverantwortlichkeit hergestellt hat. Jedes Ressort ist selbst verantwortlich für die Kontrolle seiner Personalausgaben. Es gibt nicht das ständige Gefeielsche um jede Stelle, wie es bei Ihnen stattgefunden hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Lachen bei der SPD)

Es funktionierte nicht. Sie haben die Seilschaften nicht einschränken können. Sie haben dadurch auch keine Personalkostenreduzierung fertig gebracht. Das schaffen wir mit unserem System. Was die Berichterstattung anbelangt, haben Sie bereits vom Finanzminister in der Ausschusssitzung gehört, dass er da sehr kooperativ ist. Er hat Sie in einer Art und Weise informiert, wie es in der Vergangenheit nie der Fall war. Niemals haben wir von Ihrem Herrn Bökel oder vom Finanzminister ähnlich umfangreiche Auskünfte bekommen, wie wir sie übrigens jetzt von allen Regierungsmitgliedern in den Ausschüssen bekommen. Auch da ist die Arbeit viel besser geworden.

(Beifall bei der CDU)

Ich kann mir vorstellen - da stimmen wir überein -, dass wir zu den Quartalsberichten kommen können. Der Finanzminister wird das gleich berichten. Herr Müller, in diesem Jahr, im Jahre 2000, sind - das wissen wir - die Möglichkeiten wohl noch nicht da, sodass wir jetzt wahrscheinlich erst den Halbjahresbericht bekommen. Ich erwarte auch, dass

wir ab nächstem Jahr Quartalsberichte bekommen und dann auch politisch nachsteuern können.

Das wird nicht immer in Ihrem Interesse und in Ihrem Sinne sein, denn auch da werden die Mehrheitsverhältnisse mit entscheidend sein, wo wir Prioritäten setzen - bei der Bildung, der Inneren Sicherheit und anderem. Wir werden aber sicherlich zumindest in der Lage sein, hier im Parlament während des Jahres zu kontrollieren, ob die Politik und die Haushaltsmittel so eingesetzt werden, wie wir es am Jahresanfang, wenn wir den Haushalt verabschieden, auch wünschen.

Wir werden über die Einzelheiten im Konsens in den Ausschussberatungen weiter verhandeln. Ich sage aber abschließend noch einmal: Dies alles hätten Sie in der letzten Legislaturperiode auch gekonnt, was wir jetzt im ersten Jahr dieser Legislaturperiode wesentlich besser machen, auch besser machen hinsichtlich der Politikfähigkeit und der Kontrollfähigkeit dieses Parlaments. - Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Nächster Redner, Herr Kollege von Hunnius, F.D.P.-Fraktion.

Roland von Hunnius (F.D.P.):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben hier offensichtlich ein konsensfähiges Thema vor uns. Da will ich keinen Konflikt hineinragen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich finde es toll, dass sich die GRÜNEN Gedanken darüber machen, wie die Personalkosten eingehalten werden können, wenngleich kein großer Grund zur Sorge besteht. Wir wissen, dass im vergangenen Jahr auch Sorgen vorgetragen worden sind, aber erfreulicherweise lag die Personalkostensteigerung mit 2,7% um 0,4% unter der Lohnkostensteigerung. Herr Finanzminister, da haben Sie eine recht gute Bilanz hingelegt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Trotzdem: Wir haben zum 01.01.2000 Personalkostenbudgetierung für alle Ressorts eingeführt. Das war sinnvoll und erforderlich, weil nur so das Einsparziel im personellen Sektor in Höhe des Gegenwertes von 1.500 Positionen pro Jahr erreicht werden kann. Das ist - es wurde erwähnt - schon einmal von Herrn Suchan errechnet worden. Vor allem der Handlungsspielraum für personalbewirtschaftende Maßnahmen ist vom Finanzminister weg dorthin verlagert worden, wo er hingehört, wo die Kompetenz liegt, nämlich auf die Ebene der einzelnen Ressorts.

Natürlich ist erst jetzt die Möglichkeit zu strukturellen Umbauten gegeben, die Voraussetzungen dafür sind, dass die Personalkosten auf Dauer auf ein vernünftiges Maß reduziert werden, ohne dass das Leistungsniveau des Landes darunter leidet.

Die Personalkostenbudgetierung ist die erste Etappe der generellen Budgetierung. Insofern ist die Diskussion, die die GRÜNEN dankenswerterweise angestoßen haben, eine Teilmenge der Gesamtdiskussion, die sich der Möglichkeiten der Einflussnahme des Hessischen Landtags auf die Entscheidungsfindung und zu einem späteren Zeitpunkt auf die Ausgabenkontrolle im Vollzug für den gesamten Haus-

halt widmen muss. Wir haben mit der Personalkostenbudgetierung das erste große praktische Beispiel, anhand dessen man das diskutieren kann. Ein Kontrolldefizit des Landtages wird nicht mehr existieren, wenn es gelingt, politische Sachziele zu definieren, die an die Stelle der Ausgabenziele treten, und wenn es gelingen wird, Zielvereinbarungen zu treffen und Produkthaushalte zu erstellen. Damit würden nicht nur die Ausgaben kontrolliert. Vielmehr könnte die Leistungserstellung an dem gemessen werden, was zu Beginn des Haushaltsjahres vereinbart wurde.

(Beifall der Abg. Dorothea Henzler und Heinrich Heidel (F.D.P.))

In der Phase dazwischen ist es umso wichtiger, sich Gedanken um die Mitwirkung des Parlaments an der Aufstellung und am Vollzug zu machen. Das ist hiermit passiert. Ich finde das auch für die F.D.P.-Fraktion ausgesprochen positiv. Wir werden im Haushaltsausschuss sorgfältig über den Aggregationsgrad der Daten diskutieren müssen. Wir müssen uns fragen, ob wir das sehr detailliert haben müssen oder ob wir etwa andere Arten einer detaillierten Darstellung brauchen. Wir werden darüber sprechen müssen, welche Daten wir im Einzelnen brauchen, sowohl hinsichtlich der Stellendaten als auch der finanziellen Daten. Denn die Daten zu den Stellen sind eigentlich für uns nur eine Übersetzung der finanziellen Daten. Wir werden uns fragen müssen, in welcher Frequenz die Berichte erstellt werden müssen. Ich glaube, das ist der Spielraum, über den wir reden müssen. Man sollte die Grenze hinsichtlich der Frage der Realisierbarkeit nicht zu eng setzen. Denn Verwaltungen neigen bei neuen Vorschlägen immer dazu, die Realisierbarkeit infrage zu stellen. Ich weiß das. Ich habe für ein Kommunalparlament solche Zwischenberichte eingeführt. Damals kam immer das gleiche Argument. Aber ich glaube, perspektivisch gesehen werden wir eine Lösung finden, mit der wir alle gut leben können. Das ist auch erforderlich. Denn sonst hätten wir neue Steuerungsinstrumente, aber derjenige, der steuern soll, nämlich der Haushaltsgesetzgeber, könnte dann nicht mehr steuern.

Ich freue mich auf die Debatte im Haushaltsausschuss. - Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Herr Finanzminister Weimar.

Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Schon der Antrag selbst ist erfreulich, zeigt er doch, dass zur Kenntnis genommen wird, dass sich in der hessischen Landesverwaltung hinsichtlich der Fragen der Personalführung und der Personalkosten einiges dramatisch verändert hat, und zwar zum Guten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wie eben dargelegt, konnte das Jahr 1999 als erstes seit langer Zeit wieder mit gegenüber dem Ansatz verminderten Personalkosten abgeschlossen werden. Wir haben 74 Millionen DM 1999 weniger für Personalkosten ausgegeben, als geplant war. Das ist, grundsätzlich gesehen, eine erfreuliche Entwicklung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Warum ist das so gekommen? - Das ist relativ leicht nachvollziehbar. Zum einen haben der Stellenpool und die Stellenbesetzungssperre, die es in den vorangegangenen Jahren gegeben hat, Auswirkungen gehabt. Zum anderen hat die grundsätzliche Entscheidung dieser Landesregierung, die wirtschaftliche Seite zu stärken, also die Betrachtung in den Vordergrund zu schieben, wie sie in der Wirtschaft geschieht, und ab dem Jahr 2000 die Budgetierung der Personalkosten einzuführen, schon im Jahre 1999 dazu geführt, dass die einzelnen Ministerien im Vorgriff auf diese Regelung im Jahre 2000 selbst versucht haben, ihre Dinge in Ordnung zu bringen. Das ist der entscheidende Punkt, vor dem wir stehen. Deswegen waren der Stellenpool und die Stellenbesetzungssperre, wenn Sie so wollen, höchstens das drittbeste oder viertbeste Instrument, das genutzt werden konnte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Roland von Hunnius und Heinrich Heidel (F.D.P.))

Uns, die Vertreter des Parlaments, haben doch in Wirklichkeit nur zwei Dinge zu interessieren. Zum Ersten ist dies, dass die Verwaltung die vom Bürger erwartete Leistung auf allerhöchstem Niveau erbringt. Zum Zweiten ist dies, dass sie den Kostenrahmen einhält. Es kann nicht sein, dass über Stellen diskutiert wird und am Ende die Finanzen des Landes Hessen nicht in Ordnung sind, weil die Kosten ständig steigen. Dass das nicht geschieht, wird mit dem neuen System erreicht. Denn der Stellenpool und die Stellenbesetzungssperre haben, logisch gesehen, ein Riesenproblem für die Behörden dargestellt. Wenn manchmal zufällig Leute in großer Zahl ausgeschieden oder dauerhaft berufsunfähig geworden sind, dann bedeutet das z. B. den Stillstand der Rechtspflege in bestimmten Bereichen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang nur an unsere Diskussion über die Lebensmittelkontrolle, die durch dieses Instrumentarium völlig ausgeblutet war. Man ist damit zu einem System gekommen, das die Leistungsfähigkeit der Verwaltung insgesamt begrenzt hat.

Nunmehr ist es so, dass die Verwaltung selbst in Form der einzelnen Ministerien zu entscheiden hat, wo sie Leute mit welcher Qualifikation und welcher Bezahlung einsetzen. Das funktioniert hervorragend. Deswegen sind wir nunmehr erstmals in der Lage zu sagen, wie viel Geld ein Ministerium für Personal ausgibt. Dies war eine meiner ersten Fragen als Finanzminister. Sie konnte nicht beantwortet werden. Sie müssen sich einmal einen Betrieb vorstellen, in dem nicht dargestellt werden kann, wie viel denn an den einzelnen Stellen tatsächlich für Personal ausgegeben wird. Bei aller Bescheidenheit, das zeigt doch, dass die vorhergehende Landesregierung ganz falsche Vorstellungen darüber hatte, wie man die Personalkosten, die Personalbewirtschaftung und die Effizienzsteigerung dort anzugehen hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Ich bin sehr stolz darauf, dass das so eingeführt worden ist. Dass es nicht auf Begeisterung gestoßen ist, kann sich jeder vorstellen. Aber die Verwaltung hat sich außerordentlich schnell darauf eingestellt.

Ich komme nun zu dem Antrag. Informationen zu erhalten, ist ein übereinstimmendes Interesse. Ich bin dankbar dafür, dass das bemerkt worden ist. Ich bin seit 21-Jahre Abgeordneter. Ich habe nicht vergessen, dass Abgeordnete ein Informationsbedürfnis haben und dass der Erhalt von Informationen eine Notwendigkeit und die Voraussetzung dafür ist, dass Abgeordnete ihre Aufgabe erfüllen können. Ich muss dazu sagen: Manchmal habe ich mich schlecht behandelt gefühlt. Ich möchte das nicht fortsetzen, was ich in meiner

Zeit als Oppositionspolitiker erlebt habe. Meine Damen und Herren, Sie sollen es in dieser Situation besser haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der F.D.P.)

Ich bin deswegen gerne bereit, zu informieren. Denn es gibt hier ein Interesse des Finanzministers und eines des Haushaltsgesetzgebers, die deckungsgleich sind. Es besteht darin, dass wir keine Pläne machen, von denen sich am Ende herausstellt, dass sie nicht stimmen. Da ich das in dichter Folge und mit hoher Intensität kontrollieren muss, ist es dann doch gar keine Frage, dass ich dabei durch Informierung und Offenlegung gerne auch die Unterstützung des Hessischen Landtags in Anspruch nehmen will. Denn eines ist auch klar: Transparenz ist die entscheidende Grundlage dafür, dass man die Personalkosten in den Griff bekommt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der SPD)

Überall, wo das bisher verdeckt gelaufen ist, hat es nicht funktioniert. Deswegen können wir es also offen legen.

Eines ist jedoch derzeit nicht möglich. Das habe ich schon vorgetragen. Wir haben in der Landesverwaltung leider kein durchgängiges System der Datenverarbeitung. Das zu schaffen, daran arbeite ich gerade. Ich kann deswegen momentan teilweise nur auf handverarbeitete Daten zurückgreifen. Wir sollten im Haushaltsausschuss über mein Angebot, das ich an dieser Stelle geben kann, diskutieren, dass ich zum jetzigen Zeitpunkt steuerrelevante Daten in verdichteter Form, in Form eines Lageberichtes momentan halbjährig gebe. Dies sollte so geschehen, damit nicht die gesamte Verwaltung stillgelegt wird. Mit der sukzessiven Einführung der elektronischen Datenverarbeitung in diesem Bereich kann ich dann in immer kürzeren Abständen berichten. Dies könnte bis hin zu einem noch zu diskutierenden Verfahren gehen, dass irgendwann einmal bestimmte Abgeordnete, z.B. die des Haushaltsausschusses oder wer auch immer, unmittelbaren Zugriff auf diese Daten bekommen könnten. Ich hätte damit überhaupt kein Problem. Ich werde diese Zusammenarbeit pflegen. Wir sollten uns im Haushaltsausschuss darüber unterhalten, in welchem abgestuften Verfahren wir zu einer immer dichteren Berichtserstattungs-Abfolge kommen werden. Ich denke, das kann nur der Stellung des Landtags, aber auch unserem gemeinsamen Ziel dienen, die Personalkosten in den Griff zu bekommen und gleichzeitig das höchste Niveau unserer Verwaltung zu erhalten.

Ich bin deswegen der Meinung: Dem Antrag, so wie er jetzt gestellt worden ist, kann nicht zugestimmt werden. Aber er zeigt in die richtige Richtung. Wir werden uns sicherlich darüber verständigen können, wie wir das in einem gestuften Verfahren in die richtigen Bahnen bekommen werden. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen und schließe die Aussprache. Es ist vorgeschlagen, den vorliegenden Antrag zur weiteren Behandlung dem Haushaltsausschuss sowie, beteiligt, dem Hauptausschuss zu überweisen. Dem wird nicht widersprochen? - Dann ist das so beschlossen.

Meine Damen und Herren, es ist noch ein Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Agrodiesel, Drucks. 15/1030, eingegangen. Wird die Dringlichkeit bejaht? - Das ist der Fall. Dann wird dieser Antrag Tagesordnungs-

punkt 33 und wird zusammen mit Tagesordnungspunkt 24 aufgerufen werden. - Auch darüber herrscht Einigkeit.

Wir können jetzt in die Mittagspause eintreten. Ich unterbreche die Sitzung bis 15.15 Uhr, möchte zuvor aber noch auf die Ausstellung hinweisen, deren Eröffnung jetzt draußen stattfinden wird.

(Unterbrechung von 13.10 bis 15.17 Uhr)

Präsident Klaus Peter Möller:

Meine Damen, meine Herren! Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Integration von Nichtdeutschen und Aussiedlern in Hessen - Drucks. 15/1008 -

Redezeit: 15 Minuten pro Fraktion. Das Wort hat Frau Kollegin Hinz, die Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Meine Damen und Herren! Dieses Thema ist ein wichtiges Thema der Landespolitik, das uns auch noch einmal zurückführt auf den Landtagswahlkampf vor einem Jahr. Der Ausgangspunkt für eine der übelsten Wahlkampagnen, die wir in Hessen und in Deutschland erlebt haben, war die Unterschriftenkampagne der CDU gegen die Erleichterung der Einbürgerung. Unter Ihrem Stichwort hieß das: "Unterschriftenliste gegen den Doppelpass".

Roland Koch hat diese Unterschriftenkampagne hier in Hessen inszeniert und hat damit den Wahlerfolg bekommen.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

- Es zeigt Ihre Geisteshaltung heute immer noch, dass Sie diese Tatsache beklatschen.

(Erneuter Beifall bei der CDU)

Sie beklatschen nicht nur eine schmutzige Wahlkampagne, sondern auch, dass sie mit schmutzigem Geld geführt wurde.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Die Kampagne war schmutzig, weil sie rigoros auf Ablehnung der Immigranten zielte und weil die dumpfen Vorurteile der Stammtische damit verstärkt wurden.

(Zurufe von der CDU)

Sie hatte nicht zum Ziel gehabt, die hier lebenden Menschen besser zu integrieren. Wir erinnern uns doch noch gut an den Run an die Tische, wo die Unterschriftenlisten auslagen. Die Leute haben gefragt: Wo können wir hier gegen Ausländer unterschreiben? - Das war die Tatsache, mit der wir es zu tun hatten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Zurufe von der CDU)

Es stand zwar drauf: "Gegen Doppelpass - für Integration". Aber Ihre Rufe auch bei den Veranstaltungen gegen Integration, gegen den Doppelpass waren so laut, dass der Rest dahinter verborgen blieb.

(Zurufe von der CDU)

Präsident Klaus Peter Möller:

Meine Damen, meine Herren! Zwischenrufe sind etwas Feines, aber nicht im Übermaß. - Frau Kollegin Hinz.

Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Wir müssen feststellen, dass das Thema Integration, das Roland Koch dann nach der Wahl noch einmal hervorgehoben hat und als das zentrale Thema im Landtag anpacken will, überhaupt kein Thema der Regierungspolitik war. Nein, Sie haben auch hier auf der ganzen Linie versagt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Einzig sichtbares Zeichen Ihrer Integrationspolitik war, dass Sie einen Beauftragten für Aussiedlerfragen berufen haben, der sich aber noch nicht einmal um die drängenden Probleme der Aussiedlerinnen und Aussiedler kümmert, sondern sich eher um Folkloregruppen kümmert, was sicher auch ein Bestandteil ist, aber eben nicht der wesentliche Bestandteil von Ausländerpolitik und von Integrationspolitik.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir müssen feststellen, dass der groß angekündigte Integrationsbeirat bis heute nicht installiert wurde. Sie haben zwar eine Integrationsabteilung im Sozialministerium eingerichtet, aber praktische Erfolge, Verbesserungen für die hier lebenden Nichtdeutschen, für die hier lebenden Migranten und Aussiedlerinnen und Aussiedler haben Sie nicht vorzuweisen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir müssen uns als Oppositionsfraktion und auch Sie müssen sich als Regierungsfractionen im Moment mit den dunklen Abgründen der CDU und Ihres Ministerpräsidenten beschäftigen. Da bleibt natürlich auch Regierungsgeschäft auf der Strecke.

(Stefan Grüttner (CDU): Das passiert immer so! Wenn man die Augen zumacht, wird es dunkel! - Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Das passiert nicht bei uns!)

Die drängenden Probleme bleiben liegen, und deswegen helfen wir Ihnen gerne etwas auf die Sprünge mit unserem Konzept, das wir erarbeitet haben. Solange Sie nicht die Kraft haben, hier für die Verbesserung der Situation von Aussiedlern und Nichtdeutschen zu sorgen,

(Inge Velte (CDU): Aussiedler sind Deutsche, was soll der Unsinn?)

werden wir das Thema aufgreifen, weil wir die Gräben, die Sie geöffnet haben, wieder zuschütten wollen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Horst Klee (CDU): Das ist lächerlich, was Sie erzählen!)

Meine Damen und Herren, Integrationspolitik braucht Vertrauen. Da muss man einmal fragen, wer von Ihrer Landesregierung eigentlich noch Vertrauen genießt.

(Stefan Grüttner (CDU): Da sieht man, was hier abgeht!)

Welche Figuren Ihrer Landesregierung werden mit dem Thema befasst? Da ist der Herr Innenminister Bouffier,

nicht mehr glaubwürdig, angeschlagen, der Lüge überführt im Untersuchungsausschuss.

(Zuruf der Abg. Birgit Zeimetz-Lorz (CDU))

Da ist der Justizminister Wagner, der als Justizminister Herrn Kanther freispricht, obwohl die Staatsanwaltschaft anschließend Ermittlungen aufnimmt.

(Stefan Grüttner (CDU): Thema!)

Da ist der Ministerpräsident, der vor dem Parlament die Unwahrheit sagt, und da ist eine Sozialministerin, die in der Sache überhaupt nichts beizutragen hat und die lieber abtaucht, als sich den drängenden Fragen zu stellen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD - Stefan Grüttner (CDU): Da wird ein 50-seitiger Antrag geschrieben!)

Das ist keine Landesregierung, die das Vertrauen genießt, um für Integration in Hessen sorgen zu können.

Meine Damen und Herren, wir haben in unserem Konzept, das heute zur Diskussion steht, deutlich gemacht, dass Integration aufbauen muss auf gegenseitigem Respekt, dass Miteinander-Leben bedeutet, Kompromisse einzugehen, aber auch Unterschiede auszuhalten. Es kann nicht darum gehen, dass die Menschen, die zu uns gekommen sind oder die noch zu uns kommen, einfach die Gebräuche und die Traditionen von uns übernehmen müssen.

Integration bedeutet Gleichberechtigung trotz unterschiedlicher Herkunft. Kultur und Tradition dürfen nicht einfach aufgegeben werden, sondern sie sollen sie mit einbringen in das Miteinander-Leben. Das ist nicht einfach, das ist völlig klar. Integration hat nichts damit zu tun, dass man viele Ausländerfeste besucht, sondern Integration heißt Anstrengung und Herausforderung, heißt auch, Probleme nicht wegzureden, sondern Lösungen zu suchen. Integration heißt vor allen Dingen nicht, Ressentiments zu schüren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Integrationsbemühungen können sich inzwischen schon auf vielfältige Aktivitäten von Vereinen und Initiativen von Deutschen und Nichtdeutschen stützen. Wir fangen hier nicht bei null an. Es gibt bereits eine große Zahl gelungener Integrationsbeispiele. Integration setzt vor allen Dingen auf die Kompetenz von Einwanderern und die Offenheit der deutschen Bevölkerung, diese Kompetenz auch ernst zu nehmen.

Wir können uns aber nicht allein auf das private Engagement, das persönliche Engagement verlassen, auch wenn es dringend notwendig ist. Integration braucht vielmehr die Rahmenbedingungen vonseiten der Politik, damit die Unterstützung tatsächlich funktioniert, damit Deutschland ein Einwanderungsland wird und damit auch in Hessen die Nichtdeutschen und Aussiedler die gleichen Bedingungen wie die Deutschen für ihre Lebenssituation erhalten.

Mit dem neuen Staatsbürgerschaftsrecht sind die Voraussetzungen für die Integration durchaus verbessert worden. Allerdings sind damit nicht alle Probleme gelöst; denn ein deutscher Pass allein heißt noch nicht, dass die Lebenssituation generell verbessert wird. Integrationspolitik - das ist uns auch ganz wichtig - muss außerdem die in den letzten Jahren in die Bundesrepublik gekommenen Aussiedlerinnen und Aussiedler mit einbeziehen. Sie besitzen schon den deutschen Pass, aber sie kommen trotzdem aus einem anderen Kultur- und Wertesystem. Oftmals haben gerade die jugendlichen Aussiedler die gleichen sozialen Probleme

wie die Jugendlichen nicht deutscher Herkunft, d. h. die Drogenproblematik, die Schulproblematik, keine Ausbildungsplätze, Sprachprobleme. Das ist ziemlich identisch, und deswegen muss das Konzept alle umfassen.

(Martina Leistenschneider (CDU): Was habt ihr denn gemacht? - Rudolf Friedrich (CDU): Sie haben doch versagt! Sie hätten es machen können! Sie waren eine totale Versagerin als Ministerin!)

Ein wichtiger Baustein für die Integration ist aus unserer Sicht die Sprachkompetenz. Kommunikation in einer Gesellschaft geht nur, wenn sich alle Menschen in einer Sprache verständigen können.

(Rudolf Friedrich (CDU): Wieder so ein Spruch!)

Sprachvielfalt ist sinnvoll. Sprachvielfalt ist gut, wenn man sich auf die Kompetenzen anderer verlassen kann. Das ist gerade in einem zusammenwachsenden Europa sinnvoll, wenn es viele Sprachen gibt und wenn man viele Sprachen lernt. Allerdings muss es eine Sprache geben, in der man sich verständigen kann.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Richtig!)

Deswegen halten wir es für völlig falsch, wenn die Landesregierung wie in diesem Haushalt hergeht und gerade auch die Sprachförderung an Schulen kürzt. Nein, im Gegenteil: Die Sprachförderung muss ausgebaut werden. Sie muss im Kindergarten anfangen und über die Schule hinweg weitergeführt werden bis hin zur Erwachsenenbildung. Wir erwarten von den Zuwanderern, dass sie die deutsche Sprache lernen, aber dann muss die Landesregierung dazu auch die Bedingungen und vor allen Dingen die Finanzierung bereitstellen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ein zweiter Punkt, der aus unserer Sicht nach wie vor notwendig ist, und da sind wir durchaus in Widerstreit mit der Hessischen Landesregierung: der herkunftssprachliche Unterricht. Aus unserer Sicht bildet er nach wie vor eine Klammer zwischen der Herkunft, den Traditionen und dem Leben hier bei uns. Dieser herkunftssprachliche Unterricht soll aus unserer Sicht in der Grundschule in den normalen Stundenplan als ordnungsgemäßer Unterricht aufgenommen werden und als interkultureller Unterricht allen Kindern zugute kommen. Denn es ist durchaus sinnvoll, dass die Kinder deutscher Herkunft auch etwas über andere Länder lernen und dass sie die Sprachen der anderen Kinder beherrschen. Wie gesagt, Sprachvielfalt ist eine Kompetenz, auf die man sehr wohl zurückgreifen sollte und die man fördern sollte. Wir halten eine Politik, die den muttersprachlichen Unterricht wieder in die Hände der Konsulate zurücklegt, für völlig verfehlt. Dann hat man überhaupt keine Kontrolle mehr darüber, was Kinder tatsächlich lernen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Nicht nur das, sondern sie lernen vor allen Dingen die Sichtweise ihres Herkunftsstaates oder des Herkunftsstaates ihrer Eltern und Großeltern auf unsere Gesellschaft, und die ist oftmals überhaupt nicht identisch mit dem, wie wir inzwischen leben. Deswegen muss es ein Unterricht sein, der ordnungsgemäß in der Staatsschule stattfindet, und zwar unter staatlicher Aufsicht und unter Rahmenbedingungen, die auch für den regulären Unterricht gelten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Zur Gleichberechtigung und Gleichbehandlung gehört unserer Ansicht nach auch, dass der Religionsunterricht für islamische Religion in Hessen eingeführt wird. Für diesen Unterricht müssen dann die gleichen Bedingungen gelten wie für den anderen Religionsunterricht auch. Der Unterricht muss auf Deutsch von hier ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern nach genehmigten Lehrplänen erfolgen. Dies ist dringend notwendig und müsste in Hessen eingeführt werden. Alle Anstrengungen müssen unternommen werden, damit dies baldmöglichst realisiert ist.

Aus unserer Sicht müssen sich die Integrationsbemühungen besonders auf Jugendliche konzentrieren. Für die gesellschaftliche Integration und die Chancengleichheit ist insbesondere die Schulausbildung ausschlaggebend, als nächster Baustein kommt die Ausbildung dazu. Wir wissen heute, dass die meisten Jugendlichen nicht deutscher Herkunft in der Haupt- oder in der Sonderschule verbleiben, keinen Abschluss bekommen und in ihrer Mehrzahl auch keine Berufsausbildung machen. Dies ist sozialer Sprengstoff. Deswegen müssen hier Problemlösungen gefunden werden. Wir brauchen eine Verstärkung, eine Förderung im Unterricht. Wir brauchen aber auch neue Formen der Ausbildung, der Information über Ausbildung, damit solchen Jugendlichen eine Chance gegeben wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Jugendliche nicht deutscher Herkunft leben oft - auch wenn sie bereits hier geboren sind und auch wenn sie als Spätaussiedler zu uns gekommen sind - in zwei sich teilweise widersprechenden Kulturen. Gerade bei dieser jungen Generation zeigt sich inzwischen wieder verstärkt eine Tendenz zur Isolation, zur so genannten Subkultur - kein besonders schönes Wort. Diese Isolation muss aufgebrochen werden. Subkulturen sind an sich nichts Schlechtes, und es ist auch nicht besonders schlimm, wenn es unterschiedliche Kulturkreise gibt, unterschiedliche Traditionen. Das gibt es bei uns beispielsweise auch im Vereinswesen, und nicht immer muss jeder mit jedem das ganze Leben lang etwas zu tun haben wollen. Es geht darum, dass es zu einem Problem wird, wenn Jugendliche aufgrund ihrer Herkunft isoliert sind, sich selbst isolieren und vor allem, wenn sie dann zu ewigen Verlierern in unserer Gesellschaft werden. Das wird dann zu einem Problem, und deswegen müssen wir vonseiten der Politik dem entgegenwirken.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Um Jugendlichen eine Chance zu geben, ist es notwendig, dass in der Jugendhilfe über neue Konzepte nachgedacht wird. Die besonderen Lebensverhältnisse der Jugendlichen müssen beachtet werden, Kontakte zwischen Deutschen und Nichtdeutschen müssen hergestellt werden. Es ist notwendig, sozial orientierte Maßnahmen am Wohnort einzurichten, insbesondere dann, wenn es sich dabei um Brennpunkte handelt.

Für den Haushalt haben wir einen entsprechenden Antrag zur Förderung des Programms "Soziale Stadt - zur Wohnraummodernisierung und Wohnumfeldverbesserung" mit Stärkung der sozialen Kompetenz eingebracht. - leider ist der von Ihnen abgelehnt worden.

Präsident Klaus Peter Möller:

Frau Kollegin Hinz, Sie sind mit der Redezeit zu Ende und müssen deshalb abschließen.

(Zuruf des Abg. Michael Denzin (F.D.P.))

Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich komme auch gleich zum Ende. - Nein, das sind lediglich Baumaßnahmen. Es geht um soziale Programme, die zusätzlich notwendig sind, denn reine Bauprogramme nutzen keinem Menschen etwas.

(Zuruf des Abg. Michael Denzin (F.D.P.))

Meine Damen und Herren, mit der ersten Generation der Zugewanderten wandeln sich auch langsam die Probleme. Das heißt, es muss auch überlegt werden, wie wir in den Berufsfeldern der Alten- und Gesundheitspflege die Traditionen, die Kulturen integrieren können. Wir sind der Meinung, dass unser Konzept, das wir in vielfältigen Gesprächen mit großen Verbänden erarbeitet haben, dazu führen sollte, dass dieser Hessische Landtag endlich anerkennt, dass wir ein Einwanderungsland sind, dass wir die Integration vorantreiben müssen und dass es nicht ausreicht, im Kleingedruckten zu schreiben "Wir sind für Integration", um dann letztlich weder Finanzierung noch Programme bereitzustellen. Wir brauchen effektive Verbesserungen, und dazu sollte sich dieser Hessische Landtag durchringen. - Danke schön.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Frau Abg. Zeimetz-Lorz für die Fraktion der CDU.

Birgit Zeimetz-Lorz (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorliegende Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist reichlich durchsichtig. Es geht hier nicht in erster Linie - das hat der Beitrag der Kollegin Hinz eben mehr als deutlich gemacht - um die Integration der hier lebenden ausländischen Mitbürger. Vielmehr haben die GRÜNEN zum x-ten Mal einen Aufhänger gesucht, um ihre Wunden nach der im vergangenen Jahr verlorenen Landtagswahl zu lecken.

(Beifall bei der CDU - Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ein Quatsch!)

Sie behaupten hier zum x-ten Mal - und das wider besseres Wissen -, die Union hätte diese Wahl ausschließlich wegen der Unterschriftenkampagne gegen die generelle Hinnahme der doppelten Staatsbürgerschaft und für eine bessere Integration der hier lebenden ausländischen Bürger gewonnen. Deshalb müssen Sie sich zum wiederholten Mal sagen lassen, dass dies mitnichten der einzig ausschlaggebende Punkt für unseren Wahlerfolg gewesen ist.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Meine Damen und Herren, der wesentliche Grund für Ihre Wahlniederlage will Ihnen einfach nicht in den Kopf gehen. Das war die miserable Politik, die Sie den hessischen Bürgerinnen und Bürgern zugemutet haben.

(Beifall bei der CDU)

Um die bessere Integration der hier lebenden Aussiedler und ausländischen Mitbürger geht es Ihnen mit diesem Antrag doch eigentlich gar nicht. Wie wenig Ernst es Rot und Grün mit der Integration ist, haben auch ihre Freunde im Deutschen Bundestag ziemlich eindrucksvoll unter Beweis gestellt: Diese waren noch nicht einmal bereit, einen von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eingebrachten Integra-

tionsantrag überhaupt nur zu diskutieren, geschweige denn, ihm zuzustimmen. Letztlich hätten Sie selbst acht Jahre dafür Zeit gehabt, etwas für eine bessere Integration hier in Hessen zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Doch hier kann man nur feststellen: Fehlanzeige, Sie haben diese acht Jahre nicht genutzt. Stattdessen kommen Sie heute mit diesem Antrag daher, nachdem die neue Landesregierung noch nicht einmal ein Jahr im Amt ist.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schauen Sie sich den Antrag nur einmal im Einzelnen an: ein wunderschöner Wunschzettel, ausschließlich für das politische Schaufenster gedacht.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie meinem, das sei alles nicht notwendig, was da steht?)

Sicher, über den einen oder anderen Punkt könnte man reden - wenn es Ihnen denn ernsthaft um die Verbesserung der Integrationslage unserer ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger ginge. Aber in der Gesamtbetrachtung sieht man, dass hier lediglich so viele Forderungen wie möglich aneinander gereiht worden sind, um den Eindruck zu vermitteln, man täte etwas, aber ohne Rücksicht auf Sinnhaftigkeit und Erfüllbarkeit im Einzelnen.

Dieser Geist durchweht schon die Präambel Ihres Antrages. Ich sehe über die üblichen polemischen Floskeln - wie die von der angeblichen Handlungsunfähigkeit dieser Landesregierung - hinweg und komme gleich zum letzten Absatz der Präambel.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Sozialministerin hat bis heute kein Konzept vorgelegt!)

Dort postulieren Sie, das neue Staatsbürgerschaftsrecht habe die Integrationsvoraussetzungen verbessert - was für ein Hohn, als ob sich Integration, wie wir sie uns vorstellen, durch die bloße Aushändigung eines Passes erreichen ließe.

(Rolf Karwecki (SPD): Nicht nur, aber auch!)

Hier muss ganz unten angesetzt werden, indem den Menschen ausländischer Herkunft die Möglichkeit gegeben wird, sich über konkrete Aktivitäten in unserer Gesellschaft zu integrieren. In diesem Punkt ist die neue Landesregierung bereits auf gutem Weg. Sie hat nämlich erkannt, dass Integration eine Querschnittsaufgabe ist. Ich komme darauf noch zurück. Die zentralen Werte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind die unverzichtbaren Voraussetzungen für ein tolerantes, von gegenseitigem Respekt gekennzeichnetes Miteinander. Um dieses Fundament zu festigen, setzen diese Landesregierung, aber auch die sie tragenden Fraktionen auf eine wirkliche Integration, die über die Frage eines bloßen rechtlichen Status hinausgeht. Sprache, Schule, Ausbildung, Beruf, Alltag, Freizeit, gesellschaftliches Leben - überall brauchen wir ein echtes gelebtes Miteinander. Ein solches Miteinander wollen wir nach Kräften fördern, wollen es aber auch von allen Beteiligten fordern.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wie machen Sie das?)

- Frau Kollegin, ich komme darauf zu sprechen. Haben Sie nur ein ganz klein wenig Geduld.

Integration ist daher immer eine persönliche Chance, aber zugleich auch eine persönliche Aufgabe. Wir haben uns gegen die regelmäßige Hinnahme der doppelten Staatsangehörigkeit bei der Einbürgerung entschieden, weil wir der Überzeugung sind, dass am Anfang die bewusste und freie Entscheidung zur Integration stehen muss. Ich darf auch noch einmal in Erinnerung rufen, dass dies die ganz große Mehrheit der Bevölkerung ebenso sieht. Die Debatte über die regelmäßige Hinnahme der doppelten Staatsangehörigkeit als eine Debatte gegen Menschen, die mehrere Staatsangehörigkeiten haben, zu verstehen war immer falsch und ungerecht. Eine Staatsbürgerschaft, die quasi zum Nulltarif verliehen wird, würde Bemühungen um Integration nur erschweren, wenn nicht sogar zunichte machen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Denn es käme auf die Frage der Integration bei der Einbürgerung nicht mehr an. Dabei geht es gar nicht um die Kinder, die hier geboren werden. Das Ergebnis hätte wohl keine befriedende Wirkung. Diese befriedende Wirkung ist wichtig, wenn Toleranz erhalten, ja, gefördert werden soll.

(Rolf Karwecki (SPD): Das Kapitel ist doch abgeschlossen, gnädige Frau!)

Deshalb ist eine wirkliche und gedeihliche Integration nicht gegen den Willen der großen Mehrheit der deutschstämmigen Bevölkerung zu erreichen. Dazu muss man die Menschen dort abholen, wo sie sind, wenn man das Denken und Handeln verändern will. Eine staatsbürgerliche Gleichstellung auf dem Papier, aber eine innere Ablehnung durch die Bürger im täglichen Leben, würde im Ergebnis den hier lebenden ausländischen Mitbürgern nicht nutzen. Wir wollen die Bereitschaft zu Offenheit und Toleranz erhalten, indem wir von den Bürgern Integrationsleistung fordern, aber auch darauf achten, dass sie sich nicht überfordert fühlen. Wir haben erreicht, dass mehr über wirkliche Integration nachgedacht und diskutiert worden ist, als alle Pläne der rot-grünen Bundesregierung im Übrigen jemals vorgehen haben.

(Barbara Stolterfoht (SPD): Da kann man ja nur lachen!)

Präsident Klaus Peter Möller:

Entschuldigung, lassen Sie eine Frage von Frau Kollegin Pauly-Bender zu?

Birgit Zeimetz-Lorz (CDU):

Dazu reicht die Zeit nicht. Vielleicht am Ende, wenn wir dann noch ein bisschen Zeit haben.

Die Hessische Landesregierung ist in der Integrationspolitik auf einem guten Weg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was machen Sie denn? - Manfred Schaub (SPD): Dann sagen Sie doch einmal, was Sie machen! Kein einziges Wort hat sie gesagt, die ganzen alten Parolen!)

Sie und natürlich auch die CDU-Landtagsfraktion verstehen Integration nicht als eine Addition fachpolitischer Maßnahmenbündel, sondern als eine Querschnittsaufgabe, die alle Bereiche der Landespolitik betrifft. Wir lassen uns davon leiten, dass eine zentrale und ganzheitliche Wahrnehmung der integrationspolitischen Aufgaben erforderlich ist. Dabei, verehrte Frau Kollegin Hinz, verkennen wir natürlich nicht, dass zunehmend auch nicht deutsche Fami-

lienmitglieder von Spätaussiedlern und hier insbesondere die Jugendlichen mit Integrationsproblemen zu kämpfen haben. Die hier lebenden Aussiedler sind deshalb selbstverständlich in die Integrationsarbeit einzubeziehen. Das heißt allerdings nicht, dass wir etwa dem in Ihrem Antrag formulierten Anliegen folgen, das Amt des Vertriebenen- und Aussiedlerbeauftragten, der übrigens eine hervorragende Arbeit leistet, für die ich ihm an dieser Stelle einmal Dank sagen möchte,

(Beifall bei der CDU - Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was macht er denn?)

in das Amt eines Integrationsbeauftragten umzuwandeln. Auch dies ist ein durchsichtiger Punkt in Ihrem Antrag,

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann sagen Sie doch einmal, was Sie machen! Was machen Sie eigentlich?)

weil Sie damit wieder einmal die Aussiedler und die ausländischen Mitbürger in einen Topf werfen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben Ihnen stattdessen einen besseren Vorschlag zu machen.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha! Wo ist denn der Ministerpräsident bei dem wichtigen Thema?)

Wir bzw. die Landesregierung berufen nicht einen Integrationsbeauftragten, sondern gleich einen ganzen Integrationsbeirat. Dieser soll nach unseren Vorstellungen die Landesregierung in Fragen der Integration beraten, Handlungsfelder definieren und praktikable Vorschläge zur Umsetzung unterbreiten.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Den soll es schon seit einem halben Jahr geben, und er kommt nicht zustande!)

Damit eine ganzheitliche Integrations-, Migrations- und Flüchtlingspolitik des Landes erreicht wird, kommen die Staatssekretäre der mit diesen Aufgaben betrauten Ressorts regelmäßig zur Koordination zusammen. Sie sollen die exekutiven Aufgaben ressortübergreifend bündeln und voranbringen.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das Konzept ist doch schon dreimal angekündigt!)

- Haben Sie doch ein ganz klein bisschen Geduld. Ich weiß gar nicht, warum Sie es so eilig haben, Frau Hinz.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie erzählen uns leider nicht, was Sie wollen!)

Der Erwerb der deutschen Sprache - da sind wir uns einig; wir haben durchaus Berührungspunkte, Frau Kollegin Hinz - ist die Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Integration. Das sehen wir von der CDU-Fraktion ganz genau so. Diese Erkenntnis hat sich offensichtlich inzwischen auch bei Ihnen durchgesetzt. Denn die Beherrschung der deutschen Sprache ist die Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Integration.

Wer dauerhaft in Deutschland leben will, muss die Bereitschaft haben, die deutsche Sprache zu erlernen. Gleichzeitig sind die in der Mehrsprachigkeit liegenden Chancen zu erkennen, zu fördern und zu nutzen. Die Sprachkompetenz entscheidet langfristig über Erfolg oder Misserfolg in Ausbildung und Beruf und damit über die Lebens- und Integrationschancen der hier lebenden Ausländer. Die Integra-

tionsförderung durch Spracherwerb ist deshalb einer der zentralen Punkte unserer Bemühungen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ihr Beharren auf dem Fortbestand des muttersprachlichen Unterrichts, der in Ihrem Antrag bezeichnenderweise größeren Raum einnimmt als die Frage des Spracherwerbs, hilft nicht weiter.

(Beifall bei der CDU)

Hierzu wird die Ministerin sicherlich noch einige Ausführungen machen. Auch die Teilhabe am Erwerbsleben ist ein zentraler Eckpfeiler der Integration. Sie ist nicht nur Voraussetzung für eine von staatlicher Hilfe unabhängige Existenzsicherung, sondern darüber hinaus Ort interkultureller Begegnung und sozialer Kontakte. Auch hierüber findet sich etwas in Ihrem Antrag. Doch auch hier zeigen Sie wenig Fantasie. Denn über die von Ihnen aufgezählten Punkte hinaus ist noch eine ganze Reihe weiterer Maßnahmen denkbar, um Aussiedler und ausländische Mitbürger besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr gut! Dann machen Sie doch etwas! - Zuruf von der SPD: Was machen Sie denn?)

Ich will hier gerne kurz einige wenige Punkte skizzieren: Verbesserung der Information und Stärkung der Kooperation im Bereich der Anerkennung von Berufsabschlüssen, Akquirierung von Ausbildungsplätzen in ausländischen Unternehmen, unter anderem durch Verbesserung des Informationsangebotes oder die Intensivierung der Bemühungen um Einstellung der Zuwanderer bzw. Deutschen ausländischer Herkunft bei der Polizei oder Steigerung des Anteils von Zuwanderern in den Feuerwehren und den Organisationen des Katastrophenschutzes

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

oder die Beratung und Unterstützung insbesondere von zugewanderten Frauen für Ausbildungen im Gesundheitsbereich und die Förderung von Existenzgründungen durch Migrantinnen und Migranten.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr gut!)

Die Integrationsförderung durch politische und behördliche Maßnahmen wie durch Abbau unnötiger rechtlicher Hindernisse fehlt in Ihrem Antrag komplett. Auch dies ist ein wichtiger Pfeiler für die Integration der hier lebenden ausländischen Mitbürger.

(Beifall bei der CDU - Priska Hinz ((BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir wollten Ihnen auch noch etwas lassen! - Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer regiert eigentlich in diesem Lande?)

Es gäbe hier noch weitere Ansätze zu nennen. Dies spare ich mir an dieser Stelle, stelle allerdings abschließend fest, dass wir Nachhilfeunterricht vonseiten der GRÜNEN nicht brauchen.

(Beifall bei der CDU)

Gern sind wir aber bereit, mit Ihnen zusammen weitere Wege für eine bessere Integration zu suchen. Deshalb sollten wir Ihren Antrag in den zuständigen Ausschüssen behandeln. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Klaus Peter Möller:

Frau Kollegin Pauly-Bender, wenn Sie interessiert sind, können Sie eine Frage stellen.

(Judith Pauly-Bender (SPD): Das ist sehr großzügig, aber es ist jetzt das Ende der Rede, und ich komme nachher auch noch dran! - Beifall bei der CDU - Michael Denzin (F.D.P.): Schade eigentlich!)

Das Wort hat Herr Kollege Hahn, Fraktionsvorsitzender der F.D.P.,

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Die drücken sich!)

es sei denn, mir wäre eine Wortmeldung der SPD entgangen. Ich habe hier keine. Es ist nichts auf dem Postweg verloren gegangen? - Nein. Dann ist Herr Hahn dran.

Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Manfred Schaub (SPD): Lass sie reden!)

Ich bin ein bisschen überrascht, dass das normale Verfahren von den Sozialdemokraten nicht eingehalten wird. Wäre ich jetzt polemisch, würde mir etwas einfallen. Ich sage dazu aber nichts.

(Manfred Schaub (SPD): Das erste Mal!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Rede, die Frau Kollegin Hinz eben gehalten hat, war das Abarbeiten der Agenda "unerledigte Aufgaben der rot-grünen Landesregierung von 1991 bis 1999".

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Es ist schon beachtlich, dass sich eine mit der Chuzpe hier hinstellt, die immerhin selbst für einen längeren Zeitraum als Ministerin politisch verantwortlich war

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Martina Leistschneider (CDU): War!)

und nun so tut, als sei in der Regierungsverantwortung von Hans Eichel und den GRÜNEN in Hessen ein auch nur irgendwie geartetes Konzept für die Integration der hier lebenden ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger auf den Weg gebracht worden.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Martina Leitschneider (CDU): Das ist die Wirklichkeit! - Stefan Grüttner (CDU): So ist das! Integration ist, Straftäter laufen zu lassen! - Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war ziemlich viel!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das war nicht der Fall. Frau Kollegin Hinz, ich will überhaupt nicht abschwächen, dass von Ihnen eine Reihe von Dingen auf den Weg gebracht worden ist

(Zuruf des Abg. Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Herr ehemaliger Minister von Plottnitz, ich lasse jetzt keine Zwischenfragen zu, um das gleich zu beantworten, dies hatte aber nichts mit einem Konzept zu tun.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann machen Sie etwas!)

Wir können uns auch daran erinnern, dass bis zum Februar 1999 zwischen den Sozialdemokraten und den GRÜNEN öffentlich diskutiert worden ist, ob man ein entsprechendes Konzept überhaupt erarbeitet. Es gab die bekannten Meinungsverschiedenheiten zwischen den Sozialdemokraten und den GRÜNEN.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage Ihnen ganz stolz, dass die Regierungskoalition von F.D.P. und

CDU mit der Sozialministerin auf sehr gutem Wege ist, Ihnen ein umfassendes, sehr dezidiertes und auch nach vorn bringendes Integrationskonzept für das Land Hessen vorzustellen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Der Ansatz des Konzeptes wird sich diametral von dem unterscheiden, was in den letzten Jahren von Rot-Grün in diesem Lande konzeptionslos gemacht worden ist. Für uns ist die Frage der Integration nicht einseitig ausgerichtet auf Ausländerbeiräte und ähnlich interessierte Organisationen - ohne dass ich die Arbeit dieser Institutionen schmälern möchte. Es ist aber nur ein einseitiger Ansatz.

(Zuruf des Abg. Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir Liberalen sind stolz darauf, dass unser Ansatz von dem Koalitionspartner bereits in der Koalitionsvereinbarung übernommen worden ist, in der wir gesagt haben, dass ein ganzheitlicher Ansatz gewählt werden muss, dass alle bei der Integration Betroffenen und dafür zu Gewinnenden in die Arbeit der Integrationsgremien, aber auch schon bei der Aufstellung der Aufgaben, hereingeholt werden müssen.

Für uns ist Integration eine zentrale Aufgabe, die alle Häuser und die gesamte Landesregierung betrifft. Deshalb kann sie nicht weiter einseitig, wie das in den letzten acht Jahren in Hessen geschehen ist, durchgeführt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Integration hat im Übrigen, das will ich hier ganz deutlich sagen, nach unserer liberalen Auffassung überhaupt nichts mit der Forderung nach Assimilation zu tun. Integration ist die Bereitschaft der Menschen, der Männer, Frauen und Kinder, die auf Dauer in diesem Lande leben wollen, sich in den Ablauf dieser Gesellschaft mit ihren kulturellen und religiösen Vorstellungen mit einzubringen und einen Level der Verabredung in unserer Gesellschaft zu achten. Darüber hinaus sollen sie unsere Gesellschaft mit ihren Besonderheiten der kulturellen und religiösen Art aber auch befruchten. Das heißt, Integration bedeutet nicht, dass wir von den hier lebenden Ausländerinnen und Ausländern erwarten, dass sie sich genauso verhalten wie die deutschen Mitbürger,

(Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sind sehr großzügig!)

wobei ich überhaupt meine, dass eine derartige Forderung in das Reich der Legende gehört, weil man dies selbstverständlich überhaupt nicht beschreiben kann. Mangelnde Integration führt schlicht und ergreifend nicht nur dazu - was Frau Kollegin Hinz eben vollkommen zu Recht gesagt hat -, dass wir einen sozialen Sprengstoff aufbauen oder nicht entschärfen, wie auch immer man die Lage sieht. Bei einer Reihe von Gebieten fällt einem als hessischer Landespolitiker immer die Stadt Dietzenbach mit ihrer besonderen baulichen Situation an dem Ring ein,

(Judith Pauly-Bender (SPD): Sehr richtig! - Hartmut Holzapfel (SPD): Dazu fällt mir immer nur Liechtenstein ein!)

dessen Straßename jetzt aus bekanntem Grund geändert worden ist, womit man natürlich nicht das Problem gelöst hat. Eine solche Gettoisierung und Schaffung von rechtsfreien Räumen - das meine ich jetzt auch sehr konkret gesprochen auf Polizei und Justiz - kann nur zur weiteren Schärfung von sozialem Sprengstoff führen.

(Zuruf des Abg. Hartmut Holzapfel (SPD))

- Herr Kollege Kultusminister außer Diensten, der nicht Senator in Berlin geworden ist, wenn Sie nachher noch ein Koreferat halten wollen, können Sie das gerne tun.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU - Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD) - Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Passen Sie auf, dass Sie nicht bald außer Diensten sind! - Zuruf des Abg. Stefan Grüttner (CDU))

Herr Kollege Holzapfel, ich werde Ihnen dann gerne noch zwei Minuten von meiner sehr begrenzten Redezeit abgeben.

Dieser soziale Sprengstoff, der dann möglicherweise aufgebaut würde, bedeutet insbesondere für Liberale eine Verantwortung. Deshalb ist es für uns eine Selbstverständlichkeit, dass Integration eine zentrale Aufgabe für alle Ressorts und für die gesamte Politik ist. Dazu kommt aber noch, dass wir meinen, dass mangelnde Integration auch der Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes schadet. Wir diskutieren das ganz offensichtlich.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P.)

Frau Hinz, Ihr Beitrag vorhin war sehr gruppenspezifisch und sehr soziologisch. Das ist aber nicht die gesamte Aufgabe der Integration. Wenn wir von Integration reden, so meint ganz offensichtlich eine Vielzahl der daran Beteiligten nicht den ausländischen Bankdirektor, sondern den ausländischen Chauffeur des Bankdirektors. Das ist eine sehr verkürzte Denkweise bei der Frage der Integration. Frau Kollegin Zeimetz-Lorz hat bereits eine Reihe von Punkten aufgezeigt, die wir als Koalitionsfraktionen gemeinsam mit Frau Ministerin Mosiek-Urbahn Ihnen in den nächsten Wochen in einem vollkommen abgerundeten Konzept vorstellen wollen.

(Zuruf der Abg. Barbara Stolterfoht (SPD))

Lassen Sie mich für die F.D.P.-Fraktion die beiden für uns wichtigsten Punkte herausgreifen. Das eine ist die Sprache. Es ist eine unabdingbare Voraussetzung, dass alle, die für einen längeren Zeitraum oder auch für immer in unserem Lande leben wollen, den Spracherwerb aktiv betreiben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das gilt nicht nur für die Selbstverständlichkeit, dass Kinder die deutsche Sprache sehr frühzeitig lernen sollen - da erhoffen und erwarten wir uns auch entsprechende Modelle, insbesondere von der Kultusministerin, Frau Wolff -, sondern es geht auch darum, dass wir uns damit auseinandersetzen müssen, dass die Bereitschaft des Spracherwerbs bei den Eltern erhöht wird.

(Minister Karlheinz Weimar setzt sich auf den Stuhl des Ministerpräsidenten.)

Präsident Klaus Peter Möller:

Neigen Sie jetzt dazu, Herrn von Plottnitz fragen zu lassen?

(Manfred Schaub (SPD): Er will nur wissen, ob Weimar schon übt! - Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist an uns etwas vorbeigegangen?)

Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.):

Ich neige zu keinerlei Zwischenfragen. Ich glaube, dass sich jeder Minister auf den Stuhl setzen kann, der gerade frei ist

(Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da haben Sie Recht! Da werden viele frei! Da stimmen wir Ihnen zu!)

- hören Sie doch mit dem Blödsinn auf -, wenn gerade derjenige körperlich nicht anwesend ist, der sonst auf diesem Stuhl sitzt.

(Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön für die Auskunft! - Dorothea Henzler (F.D.P.): Euch fehlt der richtige Ernst!)

Herr Kollege von Plottnitz, ich muss Ihnen jetzt eines sagen: Wenn Sie es wirklich ernst meinen mit Integrationspolitik, dann sollten Sie Ihre dümmlichen Zwischenfragen und -rufe in diesem Fall unterlassen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Manfred Schaub (SPD): Gerade von Herrn Hahn! - Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei Ihrer Heuchelei!)

Wenn Ihnen daran gelegen ist, sich über Integrationspolitik zu unterhalten, Sie aber keinen Beitrag dazu leisten können, weil Sie in Ihrem Kopf zurzeit nur mit anderen Dingen beschäftigt sind, empfehle ich Ihnen: Setzen Sie sich nach hinten und stören Sie die fachliche Diskussion hier vorne nicht.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Bei dem Thema Spracherwerb halten wir Liberale es für sehr wichtig, dass auch die Bereitschaft der Elterngeneration geweckt wird, zu versuchen, die deutsche Sprache noch zu erlernen. Wir merken es immer wieder und ich merke es auch in meinem anderen beruflichen Leben, dass häufig die hier geborenen Kinder der zweiten und dritten Generation hervorragend Deutsch sprechen, dass aber die Eltern überhaupt kein Deutsch sprechen.

(Martina Leistenschneider (CDU): So ist es!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies gilt es zu ändern. Das klingt jetzt etwas sehr hochtrabend. Aber jedenfalls muss die Bereitschaft dafür geweckt werden, dass sich auch die Elterngeneration noch bereit erklärt, die deutsche Sprache zu erlernen. Sprachförderung muss im schulischen und außerschulischen Bereich durchgeführt werden, und zwar mit verstärkten inhaltlichen, aber auch finanziellen Möglichkeiten.

Uns ist darüber hinaus bewusst, dass nicht nur die eigene Sprache ein schützenswertes kulturelles Gut ist. Im Zuge der Globalisierung gewinnt Zwei- und Mehrsprachigkeit immer mehr an Bedeutung. Deshalb soll die Sprachförderung in den Augen der F.D.P. auch die Unterstützung von Zwei- und Mehrsprachigkeit einschließen.

Allerdings wird der traditionelle muttersprachliche Unterricht, der hauptsächlich auf den Fall der Rückkehr der Eltern des Gastarbeiterkindes und der Reintegration in deren Heimatland ausgerichtet war, diesen Anforderungen heute nicht mehr gerecht. Er muss neu konzipiert werden. In vertretbarem Rahmen werden deshalb Sprachen der Herkunftsländer als weitere Fremdsprachen in den Lehrplan aufgenommen oder mehrsprachige Schulzweige eingerichtet werden müssen. Das heißt, wir wollen ein Konzept erarbeiten, mit dem die Bereitschaft geweckt wird, die deutsche Sprache zu lernen, mit dem aber auch die Bereitschaft geweckt wird, durch Mehrsprachigkeit in dieser Gesellschaft aufzuwachsen und zu arbeiten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit komme ich zum zweiten Schwerpunkt der liberalen Integrationspolitik;

das ist die Arbeitswelt. Es ist völlig klar und auch unstrittig zwischen uns allen, schätze ich, dass in der Vergangenheit die Integration von Zuwanderern weitgehend über den Arbeitsmarkt erfolgte. Heute haben aber insbesondere ausländische Jugendliche und die Kinder von Spätaussiedlern häufig Schwierigkeiten, einen geeigneten Ausbildungsplatz zu finden. Die bestehenden Programme zur Verbesserung der Ausbildungssituation und Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit sind in ihrer Breite allen Jugendlichen, unabhängig von ihrer Nationalität, zugänglich. In den entsprechenden Programmen ist der Anteil ausländischer Jugendlicher und der Kinder von Spätaussiedlern überdurchschnittlich hoch.

Wir wollen als Liberale die Landesregierung dabei unterstützen, dass sie bessere, umfassendere Maßnahmen zur Information und Beratung ausländischer Jugendlicher und deren Eltern über Qualifizierungsmöglichkeiten vornimmt. Es müssen zielgruppenspezifische Beratungsprojekte aufgebaut werden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es muss auch dafür geworben werden, dass bestehende Zweisprachigkeit als zusätzliche berufliche Qualifikation eingesetzt werden kann. Es ist doch gerade in einer globalen Situation wie der heutigen von besonderer wirtschaftlicher, auch arbeitsplatzpolitischer Bedeutung, wenn Zweisprachigkeit vorhanden ist.

Ein großes Problem in diesem Bereich ist die Frage der Ausbildung. Es ist völlig klar, dass das Problem zum einen darin liegt, dass wir, Gott sei Dank, eine immer weiter steigende Zahl von Betrieben mit Inhabern ausländischer Nationalität haben. Diese sind aber häufig daran gehindert, Ausbildungsplätze sicherzustellen. Das war sicherlich auch schon ein Problem der letzten Regierung und des damaligen Wirtschaftsministers Lothar Klemm gewesen. Wir müssen es schaffen, mit Beratung, Kurs- und Seminarangeboten sowie Hilfestellung bei der Vermittlung geeigneter Partnerbetriebe Ausbildungsverbünde zu schaffen bzw. auch die Verbesserung der Ausbilderqualitäten der Damen und Herren vorzunehmen.

Wir müssen es darüber hinaus schaffen, dass die tatsächlichen Probleme, die z.B. mit der Anerkennung von Abschlüssen vorhanden sind, endlich erfolgreicher angegangen werden. Das ist leider nicht nur ein Problem des Landes Hessen, sondern es ist ein immer größer werdendes Problem unseres Staates insgesamt. Es kann erfolgreich eigentlich nur so funktionieren, dass die Gleichwertigkeit des im Ausland erworbenen Abschlusses auf der Basis einer gegenseitigen Anerkennung mit den jeweiligen Partnerländern/Herkunftsländern organisiert werden kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese zwei Stichpunkte könnte man natürlich noch erheblich ausbauen; dafür reichen 15 Minuten nun wahrlich nicht. Ich meine, dass Frau Mosiek-Urbahn in den nächsten Wochen ein umfassendes Konzept für diese Regierungskoalition vorlegen wird. Ich meine es nicht nur, ich bin mir sehr gewiss.

(Beifall bei der CDU - Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nach vier Jahren!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich, noch zu einem letzten, für uns Liberale wichtigen Punkt kommen. Wir sind der Auffassung, dass im Zusammenhang mit der Integration auch die Frage der Zuwanderung diskutiert werden muss. Frau Hinz ist auf dieses Thema schon eingegangen mit der Schlagwortdiskussion, wir sollten endlich erkennen, dass Hessen, Deutschland ein Einwanderungsland ist.

Ich bin mir relativ sicher, dass viele der Diskussionen, die wir in unserem Land - damit meine ich jetzt nicht nur das schöne Land Hessen, sondern die gesamte Bundesrepublik - führen, damit zu tun haben, dass wir den Menschen in unserem Land kein Konzept vorlegen, wie wir insgesamt mit der Zuwanderung, mit den Fragen der Zuwanderung fertig werden. Wir Liberalen, insbesondere auch die hessischen Liberalen, sind schon seit vielen Jahren der Auffassung, dass es sehr sinnvoll ist, auf Bundesebene ein Zuwanderungsbegrenzungsgesetz zu erlassen, in dem wir ganz konkret auf die Zahlen eingehen, in dem wir aber auch konkret auf die demographischen Hintergründe eingehen, in dem wir ganz konkret auch auf Mittel eingehen, um eine ungesteuerte Zuwanderung zu vermeiden.

Wir müssen - ich finde, das ist überhaupt nicht verwerflich, das auch als Liberaler zu sagen, ich meine, gerade wir Liberalen müssen es sogar sagen - ein Auswahlkriterium für Zuwanderung finden. Es ist ungerecht sowohl gegenüber möglichen Zuwanderern wie auch gegenüber der deutschen Bevölkerung, wenn sozusagen das Zufallsprinzip die Grundlage für die Zuwanderung nach Deutschland ist.

Das kann es nicht sein, sondern Kriterien der Ausbildung, des Alters usw., wie das in anderen demokratischen Staaten schon seit vielen Jahrzehnten Eingang gefunden hat und jetzt sogar - ich sage das bewusst etwas polemisch: sogar - in den nordeuropäischen Ländern, in den skandinavischen Ländern festgeschrieben ist, eine derartige Beschreibung der Kriterien, wie Zuwanderung organisiert wird, sollten wir uns auch in Deutschland geben.

Präsident Klaus Peter Möller:

Herr Kollege Hahn, die Redezeit ist abgelaufen.

Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.):

Herr Präsident, ich war gerade dabei, den letzten Satz zu formulieren.

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich beantrage, dass der Antrag der GRÜNEN an die zuständigen Ausschüsse überwiesen wird. Ich gehe davon aus, dass er relativ kurzfristig überholt wird von dem Integrationskonzept der Hessischen Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen.

(Rupert von Plottnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was meinen Sie mit "relativ"?)

Ich rege an, dass wir eine sehr fachliche Diskussion über die verschiedenen Schwerpunkte führen. Ich meine, dass wir uns auf alle Fälle darin einig sein sollten, dass ein Zuwanderungsbegrenzungsgesetz kommen muss, damit wir Rechtsklarheit sowohl für die Menschen haben, die nach Deutschland kommen wollen, als auch für unsere deutschen Mitbürger. - Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Frau Kollegin Pauly-Bender für die Fraktion der SPD.

Judith Pauly-Bender (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist normalerweise parlamentarischer Usus, dass man sich einfädelt. Da Sie aber auf der Seite der Regierungs-

fraktionen uns in mancher Minute schon Leid tun, wollte ich mir die ganze Rechtfertigung Ihres integrationspolitischen Defizits anhören, habe aber leider festgestellt, dass dafür auch nicht zweimal 15 Minuten genügen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir haben hier von Herrn Hahn eine große Verlegenheitsrede im Sinne einer Verlegenheitsrede in großer Not gehört.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Eine große Rede!)

Wir haben nicht etwa etwas erhalten, was Ihrer Regierung sehr gut angestanden hätte - aus Gründen, die ich gleich für die SPD-Fraktion noch ausführe -, sondern eine Art überholter akademischer Vorlesung über ein Stück F.D.P.-Programm im Besonderen. Für Hessen hat uns das aber sehr wenig gebracht.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, auch von Frau Zeimetz-Lorz, bei der man schon die Frage stellen musste, ob sie freiwillig heute zu dem Thema gesprochen hat, haben wir zu der Frage, die heute ansteht, nichts Weiterführendes gehört. Es war gut, dass wir einmal darüber gesprochen haben, aber das Defizit konnte besser nicht dargestellt werden als durch diese beiden Reden.

(Barbara Stolterfoht (SPD): Das ist wahr!)

Wir haben - Frau Zeimetz-Lorz, im parlamentarischen Sinne, nicht gegen Ihre Person gerichtet - nichts gehört außer integrationspolitischem Schmus. Wir haben nichts gehört außer Nibelungentreue einer CDU-Abgeordneten, die heute hier dazu sprechen musste. Und wir haben auch nichts erhalten als fromme Lippenbekenntnisse zum Thema.

Ich denke, in Anbetracht dessen, was wir heute hier zu besprechen haben - Frau Hinz hat das vorzüglich in die Richtung gelenkt, in die es gehört -, war das ein Armutszeugnis.

(Beifall bei der SPD)

Für die SPD-Fraktion möchte ich das Thema in drei Stichworten bezeichnen, um die es uns in diesem Zusammenhang geht.

Wir sehen in Ihrem integrationspolitischen Defizit den anderen Aspekt des CDU-Wahlbetrugs. Wir sind der Auffassung, dass Sie sich auf einer integrationspolitischen Kriechspur befinden. Trotz vollmundiger gegenteiliger Wahlversprechen der eigenen Unterschriftenaktion haben Sie Ihr Wort gebrochen. Das nennt man Wahlbetrug, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Integration ist eine entscheidende Aufgabe der heutigen Welt. Probleme existieren, Sprachbarrieren existieren, sozial schwierige Lagen existieren. Es sind Kulturbrüche, die wir überall erleben können - auch außerhalb Dietzenbachs, Herr Hahn. Wir haben es mit problematischen Biografien der Betroffenen zu tun, mit Entwurzelungssituationen usw. usf.

Mit anderen Worten: Es handelt sich um eine originäre sozialpolitische Themenstellung, bei der Sie - Frau Zeimetz-Lorz, ich weiß nicht, wie lange Sie in diesem Parlament abwesend waren, offenbar ein Jahr lang -

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Oh, ist das gemein!)

die ganze Zeit über schon auf Hochtouren hätten arbeiten müssen.

Meine Damen und Herren, es gehört zum sozialstaatlichen Auftrag in einem offenen Land

(Zuruf von der F.D.P.)

- Herr Hahn, Sie sind heute sehr sensibel, ich versuche, darauf Rücksicht zu nehmen - mit diesem Profil als wirtschaftsstarkes, vitales Bundesland, dass keiner durch das Sieb fällt, auch keiner, der aus der Fremde hierher kommt, und dass im Interesse des sozialen Friedens, wie ihn nur eine integrierte Gesellschaft entstehen lässt, auch gehandelt wird.

Die SPD-Landtagsfraktion ist der Meinung, dass Integrationspolitik in diesem Lande eine Rolle spielen muss. Integrationspolitische Initiativen, Maßnahmen zum Abbau von Ressentiments und Maßnahmen für das gegenseitige Verstehen und Miteinander, bei uns waren die eben keine Lippenbekenntnisse

(Birgit Zeimetz-Lorz (CDU): Och jo!)

- Sie haben ja nur zitiert und eingesammelt, was vorher schon im Sozialministerium in die Wege geleitet wurde -

(Beifall bei der SPD - Lachen des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.))

und Maßnahmen für gegenseitiges Verstehen und Miteinander hatten in der rot-grünen Regierung ihren Platz. Der Antrag, der uns heute hier vorgelegt ist, steht in dieser Kontinuität.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Ah ja!)

Eine übliche Beratung ist heute hier nicht am Platz. Heute müssen die Dinge beim Namen genannt werden. Mit diesem Tagesordnungspunkt, einem Antrag aus der Opposition, in diesem Falle der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ist am Mittwoch dieser Plenarwoche,

(Zuruf der Abg. Birgit Zeimetz-Lorz (CDU))

Frau Zeimetz-Lorz, endlich auch das zweite Kapitel des Wahlbetruges dieser Landesregierung aufgeschlagen worden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein Antrag der Opposition - dass muss man sich auf der Zunge zergehen lassen - muss die Landesregierung dazu auffordern, endlich ihre integrationspolitische Kriechspur zu verlassen, endlich ihre Wahlversprechen einzulösen und endlich ihre sozialpolitische Verantwortung aus vorangegangenen Tun

(Martina Leistenschneider (CDU): Ihr habt doch acht Jahre nichts gemacht! Unerhört!)

der wahlentscheidenden Unterschriftenkampagne aus dem Jahre 1998 aufzugreifen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von der Koalition, ich bin der Auffassung, dass aus der sozialpolitischen Perspektive Ihr integrationspolitischer Wahlbetrug - das meine ich sehr ernst -

(Martina Leistenschneider (CDU): Unerhört! - Zuruf der Abg. Birgit Zeimetz-Lorz (CDU))

ein Wahlbetrug ist, der Sie, wenn das überhaupt noch möglich ist, moralisch unter dem Gesichtspunkt der politischen Verantwortung noch einmal mehr diskreditiert

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und der das, was gestern und heute unter dem Stichwort des Spendensumpfes hier zu besprechen war und ist, in gewisser Weise übertrifft.

(Zuruf der Abg. Birgit Zeimetz-Lorz (CDU))

- Frau Zeimetz-Lorz, ich will das begründen. - Tatsache ist, dass sich die Sozialpolitik dieser CDU/F.D.P.-Regierung um Integrationspolitik, um neue Ansätze, die Sie an den Ständen versprochen haben, bislang so gut wie keinerlei Gedanken gemacht hat.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Birgit Zeimetz-Lorz (CDU): Sie hatten viele Jahre Zeit!)

Es ist kein integrationspolitisches Aktionsprogramm bekannt gemacht worden. Sie dürfen uns glauben, wir haben sehr genau hingehört, förmlich mit Teleskopohren. In skandalöser Weise befinden Sie sich ein Jahr nach dem durch Ihre zweifelhaften Methoden errungenen Wahlsieg

(Widerspruch bei der CDU)

bestenfalls auf - ich sage es noch einmal, damit es bei jedem haften bleibt - der integrationspolitischen Kriechspur.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martina Leistenschneider und Birgit Zeimetz-Lorz (CDU): Alles hohle Sprüche!)

Meine Damen und Herren, bei Ihrer Vorgeschichte des Wahlsieges ist das in keiner Weise hinnehmbar. Was heute hier zu besprechen ist, ist nicht die übliche Rollenverteilung. Sonst sagt die Opposition: "ein bisschen mehr", und die Regierung sagt: "Das haben wir alles schon getan". Diese Regierung wäre nach ihrer Unterschriftenaktion im letzten Landtagswahlkampf beim Thema Integration schon lange in einer anderen Weise gefordert gewesen. Die CDU hat im Landtagswahlkampf mit der Unterschriftenaktion eine moralisch in hohem Maße verurteilenswerte Kampagne hingelegt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Schwarzgeldaffäre bildet aus der sozialpolitischen Sicht in gewisser Weise nur die Krone. Ihre Unterschriftenaktion war in der Lage, so wie Sie sie gefahren haben

(Zuruf der Abg. Birgit Zeimetz-Lorz (CDU))

- Sie werden sich die Stimme schädigen, Frau Kollegin -, in den Augen einer breiten Öffentlichkeit eine beispiellos verantwortungslose Angelegenheit.

(Zuruf der Abg. Birgit Zeimetz-Lorz (CDU))

Ja, ich sage das hier ganz bewusst: Es war eine stinkige Angelegenheit in der Art und Weise der Durchführung. Ohne Rücksicht auf Verluste haben Sie à la Haider Ressentiments gegen Fremde geschürt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf der Abg. Birgit Zeimetz-Lorz (CDU))

Der international bekannte und anerkannte Politikwissenschaftler Irving Fetscher ist in diesen Tagen zur Notwendigkeit von Neuwahlen gefragt worden. Seine Antwort: Die

Finanzaffäre sei hinreichend verwerflich für die Forderung nach Neuwahlen. Seines Erachtens sei jedoch die Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft, wie Sie sie geführt haben, noch viel verwerflicher als das,

(Birgit Zeimetz-Lorz (CDU): Jetzt machen Sie doch einmal einen Vorschlag!)

was hier in diesen Tagen in der allgemeinen Aufmerksamkeit steht. - Vor diesem Hintergrund steht heute hier integrationspolitischer Totalausfall zur Diskussion.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Armin Clauss hat gleich zu Beginn Ihrer Regierungsübernahme prognostiziert, auf der Arbeit einer so ins Amt gekommenen Hessischen Landesregierung könne kein Segen liegen.

(Birgit Zeimetz-Lorz (CDU): Zum Tagesordnungspunkt morgen!)

Die Grundlage Ihrer Mehrheit ist die Mobilisierung von Stimmen gegen eine integrationspolitische Maßnahme der neuen Bundesregierung. So weit vielleicht noch gut. Sie haben in der Art Ihrer Kampagne allerdings auf nichts und gar nichts Rücksicht genommen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben billigend in Kauf genommen, dass sich an Ihren Ständen eine kleine

(Zuruf der Abg. Birgit Zeimetz-Lorz (CDU))

- ich komme gleich zu der größeren Mehrheit, aber ich differenziere das zu Recht -, dass sich an Ihren Ständen eine kleine unanständige Minderheit von Leuten, ja, auch ein Händchen voll rechten Sumpfes, eingefunden hat,

(Birgit Zeimetz-Lorz (CDU): Reden Sie doch zum Thema!)

eine kleine Minderheit, wohlgemerkt, die sich bei Ihnen gegen jede wie auch immer geartete Integrationspolitik erklären wollte. Allerdings haben Sie - das ist mein Anliegen, und deshalb reden wir von Wahlbetrug -,

(Birgit Zeimetz-Lorz (CDU): Wir reden von Integration!)

wie wir heute wissen, unter Vortäuschen falscher Versprechen auch eine Vielzahl anständiger Bürgerinnen und Bürger an Ihre Stände gelockt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben auch eine Vielzahl von anständigen Bürgerinnen und Bürgern an Ihre Stände gelockt. Das zeigt die Unwahrheit der Koalition. All diejenigen, die nur für eine andere Integrationspolitik an Ihren Ständen abstimmen wollten - das war meines Erachtens die anständige Minderheit derer, die bei Ihnen unterschrieben haben -,

(Zuruf des Abg. Armin Klein (CDU))

haben Sie bis heute um die Einlösung eines Wahlversprechens betrogen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf der Abg. Birgit Zeimetz-Lorz (CDU))

Aus der sozialpolitischen Perspektive: Integration, die Politik für den sozialen Zusammenhalt zu machen, ist eine Domäne der Sozialpolitik par excellence.

Da wende ich mich auch bewusst an Frau Sozialministerin Mosiek-Urbahn. Aus der sozialpolitischen Perspektive denke ich, dass dieses integrationspolitische Defizit eine sich selbst moralisch diskreditierende Politik ist. Frau Ministerin, ganz offen: Von der Hessischen Sozialministerin hätte ich erwartet, dass sie nach dieser Vorgeschichte des Wahlsieges von CDU und F.D.P. selbst hier ihren Schwerpunkt gesucht hätte.

(Birgit Zeimetz-Lorz (CDU): Alles nichts zum Thema!)

Das gilt für die Regierung insgesamt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Den Leuten, die Ihnen ihre Unterschrift in dem Glauben gegeben haben, dass Sie nur eine andere Integrationspolitik wollen und umsetzen werden,

(Zurufe der Abg. Armin Klein und Birgit Zeimetz-Lorz (CDU))

hatten Sie Ihr Wort gegeben, und Sie haben es nicht eingelöst.

Präsident Klaus Peter Möller:

Frau Kollegin, lassen Sie eine Frage des Herrn Kollegen Becker (Gießen) zu?

Judith Pauly-Bender (SPD):

Gleich, ich spreche nur noch den Satz zu Ende. - Sie haben es nicht eingelöst, und das nennt man Wahlbetrug.

Günther Becker (Gießen) (SPD):

Frau Kollegin Pauly-Bender, Ihre Philippika ist ja berechtigt. Sie haben aber bemerkt, dass von der CDU-Fraktion nur eine kleine Restpopulation anwesend ist, die Spezialzuständigkeiten wahrnimmt oder lobenswertes Eigeninteresse hat. Alle anderen sind außerhalb des Raumes. Spricht das nicht für sich?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Judith Pauly-Bender (SPD):

Herr Kollege Becker, das spricht für sich und widerlegt auch Frau Zeimetz-Lorz, die uns hier vorgetragen hat, dass es für ihre Partei einen so eminent hohen Stellenwert hat, Integrationspolitik zu betreiben. Schauen Sie sich um, wie "groß" das Interesse ist.

Präsident Klaus Peter Möller:

Lassen Sie auch eine Frage der Frau Zeimetz-Lorz zu?

Judith Pauly-Bender (SPD):

Ich muss ganz ehrlich sagen: am Ende gern, Frau Zeimetz-Lorz; wie vorhin umgekehrt auch.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Aha! Verräterisch!)

Meine Damen und Herren, der Antrag der GRÜNEN will Ihnen heute auf die Sprünge helfen.

(Martina Leistenschneider (CDU): Heuchlerin!)

Dies ist die peinliche Notwendigkeit nach einem ganzen Jahr integrationspolitischen Nichtstuns.

Meine Damen und Herren von den noch amtierenden Regierungsfractionen, Sie könnten ganz schnell, ohne viele Worte und auch ohne Verweis auf ein paar kleine politische Integrationsbewegungen, die im Kriechspurtempo vorangekommen sind, diesem Antrag zustimmen. Sie haben heute die letzte Gelegenheit, sich in dieser Angelegenheit Huckepack zu setzen.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Setzt sich die SPD also bei den GRÜNEN Huckepack, oder wie?)

Das zeigt die Unwahrhaftigkeit der Koalition.

Meine Damen und Herren, ich kann Sie nur dazu einladen, heute diesem Antrag noch in einem letzten Schwenk zuzustimmen.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Was macht denn die SPD?)

Ich bin der Auffassung, dass die Einwohnerinnen und Einwohner, unabhängig davon, ob sie aus der Fremde kommen oder von Anfang an hier in Hessen gelebt haben, einen solchen Schwenk der Koalition nach einem Jahr des Nichtstuns, weiß Gott, verdient hätten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Was machen denn die Genossen? Sie haben kein Wort dazu gesagt! Das ist konzeptionslos!)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Frau Sozialministerin Mosiek-Urbahn.

Marlies Mosiek-Urbahn, Sozialministerin:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! In Hessen leben mehr als 750.000 Ausländer. Das sind zwischen 12 und 14% der Bevölkerung. Die hier lebenden Ausländer bilden inzwischen eine sehr heterogene Gruppe, die sich aus über 150 verschiedenen Staatsangehörigkeiten zusammensetzt. Daraus ergeben sich für Teile der hessischen Bevölkerung wirtschaftliche Besorgnisse, Sicherheitsbedenken und die Sorge vor kultureller Überfremdung. Für die hier lebenden Ausländer bedeutet diese Situation häufig Ausgrenzung und Abschottung. Die Hessische Landesregierung sieht deshalb in der Integration eine vorrangige politische Gestaltungsaufgabe.

(Beifall bei der CDU - Manfred Schaub (SPD): Warum ist dann noch gar nichts passiert?)

Die für ein friedliches Zusammenleben erforderliche Gleichberechtigung wird in Art. 3 Abs. 3 Grundgesetz formuliert. Dort steht:

Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. ...

Das ist unser Wertefundament.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Darauf aufbauend, streben wir ein von Toleranz und kultureller Bereicherung geprägtes, konfliktfreies Zusammenleben zwischen Deutschen und den Zuwanderinnen und Zuwanderern und zwischen Deutschen und Spätaussiedlern

an. In diesem Zusammenhang möchte ich insbesondere dem Landesbeauftragten der Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler für seinen Beitrag und sein Engagement danken.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.))

Wir brauchen ein vielfältiges Integrationsangebot und ein intensives Bemühen der Zuwanderinnen und Zuwanderer, dieses Angebot anzunehmen. Es gibt zur Integration keine Alternative, weder für die Mehrheit dieser Gesellschaft noch für die zugewanderte Minderheit. Dieses Angebot muss den gleichberechtigten Zugang für alle hier dauerhaft und rechtmäßig lebenden Menschen zu den Bildungseinrichtungen, zu dem Arbeitsmarkt und zu gesellschaftlicher Teilhabe umfassen. Diese Teilhabe, die Rechte und Pflichten einschließt, muss von der aufnehmenden Gesellschaft ermöglicht und von den Zuwanderinnen und Zuwanderern und den Spätaussiedlern gewollt werden.

Integration ist keine Einbahnstraße. Die Hessische Landesregierung versteht Integrationspolitik als eine ressortübergreifende Querschnittsaufgabe, die alle Bereiche der Landespolitik betrifft. Ziel der Integrationspolitik ist eine Verantwortungsgemeinschaft aller Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in diesem Land haben. Integration vollzieht sich im Gemeindeleben und in der Nachbarschaft. Sie wird durch die kirchlichen Einrichtungen, durch Vereine und kommerzielle Freizeiteinrichtungen gefördert.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und die Landesregierung braucht nichts zu tun!)

Hervorzuheben sind insbesondere die Sportvereine, die Jugendfeuerwehren und vor allem auch die Organisationen des sozialen Bereichs.

(Beifall bei der CDU - Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt wissen wir, was die anderen alles machen! Was machen Sie?)

Alle Aktivitäten, die dem menschlichen Zusammenhalt dienen, unterstützen das Integrationsanliegen. Dies gelingt am besten in Städten und Gemeinden. Dort wird das Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger am unmittelbarsten gestaltet. Ich möchte in diesem Zusammenhang exemplarisch das Ergebnis eines Modellprojektes der Verwaltungsfachhochschule Wiesbaden zum Projekt des Aggressivitätsabbaus nennen.

(Manfred Schaub (SPD): Lenken Sie doch nicht von Ihren Aufgaben ab!)

Es fiel auf, dass die Ausländerbehörden häufig so altmodisch und so trist sind und dass sie so stiefmütterlich behandelt werden, wie es in keinem anderen Bereich der Fall ist.

(Manfred Schaub (SPD): So eine Rede ist doch unglaublich!)

Präsident Klaus Peter Möller:

Frau Ministerin, lassen Sie eine Frage der Frau Kollegin Hinz zu?

Marlies Mosiek-Urbahn, Sozialministerin:

Nein.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wundert uns jetzt nicht!)

Es drängt sich geradezu auf, in einem anscheinend so unwichtigen Bereich ausdrückliche positive Zeichen zu setzen.

(Karl-Heinz Dörrie (SPD): Trostlos!)

Die Verständigung in einer gemeinsamen Sprache ist die zentrale Voraussetzung für die Integration.

(Beifall des Abg. Rudolf Haselbach (CDU))

Gleichzeitig stiftet die Pflege der Herkunftssprache in der Fremde Identität und Sicherheit. Die Vermittlung der Sprache muss auch im Falle des Familiennachzuges frühzeitig erfolgen. Die Kenntnis der deutschen Sprache ist der ganz entscheidende Schlüssel zur politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Teilhabe und der Integration. Sie erst ermöglicht den dringend erforderlichen Dialog und bietet darüber hinaus einmal die Voraussetzung dafür, dass es gemeinsame Gesprächsinhalte geben kann. Meine Kollegin, Frau Kultusministerin Wolff, wird auf die Förderung der Integration durch Spracherwerb noch näher eingehen.

Die Förderung der Integration ist insbesondere auch in der Arbeitswelt erforderlich. Die Teilhabe am Erwerbsleben ist nicht nur Voraussetzung für eine von staatlicher Hilfe unabhängige Existenzsicherung. Vielmehr eröffnet sie vielfach auch erst die Möglichkeit zu sozialen Kontakten und zur Kommunikation zwischen den Menschen deutscher und ausländischer Herkunft. Deshalb sind alle bestehenden Arbeitsmarktprogramme allen zugänglich zu machen, unabhängig von deren Nationalität. Dafür ist besonders zu werben.

Wir werden Maßnahmen zur Information und Beratung ausländischer Jugendlicher und deren Eltern über Qualifizierungsmöglichkeiten fördern.

(Barbara Stolterfoht (SPD): Wie denn?)

Die bestehende Zweisprachigkeit soll als zusätzliches Qualitätsmerkmal eingesetzt werden. Durch gemeinsame Anstrengungen wollen wir die Bereitschaft zur Gründung einer Existenz als Selbstständige fördern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.) - Barbara Stolterfoht (SPD): Wie denn? Mit wie viel Geld?)

Die Förderung der Integration muss sich insbesondere auch auf soziale Maßnahmen konzentrieren.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auf welche zum Beispiel?)

Dies reicht von der Arbeit der Familienbildungsstätten über die Mütterzentren bis hin zur Erziehungsberatung. In den Kindergärten und den Kindertagesstätten beginnt die außerfamiliäre Sozialisation. Hier werden wir vermehrt Informations- und Motivationsarbeit bei den ausländischen Eltern leisten.

(Dieter Nolte (SPD): Was hat denn die Landesregierung getan?)

Es ist auch anzustreben, dass mehr Menschen ausländischer Herkunft die Ausbildung zum Erzieher aufnehmen und diesen Beruf dann ausüben.

(Dieter Nolte (SPD): Das ist wie in einem Einführungslehrgang der Volkshochschule!)

In Zukunft werden auch integrative Ansätze in der Seniorenarbeit an Bedeutung gewinnen. Dasselbe trifft für die Jugendhilfe, für die Gesundheitsversorgung und für die Ar-

beit mit behinderten Menschen zu. Kein Lebensbereich wird davon ausgeschlossen sein.

(Zurufe)

Präsident Klaus Peter Möller:

Einen Moment, bitte. Meine Damen und Herren, es handelt sich doch um eine ganz sachliche Debatte.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ist eine einschläfernde Debatte, weniger eine sachliche!)

Sie wollen das doch im Ausschuss weiter beraten. Lassen Sie doch bitte die Rednerin sprechen.

Marlies Mosiek-Urbahn, Sozialministerin:

Beim Sport und in der Freizeit hat die Förderung der Integration einen besonderen Stellenwert. Insbesondere im Sport zeigt sich, dass sich Konkurrenz und Teamgeist keineswegs ausschließen müssen. Immer wieder kommt Spitzensportlern ausländischer Herkunft eine besondere Symbolkraft und Möglichkeit zur Identifizierung zu.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Unsere Förderung der Integration wird sich auch durch politische und behördliche Maßnahmen sowie durch den Abbau unnötiger rechtlicher Hindernisse vollziehen. Wir werden auch institutionelle und strukturelle Hindernisse, die einer Integration entgegenstehen, auf Landesebene überwinden. Wir werden rechtliche Regelungen überprüfen.

(Barbara Stolterfoht (SPD): Wie denn?)

Integrationspolitik bleibt eine gesellschaftspolitische Daueraufgabe. Eine breit gefächerte Integrationsförderung wird über alle Altersstufen hinweg angeboten, vom Vorschulalter bis hin zum Seniorenalter. Viele Kräfte müssen und werden dabei zusammenwirken: Bund, Land, Kommunen, Träger der Sozialversicherungen, Kirchen und Wohlfahrtsverbände, Arbeitgeber und Gewerkschaften, Bildungsträger, ehrenamtlich Engagierte und nicht zuletzt die Ausländerinnen und Ausländer selbst, die zur Integration bereit sind.

Diese Kräfte sollen, gebündelt in einem Integrationsbeirat, ihre Vorstellungen zur Integration einbringen und die Landesregierung unterstützen. Der Beirat soll in Fragen der Integration beraten, Handlungsfelder definieren und praktikable Vorschläge zur Umsetzung unterbreiten. Er kann darüber hinaus zu einem wichtigen kommunikativen Bindeglied zwischen den Gruppen, die er vertritt, und der Politik werden. Einzelheiten zu den hier angerissenen Punkten werden in Kürze von der Hessischen Landesregierung vorgestellt werden.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Zurufe von der SPD)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Frau Kultusministerin Wolff.

Karin Wolff, Kultusministerin:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will wenige Ergänzungen zu den schulischen Bereichen dieses Antrages machen. Frau Hinz, ich denke, dass wir an

einer Stelle zunächst Einigkeit feststellen können, nämlich an der Stelle, wo Sie selber bei Ihrer Pressekonferenz damals im November, als Sie diesen Antrag vorgestellt hatten, mit etwa den gleichen Worten gesagt haben: So, wie der muttersprachliche, der herkunftssprachliche Unterricht derzeit ist, hat er wahrscheinlich keine Zukunft. - Also, wir brauchen ein neues Konzept. Wir brauchen eine Veränderung. Dort besteht, denke ich, Einigkeit, die man auch festhalten kann.

Nur, wir sind in der Tat an einer Stelle anderer Meinung in der Weise, dass wir sagen: In einer Zeit, in der wir auch gerade durch die Veränderung des Staatsbürgerschaftsrechts, aber auch durch viele andere Veränderungen eine neue Situation haben, ist es nicht angemessen, dass wir einen herkunftssprachlichen Unterricht verpflichtend anbieten, sondern es muss eine freiwillige Veranstaltung sein. Dafür müssen wir in der Tat Konzepte haben. Ob die Bedenken, die Sie gegenüber der Konsultatslösung haben - wir verhandeln zurzeit mit den Konsulaten -, tatsächlich so tragfähig sind, bezweifle ich insofern, als wir durchaus durch den vorhandenen herkunftssprachlichen Unterricht bestimmte Formen der Zusammenarbeit, gemeinsamer Materialerstellungen, gemeinsamer Kriterien für diesen muttersprachlichen Unterricht haben. In Vereinbarung mit den Konsulaten dürfte dann auch einzubeziehen sein, dass diese Dinge nicht wegbrechen, sondern dass man auf dieser Grundlage auch weiter arbeiten kann. Insofern sehe ich da durchaus gute Chancen.

Aber das Entscheidende ist: Herkunftssprachlicher Unterricht muss freiwillig sein.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Wir werden im Ausschuss sicherlich darüber zu beraten haben, ob das, was Sie hier in wenigen Worten skizziert haben, einem Konzept nahe kommen kann. Wir werden dann schauen, ob das praktikabel ist, was Sie sagen. Bis jetzt sehe ich noch nicht die Präzision, sondern bis jetzt sehe ich Diffusion.

Frau Hinz, Sie haben vorhin gesagt, die Sprachförderung sei im Haushalt gekürzt worden. Das entspricht nicht den Tatsachen. Das wissen Sie auch.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben 880 Lehrer in diesem Bereich. Es wird jetzt die Frage zu beantworten sein - das Konzept ist in Arbeit und kann demnächst vorgelegt werden -, wie wir die Sprachfähigkeit in Deutsch fördern. Das ist immerhin ein gemeinsam festzulegendes und offensichtlich auch hier gemeinsam festzustellendes Anliegen.

(Beifall bei der CDU)

Dazu kann ich sicherlich auch ein Gutachten oder eine Studie zitieren, die die SPD-Kreistagsfraktion Offenbach-Land in Auftrag gegeben hat. Dort heißt es - ich zitiere -:

Die entscheidende Schlüsselqualifikation für den schulischen Erfolg oder Misserfolg ausländischer Kinder ist die Beherrschung der deutschen Sprache.

Da ist natürlich die Frage zu stellen: Was ist denn in den vergangenen acht Jahren in dieser Richtung geschehen?

(Beifall bei der CDU)

Das erfüllt mich schon mit gewisser Bitterkeit, wenn ich sehe - Sie haben es zitiert, ohne zu sagen, dass dies eine Vorgeschichte hat -, dass 9 bis 10% unserer Jugendlichen überhaupt keinen Abschluss haben, dass darunter der Anteil der ausländischen Kinder außerordentlich hoch ist

(Beifall bei der CDU)

und dass der Anteil derer, die einen nur schlechten Hauptschulabschluss oder Realschulabschluss haben, sehr hoch ist.

(Karl Dörr (Umstadt) (SPD): Sie haben doch nichts verändert, Sie haben nur gestrichen!)

- Nein, nein, völlig falsch, Herr Dörr. Das ist aber keine Frage des Haushalts, sondern des Rückganges von Schülerzahlen und der entsprechenden Anpassung von Zuweisungszahlen. Darüber reden wir.

Aber, Frau Hinz, dann kommt das Entscheidende an dem Antrag. Es kommt nicht auf die Zeit und Dauer von Sprachkursen an, sondern das entscheidende Kriterium sind früher Beginn und Intensität der Sprachkurse.

(Beifall bei der CDU)

Denn nur auf diesem Wege kann es doch gelingen, dass Deutsch auf schnelle Weise vermittelt wird, damit diese Kinder und Jugendlichen dann auch in der Lage sind, dem Unterricht nicht nur vom Gehör her zu folgen, sondern es auch zu verstehen, und deswegen in der Lage sind, im Unterricht mitzuarbeiten, infolgedessen dann auch Chancen haben, den Abschluss eines Schuljahres bzw. den Abschluss einer Schule zu erreichen, mit möglichst gutem Ergebnis, und damit auch Ausbildungsreife unter Beweis stellen und die Chance auf Ausbildungsplatz, auf berufliche und gesellschaftliche Integration haben. Das ist der Kernbereich von Integration.

(Beifall bei der CDU)

Dazu kann ich Ihnen sicherlich noch ein paar Dinge aufzählen, die in dem Umfeld geschehen, das Sie in dem Antrag angesprochen haben. Da sind z. B. die 1,8 Millionen DM für Hausaufgabenhilfe für ausländische Schülerinnen und Schüler zu nennen, die geleistet werden. Da sind Kurse zu nennen, die in der Stadt Frankfurt mit unserer Unterstützung laufen, z. B. "Mama lernt Deutsch und Papa auch". Da sind die vielen Fortbildungsveranstaltungen zu nennen, die das HeLP für Schulen mit hohem Zuwandereranteil macht, aber auch für Probleme interkulturellen und Sprachlernens. Da sind die Programme zur Eingliederung in die Berufs- und Arbeitswelt zu nennen, mit denen mit Mitteln aus Europa unter anderem Berufsschulen und in Zusammenarbeit mit den beruflichen Schulen auch zum Teil Sonderschulen gefördert werden können. Ich denke, dort geschieht einiges auch konzertiert und zunehmend in Zusammenarbeit. Ich halte es für sehr entscheidend, dass dieses jetzt ergänzt wird mit einer frühen und schnellen Förderung des Deutsch-Lernens, um diese berufliche und gesellschaftliche Integration zu erreichen.

Ich will noch einen Punkt nennen, der auch im Antrag steht, der aber nur vorgetragen, nicht diskutiert wurde, über den wir in der Tat ausführlich im Ausschuss diskutieren müssen. Die Frage des islamischen Religionsunterrichts lässt sich nicht mit einem Satz oder mit einem Absatz abhandeln.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Sie wissen, dass es außerordentlich schwierig zu beurteilen ist. Wir haben drei Gutachten in Auftrag gegeben, die mittlerweile eingetroffen sind. Sie werden ausgewertet werden. Auch dazu wird im Kulturpolitischen Ausschuss zu berichten und zu diskutieren sein.

Aber die Kriterien, die Sie aufgelistet haben, sind Kriterien, die unglaublich wichtig sind - vollkommen d'accord. Da

wären noch fünf andere zu nennen, die logischerweise in der Konsequenz dazugehören. Aber der entscheidende Punkt ist der: Haben wir mit der Gemeinschaft, die einen Antrag gestellt hat, jemanden gefunden, eine Religionsgemeinschaft als Körperschaft des öffentlichen Rechts oder so etwas Ähnliches, der ein Partner ist, mit dem wir als Staat überhaupt Verhandlungen führen und verlässliche Vereinbarungen treffen können? Das wird der entscheidende Punkt sein. Darüber müssen wir mit allem Ernst im Ausschuss diskutieren.

Ich denke, dass wir für den Ausschuss ausreichend Stoff haben, den Antrag, der in vielen Punkten noch diffus ist, zu präzisieren oder im Zusammenhang mit dem vorzulegenden Integrationskonzept zu einem größeren Beschluss zu kommen und auch wirklich Fortschritte zu erzielen, die in den letzten acht Jahren nicht erzielt worden sind.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Präsident Klaus Peter Möller:

Meine Damen, meine Herren! Zu Tagesordnungspunkt 16 sehe ich keine weiteren Wortmeldungen. Ich schließe die Aussprache.

Vorgesehen ist die Überweisung an den Sozialpolitischen Ausschuss, federführend, und den Kulturpolitischen Ausschuss und den Unterausschuss für Heimatvertriebene, mitberatend. - Dem widerspricht niemand. Dann ist das einstimmig beschlossen.

Jetzt müsste **Tagesordnungspunkt 14** drankommen:

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Dienstkleidung und Dienstrangabzeichen bei der Polizei - Drucks. 15/1006 -

Die Redezeit beträgt zehn Minuten je Fraktion. Das Wort hat Herr Kollege Al-Wazir.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Tarek, du hättest dir ein Rangabzeichen aufstecken können! - Armin Klein (CDU): Es wird Zeit, dass Sie einmal eine Uniform anziehen!)

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Danke für die Begrüßung von der Bimbis-Bande. Ich bin zwar krank, deswegen ist es derzeit auch mit meiner Angriffsfähigkeit nicht so gut bestellt. Aber für eine derart wackelnde CDU wird es noch reichen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben den Antrag gestellt, der aus vier Punkten besteht.

Erstens. Wir sind der Meinung, dass der Hessische Landtag seinen politischen Willen bekräftigen soll, die Ausstattung der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten den Erfordernissen ihrer Arbeit anzupassen. Bevor es wieder zu Legenden kommt, wie sie vorhin in anderen Redebeiträgen zu hören waren, will ich sagen, dass Sie am Beispiel der Schutzwesten, wo Hessen unter Rot-Grün ganz nach vorn auf Platz eins aller Bundesländer gekommen ist, am Beispiel Wachenprogramm und auch am Beispiel Computer - auch wenn das kein so schöner Teil ist, aber immerhin haben wir es probiert - sehen konnten, dass Sie eigentlich nur das fortsetzen müssen, was wir in den acht Jahren vor Ihrer Regierungsübernahme angefangen haben.

Zweitens sind wir der Meinung - darum geht es bei der Frage der Dienstkleidung -, dass der Hessische Landtag

bekräftigen soll, dass er der Auffassung ist, dass die Funktionalität neuer Dienstkleidung vorrangig vor der Frage der Farbe eventueller neuer Dienstkleidung ist. In der öffentlichen Diskussion geht einiges auseinander, was man sieht, wenn man sich die Zeitungsartikel der letzten Tage noch einmal zu Gemüte führt.

Das Problem bei der Polizei ist nicht, dass der Mehrheit der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten die Farbe ihrer Uniform missfallen würde. Das Problem ist auch nicht, wie es öfter diskutiert wurde, dass die Uniform nicht so modisch sei. Das stimmt zwar, aber das ist nicht das größte Problem. Das größte Problem ist, dass man von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten zunehmend hört, dass die Uniform nicht mehr funktionell genug ist und dass sie - auch das hört man - aus falschem Material besteht.

Vielleicht liegt das daran, dass man Anfang der Siebzigerjahre etwas anderes getragen hat als heute. Keiner von uns würde mehr auf den Gedanken kommen, mit den Polyesterhemden der Siebzigerjahre zur Arbeit zu gehen. Die Polizei hat, zumindest was den Stoff angeht, zum Teil immer noch dasselbe Material, das man Anfang der Siebzigerjahre für nötig erachtet hat. Insofern ist die Farbe eigentlich eher egal, aber es muss funktionieren, was man den Leuten an Arbeitskleidung an die Hand gibt.

Ein dritter Punkt, der sehr wichtig und auch politisch relevant ist: Wir beantragen, dass der Hessische Landtag bekräftigt, dass er die Wiedereinführung von Dienstrangabzeichen bei der Polizei ablehnt. Da muss man ein bisschen in die Geschichte gehen. Es war 1973 ein Landtagsbeschluss, dass man Dienstrangabzeichen bei der Polizei nicht mehr für nötig hält, und es war, ihr Liberalen, unter anderem ein F.D.P.-Innenminister,

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Ja, genau!)

der gesagt hat: Nein, die Polizei ist nicht die Armee, und deswegen wollen wir nicht wie bei der Armee Dienstrangabzeichen, die die Polizei und die Armee vergleichbar machen. Vielmehr hat ein Polizist, damit er zu erkennen ist, eine Dienstkleidung, die für alle gleich ist. Aber es ist eben keine Uniform wie bei der Armee.

Ich zitiere den Ministerpräsidenten aus der Regierungserklärung - ab und zu kann man den zitieren, solange er noch im Amt ist -

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das muss doch gesagt werden!)

vom 22. April 1999, wenn ich es recht im Kopf habe. Der Ministerpräsident hat gesagt, dass er das Potenzial, das in der hessischen Verwaltung steckt, gemeinsam mit den dort Bediensteten voll zur Entfaltung bringen will. Das sei nur mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesverwaltung möglich, nicht gegen sie. Nun hat noch die alte Landesverwaltung unter Innenminister Bökel eine Umfrage unter den Bediensteten in Auftrag gegeben - weil auch das zur Wahrheit gehört und wir zum Teil schon in der alten Koalition Kontroversen hatten über die Frage: Dienstrangabzeichen ja oder nein? -, um die Frage zu klären, wie denn die Meinung der Bediensteten zu den Dienstrangabzeichen ist. Es ist dabei herausgekommen, dass 35% der hessischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten für die Wiedereinführung, aber 63,6%, also knapp 64%, der Bediensteten gegen die Wiedereinführung von Dienstrangabzeichen sind.

(Michael Denzin (F.D.P.): Das ist doch logisch! - Armin Klein (CDU): Wen Sie alles fragen wollen!)

Meine Damen und Herren, das bedeutet, dass Sie erstens einen Landtagsbeschluss haben - auch wenn er vom Anfang der Siebzigerjahre ist -, der lautet: keine Dienstrangabzeichen bei der Polizei. Zweitens haben Sie eine Mehrheit der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten selbst, die gegen die Wiedereinführung von Dienstrangabzeichen bei der Polizei ist. Das beirrt Sie aber nicht darin, dass Sie - damit sind jetzt CDU und F.D.P. gemeint - die Wiedereinführung von Dienstrangabzeichen wollen.

Dazu kann ich nur sagen: Sie sitzen mehreren Missverständnissen auf. Erstens. Die Polizei ist keine Armee, und sie tut gut daran, alles das, was sie mit einer Armee vergleichbar macht, nicht in ihren Reihen zu haben. Zweitens. Herr Kollege Klein, auch wenn Sie früher bei der Bundeswehr waren, ist die Tatsache, dass andere Länder Dienstrangabzeichen haben, für mich noch kein hinreichender Grund dafür, dass wir in Hessen diese Dienstrangabzeichen auch brauchen.

(Armin Klein (CDU): Das hat damit überhaupt nichts zu tun!)

Herr Kollege Klein, ich sage es Ihnen gleich, denn Sie werden wahrscheinlich nach mir reden: Passen Sie bloß gut auf und argumentieren Sie in der Frage der Dienstrangabzeichen nicht mit Bundeseinheitlichkeit.

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Europaweit!)

Wer mit Bundeseinheitlichkeit argumentiert, darf auf keinen Fall blaue Uniformen einführen, wenn die anderen noch grüne haben. - Dieses Argument führt ein wenig in die Sackgasse.

Erstens. Natürlich hat sich die hessische Polizei verändert, seit es die ersten Polizeieinheiten gab, und natürlich gab es bis vor kurzem Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte in der hessischen Polizei, die noch an Maschinengewehr und Handgranate ausgebildet waren - zumindest haben sie mir das so geschildert -, zu einer Zeit, als es noch keine Bundeswehr gab und die Polizei eine völlig andere Funktion hatte als heute. Ich sage, dass die Polizei mit der Armee nichts zu tun hat.

Zweitens. Dienstrangabzeichen kommen aus dem Militärischen und haben mit Dienst am Bürger nichts, aber auch gar nichts zu tun.

(Armin Klein (CDU): Der hat doch keine Ahnung!)

Ich sage weiter: Die Polizei ist notgedrungen hierarchisch genug.

(Michael Denzin (F.D.P.): Wir fordern jetzt die Abzeichen dazu!)

Überall dort, wo Korpsgeist herrscht,

(Michael Denzin (F.D.P.): Ja!)

wird es gefährlich, Herr Kollege Hahn. Wenn Sie sich anschauen, wo wir in der hessischen Polizei - ja, auch in der hessischen CDU, Herr Klein, wo Korpsgeist geherrscht hat, ist es gefährlich geworden - in der letzten Zeit mit Problemen zu kämpfen hatten, werden Sie feststellen, dass es genau die Einheiten sind, die sehr eng zusammenarbeiten und sehr aufeinander angewiesen sind. Ich nenne Ihnen nur zwei Beispiele: BFE bei der BePo in Lich und BFE bei der BePo in Mühlheim. Es sind sozusagen die militärischesten Teile. Ich drücke es einmal ganz vorsichtig aus. Ich sage ganz ausdrücklich, dass die Dienstrangabzeichen bei der Polizei nichts zu suchen haben. Wir brauchen gut ausgebildete, gut bezahlte und gut ausgestattete Polizeibeam-

tinnen und Polizeibeamte, deren oberster Befehlshaber nicht, wie in der Armee, der mit den meisten Sternen auf der Schulter, sondern das Gesetzbuch ist, das wir hier beschließen.

(Armin Klein (CDU): Dämmliche Argumentation!)

Das ist es, was wir brauchen, und keine goldenen Sterne auf der Schulter.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein letzter Punkt in unserem Antrag, Herr Kollege Klein. Wir sagen, dass die Landesregierung verstärkt dafür werben soll, die in den Reihen der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten vorhandenen Namensschilder wieder mehr zu tragen. Es kann nicht sein, dass der Erlass - es gibt eine lange Geschichte dieses Erlasses -, der besagt, dass jeder Polizeibeamte Namensschilder hat, die zur dienstlichen Ausstattung gehören, und an den Dienstkleidungsteilen die entsprechenden Vorrichtungen, um diese Namensschilder anzubringen, im Endeffekt dazu geführt hat, dass bei allen Empfängen der Landesregierung alle Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten das Namensschild tragen, dass es aber im täglichen Einsatz keine Rolle spielt.

Dienstrangabzeichen gehören nicht zum offenen Visier der Polizei gegenüber Bürgerinnen und Bürgern, während ein Namensschild für dieses Zugehen auf die Bürgerinnen und Bürger wichtig ist. Es soll nicht beim anonymen "Herr Wachtmeister" bleiben. Wir meinen, eine Polizei, die gut bezahlt, gut ausgestattet und auch gut ausgerüstet ist, die dem Bürger dienen und auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger eingehen soll, soll den Bürgerinnen und Bürgern auch mit offenem Visier entgegenreten, und zwar mit Namen Müller, Maier oder Wassiliadis statt des anonymen "Herr Wachtmeister". Daher, Herr Innenminister, machen Sie bei der Frage der Dienstrangabzeichen keine Dummheit. Sie sehen an Ihrem Ministerpräsidenten, wohin es führt, wenn man Dummheiten begeht.

Präsident Klaus Peter Möller:

Jetzt bereue ich doch, nicht vorher gesagt zu haben, dass die Redezeit schon abgelaufen war.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, ich komme zum Schluss. - Verzichten Sie auf diese Dummheit. Tun Sie bei den Uniformen das, was für die Funktionalität notwendig ist, und lassen Sie bei den Dienstrangabzeichen das, was kein Mensch braucht und was in den letzten 26 Jahren in Hessen auch niemand vermisst hat. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Klaus Peter Möller:

Das Wort hat Herr Abg. Klein für die CDU-Fraktion.

Armin Klein (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Al-Wazir. Sie haben heute hier einen Hierarchiekomplex abgearbeitet. Ich wünschte, Sie würden einmal zur Bundeswehr eingezogen werden. Das täte Ihnen wirklich gut. Schließen Sie Ihre Ausbildung ab, schließen Sie das Studium ab, lassen Sie sich einmal einziehen, und zeigen Sie, dass Sie - -

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Übrigens, wenn Sie hier Korpsgeist als etwas Anrüchiges bezeichnen, dann haben Sie in diesem Leben noch nicht viel gelernt. Korpsgeist tut eine Menge - -

(Fortgesetzte Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Herr Becker, Sie haben ihn doch auch nötig, den Korpsgeist in Ihrer Fraktion. Gerade Sie sollten jetzt nicht widersprechen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Fortgesetzte Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, dass es den Koalitionsfraktionen von CDU und F.D.P. mit der Verbesserung der Arbeitsbedingungen - jetzt hören Sie doch einmal zu - und mit der Ausstattung der Polizei ernst ist, das haben wir in der Vergangenheit unter Beweis gestellt und auch gestern hier einmal mehr überzeugend dargestellt, insbesondere der Innenminister. Ich muss noch einmal darauf hinweisen: Sowohl im Nachtragshaushalt 1999 als auch im Haushalt 2000 haben wir immerhin die Ausgaben für diesen Bereich um stattliche 11% erhöht. Ich darf es hier noch einmal sagen, das ist eine gute Leistung.

Zu einer ordentlichen Ausstattung, die die Polizeibeamten von uns erwarten können, gehört selbstverständlich auch - darin stimmen wir überein, Herr Al-Wazir, und deswegen werden wir den Punkten 1 und 2 Ihres Antrages sicherlich auch zustimmen, obwohl wir es zunächst im Ausschuss beraten werden - eine funktionelle und den dienstlichen Erfordernissen angepasste Uniform. - Übrigens ist Ihnen eben auch "Uniform" über die Lippen geraten. Das tat Ihnen weh, aber das war eine freudsche Fehlleistung.

Die heutige Uniform, die vor 25 Jahren eingeführt wurde, stand von Anfang an doppelt in der Kritik, übrigens nicht zu Unrecht: einmal wegen des äußeren Erscheinungsbildes in Grün und Beige, das sich offenbar nie so richtig durchsetzen konnte.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben doch alle!)

Es ist kein Geheimnis, dass die deutsche Polizeiuniform in der Öffentlichkeit als wenig attraktiv galt. Das ist wohl so. Dies alleine wäre aber noch zu verschmerzen, wenn die Uniform nicht auch mit zahlreichen funktionellen Mängeln behaftet wäre. Darin stimmen wir überein. Beamte, die täglich diese Uniform tragen - und wir reden ja häufig mit ihnen -, klagen über den schlechten Sitz, über den fehlenden Tragekomfort. Vieles an dieser in den Siebzigerjahren konzipierten Uniform ist eben unpraktisch. Auch die Anbringung von Ausrüstungsgegenständen hindert sie am schnellen Gehen oder Laufen.

(Zuruf des Abg. Gerhard Becker (Nidda) (SPD))

Diese Uniform ist sicherlich überholungsbedürftig. Einzelne Modifikationen bei den Blousons und den Lederjacken und auch die unzweckmäßige, zu lange Uniformjacke - wie wir uns immer sagen lassen - haben diese vorhandenen Mängel nicht überzeugend beseitigen können. Deshalb wird in den Fachkreisen auf Landes- wie übrigens auch auf Bundesebene seit Jahren über eine neue, zweckmäßigere Polizeiuniform diskutiert.

Weitgehende Einigkeit besteht auch darüber, dass es sich eben nicht nur um den Austausch einzelner Uniformteile

handeln kann, die mit der bisherigen Uniform kombiniert werden können. Die notwendigen Verbesserungen sind nur durch eine vollständig neue Uniform zu erreichen. Halbheiten und Mischlösungen - ich nenne sie Mischmaschlösungen - bringen uns hier nicht weiter.

Wenn wir uns also aus den eben genannten funktionellen Gründen für eine neue Uniform entscheiden, Herr Al-Wazir, dann steht auch die Farbe zur Disposition. Deswegen wäre es nicht schlecht, wenn Sie gegebenenfalls auch bei Blau mitmachen würden. Darüber kann man streiten, aber es ist eben moderner, und es ist gefälliger, wie die Bürger sagen. Die Psychologen sagen, wenn es zu tief blau ist, dann wirkt es aggressiv. Das lassen wir, Sie haben diese Gutachten ja sicherlich gelesen.

Im Übrigen tragen die Polizisten in den meisten Nachbarstaaten Blau, in den deutschen Ländern noch nicht. Übrigens sind Sie nicht oder nicht ausreichend informiert, Herr Al-Wazir: Die Bayern wollen wohl bei Blau mitmachen, und auch andere Länder denken mittlerweile - -

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Blau-Weiß! - Minister Dr. Franz Josef Jung: Hamburg!)

- Blau-Weiß ist noch schöner. Hamburg höre ich gerade auch. Ich war in Berlin, wie ich gestern erzählte; auch die Berliner denken daran.

Dass wir dies angesichts der Kosten nicht auf einen Schlag machen können, sondern Zug um Zug machen müssen, ist sicherlich verständlich. Sonst wäre das zu teuer. Darüber, dass das keine zusätzlichen Kosten verursachen darf, werden wir uns hier sicherlich auch einig werden. Es ist eben nicht nur die schönere Farbe - ich sage es noch einmal. An einen solchen Unsinn dürfen Sie nicht glauben, wenn Sie Pressemeldungen formulieren, Herr Al-Wazir. Es geht nicht nur um die schönere Farbe, es geht um die Funktionalität - und damit auch um die Farbe. Übrigens denkt auch der BGS daran, die Uniformen auszutauschen.

Jetzt komme ich zu den Dienstrangabzeichen, Ihrem Angstgegner. Herr Al-Wazir, mein Gott, mein Gott, haben Sie eine Angst. Sie haben sich hier ja fürchterlich gepresst ausgelassen über das, was alles beim Tragen von Dienstrangabzeichen passieren kann. Tatsache ist, dass in allen deutschen Ländern und in allen Staaten diese Erde auch bei Polizeibeamten diese Dienstrangabzeichen selbstverständlich sind.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hessen vorn!)

Wenn deutsche Polizeibeamte - und das passiert nicht selten - an internationalen Einsätzen teilnehmen und auch in anderen Ländern tätig sind, dann werden sie, wie vor kurzem geschehen, zum Bierholen geschickt, weil der Kommissar dachte, das sei ein Kleiner, der könne einmal Bier holen. Das ist die eine Auswirkung. Die zweite zeigt sich bei Konferenzen. Das gilt übrigens auch bei der Schleierfahndung oder ähnlichen Dingen, da müssen unsere Polizeibeamte rausgehen.

(Heinrich Haupt (SPD): Haben die keinen Dienstausweis?)

- Nein, weil man in einigen Ländern zu ganz bestimmten Einsatzlagen nur gehobene Beamte zulässt und man das nicht nachvollziehen kann.

(Zuruf des Abg. Gerold Reichenbach (SPD))

Im Kosovo lacht man sich darüber tot. Wie kam es denn zustande, dass Hessen keine Dienstgradabzeichen mehr

hat? Die meisten Kollegen wissen das gar nicht. In den Siebzigerjahren hing man der Ideologie an, den Sozialarbeiter auf der Straße einzuführen. Der Polizeibeamte sollte keine Keule des Staates - ich sage es mal so - sein, der auch repressiv tätig werden muss, sondern er sollte in langen Gesprächen einen Straftäter von der Unsinnigkeit seiner Tat überzeugen. - Das ist aber nicht primär Aufgabe eines Polizeibeamten. Er soll präventiv und repressiv tätig sein. Das ist seine Aufgabe, so steht es im Gesetz. Deswegen kann auch ein Dienstrangabzeichen zum Erkennen der Kompetenz des Polizeibeamten führen, und das ist das Ziel.

Was die Namensschilder anbelangt - ich erinnere mich, das war meine erste Rede in der letzten Legislaturperiode hier -, die Sie unbedingt einführen wollten und dann auch eingeführt haben, dann aber mit einem Erlass wieder relativiert haben: Sie haben tatsächlich gesehen, dass bei vielen Einsätzen Polizeibeamte, die mit Namensschildern versehen waren, gefährdet sind. Die Leute schreiben sie sich auf und besuchen sie abends zu Hause und bedrohen ihre Familien. Deswegen sind Namensschilder Unsinn. Dieser ganze Namensschilderlass ist Unsinn.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Armin Klein (CDU):

Nein, ich habe leider nur fünf Minuten. Ich komme auch zum Schluss. - Herr Al-Wazir, es gibt nachgewiesene Fälle, in denen Frauen und Kinder der Polizeibeamten massiv bedroht worden sind, weil diese in ihrem täglichen Dienst gegen bestimmte Leute vorgegangen sind. Das wollen wir doch vermeiden, das lässt unsere Fürsorgepflicht gegenüber den Beamten auch gar nicht anders zu.

Wir haben uns damals vor die Polizei gestellt. Wir werden es auch wieder tun. Im Übrigen wollten sie keine Namensschilder. Das wissen Sie ganz genau. Sie haben sie aufoktroziert. Daran müssen Sie denken, wenn Sie jetzt mit Umfragezahlen operieren.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir werden uns im Ausschuss über die Dinge unterhalten, aber ich sage Ihnen jetzt schon: Außer Ihren berechtigten Einwänden bzw. Ausführungen zur Uniform werden wir nicht mitmachen bei der Nichteinführung der Dienstgradabzeichen und selbstverständlich auch der stringenteren Handhabung von Namensschildern. - Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Herr Kollege Franz für die SPD-Fraktion.

Dieter Franz (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Akzeptanz und Anerkennung der Polizei hängt nicht davon ab, ob die Beamten Dienstgradabzeichen tragen oder nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Anfang der Siebzigerjahre, in den Jahren 1973/74, wurden die Dienstgradabzeichen bei der hessischen Polizei abge-

schaft. In den zurückliegenden Jahren hat es weder bei der polizeilichen Arbeit geschadet, noch hat es das bekanntermaßen gute Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger in Hessen zu ihrer Polizei in irgendeiner Weise beeinträchtigt. Auch im Einsatz sind keine Schwierigkeiten bekannt geworden, zumal auf den Einsatzanzügen und Einsatzhelmen die Funktion verantwortlicher Beamter sichtbar und eindeutig gekennzeichnet ist. Eine fachlich fundierte Begründung zur Wiedereinführung von Dienstgradabzeichen liegt demnach nicht vor. Vielmehr scheint es darum zu gehen, im Polizeiapparat wieder Hierarchien sichtbar zu machen. Eine solche Einstellung ist meiner Meinung nach historisch überholt,

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weil auch im Polizeialltag heutzutage Vorgesetzte Respekt und Anerkennung durch Entscheidungskompetenz und verantwortliche Teamfähigkeit finden. Dies entspricht dem Verständnis einer modernen Dienstleistungsbehörde, wie wir sie alle von unserer Polizei auch wünschen. Es verwundert daher nicht, dass vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen bei einer Umfrage - so wurde schon erwähnt - zu diesem Thema fast zwei Drittel der Befragten einer Einführung von Dienstgradabzeichen ablehnend gegenübergestanden haben. Aus diesem Grunde möchte ich natürlich auch diese Unterstützung für den im Antrag formulierten Text hier unterstreichen. Dagegen sollten wir die Frage einer neuen Dienstuniform, die ab dem Jahr 2001 in der Farbe Blau wohl angedacht ist, durchaus offen diskutieren und das Für und Wider abwägen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Bemerkenswert erscheint jedoch, dass diese Ankündigung des hessischen Innenministers bisher nicht gerade auf Begeisterung und allgemeine Zustimmung seiner Innenministerkollegen gestoßen ist. Die geäußerte Skepsis und Zurückhaltung hängt wohl im Wesentlichen auch damit zusammen, dass die Anschaffung neuer Dienstuniformen erhebliche Kosten verursachen wird. Entscheidend sollte jedoch sein, ob die Interessen der Beamtinnen und Beamten, die diese Dienstkleidung tragen, berücksichtigt werden. Im Rückblick kann es wohl nur als ein Witz bezeichnet werden, dass ein Trageversuch für kurze Lederjacken aus dem Jahr 1976/77 dazu geführt hat, dass im Jahr 1990 lange Lederjacken angeschafft wurden. Die Beamten hatten sich jedoch aus wohl erwogenen Gründen der Zweckmäßigkeit für die kurzen Lederjacken entschieden. Ich meine, das darf auf gar keinen Fall passieren.

Unabdingbar ist daher, dass die neue Uniform den Ansprüchen im Polizeialltag gerecht wird. Sie muss praktisch, funktionell und wertbeständig sein. Sollte dabei auch noch die ins Auge gefasste Farbe Blau das Wohlbefinden der Beamtinnen und Beamten und auch der Bürgerinnen und Bürger steigern, dann, so glaube ich, hätten wir auch nichts dagegen, wenn das die Farbe der Zukunft sein sollte. Es muss jedoch gewährleistet sein, dass die sicher zu erwartenden finanziellen Mehrkosten nicht den Beamtinnen und Beamten aufgebürdet werden oder gar durch Kürzungen in anderen wichtigen Beschaffungsbereichen erzielt werden, die zeitlich dann deswegen gestreckt werden müssen. In diesem Zusammenhang möchte ich für meine Fraktion hier die Zustimmung zu diesem Antrag der GRÜNEN signalisieren. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Herr Kollege Hahn für die F.D.P.-Fraktion.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon bezeichnend, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als einzig wichtigen Beitrag in der Diskussion um die innere Sicherheit in Hessen die Frage der Dienstkleidung und der Dienstrangabzeichen aufwertet.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Herr Hahn! - Zuruf des Abg. Rupert von Plottnitz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Kollege Al-Wazir, wenn Sie meinen, dass Sie dieses Thema zu einem Antrag im Hessischen Landtag machen müssen, so muss der Grund dafür doch sein, dass dies in Ihren Augen etwas Wichtiges ist. Wir Liberale sind ganz anderer Auffassung. Wichtig ist für die hessische Polizei zum einen, dass wir sie mit einem weiteren Handwerkszeug im gesetzlichen Bereich ausstatten. Das haben wir hier vor einigen Wochen getan. Wir wollen zum Zweiten die innere Sicherheit dadurch stärken, dass die hessische Polizei durch eine Wachpolizei und, wie wir gestern hier in erster Lesung besprochen haben, durch eine Freiwillige Polizeireserve als Modellversuch ergänzt wird. Wir wollen zum Dritten die innere Sicherheit und damit auch die Polizeiarbeit in Hessen stärken, indem eine Umorganisation in der hessischen Polizei mit dem Ziel vorgenommen wird, dass mehr Personal für die Arbeit in den Revieren und Stationen zur Verfügung gestellt werden kann. Das sind Schwerpunkte in der inneren Sicherheit.

Die Frage, ob die Dienstkleidung nun blau, gelb, grün, rot oder schwarz ist und ob Dienstgradabzeichen angehängt sind oder nicht, ist eine *Quantité négligeable*. Da die Oppositionsfraktionen in diesem Hause offensichtlich auch in diesem Bereich alternativlos sind - wir haben es eben bereits bei der Frage der Integration gemerkt, wo vonseiten der sozialdemokratischen Kollegin Pauly-Bender aber auch kein einziger inhaltlicher Vorschlag gekommen ist -, so wird deutlich, dass die Oppositionsfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN inhaltlich überhaupt keine Alternative zu der Regierungskoalition von F.D.P. und CDU sind.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, gestatten Sie Zwischenfragen?

Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.):

Nein. - Herr Kollege Al-Wazir, wenn Sie schon solche Anträge stellen, dann müssen Sie sich auch sagen lassen, dass Sie versuchen, sich auf einem ganz kleinen Nebenschau- platz verdient zu machen, dass Sie aber für die großen Aufgaben und Dimensionen, die im Bereich der Polizei und der inneren Sicherheit in Hessen abzarbeiten sind, entweder überhaupt kein Feeling oder aber davon überhaupt keine Ahnung haben.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Aber dann lassen Sie mich doch einmal etwas fragen, Herr Kollege Hahn! - Armin Clauss (SPD): Da kann man nicht einmal drüber lachen!)

Lassen Sie mich zum Zweiten sagen - und das ist für die F.D.P.-Fraktion in diesem Hause schon sehr wichtig -, dass in unseren Augen die Polizei in keinsten Weise eine militärische Einrichtung ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es ist doch vollkommen absurd, hier ein Bild nach dem Motto aufzustellen: Nur weil die Polizei Uniform trägt, ist sie eine militärische Einrichtung.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Das haben wir doch gar nicht gesagt!)

Von der Aufgabenstruktur genauso wie auch von der Ausbildung und anderen Strukturen her ist die Polizei, und zwar in allen Bundesländern - das hat überhaupt nichts mit Hessen zu tun - die Einrichtung der Sachbearbeitung für innere Sicherheit, und zwar in den Teilbereichen Prävention und Repression. Diese Sachbearbeitung für innere Sicherheit wird von Menschen geleistet, die sehr differenziert für die differenziertesten Aufgaben ausgebildet und dann auch in ihren Job eingearbeitet worden sind. Wenn jemand meint, dass die Polizei mit militärischen Einheiten zu verwechseln wäre, so sieht er überhaupt nicht - und das gilt auch für die Bereitschaftspolizei -, dass hier ein Vergleich vollkommen absurd ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Polizei hat es mit dem Bürger vor Ort zu tun, und die Bundeswehr hat es mit einer hoffentlich nie eintretenden Bedrohung von außen zu tun. Es ist deshalb ganz klar - und dafür spreche ich mich für die F.D.P.-Fraktion noch einmal deutlich aus -, dass wir keinerlei Polizei haben wollen, die sich in militärischen Einheiten geordnet sieht.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Wo gibt es denn Dienstgradabzeichen außerhalb?)

Wir möchten auch keinen Korpsgeist im falsch verstandenen Sinne in der Polizei haben. Aber es ist doch absurd, so zu tun, als wäre Korpsgeist an sich etwas Schlechtes.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Der Korpsgeist ist in der SPD-Fraktion, er ist in der CDU-Fraktion, er ist bei den GRÜNEN, und der Korpsgeist ist bei uns. Allein diese vier Einrichtungen in diesem Hause machen deutlich, dass es einen Korpsgeist, das heißt eine Loyalität, ein Zusammenhalten, ein Nicht-in-den-Rücken-Fallen untereinander gibt. Das finde ich eine höchst menschliche Eigenschaft, die wir eigentlich viel mehr üben als diskreditieren sollten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wenn Sie nun von der Dienstkleidung und den Dienstrangabzeichen sprechen, so haben Sie auch ein Anrecht darauf, von der F.D.P. hierzu jeweils ein oder zwei Sätze zu hören. Für mich ist es überhaupt nicht wichtig, welche Farbe die Dienstkleidung hat. Für mich ist wichtig, dass die Dienstkleidung einsatzgemäß ist. Für mich ist wichtig, dass die Funktionalität der Dienstkleidung ordentlich ist. Für mich ist wichtig, dass die Frage der Schusswesten mit berücksichtigt wird. Für mich ist wichtig, dass ein Anorak oder wie immer man es auch nennen mag, konstruiert wird, den man auch im Sommer anhaben kann, wenn man Streife fährt. Für mich ist wichtig, dass die Dienstkleidung aus den neuesten Fasern besteht, damit die Polizistinnen und Polizisten Wärme- und Kälteunterschieden gerade im Winter, wenn sie mit ihrem Auto unterwegs sind und dann draußen sind, nicht negativ ausgesetzt sind. Das sind die Kriterien, die die F.D.P.-Fraktion an eine vernünftige

Dienstkleidung stellt. Wenn sie dazu dann auch noch schick aussieht, finde ich das überhaupt nicht negativ.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wenn nun einmal in unserer Zeit das Schicke und Moderne nicht in der Farbe Grün, sondern in der Farbe Blau zu sehen ist

(Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Aber nicht Blau-Gelb!)

- Sie merken daran, Herr Kollege Müller, dass ich ganz offensichtlich auch der Auffassung bin, dass diese Farbe etwas schicker ist als Grün -, dann kann es doch wirklich keinen Streit unter uns geben, wenn man sich ernsthaft über diese Fragen unterhält, ob nun die Kleidung grün oder blau ist.

Deshalb finde ich es schon ganz vernünftig, wenn der hessische Innenminister, Volker Bouffier, im Rahmen der Innenministerkonferenz dafür wirbt, dass man zu dem funktional Richtigen und Einsatzgemäßen auch noch das Moderne dazunimmt. Dann mag es in meinen Augen in Hessen künftig eine schicke blaue einsatzgemäße und funktionale Dienstkleidung geben.

Schon während der Koalitionsverhandlungen ist mir sehr bewusst gewesen, dass es der damalige hessische Innenminister Hanns-Heinz Bielefeld gewesen ist, der gemeinsam mit den Sozialdemokraten die Abschaffung der Pflicht des Tragens von Dienstrangabzeichen in der hessischen Polizei eingeführt hat. Aber ich weiß auch, mit welcher Argumentation Hanns-Heinz Bielefeld dies eingeführt hat. Er war nämlich der Auffassung gewesen, dass Hessen in dieser Frage zwar vorne ist, aber nicht allein gelassen wird.

Nach einer kurzen, aber heftigen Analyse dieser Situation kann man feststellen, dass Hessen als einziges Bundesland diesen Weg gewählt hat und dass es unter anderem bei den gemeinsamen Einsätzen von hessischen Polizeien mit Polizeien der anderen Länder häufig zu einem Problem, Problemchen oder wegen mir auch nur zu einem Missverständnis führen kann. Dies weiß ich auch von vielen Gesprächen mit Polizeibeamten in den letzten Wochen. Ich halte es deshalb für eine nicht wichtige Diskussion. Wir hatten dies ja schon in das Koalitionspapier hineingeschrieben. Das ist überhaupt nichts Neues.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Man kann jetzt nicht so tun: Ach Gott, ach Gott, jetzt wird das hier auf einmal gemacht. - Wir haben uns dazu in unserem Koalitionspapier bekannt. Der Ministerpräsident hat es in der Regierungserklärung vorgetragen. Ich habe für die F.D.P.-Fraktion ebenfalls unterstützt, dass das Fehlen der Dienstgradabzeichen ein Problem für die Polizisten männlichen und weiblichen Geschlechtes in unserem Lande ist. Langer Rede kurzer Sinn, kommen wir zu den Themen. Ich will es einmal positiv ausführen: Ich lade die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein,

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist nett von Ihnen!)

von den Nebenkriegsschauplätzen der inneren Sicherheit wegzugehen zu den zentralen Fragen, um mehr Sicherheit für unsere Bürger in Hessen zu erreichen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das hat nichts mit der Frage zu tun, ob blaue oder grüne Dienstkleidung, ob mit oder ohne Dienstgradabzeichen,

(Zuruf des Abg. Armin Klein (CDU))

sondern damit, dass wir hier neue Strukturen schaffen, damit endlich mehr Polizeibeamte in die Reviere und Stationen kommen. Wir tun das Nötigste dafür. Machen Sie mit. Das ist besser für die Polizei und auch besser für die Politik. - Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Nächster Redner, Herr Innenminister Bouffier.

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat mehrere Facetten. Ich möchte mir jetzt die Freude machen, einmal den ersten Teil Ihres Antrags zu ergänzen. Sie haben geschrieben:

Der Hessische Landtag bekräftigt seinen politischen Willen, die Ausstattung der Polizeibeamtinnen und -beamten den Erfordernissen ihrer Arbeit anzupassen.

Da würde ich jetzt gern noch anhängen: "und dankt in diesem Zusammenhang der Landesregierung".

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Zuruf des Abg. Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) - Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Bouffier, Sie müssen es jetzt nicht über-treiben!)

Passen Sie auf. Sie haben völlig Recht, wenn Sie vortragen, dass es etwas ausmacht, ob die Arbeitsausstattung - dazu gehört Dienstkleidung, aber natürlich auch ein bisschen mehr: Sie haben selbst auf das Stichwort "Wachenprogramm" hingewiesen, deshalb erwähne ich das noch einmal - angemessen, freundlich und funktional ist. Ich muss Ihnen schon sagen: Unter Ihrer Verantwortung ist das Programm in den letzten zwei Jahren auf null gefahren worden.

(Zurufe von der CDU: So ist es! - Ja, ja!)

Die Koalitionsfraktionen von CDU und F.D.P. haben dafür in diesem Haushalt wieder 1 Million DM eingestellt. Dafür bedanke ich mich sehr.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, es zeigt genau, dass Sie Ihren Antrag ergänzen müssten.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Minister, Herr Al-Wazir möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen.

(Minister Volker Bouffier: Aber gern! - Zuruf von der CDU: Ach du liebe Zeit!)

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Würden Sie mir zustimmen,

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Bisher noch!)

wenn ich Sie darauf aufmerksam mache,

(Jörg-Uwe Hahn (F.D.P.): Auch noch!)

dass der erste Auftrag betreffend eine neue Uniform und auch die Farbe Blau kam, weil Herr Bökel das in Auftrag gegeben hat?

(Dorothea Henzler (F.D.P.): Ach!)

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

„In Auftrag gegeben“ weiß ich nicht. Er hat es abgefragt.

(Zuruf des Ministers Dr. Franz Josef Jung)

Jetzt halten wir erst einmal fest: Wir sind in einigen Bereichen nicht sehr weit auseinander. In diesen Tagen kann man ja dankbar sein für die Bereiche, wo sich das Haus halbwegs einig ist. Halten wir also jetzt erst einmal fest: Auch Sie sind der Auffassung, es ist gut, dass diese Koalition wieder 1 Million DM für die Ausrüstung der Polizei zur Verfügung gestellt hat.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Das ist gut so, und da unterscheiden wir uns von unseren Vorgängern.

(Lachen des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Dann haben Sie sich zur Kleidung geäußert. Da sind wir ziemlich einig. Bei der Frage der Dienstkleidung geht es in erster Linie - und das kann ich sehr kurz machen, das ist hier von allen Rednern gesagt worden - um die bessere Funktionalität, das ist der wichtigste Punkt, um eine bessere Qualität und eine modernere Uniform. Ich möchte dies gern in dieser Reihenfolge darstellen. Ich bin davon überzeugt, wenn man zu dem Ergebnis kommen muss, dass die Funktionalität und die Qualität den Anforderungen nicht entsprechen und wir sowieso neue Uniformen brauchen, dann machen wir es auch richtig und nehmen die Farbe, die im Prinzip überall als die richtige und wahrscheinlich auch gewünschte angesehen wird. Da sind wir nicht unterschiedlicher Auffassung.

Was mir wichtig ist und was ich hier noch vortragen will: Wir wollen das nicht in einer Weise tun, dass wir dafür zusätzliche Mittel verbraten. Das Ganze soll im Rahmen der Ersatzbeschaffung stattfinden. Das wird in der Weise geschehen, dass wir die Polizei abschnittsweise mit neuer Uniform ausstatten. Das bedeutet, dass wir in bestimmten Regionen des Landes beginnen. Es wird keine unterschiedliche Stationsbekleidung geben. Wir werden dies dann in einem Zeitraum von etwa einem bis eineinhalb Jahren lösen können. Wenn Sie mich dabei unterstützen - das habe ich aus allen Wortmeldungen zur Kenntnis nehmen dürfen -, dann bin ich dafür dankbar.

Sie haben sich zu der Frage der Dienstgradabzeichen - dort ist ja der Dissens - sehr deutlich geäußert. Meine Damen und Herren, ich akzeptiere, dass Sie eine andere Position haben. Ich weise Ihre Position zurück, weil ich glaube, sie ist nicht begründet. Sie haben sie im Kern darauf zurückgeführt, dass Sie gesagt haben, wir müssen quasi jeden Anstrich des Militärischen nehmen. Ich halte das für verfehlt, nicht weil ich der Auffassung bin, man müsste einen militärischen Anstrich haben, sondern weil es bei Dienstkleidung, die Uniform ist, das Normalste der Welt ist, dass diese Dienstkleidung auch mit Dienstgradabzeichen versehen ist.

Sie müssen sich doch auch einmal die Frage stellen: Warum ist Ihnen damals Anfang der Siebzigerjahre - es war aus meiner Sicht Ausdruck einer falsch verstandenen Egalité, man kann es auch andersherum sagen, einer Gleichmacherei - kein einziges Land gefolgt?

(Minister Dr. Franz Josef Jung: Sozialismus! - Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir waren es nicht! - Zuruf des Abg. Armin Klein (CDU))

- Sie waren damals gar nicht dabei, ich weiß, aber die Sozialdemokraten. Unabhängig davon, wie die Länder regiert wurden - und im Laufe der Jahre gab es ganz unterschiedliche Konstellationen -, kam niemand auf die Idee, dieser Überlegung näher zu treten oder sie gar umzusetzen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie müssen doch die Änderung begründen!)

Ich halte sie auch für verfehlt. Ich will Ihnen sagen, warum. Eine Dienstkleidung, eine Uniform, hat zum einen eine Wirkung nach innen und zum anderen nach außen gegenüber dem Bürger. Es ist nicht so sehr die Frage, ob das jemandem gefällt, sondern es ist die Frage, ob wir unsere Beamtinnen und Beamten so ausstatten, wie sie es erwarten können. Es ist auch nicht so, dass an diesem Punkt keine Kritik geäußert wurde. Wir haben nicht nur die gemeinsamen Einsätze in der Bundesrepublik. Das, was in der letzten Zeit besonders häufig sehr kritisch hochkam, war der Einsatz hessischer Polizeibeamter in internationalen Einsätzen. Dort ist die Kritik sehr massiv vorgetragen worden. Das ist nicht nur - ich glaube, Kollege Klein hat es gesagt - im Kosovo, sondern es ist insbesondere dort, wo wir schon länger sind, in Bosnien, ein Dauerthema. Es führt zu einer völlig unnötigen Situationserschwerung für diese Beamten. Deshalb halte ich dies für richtig.

Meine Damen und Herren, im Übrigen: Die Feuerwehr, das THW - alles Organisationen, denen niemand unterstellt, sie seien Militär - haben ganz selbstverständlich an ihrer Dienstkleidung oder Uniform, was auf das Gleiche herauskommt, entsprechende Rangabzeichen. Niemand ist bisher auf die Idee gekommen, sie dort abzuschaffen. Ich habe noch kein einziges vernünftiges Argument dafür gehört, warum es ausgerechnet bei der hessischen Polizei völlig anders sein soll als bei allen anderen Polizeien, nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Minister, Herr Müller möchte Sie etwas fragen. Erlauben Sie das?

(Minister Volker Bouffier: Bitte sehr!)

Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Innenminister, wenn Sie sagen, das Problem, über das wir jetzt reden, sei insbesondere bei internationalen Einsätzen aufgetreten, wären Sie dann nicht bereit, zu sagen, dann lösen wir das Problem auch nur bei internationalen Einsätzen? Denn anderswo scheint es nach Ihrem Reden auch keine Probleme gegeben zu haben.

(Heide Degen (CDU): Zwei Uniformen?)

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Lieber Herr Müller, die Sache ist noch viel interessanter. Ich habe das Beispiel Bosnien genannt, weil einer der Vorredner gesagt hat, es habe überhaupt keine Kritik gegeben. Das ist sachlich nicht richtig. Aber die Wahrheit ist auch: Wir haben in der hessischen Polizei seit eh und je eine bestimmte Polizei, die immer noch ihre Dienstgradabzeichen hat - das sind die schönsten überhaupt -: die Wasserschutzpolizei.

(Zuruf des Abg. Alexander Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich kenne nicht die Gründe, aber hier hat man die Dienstgradabzeichen beibehalten.

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen ganz schlicht, ich halte das für richtig. Ich halte für falsch, dass wir die hessischen Polizeibeamten an dieser Stelle anders behandeln als alle anderen auch.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sind Sie für Gleichmacherei? - Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war schon immer so!)

Zweiter Punkt: Sie haben von Korpsgeist gesprochen. Dazu hat Herr Kollege Hahn das Erforderliche gesagt. Es gibt einen sehr vernünftigen und auch notwendigen Korpsgeist. Eine Polizei, die häufig in einer schwierigen Situation ist, muss sich darauf verlassen können, dass einer für den anderen einsteht. Sonst kann sie ihre Aufgabe nicht erfüllen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Deshalb ist Korpsgeist in diesem Sinne nicht nur richtig, sondern sogar notwendig. Korpsgeist bedeutet nicht, dass man sich zusammentut und das Gesetz nicht beachtet. Die Dinge, die Sie angesprochen haben - die alle nicht meine Amtszeit betreffen; aber das kann Zufall sein, Mühlheim und andere Dinge -, sind nun gerade auch ohne Dienstgradabzeichen geschehen. Wenn es einen falschen Korpsgeist im Sinne von Vertuschen oder gegebenenfalls sogar strafbarer Handlung gibt, dann hat das mit Sicherheit nichts mit Dienstgradabzeichen zu tun.

Unsere Polizei ist doch mit Sicherheit eine Polizei, die heute nicht nur von Bürgerinnen und Bürgern zu Recht ganz hoch geachtet wird, sondern die selbst durch vielfältige Instrumente, Schulungen, Fortbildungen und durch vielfältige Führungsaufgaben ständig darauf achtet, auch in einem sehr kritischen Prozess, dass wir eben nicht zu befürchten haben, dass hier ein Staat im Staat, eine falsch verstandene Korpsgeistentwicklung oder gar eine Art Militarisierung stattfindet. Das kann ich weder in meiner Zeit als Oppositionsabgeordneter noch als verantwortlicher Minister in Hessen feststellen, und ich habe es auch in anderen Ländern nicht feststellen können.

Deshalb bitte ich Sie bei allem Verständnis für unterschiedliche politische Positionen: Wir sollten bei dieser sehr, sehr sensiblen Fragestellung auch in der Wortwahl vorsichtig sein. Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich darauf verlassen können, dass ihre Polizei an Recht und Gesetz gebunden ist, dass das der oberste Maßstab ist und nicht ein falsch verstandenes Korpsgefühl.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Es gibt keinen Anlass, der mir bekannt wäre, die hessische Polizei sozusagen unter vorbeugenden Kollektivvertrag zu stellen.

Zum letzten Punkt, die Namensschilder: Sie haben es erwähnt, eine unendliche Geschichte. Ich weiß nicht, wie viele Runden es zwischen SPD und GRÜNEN gebraucht hat, aber ich kann mich an sehr viele Runden unter zumindest zweien meiner Amtsvorgänger erinnern, bis man eine Lösung gefunden hatte.

Ich habe den Eindruck, die jetzige Lösung hat sich bewährt. Die Personalräte haben dem zugestimmt. Die Bediensteten sind zufrieden. Es gibt viele anlassbezogene Situationen, wo wir, glaube ich, sehr schnell einig sind, dass die Namensschilder nicht weiterhelfen. Wir könnten uns viel-

leicht dabei treffen, was mir in den Vereinigten Staaten immer sehr gut gefallen hat. Die dortigen Polizeibeamten tragen am Revers: "May I help you?" Das ist meine Vorstellung von Polizei: der Schutzmann, der den Bürger schützt, aber auch der Schutzmann als Ansprechpartner. Das kommt vielleicht in einer solchen Kombination am besten heraus, sodass ich glaube, wir sollten nicht eine Sache, die viele Geburtswehen gehabt hat, durch eine neue bürokratische Regelung wieder komplizieren. Ich habe den Eindruck, die hessische Polizei leistet hervorragende Arbeit.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Die Namensschilder werden dort getragen, wo es die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für sinnvoll halten. In weiten Teilen tun sie es, in anderen tun sie es nicht. Ich sehe hier jedenfalls keinen Handlungsbedarf.

Zum Schluss, meine Damen und Herren: Wenn wir bei der Frage Kleidung, Ausstattung und Ähnlichem dazu kommen, dass wir wieder einen gewissen Grundkonsens finden, was wir gemeinsam wollen, dann werden Sie in mir immer einen offenen Gesprächspartner finden. Ich akzeptiere, dass Sie in bestimmten Punkten anderer Meinung sind. Aber Sie sollten auch akzeptieren, wenn diese Regierung und die sie tragenden Fraktionen ihre Politik umsetzen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen und schließe die Aussprache.

Es ist vorgeschlagen, den Antrag zur weiteren Behandlung an den Innenausschuss zu überweisen. - Dem wird nicht widersprochen. Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 15:

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Gefährdung einer humanen Drogenpolitik durch die Hessische Landesregierung - Drucks. 15/1007 -

Dazu wird Tagesordnungspunkt 22 aufgerufen:

Antrag der Fraktion der SPD betreffend Drogenkonsumräume - Drucks. 15/1014 -

Redezeit: 15 Minuten pro Fraktion. Das Wort hat Frau Kollegin Schönhut-Keil zur Begründung des Antrags.

Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Jeder und jede, die sich in den letzten Jahren intensiv und seriös mit dem Thema der Hilfsmöglichkeiten für schwer drogenabhängige Menschen beschäftigt haben, kommen an der Frage der Drogenkonsumräume nicht vorbei. Unter Fachleuten und nicht nur in Frankfurt ist es unstrittig, dass den so genannten niedrigschwelligen Hilfen für den betroffenen Personenkreis eine sehr große Bedeutung zukommt.

Meine Damen und Herren, wir wissen, dass für diese Gruppe der sozial und gesundheitlich verletzten Opiatabhängigen ein dringender Handlungsbedarf besteht. Alle wissen das, nur die Hessische Landesregierung, vertreten durch die Sozialministerin, weiß dies offensichtlich nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Sie müssen heute vor diesem Parlament erklären, was Ihre Beweggründe waren und sind, ein umfassendes und voll-

ständiges Hilfesystem - und dazu gehört selbstverständlich das Angebot von Drogenkonsumräumen - im Bundesrat abzulehnen.

Meine Damen und Herren, wir haben in den letzten Jahren eine Vielzahl von Angeboten, die dieses umfassende Hilfesystem für die betroffenen Abhängigen ausmachen, geschaffen. Dies ist auch in den vergangenen Jahren nicht ohne Auseinandersetzungen abgegangen. Ich erinnere nur an die Debatte der Methadon/Polamidon L-Diskussion, die eine Abweichung von dem bisherigen Abstinenzgedanken in der Drogentherapie zur Folge hatte.

Diskussionen über den richtigen Weg muss es in dieser bedeutenden Frage immer geben. Sie sind häufig schmerzhaft. Aber, meine Damen und Herren, nicht Fundamentalopposition und Sprachlosigkeit, wie wir sie jetzt erleben, sind die richtige Politik. Nach Ihrem Beitrag zur Integration, Frau Mosiak-Urbahn, kann man Ihre Beiträge eher nur noch als Doppel-Null-Lösung bezeichnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Stefan Grüttner (CDU): Schwach, ganz schwach!)

Wir wissen doch - da appelliere ich an Sie, Frau Ministerin -, dass diese Menschen, die in einem Teufelskreis von Abhängigkeit, Beschaffungskriminalität und sozialer und gesundheitlicher Verelendung leben, unserer Hilfe bedürfen. Gerade die Begleiterkrankungen, wie z.B. HIV und Hepatitis, waren es doch auch, meine Damen und Herren, die Mitte der Achtzigerjahre alle Fachleute zum Umdenken bewegen haben. Sie müssen doch auch weiterhin wissen, dass der Rückgang der Beschaffungskriminalität wie auch die Zahlen der Drogentoten in Hessen uns alle zum Handeln aufrufen.

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen auch ganz persönlich aus meiner beruflichen Praxis in diesem Bereich sagen: Wer heute, im Jahre 2000, noch immer nicht anerkennen will, dass ein abgestuftes Hilfesystem auch Drogenkonsumräume und die staatlich kontrollierte Abgabe von Heroin beinhalten muss, hat sich entweder noch nicht richtig informieren lassen oder ist einfach zu engstirnig ideologisch gestrickt. Meine Damen und Herren, machen Sie sich selbst ein Bild nachher, nach dem Beitrag der Sozialministerin.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Stefan Grüttner (CDU): Das ist ja antizipatorisch! Das ist ja unglaublich!)

- Herr Kollege Grüttner, wenn Sie immer meinen, hier eine komische Verteidigungsrede halten zu müssen, dann sage ich Ihnen einmal ganz klar: Es ist absolut kein Wunder, dass Frau Mosiak-Urbahn als neue Ministerpräsidentenkandidatin gehandelt wird; denn sie ist nun wirklich die Einzige in diesem Kabinett, die bei allen Fragen immer glaubhaft versichern kann, sie habe von alledem nichts gewusst.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Hessen hat bei der Abstimmung im Bundesrat mit der entscheidenden Stimme, und zwar nachdem Sie der Bundesregierung Zustimmung signalisiert hatten, diese Initiative zu Fall gebracht, weil man die Komplexität der hessischen Drogenhilfe offensichtlich immer noch nicht verstanden hat. Dies ist wirklich ein absolutes Armutszeugnis dieser Landesregierung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD - Hans-Jürgen Irmer (CDU): Hetzer!)

Ich will Ihnen auch sagen - und das wundert mich überhaupt nicht -: Christa Nickels, die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, hat gesagt, ihr seien keine Sachargumente für diesen Sinneswandel bekannt. Nach allen Beiträgen dieser Sozialministerin wundert uns dies nicht, weil sie immer sehr inhaltsleer und überhaupt nicht mit Sachkenntnis gespickt sind.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es packt mich wirklich der Zorn an diesem Punkt, meine Damen und Herren von der CDU, und das können Sie mir abnehmen, wenn ich mir ausmale, wie weit wir auf diesem Weg gekommen waren und dass dieser Weg nun wieder versperrt wird, und zwar von Ihnen, Frau Mosiak-Urbahn, ganz persönlich. Gerade die Frankfurter Drogenhilfe hat sich doch in den letzten Jahren bemüht, nicht nur einen parteiübergreifenden Konsens hinzubekommen,

(Stefan Grüttner (CDU): Vollkommen falsch, Frau Kollegin!)

sondern eben auch Staatsanwaltschaft, Polizei, Gesundheitsbehörden in ein Boot zu bekommen, um gemeinsam um einen Konsens, um eine Lösung zu ringen.

(Stefan Grüttner (CDU): Wir hoffen nicht, dass Sie sich als Versuchsobjekt zur Verfügung gestellt haben!)

- Ihre blödsinnigen Zwischenrufe können Sie sich sparen.

Im Gegensatz zu manchem anderen halten wir die Lösung, die in Frankfurt gefunden wurde, und auch die Bedingungen, unter denen die Drogenkonsumräume existieren, für rechtens, denn sie sind eindeutig kein Angebot, um dem Drogenkonsum Vorschub zu leisten. Wir halten diese Debatte auch locker durch - das will ich Ihnen deutlich sagen -, weil wir wissen, dass seit Beginn der Substitution und der Einrichtung der Drogenkonsumräume die hohe Zahl der Drogentoten in Frankfurt drastisch gesenkt werden konnte.

Wer bitte möchte denn, wenn es um den hohen Preis von Menschenleben geht, hier immer noch eine kleinkarierte juristische Debatte führen, die die Praktiker draußen sowieso nicht mehr nachvollziehen können?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch in den vergangenen Auseinandersetzungen habe ich an dieser Stelle immer gesagt, wenn Politik und Fachwelt erkennen, dass ein bestimmter Weg der richtige ist, muss doch unser ganzes politisches Streben darin liegen, die Debatte zu führen und dann auch die Gesetze der veränderten Lage anzupassen. Was haben denn sonst die Debatten in den Parlamenten überhaupt für einen Sinn?

(Siegbert Ortman (CDU): Das frage ich mich auch!)

Ich sage Ihnen klar und werfe das Ihnen von der CDU konkret in diesem gesamten Themenkomplex vor, dass Sie sich lange - wie ich meine: viel zu lange - geweigert haben, die veränderte Diskussionslage unter Fachleuten überhaupt anzuerkennen. Ich weiß sehr wohl, dass sich zwischenzeitlich etwas bewegt hat. Das konstatiere ich ausdrücklich bei der F.D.P. Ich konstatiere das auch bei dem Kollegen Gerling.

(Demonstrativer Beifall und Zurufe von der CDU)

- Immer mit der Ruhe. Wir kennen uns lange genug. Die Bewegung geht zwar schleichend vonstatten, aber es be-

wegt sich bei ihm doch manchmal noch etwas. Darüber bin ich ja froh.

(Stefan Grüttner (CDU): Das ist erstaunlich! Das ist ein Angriff! - Weitere Zurufe von der CDU)

Bedauerlicherweise habe ich den Eindruck, dass wir die Debatte bei der Frau Sozialministerin wieder von vorne beginnen, weil sie offensichtlich zu lange in Europa von der Realität abgetaucht war. Schlimm ist nur, dass die Drogenabhängigen nicht so lange warten können, bis die Frau Ministerin die Notwendigkeit einer Änderung ihrer Gedankenwelt erreicht hat.

Frau Ministerin, ich empfehle Ihnen wirklich, sich einmal mit offenen Augen auf die Frankfurter Drogenszene zu begeben und sich mit den Realitäten vor Ort vertraut zu machen. Hier wird nicht der Teufel mit dem Beelzebub ausgetrieben, sondern hier geht es um Überlebenshilfen für schwer kranke Menschen. Dort werden Sie mit aller Brachialgewalt und Deutlichkeit das Elend der offenen Szene und das Elend dieser kranken Menschen sehen.

Die Bundesregierung hat bei der Vorlage des Gesetzentwurfes klar dargelegt, dass Erst- und Gelegenheitskonsumenten nachprüfbar keinen Zugang zu den Drogenkonsumräumen haben. Da haben wir doch auch durch den Frankfurter Kompromiss durchaus Erfahrungen in diesen Fragen nachzuweisen. Wir haben in Frankfurt belegt, dass die bestehenden Drogenkonsumräume zu mehr öffentlicher Sicherheit in den betroffenen Städten für Anwohner und Betroffene geführt haben.

Meine Damen und Herren von der CDU, dies alles können Sie doch nicht dauerhaft ignorieren. Der von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzentwurf fördert die Zusammenarbeit und Partnerschaft zwischen Polizei, kommunalen Behörden und den Vereinen der Drogen- und Aidhilfe.

Wir wollen - und das ist in diesem Gesetzentwurf auch klar - verbindliche Mindeststandards bei neuen Einrichtungen vorschreiben. Die Landesebene hat dann die Aufgabe, diese Regelung entsprechend auszugestalten. Es ärgert mich wirklich. Dieser Gesetzentwurf hätte erstmals und einmalig klargestellt, dass der von der Landesregierung genehmigte Betrieb eines Drogenkonsumraumes und die damit zusammenhängende Tätigkeit des Personals keine Straftaten sind und keinen Straftatenvorschub geleistet haben.

Meine Damen und Herren, dies steht voll im Einklang mit dem internationalen Suchtstoffrecht. Dieses räumt Staaten ausdrücklich ein, dass ihre nationalen Drogengesetze bei unbefugtem Besitz für den persönlichen Verbrauch "anstelle der Bestrafung unter anderem Maßnahmen zur Behandlung, Aufklärung und Erziehung" vorsehen können.

Weiterhin wurde von der Bundesregierung eindeutig erklärt, dass der Gesetzentwurf keine Anspruchsgrundlage für die Eröffnung eines Drogenkonsumraumes darstellt. Über die Sinnhaftigkeit von neuen Räumen entscheidet die Landesregierung. Der Gesetzentwurf enthält darüber hinaus die notwendigen Rahmenvorschriften, die eine einheitliche und mit dem internationalen Suchtstoffrecht kompatible Gestaltung von Drogenkonsumräumen in Deutschland gewährleisten sollten.

Es ist ein gesundheitspolitischer Skandal ersten Ranges, dass die Hessische Landesregierung ohne Not durch ihre Ablehnung den Weg verbaut hat. Wir GRÜNE sind der Auffassung, dass durch welche Regelung auch immer - das will ich an dieser Stelle klar sagen - die bestehenden Dro-

genkonsumräume in Frankfurt am Main nicht gefährdet werden dürfen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Stefan Grüttner (CDU): Das ist auch unsere Position!)

- Warum haben Sie es dann abgelehnt? Dann sollten Sie das einmal erklären, bitte schön. - Sie leisten eine wichtige und unverzichtbare Arbeit für die Menschen, die betroffen sind.

(Stefan Grüttner (CDU): Die Kollegin ist auf einem falschen Feld!)

Wir sind auch der Meinung, dass der Weg, der in Frankfurt von allen Beteiligten seit 1994 gegangen wurde, nämlich durch rechtliche Auslegung von § 29 Abs. 1 Nr. 10 BtMG im Konsens zwischen Staatsanwaltschaft und Polizei ohne einen Gesetzesverstoß Drogenkonsumräume erfolgreich betreiben und einrichten zu können, der richtige Weg ist.

Wir wissen, dass es schwierig war, im rechtlichen Rahmen eine Trennungslinie zwischen einer nicht strafbaren Konsummöglichkeit und einer strafbaren Konsumgelegenheit zu ziehen. Ich meine aber, dass in Frankfurt durch die erfolgreiche Zusammenarbeit die Verständigung in diesem Bereich erreicht wurde. Diese Verständigung darf doch nicht wieder in Frage gestellt werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will hier auch offen sagen, dass mir ein wesentlicher Punkt in diesem Gesetzentwurf nicht gefallen hat. Das ist der Passus, dass die Zuständigkeiten für die Erlaubniserteilung sowie die Frage der Mindeststandards ausschließlich in die Hände der obersten Landesgesundheitsbehörden gelegt werden sollten. Nicht, dass ich glauben würde, dass dies für die anderen Bundesländer, die neue Einrichtungen planen, falsch ist, sondern vielmehr deshalb, weil wir doch alle zu Recht davon ausgehen können, dass die zuständige Ministerin hier in Hessen kein Interesse an einem ausdifferenzierten Drogenhilfesystem hat, welches auch diese niedrigschwelligen Angebote erfasst, und sie sich wieder einmal aus rein ideologischen Gründen den zwingenden und logischen Schlussfolgerungen in diesem Bereich widersetzen wird.

Ich sage an dieser Stelle ausdrücklich, alle Beteiligten - die Fachbehörden wie auch die Betroffenen - brauchen für die Drogenkonsumräume endlich eine rechtliche Klarstellung. Das sind wir doch auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in diesen Einrichtungen schuldig.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, hier geht es um einen der letzten Bausteine in dem ausdifferenzierten System der hessischen Drogenhilfe. Wir werden nicht aufhören, dieses Thema immer wieder zur Sprache zu bringen, um auch Sie, Frau Sozialministerin, davon zu überzeugen, dass dies nun einmal der richtige Weg ist. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Nächster Redner, Herr Kollege Gerling für die CDU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU - Stefan Grüttner (CDU): Der bewegte Mann!)

Alfons Gerling (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Schönhut-Keil, ich darf Sie trösten. Bei mir bewegt sich immer noch etwas,

(Heiterkeit bei der CDU - Hans Michael Maus (SPD): Wer das zu Protokoll geben muss!)

und bei der Fraktion der CDU auch. Im Übrigen machen wir eine eng abgestimmte Drogenpolitik mit unserer Landesregierung. Wir unterstützen die Landesregierung auch in ihrem Abstimmungsverhalten, das sie im Bundesrat an den Tag gelegt hat. Nach unserer Beurteilung war es völlig richtig, dass sich die Landesregierung so verhalten hat, denn dieser Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Betäubungsmittelgesetzes ist nicht nur politisch, sondern auch in Fachkreisen sehr umstritten, Frau Kollegin Schönhut-Keil.

Einen breiten Konsens - das haben Sie, glaube ich, hier nicht zum Ausdruck gebracht - gibt es lediglich in der Absicht der Bundesregierung, die gängige Praxis der Methadonsubstitution besser zu regeln. Das wird von uns unterstützt. Denn es gibt eine erschreckende Zunahme von Todesfällen im Zusammenhang mit Methadon, zurückzuführen auf eine unverantwortliche Vergabepraxis, einen daraus resultierenden Schwarzmarkt und eine oftmals fehlende psychosoziale Begleitung der Methadonsubstitution.

Hier brauchen wir eine striktere Kontrolle und höhere Standards, als bisher praktiziert. Deshalb unterstützen wir die Landesregierung: Meldepflicht für Methadonpatienten, um Mehrfachverschreibungen auszuschließen. Darüber hinaus sind wir für eine Neuregelung der Substitutionsbehandlung. Die erfordert nämlich eine besondere Qualifikation der Ärzte.

Ich habe für die CDU-Landtagsfraktion immer wieder auf diesen Sachverhalt hingewiesen und eine schärfere Kontrolle bei der Methadonabgabe gefordert. Die Landesregierung will dieses Problem mit allen Betroffenen am runden Tisch besprechen. Das hat Frau Ministerin Mosiek-Urbahn zugesagt. Wir hoffen, dass es hier zu den notwendigen Verbesserungen kommt.

Der zweite und umstrittene Teil des Gesetzentwurfs betrifft die Legalisierung der Fixerstuben, der so genannten Drogenkonsumräume. Ich möchte daran erinnern, dass im November zu diesem Gesetzentwurf eine Sachverständigenanhörung im Deutschen Bundestag stattgefunden hat. Liebe Frau Schönhut-Keil, selbst die Befürworter von Fixerstuben haben den Gesetzentwurf einhellig kritisiert. Auch der Frankfurter Oberstaatsanwalt Körner, ein Befürworter der Frankfurter Fixerstuben, hat sich kritisch geäußert. Er hat gesagt, das Gesetz würde sein Ziel verfehlen und wolle Fragen regeln, bei denen es gar nichts zu regeln gebe. Ein Sachverständiger aus der Schweiz berichtet, dass dort die Fixerstuben wegen der überregionalen Sogwirkung auf die Süchtigen wieder geschlossen würden. Die Schweizer Polizei habe die Sicherheit im Umfeld der Fixerstuben nicht mehr gewährleisten können. Deshalb seien private Sicherheits- und Wachdienste engagiert worden. Aus persönlicher Erfahrung berichtete der Schweizer Sachverständige, ein Oberkriminalrat, dass Schweizer Fachleute bereits davon ausgingen, dass die Drogenkonsumräume weitere Abhängige produzierten, anstatt eine Hilfe zum Ausstieg zu sein. Ein anderer Sachverständiger, der von Rot-Grün benannt wurde, erklärte, ein Drittel der Nutzer der Fixerstube in Hannover seien Methadonsubstituierte, die eigentlich von deren Nutzung ausgeschlossen sein sollten. In der Praxis sei es jedoch nicht möglich, Zugangsbeschränkungen zu einer Fixerstube für Methadonpatienten auch nur ansatzweise durchzusetzen.

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Becker?

Alfons Gerling (CDU):

Ja.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Frage lautet: Was bewegt sich bei Herrn Gerling?)

- Darauf komme ich noch zu sprechen.

Günther Becker (Gießen) (SPD):

Herr Kollege Gerling, könnten Sie sich in Ihrem Schwanken zwischen Zu- und Abneigung einmal für eine Sprachregelung entscheiden, und zwar zwischen den Worten Fixerstube, Gesundheitsstube und Konsumraum?

(Zurufe von der CDU: Jawohl, Herr Rechtsanwalt!)

Alfons Gerling (CDU):

Herr Kollege Becker, der Begriff Gesundheitsstube wird schon lange nicht mehr gebraucht. Er ist aus dem Sprachschatz der Drogenpolitik gestrichen worden. Das ist auch vernünftig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich gebe Ihnen Recht: Man kann zwischen dem Begriff der Fixerstube und dem anderen hin und her schwanken. Ich sage lieber Fixerstube.

Meine Damen und Herren, ein weiterer Experte, der selbst ehemals Heroinabhängiger war, betonte, dass Drogenabhängige durch Fixerstuben in der Drogenszene gehalten würden. Weder der unter Entzug leidende Süchtige vor einem Drogenkonsum noch der von der Wirkung der Droge berauschte Abhängige sei für weiterführende Hilfsangebote ansprechbar. Vielmehr förderten die Drogenkonsumräume die gesellschaftliche Ausgrenzung. Die Bereinigung der Straßenszene werde um den Preis der Isolation der Betroffenen in Sozialräumen erkaufte. Das Primat der Behandlung und der Integration Süchtiger werde dabei jedoch missachtet. Drogenkonsumräume verringerten die Motivation zur Therapie und verlängerten somit die Suchtkarrieren.

Liebe Frau Schönhut-Keil, ich wollte mit der Wiedergabe dieser Expertenmeinung, die in der Anhörung des Bundestages geäußert wurde, lediglich darauf aufmerksam machen, wie umstritten die Konsumräume auch unter Fachleuten sind. Ich rate auch hier im Hessischen Landtag zu einer nüchternen und realistischen Beurteilung solcher Einrichtungen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Frau Schönhut-Keil, Sie haben immer wieder auf die Stadt Frankfurt verwiesen. Selbst der Magistrat der Stadt Frankfurt lehnt den Gesetzentwurf in der vorliegenden Fassung ab. Er schlägt verschiedene Änderungen vor. Der Magistrat sagt, der Gesetzentwurf bringe hinsichtlich der Rechtseinheitlichkeit, der Rechtsklarheit und der Rechtssicherheit keine Verbesserung für die Bevölkerung, die Drogenhilfe, die Polizei und die Justiz. Darüber hinaus sieht er die Gefahr, dass die im Gesetzentwurf vorgesehene Ausgestaltung der Verordnung, die die Voraussetzungen regelt, wann solche Räume betrieben werden dürfen, insbesondere die Arbeit in den existierenden Konsumräumen sowohl erschwert

als auch für die jeweiligen Städte verteuert. Frau Schönhut-Keil, vor diesem Hintergrund war die Entscheidung der Landesregierung richtig, diesem Gesetzentwurf nicht zuzustimmen und sich der Stimme zu enthalten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Im Übrigen besteht auch nicht die Gefahr, dass die vier Frankfurter Fixerräume aufgrund der Ablehnung des Gesetzentwurfs durch den Bundesrat geschlossen würden, wie es SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN befürchten. Hierzu hat der Magistrat in seinem Bericht an die Stadtverordnetenversammlung darauf hingewiesen, dass die in Frankfurt betriebenen Drogenkonsumräume rechtmäßig arbeiten und die in § 10 a des Gesetzentwurfs formulierten Kriterien bereits erfüllt würden und es deshalb keiner neuen Antragstellung mehr bedürfe. Frau Ministerin Mosiek-Urbahn hat sich schon sehr früh für einen weiteren Betrieb der Drogenkonsumräume ausgesprochen. Frau Schönhut-Keil, das ist Ihnen offensichtlich entgangen. Die Frau Ministerin hat auch ihre Bereitschaft signalisiert, im Bundesrat jeden neu eingebrachten Gesichtspunkt zu überprüfen, damit die Frankfurter Drogenkonsumräume doch noch endgültig auf einer eindeutigen rechtlichen Basis abgesichert werden könnten. Sie hat hierfür die Unterstützung der CDU-Landtagsfraktion.

Hilfreich wäre auf alle Fälle, wenn die Bundesregierung in Absprache mit Drogenexperten einen besseren und realistischeren Gesetzentwurf vorlegen würde. Wir fordern vor allem, dass § 10 a Abs. 2 Ziffer 4 des Gesetzentwurfs dahingehend geändert wird, dass die Vermittlung von weiterführenden Angeboten der Beratung und Therapie ausstiegsorientiert erfolgen muss. Des Weiteren sollte die Übergangsregelung in § 39 des Entwurfs von 12 auf 24 Monate verlängert werden.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darüber können wir gern im Ausschuss reden!)

- Gut. Der Antrag wird sowieso dem Ausschuss überwiesen werden. Wir werden dort die Diskussion noch vertiefen können.

Meine Damen und Herren, von der Gefährdung einer humanen Drogenpolitik durch die Hessische Landesregierung zu sprechen - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat das Vorgehen der Landesregierung im Bundesrat in seinem Antrag so beschrieben - geht wirklich an der Realität vorbei. Es ist reine Panikmache.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Liebe Frau Schönhut-Keil, Sie hätten die Backen gar nicht so aufblasen müssen.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch, an dem Punkt werde ich sauer!)

Sie sehen, es bewegt sich noch immer etwas.

(Beifall des Abg. Norbert Kartmann (CDU))

Ein solches Szenario ist der Drogenhilfe in Hessen auch nicht förderlich.

Meine Damen und Herren, es wäre besser gewesen, wenn die Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ihre Bundesdrogenbeauftragte noch einmal beraten hätte, bevor sie diesen Entwurf zur Änderung des Betäubungsmittelgesetzes auf den Weg gebracht hat. Man hätte sie beraten sollen. Vielleicht hätte sie dann einen vernünftigen und vor allem mehrheitsfähigen Gesetzentwurf vorlegen können.

Ich möchte noch einmal für die CDU-Fraktion klarstellen, dass wir auf der Basis der Koalitionsvereinbarung die Drogenpolitik der Landesregierung unterstützen. Unsere Drogenpolitik ist pragmatisch ausgerichtet, nicht ideologisch. Vor allem ist sie berechenbar. Ich will hier auch einmal Folgendes sagen. Meine Damen und Herren von der Opposition, wir stellen auch mehr finanzielle Mittel zur Verfügung, als Sie es in den letzten Jahren getan haben. Sie haben den Etat für die Drogenpolitik kontinuierlich zurückgefahren. Wir haben ihn wieder nach oben gefahren. Wir geben mehr Geld für die Drogenpolitik aus. Das sollte man auch einmal berücksichtigen. Aber eines ist für uns klar: Wir lehnen die Freigabe weicher und harter Drogen entschieden ab. Das ist mit uns nicht zu machen.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kein Mensch will die Freigabe!)

Das wird auch in Zukunft so bleiben. Prävention und Aufklärung haben für uns absoluten Vorrang. Wir werden deshalb die Angebote ambulanter und stationärer Suchtkrankenhilfe und der Nachsorge weiter differenzieren und stärker vernetzen. Ich will hier auch noch einmal Folgendes klar sagen: Wir unterstützen den Frankfurter Modellversuch zur Heroinabgabe an 150 Schwerstabhängige unter strenger ärztlicher Überwachung und wissenschaftlicher Begleitung. Auch das Folgende zählen wir zu einer humanen Drogenpolitik. Jede Drogentherapie muss vor allem ausstiegsorientiert durchgeführt werden. Das muss sich auch in einer Änderung des Betäubungsmittelgesetzes widerspiegeln, wenn wir ihr zustimmen sollen. Wir messen jede Drogentherapie an ihrer Orientierung zu einem Ausstieg. Das gilt auch für die Frankfurter Konsumräume.

Unser oberstes Ziel bleibt nach wie vor, die Menschen vor dem Einstieg in die Sucht zu bewahren und den abhängig gewordenen ein menschenwürdiges Leben ohne Sucht zu ermöglichen.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kein Widerspruch!)

An diesem Ziel werden wir unbeirrt festhalten. Wir werden unsere Drogenpolitik daran ausrichten.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir auch!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Heinrich Heidel (F.D.P.))

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Die nächste Wortmeldung stammt von Frau Kollegin Bergelt für die SPD-Fraktion.

Barbara Bergelt (SPD):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Henzler, ich hätte gern Ihren Redebeitrag noch abgewartet. Offensichtlich wollen Sie bis zum Schluss warten.

(Dorothea Henzler (F.D.P.): Sie haben den Antrag gestellt!)

Das ist ein bisschen schade, weil in meinem Beitrag auch von Ihnen die Rede sein wird. Die F.D.P. hat es in diesen Tagen mit der CDU wirklich schwer: nicht nur, dass sie von der CDU in den Spendensumpf gezogen zu werden droht, sondern auch, dass sie von der CDU in einen rückschrittlichen Drogensumpf gezogen zu werden droht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Das droht der F.D.P. in diesen Tagen. Schon im Frühjahr 1999 bedurfte es eines Kraftaktes der F.D.P.-Landtagsfraktion, um die Beteiligung der Hessischen Landesregierung an dem kontrollierten Modellversuch für schwerstabhängige Heroinranke durchzusetzen. Wir haben das damals nach Kräften aus den Reihen der Opposition unterstützt. Verspätet zwar und mit geringerer finanzieller Beteiligung, als von der Stadt Frankfurt erwartet, konnte endlich die konkrete Planung beginnen. Aber die Ruhe währte nicht lange.

Im August legte die Bundesregierung einen Gesetzentwurf vor, der hier schon mehrfach angesprochen worden ist. Der Inhalt war, rechtliche Voraussetzungen für die Zulassung und den Betrieb von Drogenkonsumräumen zu schaffen und die Substitutionsbehandlung rechtlich abzusichern.

Im Bundestag übrigens wurde dieser Gesetzentwurf mit den Stimmen aller Fraktionen - außer denen der CDU/CSU - beschlossen. Nicht so im Bundesrat. Dort bringt die Hessische Landesregierung - wir haben es bereits gehört - dieses Gesetz zu Fall. Dass das auf das Konto der CDU geht, liegt auf der Hand, hatte sich doch die F.D.P. noch im Herbst des Jahres 1999 ausdrücklich für die so genannten Druckräume als einen unverzichtbaren Bestandteil einer zeitgemäßen und umfassenden Drogenpolitik ausgesprochen.

Frau Henzler, ich darf Sie aus Ihrer Pressemeldung vom 14.10. zitieren:

Unter drogenpolitischen Gesichtspunkten ist es bedenklich, dass es für die Druckräume nach wie vor keine Rechtssicherheit für ihre Existenz und Arbeit gibt.

Frau Henzler, da stimme ich Ihnen voll und ganz zu. Dass aber diese Regierung die Rechtssicherheit mit ihrem Votum im Bundesrat verhindert hat, das muss auch gesagt werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Verhalten dieser Regierung ist unverständlich, gibt es doch die Drogenkonsumräume in Frankfurt schon seit Jahren. Drogenexperten halten sie für eine sinnvolle Ergänzung bestehender Angebote.

Jetzt komme ich zu dem praktischen Teil, Herr Gerling. Es wird bestätigt, dass der Gesundheitszustand von Schwerstabhängigen stabilisiert werden kann, dass aktiv Überlebenshilfe für die Betroffenen geleistet wird, dass logischerweise auch Todeszahlen gesenkt werden konnten und - Frau Schönhut-Keil hat es angesprochen - dass auch die Rate der Beschaffungskriminalität gesenkt werden konnte.

Da können Sie noch so viele theoretische Begutachtungen, Meinungen und sonst etwas zitieren: An diesen Fakten und Erfolgen der Drogenpolitik durch die Drogenkonsumräume, Herr Gerling, können Sie nicht vorbeireden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Er erinnere mich noch sehr gut, dass sich Frau Petra Roth, als sie noch Landtagsabgeordnete war, in diesem Landtag nachdrücklich für den Erhalt dieser Drogenkonsumräume eingesetzt hat. Sie hat das dankenswerterweise auch später als Oberbürgermeisterin getan. Hat dann nicht auch die Landesregierung die Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass

bereits bestehende und gut funktionierende Drogeneinrichtungen in Hessen in gesetzlich abgesichertem Rahmen ihre Arbeit fortsetzen können?

Außer in Hessen gibt es solche Drogenkonsumräume in Niedersachsen, in Hamburg und im Saarland. Diese drei Bundesländer haben dem Gesetzentwurf im Bundesrat zugestimmt, aus der Sorge um ihre Drogenkonsumräume in ihren Bundesländern und in der Erkenntnis, dass es um Hilfe für schwerstverletzte Drogenabhängige geht und auch in der Erkenntnis, dass es keinen Königsweg zum Thema Drogen gibt und dass bei Schwerstverletzten die Ausstiegsorientierung eine Schikmäre ist.

Es muss auch gefragt werden, wieso das CDU-regierte Saarland diesem Gesetzentwurf seine Zustimmung gibt und das CDU-regierte Hessen nicht.

(Beifall bei der SPD - Zuruf der Abg. Dorothea Henzler (F.D.P.))

Offensichtlich in dieser Frage doch wohl nicht, Frau Henzler. Der "Wiesbadener Kurier" kommentierte das folgendermaßen: "Erkenntnisresistent und unfähig, auf Realitäten angemessen zu reagieren". Hessen hat diesen Gesetzentwurf verhindert und muss diesen Vorwurf hinnehmen. Mit dem Zitat aus dem "Wiesbadener Kurier" ist das Verhalten der Hessischen Sozialministerin zutreffend beschrieben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es kommt noch ein Zweites hinzu. Ende des Jahres 1999, nämlich am 21.12., hat die Hessische Sozialministerin noch ihr großes Interesse daran bekundet, den illegalen Gebrauch von Methadon zu verhindern. Kurz darauf, zwei Monate später, verweigert sie einem Gesetzentwurf, der genau dieses Problem zu lösen verspricht, ihre Zustimmung. Stattdessen setzt die Hessische Landesregierung auf selbst gestrickte Lösungen. Nicht ein Gesetz, sondern ein runder Tisch soll die illegale Verbreitung von Methadon verhindern. Das ist hessische Drogenpolitik nach Art des Hauses Mosiek-Urbahn.

Die Landesregierung versichert in diesen Tagen, dass die Regierungsgeschäfte - wie gewohnt - erledigt werden. Wenn man sich das Abstimmungsverhalten im Bundesrat zur Änderung des Betäubungsmittelgesetzes betrachtet, dann können einem schon Zweifel an dieser Feststellung kommen. Zu Ihren Gunsten, Frau Sozialministerin, möchte ich einmal annehmen, dass Sie in der Hektik der letzten Tage - diese Tage waren ja in der Tat hektisch - gar nicht begriffen haben, worum es im Bundesrat bei dieser Entscheidung ging, zumal Sie auch noch peinlich vermieden haben, sich begründend zu Ihrer Entscheidung im Bundesrat zu äußern. Von der Hessischen Landesregierung ist keine Begründung dafür gekommen, warum Sie sich nicht dem Votum der anderen Länder angeschlossen haben, die Drogenkonsumräume haben.

Herr Gerling, Sie können uns nicht glauben machen, dass die Stadt Frankfurt gegen Drogenkonsumräume sei, wie Sie das ausgeführt haben. Es geht hier darum, dass die rechtliche Basis für solche Räume geschaffen werden soll. Dafür hat sich die Stadt Frankfurt genauso ausgesprochen, wie sich hier Rot-Grün auch ausgesprochen hat.

(Alfons Gerling (CDU): Dagegen hat sie sich ausgesprochen!)

Auf die lächerliche Behauptung mit dem Drogen-Etat muss ich auch noch zu sprechen kommen. Herr Gerling, Sie ha-

ben die Mittel für Drogen gesenkt, weil Sie nämlich Investitionskosten reduziert haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben an einer einzigen Stelle die Mittel gesteigert. Das sind die Landesmittel - ich glaube, es sind 400.000 DM - für diesen Versuch der kontrollierten Heroinabgabe. Das ist Ihnen schwer genug abgerungen worden, auch von der Opposition. Mehr ist es nicht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abg. Alfons Gerling (CDU))

Die Bundesregierung hat dankenswerterweise beschlossen, am 09.02. war das, dass der Vermittlungsausschuss sich nochmals mit diesem Gesetzentwurf befassen soll. Hier gibt es noch eine Chance, Frau Mosiek-Urbahn, dass die Landesregierung unter Beweis stellen kann, dass sie die fortschrittliche Drogenpolitik, die Rot-Grün in Hessen eingeleitet hat, weiterführen will und dass sie dafür sorgen will, dass ein gesetzlich abgesicherter Rahmen und Raum für diese Politik geschaffen wird.

Fachleute sind sich darüber einig, dass Gefahr für die Fixerstuben besteht, wenn nicht diese rechtliche Absicherung kommt. Nicht so Frau Mosiek-Urbahn. Sie sagt: Ich verlasse mich auf ein Gutachten, demzufolge die Frankfurter Fixerräume auf rechtlich sicherem Fundament stehen. - Für Sie, Frau Ministerin, ist offensichtlich eine gesetzliche Lösung etwas, was man möglichst zu vermeiden hat, wenn man nur irgendwo ein Gutachten finden kann.

Es ist noch nicht zu spät, und wir fordern Sie auf, in diesem Sinne unterstützend tätig zu werden und für verlässliche Rahmenbedingungen zu sorgen, sowohl bei den Drogenkonsumräumen als auch bei der Substitution mit Methadon.

Abschließend ein Zitat vom "Wiesbadener Kurier" zum Thema Gesetzentwurf. Da heißt es: "Schade, dass in der Politik immer noch viele Theoretiker sitzen." Es heißt dort weiter: "Betonköpfe".

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

Frau Mosiek-Urbahn, dieses Urteil sollten Sie sich hinter den Spiegel stecken. Sie sollten es korrigieren. Im Vermittlungsausschuss haben Sie noch eine Chance dazu.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Es spricht Frau Kollegin Henzler für die F.D.P.-Fraktion.

Dorothea Henzler (F.D.P.):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist langsam schon etwas schwierig, überhaupt noch zu wissen, wie man auf die verschiedenen Dinge, die hier gesagt wurden, antworten soll.

Zum einen scheint es die SPD zur neuen parlamentarischen Praxis zu machen, dass sie immer am Schluss reden will. Das ist meiner Meinung nach wünschbar, aber wenn sie selbst einen Antrag stellt, dann erwarte ich, dass sie ihn wenigstens begründet, es sei denn, er ist noch nicht einmal die Begründung wert.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU - Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Zweitens hieß es, dass wir es mit der CDU schwer haben. Wir haben momentan etwas schwierige politische Zeiten. Es ist eine stürmische See. Aber in der Sachpolitik hatten wir es in der ganzen letzten Zeit nie schwer mit der CDU. Deshalb sind wir nach außen in der Sachpolitik auch so erfolgreich, wie das vor allen anderen Dingen die letzten Umfragen bewiesen haben.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Schönhut-Keil, dass gerade Sie der jetzigen Sozialministerin vorwerfen, dass sie in der Drogenpolitik völlig versagt habe, verstehe ich wirklich nicht.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich schon!)

Kaum ist sie im Amt, stimmen wir dem Heroinversuch in Frankfurt zu und bringen endlich die Dinge auf den Weg, die Sie acht Jahre gefordert, aber nicht gemacht haben. Den Vorwurf können Sie also wirklich nicht machen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Karl-Heinz Dörrle (SPD): Was denn? - Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Den haben Sie in Ihrer Bundesregierung doch nicht durchgesetzt! - Lebhaftige Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann kommen wir zu dem Betäubungsmittelgesetz. Sie wollen mir jetzt erzählen, dass das vorher nicht gegangen sei, weil die Bundesregierung das nicht mitgemacht habe. Trotzdem haben wir das sehr viel schneller auf den Weg gebracht. Die Bundesregierung hat gewechselt, bevor wir gewechselt haben.

(Weitere lebhaftige Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Meine Damen und Herren, die Rednerin hat das Wort. - Frau Kollegin Henzler, würden Sie Frau Hinz eine Frage beantworten?

(Dorothea Henzler (F.D.P.): Ich glaube, ich habe sie eben schon beantwortet, aber sie kann trotzdem fragen!)

Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Kollegin Henzler, ist Ihnen entgangen, dass Sie es in der vormaligen Bundesregierung nicht geschafft haben durchzusetzen, dass es wenigstens einen Modellversuch Heroin gibt und dass erst die rot-grüne Bundesregierung den Weg frei gemacht hat, auf dessen Grundlage jetzt auch in Hessen dieser Heroinversuch stattfinden kann?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Dorothea Henzler (F.D.P.):

Ich habe Ihnen die Antwort schon im Voraus gegeben, weil ich geahnt habe, was Sie fragen wollten. Das ging nur etwas in der Lautstärke unter. - Zum einen war die Bundestagswahl etwas früher als die hessische Landtagswahl. Es gab also eine Zeit, in der auf beiden Seiten Rot-Grün regiert hat.

(Zurufe von der SPD)

Zum anderen habe ich Frau Schönhut-Keil gesagt, sie solle nicht der jetzigen Sozialministerin vorwerfen, sie würde die Drogenstruktur in Hessen kaputt machen, weil sie, im Gegenteil, als Allererstes den Heroinversuch hier mit eingeführt hat. Das war die Antwort auf den Vorwurf von Frau Schönhut-Keil.

Jetzt kommen wir wieder zu dem Gesetzentwurf, der im Bundesrat gescheitert ist, weil Hessen sich enthalten hat - und nicht dagegen gestimmt hat.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es gibt im Bundesrat keine Enthaltung! Es gibt nur Ja und sonst gar nichts!)

Frau Bergelt, Sie haben uns vorgeworfen, dass wir die Bereinigung bei der Methadon-Vergabe, die auch in dem Gesetz behandelt wird, verhindert hätten. Das hätte der Bundesregierung klar sein müssen. Wenn sie ein bisschen früher auf die Bedenken gehört und beide Gesetze getrennt hätte, wie sie es in der Zwischenzeit überlegt, dann wäre es einfacher gewesen.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn Sie sich an der Sachargumentation beteiligt hätten, wäre es gut gewesen!)

Außerdem ist dieser Gesetzentwurf nicht an der Enthaltung von Hessen gescheitert. Auch Bremen, Brandenburg und Berlin haben sich enthalten. Ich frage Sie, wer in den dortigen Koalitionen mit an der Regierung ist, Frau Bergelt von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Karl-Heinz Dörrie (SPD): Wer wohl?)

Enthalten hat sich Hessen mit eindeutigen Bedenken, um im Vermittlungsausschuss nachzubessern. An der Haltung der F.D.P. zur Drogenpolitik hat sich überhaupt nichts geändert, hat sich auch in der Koalition mit der CDU nichts geändert. Drogenkonsumräume sind für uns ein wichtiger Bestandteil eines Drogennetzes,

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich Ihnen auch zugestanden!)

das aus vier großen Säulen besteht. Deshalb sind wir auch sehr dafür, dass diese Drogenkonsumräume jetzt auf eine rechtliche Grundlage gestellt werden. Dazu muss man sagen, dass die Frankfurter Räume nie in einer rechtlichen Unsicherheit standen, weil die Staatsanwaltschaft in Frankfurt immer gesagt hat, für sie sind sie wichtig und richtig, und sie würde nie gesetzlich einschreiten wollen.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kein Widerspruch!)

Es ist hier schon erwähnt worden, es ist die Staatsanwaltschaft in Frankfurt gewesen, die sich vehement gegen diesen Gesetzentwurf gewandt hat, und zwar nicht nur mit Einzelpositionen und nicht nur wegen der zehn Regelungen, sondern auch wegen anderer Dinge. Das fängt damit an, dass sie sehr kritisiert, dass die Zuständigkeit für die Erlaubniserteilung jetzt in die Hände der obersten Landesbehörden gelegt wird, und zwar entgegen den bisherigen bundeseinheitlichen Regelungen.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich auch erwähnt!)

Das neue Gesetz schafft eine Ermächtigungsgrundlage für die Landesregierungen, durch Rechtsverordnung die Voraussetzungen zu schaffen, und legt die zehn Mindeststandards für die Sicherheit und Kontrolle beim Verbrauch von

Betäubungsmitteln fest. Das wird sehr kritisiert von der Staatsanwaltschaft in Frankfurt, und man kann unterschiedlicher Meinung darüber sein, ob es sinnvoller wäre, das bundeseinheitlich oder auf Landesebene zu regeln.

Zweitens wird sehr kritisiert, dass es jetzt keine Rechtseinheitlichkeit mehr in der Bundesrepublik gibt. Die Rechtssicherheit wird durch die unterschiedlichen Landesregelungen auch nicht hergestellt. Diese Erlaubniserteilung wird nicht mit ausfüllbaren Rechtsbegriffen belegt, sondern mit einzelnen Mindeststandards in den Gesetzen. Das kann dazu führen, dass es zu einer sehr großen Verunsicherung innerhalb der einzelnen Länder kommt, wenn die Standards unterschiedlich ausgefüllt werden. Wenn es z.B. in einem Land zu einem Todesfall kommt, dann könnte gesagt werden: Hier sind die Standards nicht richtig ausgefüllt gewesen, und die Erlasse der Landesregierung werden angezweifelt. - Das ist eine Zwickmühle, in die die Länder geraten, ob sie die Standards relativ hoch oder nicht so hoch setzen sollen.

Die Staatsanwaltschaft in Frankfurt kritisiert drittens, dass die Folge aus dieser Gesetzgebung sei, dass sich diese Rahmenbedingungen eher zu mehr Abschreckung für den Landesverordnungsgeber als zur Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung im Betäubungsmittelverkehr eignen.

Die Kritik an diesem Gesetzentwurf kommt also nicht nur von der F.D.P./CDU-Regierung in Hessen allein, sondern wir stützen uns auf sehr verlässliche Gutachten von nicht gerade konservativen Politikern oder Einrichtungen.

Einigen Ländern ging das zu weit, einigen Ländern waren diese Regelungen zu eng. Dadurch ist diese Vorlage gescheitert, und sie geht nun in den Vermittlungsausschuss. Ich bin mir ganz sicher, dass wir im Vermittlungsausschuss gemeinsam eine vernünftige Lösung finden, dass wir auch vernünftige Übergangsregelungen finden. Ich denke, es ist ganz gut, wenn man einmal länger nachdenkt. Das hat noch nie geschadet. Von Gefährdung einer humanen Drogenpolitik durch die Hessische Landesregierung kann überhaupt keine Rede sein.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU - Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist das ein Versprechen?)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Das Wort hat Frau Sozialministerin Mosiek-Urbahn.

Marlies Mosiek-Urbahn, Sozialministerin:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Schönhut-Keil, der Finanzminister ist leider nicht da, sonst würde ich gerne mit ihm in Verhandlung treten über ein Projekt des Sozialministeriums zum Abbau der Aggressivität frustrierter Landtagsabgeordneter.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P. - Heiterkeit - Armin Clauss (SPD): Haben Sie schon gemerkt, dass Sie kein Mandat haben? Sie wären sonst die Erste, die da aufgenommen würde!)

- Kommen Sie zur Sache, und dann können wir reden. - Der Entwurf des Dritten Gesetzes zur Änderung des Betäubungsmittelgesetzes besteht aus verschiedenen Teilen. Besonders zu erwähnen sind die Einrichtung und der Betrieb von Drogenkonsumräumen, die Kriterien zur Qualitätssicherung der Substitutionsbehandlungen durch Ärzte und die Einrichtung eines bundesweiten Registers über substi-

tuierte Drogenabhängige mit dem Ziel, Doppelverschreibungen zu verhindern.

In den Punkten 2 und 3 besteht absolute Übereinstimmung. Problematisch ist Punkt 1, mit dem die Einrichtung und der Betrieb von so genannten Drogenkonsumräumen geregelt werden soll. Hier spiegelt sich - das scheinen Sie völlig zu ignorieren, Frau Schönhut-Keil - die kontroverse öffentliche Diskussion um Drogenkonsumräume wider. Bisher ist weder ein Konsens in der öffentlichen Meinung noch ein Konsens in der Fachwelt erzielt worden. Die dort vertretenen Meinungen sind nach wie vor kontrovers.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist so ein Blödsinn!)

Nichtsdestoweniger wird die Hessische Landesregierung im Rahmen des Vermittlungsausschusses ihre dort einzunehmende Haltung überprüfen. Sie wird sorgfältig erörtern und sehen, ob es Gesichtspunkte gibt, die es ermöglichen, die bisherige Haltung zu ändern und damit doch noch dem Änderungsgesetz zum Betäubungsmittelgesetz zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Frage von Frau Kollegin Bergelt?

(Ministerin Marlies Mosiek-Urbahn verlässt das Rednerpult. - Heiterkeit und demonstrativer Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. - Frau Kollegin Bergelt, eine Wortmeldung, ja? - Vier Minuten Redezeit.

Barbara Bergelt (SPD):

Frau Ministerin, ich bin ganz begeistert, das zu hören. Also nicht nur bei Herrn Gerling bewegt sich etwas, auch bei

Ihnen bewegt sich etwas. Herzlichen Glückwunsch. Ich schließe daraus, dass Sie im Vermittlungsausschuss diesem Gesetzentwurf zustimmen werden, und ich möchte mich dafür sehr herzlich bedanken.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Veronika Winterstein:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen und schließe die Aussprache.

Es ist vorgeschlagen, den Antrag unter Tagesordnungspunkt 15 an den Sozialpolitischen Ausschuss zur weiteren Beratung zu überweisen. Bei dem Antrag der Fraktion der SPD unter Tagesordnungspunkt 22 steht kein Überweisungsvorschlag. Soll der mit überwiesen werden?

(Stefan Grüttner (CDU): Mit überweisen!)

Wird mit überwiesen? - Das ist dann einstimmig so beschlossen.

Zum Schluss rufe ich **Tagesordnungspunkt 31 auf:**

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen - Drucks. 15/980 -

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die vorliegende Beschlussempfehlung abstimmen. Wer möchte ihr zustimmen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist die vorliegende Beschlussempfehlung einstimmig angenommen.

Damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung. Ich unterbreche die Sitzung bis morgen früh und wünsche Ihnen noch einen schönen Abend.

(Schluss: 18.12 Uhr)